



Der Anschlag auf Salman Rushdie betrifft uns alle

33 Jahre nach der tödlichen Fatwa der iranischen Mullahs wurde der Autor der "Satanischen Verse" von einem Attentäter schwer verletzt

SEITE 16

Die Terror-Olympiade von 1972 - München feiert

Die Erinnerung an die ermordeten jüdischen Sportler scheint die Feierlichkeiten nur zu stören.

SEITE 20-21



Viktor Frankl: Mensch sein heißt Sinn finden

Der jüdische Psychiater und Begründer der Existenzanalyse Viktor Frankl hat vier Konzentrationslager der Nazis überlebt.

SEITE 44-45



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Für die Juden in Israel und der weltweiten jüdischen Diaspora beginnt am Abend des 25. September mit dem Erklängen des Widderhorns „Shofar“ das neue Jahr 5783.

Das Neujahrsfest Rosh Hashana leitet den Zyklus der hohen jüdischen Feiertage, der Yamin Noraim ein, der im Oktober nach zehn Tagen der inneren Einkehr mit dem Versöhnungsfest Yom Kippur seine Fortsetzung findet.

Das jüdische Volk blickt zu Beginn des neuen Jahres nach Jahrtausenden wechselvoller und leidgeprüfter Geschichte, die es seit der Befreiung von pharaonischer Knechtschaft über die Gründung des antiken jüdischen Staates, die babylonische Vertreibung, griechische und römische Eroberungen, mehrmalige Zerstörungen seines Tempels und eine zwei Jahrtausende währende Vertreibung, in denen sich Römer, Kreuzritter, Araber, Osmanen und Engländer abwechselnd des jüdischen Stammlandes bemächtigt haben, wieder mit Stolz auf seinen prosperierenden, vor 74 Jahren auf einem Teil seines historischen Gebietes wieder gegründeten, beispielhaft westlich und freiheitlich demokratischen Rechtsstaat Israel.

Umgeben von einem Meer islamischen Unrechts und islamischer Gewalt in dessen nahezu sämtlichen Menschenrecht verachtenden Unrechtsregimen und Krisenherden garantiert Israel trotz Anfeindung und Vernichtungsbestreben seitens großer Teile des Islam, trotz ideologischer und jüdenfeindlicher Diffamierung und Delegitimierung durch große Teile unserer weit nach links und grün gedrifteten Politik einen Ort der Sicherheit, Stabilität und des Wohlergehens für alle seinen zwischenzeitlich über 9 Millionen Bürger, jüdisch und nichtjüdisch.

Leuchtturm der Demokratie

Israel ist der einzige Staat im gesamten Mittleren Osten, in dem Muslime sicher vor der in ihren Stammländern herrschenden Willkür und Unterdrückung durch ihre eigenen Glaubensgenossen sind.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Der Holocaustleugner auf Staatsbesuch: Handschlag mit dem Kanzler



Gerd Buurmann/Achgut.com

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin wurde „Präsident“ Mahmud Abbas von einem Journalisten gefragt, ob er im Namen der „Palästinenser“ für den Anschlag „palästinensischer“ Attentäter auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München, bei dem elf Israelis ermordet wurden, um Vergebung bitten wolle. Er antwortete, wenn man schon in der Vergangenheit „wühlen“ wolle, er lieber über die „fünfzig Holocausts“ sprechen wolle, die Israel an den „Palästinensern“ verübt habe. Ja, er sprach von „fünfzig Holocausts“.

Das ist Deutschland im Jahr 2022. Auf der documenta15 in Kassel werden Juden mal als blutrünstige Vampire, mal als brutale Soldaten mit Schweinsnase dargestellt, während der Terror gegen Israel verharmlost und eine Zusammenarbeit mit Israel ausgeschlossen wird, und zur gleichen Zeit wird bei einer Pressekonferenz mit Olaf Scholz in Berlin von einem Mann, der sich seit dem 9. Januar 2009 ohne demokratische Legitimation an der Macht hält, etwas von fünfzig Holocausts gefaselt, die Israel begangen haben soll. Es ist übrigens der gleiche Mann, der einst sagte:

„In einer endgültigen Lösung können wir nicht mal die Existenz eines einzelnen Israelis in unserem Land sehen, seien es nun Zivilisten oder Soldaten.“

Antisemitische Entgleisungen sind bei Abbas die Regel

Am Tag der 47-Jahr-Feier der Fatah sprach Mufti Muhammad Hussein, den Abbas persönlich zum „geistigen Führer der palästinensischen Autonomie“ ernannt hat, folgende Worte in die jubelnde Menge:

„Die Stunde der Auferstehung wird nicht kommen, solange wir die Juden nicht vernichtet haben.“

Im Jahr 2015 bezeichnete Abbas den Mord an einem israelischen Ehepaar durch „palästinensische“ Terroristen als „heldenhaft“. Nicht wenige Judenmörder und deren Familien bekommen von Abbas' Fatah stattliche Renten für ihre terroristischen Blut-taten.

Am 23. Juni 2016 hielt Mahmud Abbas eine Rede im Europäischen Parlament, in der er wahrheitswidrig behauptete, Rabbiner hätten zur Vergiftung von Brunnen im Nahen Osten aufgerufen. Am Ende der Rede gab das Europäische Parlament stehend Applaus.

Mahmud Abbas räumte später ein, dass es sich bei dem Vorwurf der Brunnenvergiftung um eine Lüge gehandelt hatte. Ich erwarte, dass er ebenfalls seine Lüge von den fünfzig Holocausts zurückzieht, die er in Berlin getätigt hat, und erwarte weiterhin, dass Deutschland jede Beziehung, Hilfe und Förderung beendet, solange dies nicht geschehen ist.

Israel hat nicht fünfzig Holocausts begangen, sondern sorgt seit der Grün-

dung dafür, dass kein zweiter Holocaust passieren kann.

Der Großmufti begrüßte den Genozid an den Juden

Im Jahr 1941 trafen sich der Großmufti von Jerusalem und der Führer von Nazideutschland in Berlin. Es ging um die „Endlösung der Judenfrage“. Al-Husseini wollte das Land, über das er später zu herrschen plante, „jüdenrein“ haben. Weil auch die Naziregierung das wollte, diskutierten der Mufti und der Führer die Möglichkeit zur systematischen, industriellen Ermordung aller Juden. Nach dem Treffen fand die Konferenz am Wannsee statt, dessen Ziel die Planung der Vernichtung aller Juden in Europa war.

Al-Husseini soll einer der ersten Nichtdeutschen gewesen sein, die von dieser Planung erfuhren. Adolf Eichmann informierte al-Husseini im Kartenraum des Berliner SS-Hauptquartiers, indem er dort seine Unterlagen für die Wannseekonferenz benutzte. Eichmanns Adjutant sagte aus, dass der Großmufti sehr beeindruckt und so eingenommen von diesem Bauplan zur Judenvernichtung gewesen sei, dass er Eichmann bat, ihm einen Experten als persönlichen Assistenten nach Jerusalem zu schicken, um dort Todeslager und Gaskammern zu bauen, sobald Deutschland den Krieg gewonnen habe und er selbst an der Macht sei

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Der Holocaustleugner beim Kanzler

Ausgerechnet im 50. Gedenkjahr der Olympia-Morde von 1972 lädt der deutsche Kanzler den „Palästinenserpräsident“ ohne Staat Mahmud Abbas, einen pathologischen Judenhasser und mutmaßlichen Mit-Finanzierer der Attentate, aus unerklärlicher Motivation zu einem sogenannten Staatsbesuch nach Deutschland ein. Bei einer obligatorischen Pressekonferenz im Kanzleramt warf Abbas Israel „50 Holocausts“ an den Arabern vor. Bundeskanzler Olaf Scholz schwieg dazu beredt und zeigte sich erst später, nach Ende der Konferenz, überrascht und empört. Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf die deutsch-israelischen Beziehungen und kann selbst beim besten Willen nicht allein als Taktlosigkeit des Kanzlers interpretiert werden. (JR)

Der Holocaust, der von Deutschen geplant und ausgeführt wurde, ist heute allgemein bekannt. Kaum jemand verleugnet oder verharmlost ihn. Der Holocaust jedoch, den Araber planen, wird von der Weltöffentlichkeit verharmlost, ignoriert und geleugnet.

Unter den Nazis schaute die Weltöffentlichkeit lange weg, als Juden in Europa verfolgt und ermordet wurden. Heute schaut die Welt wieder weg, wenn es gegen Juden geht. Die ganze Welt? Nein! Ein kleines Land schaut nicht weg. Es ist ein kleines Land, nicht größer als Hessen. Es gab das Land noch nicht, als die Nazis in Deutschland Juden mordeten. Heute gibt es dieses Land jedoch, und es sorgt dafür, dass der zweite Holocaust nicht realisiert wird. Das Land heißt Israel.

Nur Israel verhindert einen zweiten Holocaust

Als im Rahmen des Plans zum zweiten Holocaust 850.000 Juden aus der arabischen Welt vertrieben wurden, nahm Israel die Juden auf. Als in diesem Rahmen

Juden in Entebbe selektiert wurden, befreite Israel die jüdischen Geiseln. Jedes Mal, wenn Israel mit Raketen angegriffen wird, die in der Absicht abgefeuert werden, so viele Juden wie möglich zu töten, fängt Israel diese Raketen ab. Zu manchen Zeiten werden diese Raketen wochenlang mehrmals am Tag abgefeuert. Wenn Juden entführt werden, nutzt Israel all sein Wissen zur Befreiung der Menschen. Ein weiterer Holocaust konnte verhindert werden.

Es ist nicht die Welt, die diesen Holocaust verhindert hat, im Gegenteil. Ginge es nach der Mehrheit der Länder der Welt, wäre ein weiterer Holocaust möglich. Die Vereinten Nationen tun alles, um die Verteidigung Israels zu diskreditieren und zu torpedieren.

Bis in zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts galten alle Menschen, die in Palästina lebten, als Palästinenser. Dazu gehörten auch Juden. Viele Juden wurden selbstverständlich Palästinenser genannt, denn Palästina ist lediglich eine Gebietsbeschreibung wie Rheinland. Alle

Menschen, die im Rheinland leben, sind Rheinländer und alle Menschen, die in Palästina leben, sind Palästinenser, auch Juden. Die große Ministerpräsidentin des Staates Israel von 1969 bis 1974, Golda Meir, erklärte höchstpersönlich: „Ich bin eine Palästinenserin!“

Nie wieder Opfer sein!

Die Nazis beschlossen einst, dass Juden keine Deutschen sein konnten, und die Führer der arabischen Welt beschließen heute, dass Juden keine Palästinenser sein können. Seitdem soll Palästina „judenrein“ sein, so wie es einst für Deutschland geplant war. Das ist der Grund, der einzige Grund, warum heute die Rede von „illegalen jüdischen Siedlern“ ist. Ihr Jüdischsein macht sie illegal.

Und was machen die Vereinten Nationen und eine erschreckende Mehrheit der Menschheit? Sie nehmen diese Sprachregelung auf, reden ebenfalls von „illegalen jüdischen Siedlern“ und behaupten, der Konflikt sei eine Auseinandersetzung um Land. Das haben die Nazis auch be-

hauptet. Die Behauptung ist jedoch heute so unwahr wie damals. Es geht nicht um Land. Die arabischen Führer sagen es selbst!

„Überließen uns die Juden Palästina, würden wir dann beginnen, sie zu lieben? Natürlich nicht! Wir werden sie niemals lieben. Absolut nicht! (...) Dein Glaube bezüglich der Juden soll sein, erstens, dass sie Ungläubige sind und zweitens, dass sie Feinde sind! Und sie sind nicht nur Feinde, weil sie Palästina besetzt halten. Sie wären auch unsere Feinde, wenn sie niemals irgendetwas besetzt hätten!“

Ein Holocaust wurde möglich, weil die ganze Welt wegsah. Ein weiterer Holocaust wird verhindert, weil Israel nicht wegsieht. Für diese Verteidigung wird Israel pausenlos kritisiert.

Es gibt für Juden nur zwei Alternativen: Sie werden entweder als Opfer von Judenhass geliebt oder sie werden kritisiert und gehasst, weil sie sich wehren. Wenn ich mich entscheiden müsste, zwischen ‚tot und beliebt‘ und ‚lebendig und unbeliebt‘, ich wählte das Leben.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Die jahrtausendealte Tradition der hohen jüdischen Feiertage, die sowohl in Israel als auch von den Juden in aller Welt begangen werden, belegt einmal mehr, dass das jüdische Volk trotz Verfolgung und Schoah niemals seine Identität aufgegeben hat. Israel ist weltweit einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten auf seinem Staatsgebiet. Das gilt in gleichem Maße für seine gesamte und ungeteilte Hauptstadt Jerusalem, einschließlich seines durch die Eroberungs- und Demütigungs-Moschee Al Aksa von blutrünstigen arabischen Eroberern entweihten und verungestalteten jüdischen Tempelbergs sowie einschließlich der jüdischen Regionen Judäa, Samaria und Galiläa.

Es ist daher an Zynismus nicht zu überbieten, dass gerade der jüdische Staat Israel zur Zielscheibe einer weltweiten, vor allem von der verlogenen UN(nütz)-Organisation (UNO) angeführten Delegitimierungskampagne geworden ist, während Eroberer und islamische Landusurpatoren, die große Teile ihrer Staatsgebiete – wie etwa die Türkei und viele andere mehr – erst in jüngster Geschichte zusammengeräubt haben, diese unangefochten behalten dürfen und von unseren westlichen Selbstaufgabe-Politikern dabei sogar noch ermutigt und hofiert werden.

Das Ende eines alten und der Anfang eines neuen Jahres ist auch stets der richtige Zeitpunkt, vor allem unseren Lesern zu danken. Sie haben unserer nunmehr bereits im achten Jahr erscheinenden JÜDISCHEN RUNDSCHAU die Treue gehalten. Dank Ihres Interesses und Ihres Zuspruchs haben wir in den hinter uns liegenden Jahren viele neue Leser gewinnen können. Unsere Redaktion und ich werden auch im neuen Jahr 5783 alles dafür tun, um dem Anspruch unserer Leser zu entsprechen und unsere Lesergemeinde weiter wachsen zu lassen.

Gefreut hat uns vor allem Ihre Zustimmung zu unserer eindeutigen und kompromisslosen Positionierung für die Erhaltung

unserer durch Aufklärung und Revolutionen, blutige Kriege und Verfolgung hart erkämpften freiheitlichen abendländischen Kultur und für die entschiedene Verteidigung unseres Lebensraums in einem freien, demokratischen und verfassungsgesicherten Europa, frei von tradiertem Antisemitismus jeder Couleur und frei von Terror, islamischer Gewalt und intoleranter, Demokratie- und Juden-feindlichem Hoheitsanspruch eines entfesselten, durch und durch rassistischen, fanatischen Islam.

Wachsender Hegemonialanspruch des Islam

Unsere Politik und unsere Mainstream-Medien sind unvermindert bemüht, die nahezu täglichen Atrozitäten, judenfeindlichen Übergriffe und Risiken totzuschweigen oder kleinzureden und gegen besseres Wissen die vollkommen offensichtliche Verbindung des nahezu allgegenwärtigen Terrorgeschehens zum Islam vorsätzlich zu vernebeln und zu leugnen. Indessen beherrschen islamischer Terror und Hegemonialanspruch mit zunehmender Stärke des weiterhin nahezu ungebremst wachsenden islamischen Bevölkerungsanteils in Deutschland und fast überall in den Islam-Einlass-Staaten Westeuropas immer mehr das tägliche Geschehen.

Unterstützt durch eine fahrlässige und suizidale Islam-Appasement-Politik unserer gegenwärtigen westlichen Führungen erodieren unsere bislang noch freiheitlichen demokratischen Systeme zusehends.

Corona und der Ukraine Konflikt haben den Blick auf diese fatale Fehlentwicklung in unserem Lande und in Westeuropa noch zusätzlich verstellt und verschärft. Zwar wurden besonders aus den nahezu infantilen grünen Pazifisten, denen die Entwaffnung der Bundeswehr und der NATO in der Vergangenheit gar nicht schnell und weit genug ging, seit Februar und - bei aller Kritik des russischen Vorgehens in Sachen Ukraine - geradezu besessene Kriegs- und Wiederer-

oberungs-Befürworter, was aber keineswegs etwa der Rettung unserer abendländischen, freiheitlich westlichen Kultur und Gesellschaft gilt oder gar zu Gute kommt.

Documenta – keine Konsequenzen für Claudia Roth

Schon gar nicht wirkt es der fortschreitenden Verunmöglichung eines würdigen und offenen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry auf unseren Straßen und in unseren Schulen und Universitäten entgegen. Die deutlich an den Tag gelegte hasserfüllte und im Stürmer-Stil diffamierende Judenfeindlichkeit auf der Documenta blieb für die dafür verantwortliche grüne Kulturstaaatsministerin und Mord-Mullah-High-Five Freundin Claudia Roth und die ebenso schuldige Führung der Kunstaustellung ohne jede wirkliche Sanktion.

Daran ändert auch die Verleihung des zunehmend entwerteten jüdischen Leo-Baeck Preises an den grünen Politiker Cem Özdemir nicht das Geringste. Sie wirft vielmehr ein Schlaglicht auf die bereits weit fortgeschrittene Domestizierung der offiziellen jüdischen Vertretung in diesem Lande.

Jedenfalls ist die nahezu unverholene Kumpanei zwischen den indonesischen Muslimen und den hiesigen links-grünen Veranstaltern bei der skandalös antisemitischen Gestaltung der bis heute nicht geschlossenen Documenta keinesfalls eine unglückliche Entgleisung sondern hat in unserer Politik und unseren Medien System.

Nur dass es sich dabei keinesfalls um ewiggestrige Nazis handelt oder auch nur um die neuerdings bei jedem Wort des Widerspruchs zu dem in diesem Lande täglich veranstalteten grün-linken Regierungs-Irrsinn allenthalben neu gefundenen Rechten.

Doppelte Moral-Standards

Nein es sind die Grün-Linken selbst, die hier nur knappe acht Jahrzehnte nach von diesem Lande ausgehenden und begangenen

brutalen und industriell und bürokratisch systematisierten 6 Millionen Morden an jüdischen Kindern, Frauen und Männern, ihren eklatanten antijüdischen Vorbehalt und ihre Feindschaft zu dem Staat der Juden ausleben.

Was wäre wohl, wenn eine derartiges Documenta-Machwerk etwa in Sachen Islam und Mohammed gemacht worden wäre.

Bundesweite Entrüstung – wütender zigtausendfacher Islamischer Mob würde wie stets nahezu ungeahndet und in einer Welle verständnisvoller Sympathie unserer Politik und unserer Medien „Juden ins Gas“ aus von der begleitenden Polizei bereitwilligst zur Verfügung gestellten Polizei-Megaphonen grölen, Israelfahnen würden brennen, Juden und jüdische Schüler würden verprügelt und die Methode Charlie Hebdo wäre ja auch nicht aus der Welt oder zumindest nicht weit.

Das genau ist Deutschland heute. Eine Besserung ist trotz nach massiven weltweiten Protesten geplanter Abhängung des antisemitischen Geschmieres nicht zu erwarten und wird von unserer Politik und unseren Erziehungs-Medien wohl auch gar nicht gewollt !!

Es kann und es wird nur schlimmer werden.

Und der Zentralrat, viele der bestens Regierungs-domestizierten jüdischen Offiziellen, das ELES und die in erster Linie und lange vor allen jüdischen Belangen für die Uiguren eintretende Jüdische Studentenunion pardon „Studierendenunion“ wie es im Zeitgeist-Gender-Gaga heißt, wären wohl die ersten, die sich viel vehementer als sie es für die jüdische Sache zu tun pflegen, für den Schutz des ach so diffamierten Islam einsetzen würden. Natürlich im schönen Einklang mit der hiesigen linken und grünen Politikaste und ihren nachgeschalteten öffentlich-rechtlichen Erziehungsmedien.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 14

Die Hinrichtung des kleinen Velvele

Erinnerung an die deutsche Massenerschießung Juden im ukrainischen Babi Jar im September 1941

Von Dr. Rafael Korenzecher

Babi Jar, der in der Nähe von Kiew liegende Ort eines der entsetzlichen Verbrechen der Nazis, an dem die Nazis Zigttausende Juden, vor allem Frauen, Alte, Kinder und Kranke erschossen und verscharrten, war eine der größten und tiefsten Kiewer Schluchten. Sie lag am Stadtrand von Kiew und grenzte an das Gelände des jüdischen Friedhofs. An der Stelle der meisten Erschießungen war sie etwa zehn Meter tief, am Boden war sie rund zehn Meter und am oberen Rand etwa 80 Meter breit. Die Länge belief sich etwa auf einen halben Kilometer.

Unter den Erschossenen befand sich auch Velvele, der kleine jüdische Junge auf dem Dreirad auf dem abgedruckten alten Foto. Sein voller Name war Valentin Pinkert. Er wurde einen Tag vor dem Yom Kippur-Fest 1941 von deutschen Mördern in Uniform erschossen.

Die Wehrmacht eroberte Kiew am 19. September 1941. Nur acht Tage später, am 27. September, wurden in der Stadt Mitteilungen ausgehängt, die die Kiewer Juden aufforderten, sich am Montagmorgen, dem 29. September, in der Nähe von Babi Jar zu versammeln. Der bereits von der deutschen Wehrmacht und SS beschlossene Massenmord wurde von den Deutschen als „Umsiedlungsmaßnahme“ inszeniert. Zur Täuschung über die wahren Absichten der deutschen Besatzer sollten die Opfer für die Reise notwendige Dinge wie Pässe, Geld, Wertsachen, warme Kleidung, Wäsche u.ä. mitbringen.

Von den ca. 930.000 Einwohnern Kiews waren etwa 200.000 Juden. Viele, auch jüdische Männer, waren bereits in die Rote Armee eingezogen worden.

Von den Juden zurückgeblieben waren in erster Linie Frauen, Alte, Schwache und Kinder. Die leisteten dem deutschen Aufruf Folge und versammelten sich am auf den Aushängen angegebenen Ort in einer die deutschen Erwartungen deutlich übersteigenden Zahl, um wie sie meinten evakuiert und umgesiedelt zu werden, wie es von Seiten der deutschen Besatzer offiziell hieß.

Die allermeisten Juden glaubten durchaus dieser Darstellung. „Die einen sagten, dass sie fürs Ghetto bestimmt seien, die anderen, dass sie auf Militärzüge geladen und nach Palästina geschafft würden. Dass man sie erschießen würde, das glaubte fast niemand“, erinnert sich S. Ruwim. Er war damals 15 Jahre alt und war einer der wenigen überlebenden direkten Zeugen des damaligen Kriegsverbrechens der deutschen Eroberer. Diese hatten bereits in einer gemeinsamen Besprechung der Einsatzbeteiligten wenige Tage zuvor die Ermordung der gesamten Kiewer Juden vereinbart.

Für die Vorbereitungen arbeiteten SS und Wehrmacht koordiniert und vertrauensvoll zusammen. Auf Seiten der SS wurden Männer des Sonderkommandos (SK) 4a der „Einsatzgruppe C“ unter SS-Standartenführer Paul Blobel sowie Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) gestellt. Die Einsatzgruppen waren bereits zuvor eigens aufgestellt worden, um massenhaft Juden im besetzten Gebiet zu jagen und zu erschießen. Außerdem nahmen Männer der Geheimen Feldpolizei des Polizeiregiments Süd der deutschen Ordnungspolizei teil. Beteiligt waren wohl auch die den Nazis bezüglichen ihres Judenhasses in nichts nachstehenden Mitglieder der mit den Deutschen kollaborierenden Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN-M (Melnkyisten) und der rivalisierenden



In Babi Jar wurden 33.771 jüdische Menschen erschossen.

OUN-B von Stepan Banderas, der von vielen West-Ukrainern bis heute als Nationalheld verehrt wird.

Wehrmachtssoldaten der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau sicherten die Lage ab. Reichenau hatte zuvor die geplante Mordaktion ausdrücklich begrüßt: „Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen“, teilte er telegrafisch nach Berlin mit.

SS-Obersturmführer August Häfner, der an dem Massaker teilgenommen hatte, sagte später aus, dass die Erschießungen selbst zumeist von SS-Angehörigen verübt wurden.

Auf dem Gelände, zu dem sie vom Versammlungsort gebracht wurden, mussten sich die Juden etwa 300 Meter von der Schlucht entfernt vollständig ausziehen. Ihre Wertsachen wurden eingesammelt, Ausweise, Fotos und andere Dinge, die die Deutschen als überflüssig ansahen, verbrannt. Anschließend wurden die Menschen an den Rand der Schlucht



Auch Velvele, der kleine Junge mit dem Dreirad, musste in Babi Jar sterben.

geführt. Was dann passierte, schilderten nicht nur Juden, die das Massaker überlebten, sondern auch SS-Männer in späteren Gerichtsverfahren.

„Es ist unmöglich zu beschreiben, was an diesem Ort vor sich ging“, berichten überlebende Augenzeugen. Das Geschehen war beherrscht von Weinen, Verzweiflung und vor allem Betteln von Müttern um Gnade für ihre Kinder. Viele verloren das Bewusstsein. Ein Zeuge erinnerte sich an eine vollständig entkleidete junge jüdische Mutter, die ihre letzten Augenblicke damit verbrachte, ihrem Säugling die Brust zu geben. Als das Baby lebendig in die Schlucht geworfen wurde, sprang sie hinterher.

Auch Kurt Werner, ein Angehöriger des deutschen SK 4, erinnerte sich. Er hatte mit anderen Männern in die Schlucht hinunterklettern müssen. Dann kamen die ersten Juden. „Sie mussten sich mit dem Gesicht zur Erde hinlegen. In der Grube befanden sich drei Gruppen von Schützen, mit insgesamt etwa zwölf Schützen.“

Gleichzeitig wurden ständig neue Juden herangeführt. „Sie mussten sich auf die Leichen der zuvor erschossenen Juden legen. Die Schützen standen jeweils hinter den Juden und haben diese mit Genickschüssen getötet“, so Werner. Der Leichenberg wuchs so immer weiter, die Schlucht füllte sich mit immer mehr Getöteten. Besonders schrecklich seien die verzweifelten Schreie der Juden gewesen, wenn sie vom oberen Grubenrand zum ersten Mal die unten liegenden blutenden Leichen der soeben Erschossenen sehen konnten.

Mitleid mit den Opfern äußerte Kurt Werner auch später nicht. Wohl aber Mitleid mit sich und den anderen Männern des Sonderkommandos wegen der anstrengenden „Drecksarbeit“, wie er die Erschießungen nannte. Für Historiker ist es nach Befragungen beteiligter übrigens erwiesen, dass jeder einzelne der Todes-Schützen sich hätte verweigern können, ohne dafür bestraft zu werden, was aber von Seiten der eingesetzten Erschießungskommandos nicht erfolgt ist.

Die Erschießungsaktion zog sich über 36 Stunden und war erst am darauffolgenden Tag beendet. Aufgrund der exakten deutschen Buchführung ist genau bekannt, wie viele Juden die SS-Männer am 29. und 30. September 1941 erschossen worden sind:

Es waren insgesamt 33.771 Juden. Die Erschießungsrate betrug somit fast 1.000 jüdische Menschen pro Stunde. Die SS berichtete mit deutlichem Stolz die erfolgreiche Ausführung der Morde an den wehrlosen Opfern an das Berliner Reichssicherheitshauptamt, die Zentrale der Sicherheitsdienste und lobte die hervorragende Zusammenarbeit mit der 6. Armee der Wehrmacht.

Die daraufhin in Berlin zwei Tage später gefertigte „Ereignismeldung Nr. 101“ benötigte nur ca. zwei Dutzend nüchterne Worte zur Beschreibung dieses entsetzlichen Massenmordes an wehrlosen jüdischen Opfern:

„Das Sonderkommando 4a hat in Zusammenarbeit mit Gruppenstab und zwei Kommandos des Polizeiregiments Süd am 29. und 30. September 1941 in Kiew 33.771 Juden exekutiert.“

Mehr Worte waren nicht notwendig, um die höheren Etagen des SS-Apparates vom größten Einzelmassaker zu infor-

mieren, das deutsche Einheiten während des Holocausts begingen.

Nach den Erschießungen sprengte die Wehrmacht die Seitenwände der Schlucht, damit sie die Leichen begraben. 1943, nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad, kehrte SS-Standartenführer Paul Blobel zum Ort des Grauens zurück. Sein Auftrag: die Leichen ausgraben und verbrennen, denn die NS-Führung fürchtete, dass die Rote Armee Kiew zurückerobern könne und wollte unbedingt Spuren des Massakers verwischen.

Allerdings haben weder die Russen noch die Ukrainer aus unterschiedlichen Motiven großes Interesse an der Aufklärung des Geschehens gezeigt. Bis weit in die Gegenwart fand besonders die Ukraine keine Worte des Bedauerns für die ukrainische Kollaboration an dem Massenmord von Babi Jar und tat sich besonders schwer damit, klarzustellen, dass es sich bei den Opfern nahezu ausschließlich um unschuldige jüdische Menschen gehandelt hat.

Da in Babi Jar auch in der Folge Erschießungen und Verscharrungen erschossener Juden vorgenommen wurden, war die Zahl der Leichen bis 1943 auf etwa 60.000 Menschen angewachsen.

Die allermeisten der 300 Zwangsarbeiter, die 1943 die Ausgrabungen im Auftrag der Deutschen erledigen mussten, wurden anschließend von diesen erschossen. Einigen wenigen gelang die Flucht. Sie haben später über diese, mit dem Namen „1005 B“ kodierte Vertuschungs-Aktion der Deutschen berichtet.

Einige der Verantwortlichen wurden später vor Gericht gestellt. Der SS-Standartenführer und Einsatzleiter Paul Blobel wurde beim sogenannten Einsatzgruppen-Prozess schon während der Nürnberger Prozesse zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet. Generalfeldmarschall Reichenau erlag 1942 einem Schlaganfall, Stadtkommandant Eberhard beging 1947 Selbstmord, einige andere wurden Jahrzehnte später zu Haftstrafen verurteilt. Andere der Beteiligten kamen zwar vor Gericht, galten aber als „verhandlungsunfähig“.

Auch einigen Juden gelang es, das Massaker zu überleben. Sie waren nicht tödlich getroffen worden und blieben solange unter den Leichen liegen, bis die Deutschen abgezogen waren.

Auf Grund der Aussagen der Überlebenden und Zeitzeugen auf beiden Seiten des Grauens ist die jede Vorstellungskraft übersteigende, von der deutschen SS unter Beihilfe der deutschen Wehrmacht verübte vorsätzliche und willkürliche Erschießung von vielen kleinen Kindern auf dem Arm ihrer Mütter und der Massenmord an vollkommen unschuldigen jüdischen Menschen detailliert belegt und dokumentiert.

Die zwischenzeitlich von verschiedener Seite und aus verschiedenen, teilweise sehr durchsichtigen Motiven praktizierte Unkultur der Holocaust-Leugnung, der Schuldrelativierung, der Täter-Viktimisierung, der entlastenden Ehrung der Wehrmacht oder auch nur des Vergessens ist zutiefst widerwärtig und verlogen.

Sie hält vor dem unschuldigen Gesichtchen Velveles, des kleinen, mit tausenden anderen Kindern erschossenen jüdischen Jungen auf dem Dreirad nicht stand.

(Der Text und das Foto basieren auf Material und Artikeln aus Yad Vashem, der „taz“, dem „Focus“ und anderen deutschen und internationalen Quellen, von denen er teilweise übernommen wurde.)

CPAC in Dallas mit Donald Trump und Viktor Orban: „Brauchen weniger Drag Queens und mehr Chuck Norris“

Die „Conservative Political Action Conference“ ist ein Vernetzungstreffen internationaler Konservativer, das 2022 in Ungarn, Israel und nun in Texas stattgefunden hat. Höhepunkte der Konferenz waren die Auftritte von Donald Trump und Viktor Orban. Die CPAC ist ein essentielles Gegengewicht zu den weit nach links abgedrifteten und verlogenen Strömungen, die die westliche Welt gegenwärtig dominieren. (JR)

Von Filip Gašpar

Nach der CPAC-Konferenz im Mai in Budapest und im Juli im kleineren Rahmen in Tel Aviv (die JR berichtete) fand Anfang August die CPAC-Konferenz in Dallas (Texas) statt.

Zur Erinnerung. Das Kürzel CPAC steht für „Conservative Political Action Conference“. Organisiert wird es seit mehr als 50 Jahren von der American Conservative Union. Man muss es sich wie eine Mischung aus Jobbörse und Familientreffen vorstellen. Wer sich innerhalb der Konservativen vernetzen möchte, ist hier genau richtig. Manche Kritiker bezeichnen die CPAC auch als Konferenz der Konservativen unter den Konservativen. Dieses CPAC ist die Hauptattraktion und findet einmal jährlich in Texas statt. Zusätzlich die CPAC-Ableger im Ausland, wie im vergangenen Mai erstmals auch in Europa, in Ungarn, mit dem Hauptredner Viktor Orbán und seinen zwölf Thesen zur Rettung des Westens.

Wer die Rednerliste betrachtete, bekam ein „Who is Who“ der konservativen Stars vorgesetzt. Bei Außentemperaturen von mehr als 40 Grad war die Stimmung im klimatisierten Veranstaltungshotel Hilton Anatole am Rande von Dallas mehr als nur positiv aufgeheizt.

Am 8. November finden in den USA die Zwischenwahlen statt, um so spannender die Frage, ob Donald Trump wieder zur Wahl antreten wird. Die CPAC hat in Texas eigens eine Umfrage durchführen lassen, aus der hervorgeht, dass mehr als 69 Prozent sich Donald Trump als zukünftigen Präsidentschaftskandidaten wünschen. Zusätzlich ist in letzter Zeit auch in den USA verstärkt das Thema LGBTQ+isierung der Gesellschaft und Genderpolitik in den Vordergrund gerückt. Darum war die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán am ersten Tag der Konferenz eine Punktlandung.

Viktor Orban mit starken Botschaften

Orbán hatte Trump bereits vor dem Beginn der CPAC getroffen, ganz im Stile Trumps, in dessen Golfclub. Orbán ist der erste ausländische Partei- und Regierungschef überhaupt, der auf der wahrscheinlich wichtigsten Konferenz des Trump-Flügels sprechen darf. Frühere US-Präsidenten wie Ronald Reagan und Donald Trump nutzten ihre Reden auf der CPAC als Booster für eine spätere Karriere.

Einige US-Medien aber auch deutsche wie n-tv haben über Orbans Auftritt berichtet. So titelt n-tv „Schlacht der Zivilisationen -Orban ruft zu konservativem Widerstand auf“. In der Washington Post wurden die Repub-



Der ehemalige US-Präsident Donald Trump bei der CPAC in Dallas, Texas.

likaner davor gewarnt, sich von Orbán nicht täuschen zu lassen.

Aber wie kommt es, dass Viktor Orbán, der Ministerpräsident Ungarn, dessen Einwohnerzahl nicht mal zehn Millionen beträgt, als eine Bedrohung

„Hierfür bekam er auch den meisten Applaus.“

Weiter führte er aus, dass Mütter von mindestens vier Kindern demnächst eine lebenslange Einkommensteuerbefreiung erhalten sollen. Den

„ Verlierer gewinnen nie, Gewinner geben niemals auf“

für die Weltmacht USA dargestellt wird?

Als Orbán schließlich die Bühne betrat, jubelte das zahlende Publikum. Die einfachen Eintrittskarten für CPAC beginnen bei 150 US-Dollar. In seiner auf Englisch gehaltenen Rede bediente er sich einiger seiner rhetorischen Evergreens. Er sei ein Freiheitskämpfer und Ungarn das „Texas Europas“, ein „lone star“, denn die texanische Flagge des US-Bundestaates ist von nur einem Stern verziert. Unnötig zu erwähnen, dass dieser Vergleich mit frenetischem Jubel quittiert wurde. Dazu weitere, wahrscheinlich eher für ein amerikanisches Publikum konzipierte Durchhalteparolen wie „Verlierer gewinnen nie, Gewinner geben niemals auf“ („Quitters never win, and winners never quit“) und der Brückenschlag und Seitenhieb zur aktuellen Familien- und Genderpolitik mit dem Satz: „Wir brauchen weniger Drag Queens und mehr Chuck Nor-

Globalisten richtete er aus, dass sie zur Hölle gehen könnten, da er jetzt in Washington sei. Liberalen und Linke bezeichnete er als Kommunisten und über den ungarisch-stämmigen US-amerikanischen Milliardär George Soros, den er György Schwartz nennt und von ihm behauptete, ihn sehr gut zu kennen, verlor er auch kein gutes Wort. Vor allem nicht, über dessen Organisationen und die liberalen Medien. Für die „Mainstreampresse“ hatte er auch gleich einen passenden Titel für die Berichterstattung zu seinem Auftritt parat: „Europas extrem rechter, rassistischer, antisemitischer starker Mann, Putins Trojanisches Pferd, hält Rede vor Konservativen-Konferenz“.

Orbán passte seine Rede ans amerikanische Publikum an und skizzierte seine größten politischen Erfolge: niedrige Steuern, Grenzzaun, gute Familienpolitik. Auch sein Klassiker

„Die Mutter ist eine Frau, der Vater ist ein Mann, und lasst unsere Kinder in Ruhe“ durfte nicht fehlen und brachten ihm Standing Ovationen ein.

Wer sich fragt, warum der Ministerpräsident Ungarns fast schon ikonenhaft unter den Nationalkonservativen gefeiert wird, und die amerikanischen Republikaner begeistern kann, der muss wissen, dass Orbán mittlerweile als ein Politiker von weltweiter Bedeutung („global player“) wahrgenommen wird und es geschafft hat, dass Ungarn trotz seiner relativ kleinen Größe, großes Gewicht in der internationalen Politik hat.

Aber vor allem hat Orbán als einer der ersten Europäer begriffen, dass eine Vernetzung der Konservativen untereinander weltweit nötig ist. Etwas, das für Amerikaner normal ist, doch erst durch ihn und seine neue Strategie langsam in Schwung kommt. Das vor zwei Jahren in Budapest gestartete Projekt „konservative Internationale“ kommt langsam in Schwung und zeigt erste Ergebnisse. Deswegen werden Konferenzen wie die CPAC noch weiter an Bedeutung gewinnen und in den kommenden Jahren auch stärker die Politik mitbestimmen.

Orban war mit einem Tross angeeignet, Márton Ugródsy, Leiter des Büros des Politischen Direktors des Premierministers, meinte über die CPAC:

„CPAC Dallas war eine großartige Gelegenheit, Konservative auf beiden Seiten des Atlantiks zu vereinen. Die Eröffnungsrede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán hob die dringendsten Herausforderungen hervor, denen sich die konservative Bewegung stellen muss, von Wokeismus über niedrigere Steuern bis hin zur Bedeutung der Unterstützung unserer Familien. Dieser Anlass war eine großartige Gelegenheit zu zeigen, dass die konservative Bewegung einen weltweiten Umstrukturierungsprozess durchläuft und sich die Konservativen genauso organisieren müssen, wie es unsere progressiven Gegner seit Jahrzehnten tun. CPAC Dallas machte nochmal deutlich, dass der Westen in allen unseren Ländern vor ähnlichen Herausforderungen stehe und wir nicht davor zurückschrecken sollten, voneinander zu lernen und unsere Zusammenarbeit zu vertiefen, um uns den ernsthaften Herausforderungen des vorherrschenden Woke-Diskurses zu stellen.“

Unterstützung für Donald Trump aus Lateinamerika

Auffällig viele Trump-Anhänger aus Lateinamerika waren vor Ort und auch Latinostämmige Amerikaner. Das T-Shirt mit der Aufschrift „Texicano“ konnte man öfters sehen. Kein Wunder, denn die kommende CPAC findet schließlich im November in Mexiko statt. Im Nebensaal zu den Verkaufständen waren viele Fernsehsender mit ihren Ständen vertreten. Doch auch zwei relativ neue spanischsprachige und auf den US-Amerikanischen Markt ausgerichtete Fernsehsender wie „Americano Media“ und „Voz Media“. Dass Bild, dass Latinos die Republikaner nicht wählen, oder gar komplett gegen Trump sind, wurde hier komplett widerlegt. Vor dem Stand von Steve Bannon, die mehrere Stunden am Tag Livesendungen von der CPAC ausgab, traf ich auf die Eva Sarah Landau, Präsidentin der „Global Human Rights League“ und Volontärin bei CPAC-Texas in den Bereichen Kommunikation und Medien.

Auf die Bedeutung der CPAC für die USA und auch für sie als Jüdin angesprochen sagte sie: „CPAC Texas hat eine große Wirkung, auch auf ehemalige Demokraten, die vorher die Linke unterstützt haben. Die Linke sucht nach neuen Wegen, um gegen die Verfassung zu verstoßen. Wir haben gesehen, dass sie den Kauf einiger Produkte wie Babymilch rationiert haben, Kirchen geschlossen und gegen Menschen vorgegangen sind, die ihre Covid-19-Regeln nicht befolgt haben. Auf der anderen Seite scheint es immer mehr Privilegien für manche Minderheiten mit bestimmten Eigenschaften zu geben, während eine Gruppe, die die Mehrheit stellt, bestraft werden soll. All das erleben wir heute in den USA, gefördert von der Linken. Das erinnert mich an die Erzählungen meiner Großeltern aus Europa. Mein Großvater war in einem Nazi-Konzentrationslager und meine Großmutter wurde von den Kommunisten in der ehemaligen Sowjetunion verfolgt. So etwas möchte ich nicht für mich und meiner Kinder. Darum ist es wichtig, Organisationen wie die CPAC, die Freiheit fördern, zu unterstützen, die verstehen, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben und dass diese Rechte dort enden, wo die der anderen beginnen.“

Konservative Werte verteidigen

Der texanische Senator Ted Cruz äußerte sich angriffslustig in seiner



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hielt als erster ausländischer Staatschef eine Rede auf der CPAC in den USA.

Rede. Seit kurzem komme es bei Podiumsdiskussionen an Universitäten nicht mehr auf den Inhalt an, sondern viel wichtiger sei die korrekte Verwendung des Pronomens. Als Antwort hierauf meinte er: „Ich heiße Ted Cruz und mein Pronomen lautet: Leck mich am Allerwertesten!“. Als nächstes Highlight kam der Brexit-Mann Nigel Farage. In seiner Rede sprach er davon, dass Amerika der Kampfplatz sei und die Zuschauer die Soldaten seien. Und dieser Kampf gewonnen werden müsse, denn wenn Amerika falle, fielen (wir) alle. Er gab den Konservativen auch eine warnende Kritik mit. Diese verlören immer dann, wenn sie aufhörten, konservative Werte zu vertreten.

Zwischen den verschiedenen Panels und Reden konnten die Besucher auf den Fluren der CPAC viel Prominenz der Republikaner treffen und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Darunter zum Beispiel Larry Elder, ein konservativer afroamerikanischer Radiomoderator und Anhänger von Ex-Präsident Donald Trump. Eller strahlte Zuversicht aus, bezeichnete die USA als das fu****g beste Land der Welt und gab der jüngeren Generation mit: „Mein Vater war Marine im Zweiten Weltkrieg, hatte seinen Vater nie kennen gelernt und wuchs bettelarm während der Weltwirtschaftskrise in Jim Crow Athens, Georgia, auf. Doch er sagte meinen Brüdern und mir immer, dass in Amerika heute jedem die Tür weit offenstehe, der bereit sei, hart anzupacken. Er sagte: „Harte Arbeit gewinnt. Du bekommst aus dem Leben heraus, was du hineinsteckst hast. Du kannst das Ergebnis nicht kontrollieren, aber du hast die 100%ige Kontrolle über deinen Aufwand. Und bevor du dich darüber beschwerst, was jemand dir angetan oder zu dir gesagt hat, geh zum nächsten Spiegel, wirf einen Blick hinein und frag dich selbst: ‚Was hätte ich tun können, um das Ergebnis zu ändern?‘

Egal wie hart du arbeitest, wie gut du bist, schlimme Dinge werden passieren. Doch wie du mit diesen schlimmen Dingen umgehst, wird zeigen, was für einen Mann deine Mutter und ich großgezogen haben.“

Auftritt Donald Trump

Am dritten Tag der Konferenz, Samstagabend gegen 17:30 war es dann endlich so weit. Die Sicherheitsvorkehrungen waren hochgefahren worden und der Secret Service kontrollierte jeden Besucher doppelt. Die lang erwartete Rede von Donald Trump sollte gleich beginnen. Doch vorher wurde zuerst ein Schwarzweißfilm gezeigt. Dieser sollte das jetzige Amerika in düsteren Farben darstellen: Armut, Preissteigerungen, Kriminalität und andere Horrorszenerien. Das alles untermalt mit der Stimme von Donald Trump. Der Film war vorbei und unter tosendem Applaus in und außerhalb der Hotelhalle und mit musikalischer Untermalung des Liedes „YMCA“ betrat endlich Donald J. Trump die Bühne. In seiner knapp zweistündigen Rede lief er zur Hochform auf. Er wirkte fit, vital und voller Tatendrang. Er ging auch gleich aufs Ganze. Joe Biden hält er nicht nur für inkompetent, sondern auch vollkommen überfordert. Nancy Pelosi wirft er vor, durch ihre Taiwan-Reise einen dritten Weltkrieg zu provozieren. Denn China hätte sich vorher eine Annetierung Taiwans nicht getraut und sei durch Pelosis Reise aber schon fast dazu gezwungen worden. Den Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Afghanistan sei in seinen Augen einer der schlimmsten militärischen Misserfolge gewesen.

Er ging über zur illegalen Migration aus dem Süden und die mir ihr einhergehenden Probleme wie Menschen- und Drogenhandel und auch die grassierende Inflation kamen in seiner Rede vor. Doch seine Worte zur

illegalen Immigration aus dem Süden sollten nicht als Stimmungsmache gegen Latinos verstanden werden. Unter seinen Vorrednern waren sowohl Latino-stämmige Amerikaner als auch Redner aus Mexiko, die sich ganz deutlich für Trump und seine Migrationspolitik ausgesprochen haben. Für Trump sind Latinos hart arbeitende und ehrliche Leute, die willkommen seien, sich den amerikanischen Traum zu verwirklichen, sofern ihre Einreise legal erfolgt sei.

Zum Ende seiner Rede ging er auf die steigenden Benzin- und Energiekosten ein und die fehlende Meinungsfreiheit. Für ihn alles Faktoren, die die amerikanische Nation in den Niedergang führten.

Der „Wokeness“ und der „Gender-Ideologie“ erklärte er den Krieg. Zum Jubeln brachte er die Menge in Dallas mit: „Man darf die Bibel nicht lehren, aber man darf Kindern beibringen, dass Amerika böse ist und Männer schwanger werden können.“

Trump hatte seinem Publikum geliefert, was es hören wollte. Aber wer gehofft hatte, dass er seinen Wiederantritt bekanntgeben würde, der wurde enttäuscht. Er erwähnte einzig, dass er „es vielleicht nochmal werden tun müssen“, denn sie würden niemals aufhören zu kämpfen und er werde es auch nicht tun.

Die Quittung für seinen Auftritt ließ anscheinend nicht lange auf sich warten. Keine zwei Tage nach der CPAC führte die Bundespolizei FBI eine Razzia auf Trumps Anwesen in Mar-a-Lago im US-Bundesstaat Florida durch. Diese stand laut Medienberichten im Zusammenhang mit Trumps Umgang mit Dokumenten und Akten aus seiner Zeit als Präsident. Er selbst soll während der Razzia nicht anwesend gewesen sein. Auf dem von ihm mitbegründeten Netzwerk, Truth Social, sprach er von einem Angriff „radikal linker Demokraten“ und von „politischer Verfolgung“.

Bat Ye'or: Die Anti-Israel Politik und Iran-Anbiederung der EU ist Beihilfe zu einem erneuten Genozid am jüdischen Volk

Die britisch-ägyptische Autorin Bat Ye'or ist eine der prominentesten Kritikerinnen der Islamisierung Europas. Michel Houellebecq erwähnt sie in seinen Romanen. Die westlichen Bemühungen, einen „palästinensischen“ Pseudo-Staat auf dem uralten jüdischen Gebiet Judäa und Samarias zu errichten, ist die absichtliche Inkaufnahme einer gezielten Massenvernichtung der Juden in der Region. Giulio Meotti sprach für Arutz Sheva mit Bat Ye'or. (JR)

Bat Ye'or, Sie haben geschrieben, es werde im Ukraine-Krieg nur einen Sieger geben: Die islamische Umma. Warum?

Als die Mauer fiel, hatten wir Hoffnung auf ein friedliches, respektvolles Zusammenleben mit Russland. Doch aus der islamischen Welt kamen Warnzeichen. Es schien fast, als bräuchte Europa ein Feindbild, und nach der Annäherung an Russland sei das eben der Islam. Es schien, als würde die Einwanderung aus Osteuropa jene aus den „Südländern“ ersetzen, ein Euphemismus für die muslimische Einwanderung.

Für die Umma hatte der Kalte Krieg gegen den Kommunismus bedeutende Vorteile: Neben Waffen, Öl und Einwanderung in den Westen half der Westen mit, ein internationales Netzwerk aus Koranschulen und radikalen muslimischen Bewegungen zu schaffen. Das Geschäft mit Öl und Energie beeinflusste die Innen- und Außenpolitik des Westens entscheidend.

Eine Freundschaft mit Russland und Frieden in Europa stieß in jenen Ländern, die immer von Kriegen innerhalb der Christenheit profitiert hatten, nicht auf Gegenliebe. Leider sehen wir jetzt, dass die Mauer aus Hass zwischen Russland und Westeuropa wieder aufgebaut wird, wer weiß für wie lange. Den Völkern Europas wird eine russophobe Hysterie aufgezwungen, die sogar zum Atomkrieg in Europa führen könnte.

Unsere Anführer und Vordenker sagen uns, dass dieser Krieg ewig weitergehen muss, bis die ganze Welt Putin hasst und ihn aus dem Weg räumen will. Ich glaube, das Gegenteil wird passieren. Die EU ist unter den Bürgern Europas gar nicht so beliebt. Wenn die EU uns in einen atomaren Dritten Weltkrieg zwingen will, der unseren Kontinent und sein Volk zerstören wird, wird diese Unbeliebtheit nur zunehmen.

Viele Tränen werden für das Leid des ukrainischen Volkes vergossen, doch es sind Krokodilstränen, wenn wir nichts tun, um Frieden zu schaffen, sondern nur aggressive Worte und Taten übrig haben. Immer mehr Waffen zu liefern verlängert nur den Krieg, der so viel Leid verursacht hat.

Aus innenpolitischen Erwägungen braucht Joe Biden einen Sieg über Wladimir Putin, und die Zerstörung Russlands. Wollen wir das wirklich, wenn der Preis der Atomkrieg ist? Und was dann? Sie sagen uns, Putin müsse bestraft werden, weil er ein schrecklicher Diktator ist. Aber gleichzeitig hofieren wir islamische Diktaturen, damit sie uns mit Energie versorgen: Die Vereinigten Emirate, Iran, Aserbaidschan, Katar...

Um Russland in die Knie zu zwingen, muss Europa auch in die Knie gezwungen werden, während unsere Milliarden jetzt an Länder gehen, die nicht gerade eine weiße Weste oder eine demokratische Regierung haben. Wir machen uns mal wieder von den

Geldgebern des Dschihad abhängig.

Wir müssen uns fragen: Was machen unsere Regierungen? In wessen Namen handeln sie? Im Namen der Gerechtigkeit? Der Freiheit? Den Menschenrechten? Wo befolgen wir sonst diese Prinzipien? In Afrika, wo wir mit Diktatoren im Bett liegen? In Asien, wo die EU verhöhnt wird? Im Iran oder Südamerika? In Europa, wo Menschen heute wegen Blasphemie auf der Straße oder in der Schule geköpft werden? Oder sind das nur Ausreden, um sich in Länder einzumischen, die man vernichten will? Was bedeuten die Menschenrechte noch, wenn sie auch in Europa nicht mehr geachtet werden?

Das allerwichtigste Grundrecht ist das auf Sicherheit. Das haben wir scheinbar vergessen. Menschen werden ermordet, weil sie in die Kirche oder Synagoge gehen? Wie kann man da von Menschenrechten sprechen?

Wir haben auch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verloren. Bestimmte Worte und Meinungen können heute tödlich sein. Wir müssen die Regeln der Blasphemie beachten, die uns von einer fremden Kultur aufgezwungen werden. Wir haben das gesetzmäßige Recht verloren, bestimmte religiöse oder politische Meinungen zu vertreten. Ich unterscheide hier zwischen politischer Kritik und Diffamierung, die geahndet werden muss.

Zum Thema Menschenrechte gibt es zwei völlig unterschiedliche Auslegungen: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, und die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam von 1990. Seit den 1930ern hat Europa eine Seite gewählt: Während der Feind im Osten verteufelt wird, sucht man sich seine Zukunft im Süden, wie wir jetzt erfahren. Der Europarat will „Islamische Geschich-

“ **Die Nazi-Politik der Endlösung der Judenfrage setzt sich in den Bemühungen der EU, einen jüdenreinen „palästinensischen“ Pseudo-Staat in Judäa und Samaria mit Jerusalem als Hauptstadt zu schaffen, nahtlos fort.**

te“ lehren, die politische Teilhabe der muslimischen Gemeinden stärken und ihre religiösen Wünsche erfüllen.

In diesem Hexenkessel, der von unfähigen Politikern befeuert wird, zählen die Völker Europas nichts. Sie werden der atomaren Auseinandersetzung geopfert. Wer hat entschieden, dass EU und NATO sich seit 2014 in den Ukraine-Krieg einmischen? Es wird ein langer Krieg. Wollen das die Europäer wirklich? Haben ihre Volksvertreter diese Politik wirklich mit ihren Bürgern besprochen, die sich gerade von einer zweijährigen Pandemie erholen? Haben unsere Zeitungen und Fernseh-



Die islamkritische Schriftstellerin Bat Ye'or wirft der EU eine Israel-feindliche Politik vor

sender die Menschen über die Konsequenzen eines solchen Abenteuers aufgeklärt? Sollten in einer Demokratie solche Entscheidungen nicht vom Volk getroffen werden? Wir sind doch eine Demokratie, oder?

Sie haben beklagt, dass der Westen unter dem aus Amerika importierten Woke-ismus leidet.

Ich kenne mich mit dieser „woke“-Agenda nicht so aus. Es scheint mir aber, dass es Edward Said war, der diese Bewegung als Erster mit dem anti-westlichen Dschihad vereint hat.

jedoch immer nur gegen die jüdisch-christliche Kultur, nie gegen chinesische oder islamische Kultur. Edward Saids Verteufelung der westlichen Kultur wird durch den Dschihad für einen ideologischen Krieg gegen das „Böse“ verwendet, d.h. jede Form der westlichen, jüdisch-christlichen Kultur, Wissenschaft und Politik.

Die Ideologie des Dschihad will Europa schon seit dreizehn Jahrhunderten islamisieren. Die arabischen Armeen wollten schon im 9. Jahrhundert Rom erobern, dem Zeichen der christlichen Macht des Westens. Jetzt verfolgt Erdogan wieder ähnliche Ziele. Erdogan, der regelmäßig die Schlacht von Manzikert 1071 feiert, ermutigt die NATO, Russland anzugreifen. Saids Theorien wurden von allen Antisemiten in Amerika begeistert aufgenommen, in Obamas Demokratischer Partei und den Universitäten. Heute destabilisieren sie den Westen.

Wird Europa sich eines Tages wieder mit Russland arrangieren müssen? Nach diesem Krieg wird das nicht einfach...

Es wäre im Interesse Europas. Dieser Krieg ist Wahnsinn. Krieg bedeutet immer Tod, Zerstörung und schreckliches Leid für die Zivilbevölkerung, ob heute in der Ukraine, oder gestern im Donbass oder Armenien. Hier sehen wir eine Situation, die außer Kontrolle geraten ist.

Warum haben die USA und Europa einen Bürgerkrieg in der Ukraine befeuert? Wie jedes Imperium will die Europäische Union seinen Machtbereich immer weiter ausdehnen, und immer mehr Länder einverleiben. Da die EU keine militärische Macht besitzt, benutzt sie „Farb-Revolutionen“ wie

den Arabischen Frühling und gegen Viktor Orbán, einem demokratisch gewählten Ministerpräsidenten. Dieser Krieg zeigt uns, dass Joe Biden bestimmen will, wer in Russland regiert.

Es ist eine Form von Größenwahn. Wieso sollten wir Europäer und Amerikaner bestimmen dürfen, wer z.B. die Türkei regiert? Oder China? Warum sollten wir entscheiden, wer in einem anderen Land regiert, nur weil uns ihre Regierung nicht gefällt? Die Vorstellung, dass Putin weg muss, weil Biden und die EU das so wollen, ist kriminell. Das ist nun eine ganz neue Phase der imperialen Hegemonie der EU, die so viel Unheil auf der Welt anrichtet.

Was ist denn in den arabischen Ländern passiert, in denen wir für Regimewechsel sorgten? Was ist mit dem Iran? Warum dürfen die Mullahs bleiben? Sind sie denn so viel demokratischer im Umgang mit ihrem Volk, mit Frauen und Ungläubigen? Was ist mit ihrem Terrorismus in Europa und Israel? Mit den Drohungen der Mullahs, die Israel auslöschen und Völkermord begehen wollen? Ist dschihadistischer Terror gegen Zivilisten kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Warum sagen Biden und die EU hier nichts?

Was ist die Erklärung für diesen doppelten Standard?

Es gibt mehrere Gründe. Es geht um wirtschaftliche und geopolitische Macht, weil 56 islamische Länder die Welt beherrschen und mit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit einen gut organisierten Block darstellen. Weil man die nicht angreifen kann, greift man Russland an.

Nicht zu vergessen die historische Verbindung zwischen Antisemitismus und Islam-Nazismus seit den 1930ern.

Dann gibt es den Dhimmi-Status, den wir gewählt haben: Die USA gegen den Kommunismus, die EU gegen Israel. Das Wort Dschihad war dabei tabu, bis der Islamische Staat in Irak und Syrien die EU zwang, darüber zu reden. Auch heute spricht man nicht über den Dhimmi-Status, weder an den Universitäten, in der Politik oder

der Öffentlichkeit. Wenn man etwas ignoriert, das seit 13 Jahrhunderten in Theologie, Politik, Recht und Gesellschaft existiert, dann existiert es einfach nicht. Was keinen Namen hat, existiert nicht. Wenn man keinen Namen für Sauerstoff hat, dann existiert Sauerstoff nicht.

Putin gibt Nazis die Schuld

Der Nationalsozialismus stirbt nicht aus. Von Frankreich bis Russland und Norwegen nach Nordafrika schlossen sich schon in den Zwanziger Jahren Millionen Europäer dem Nationalsozialismus an und kollaborierten mit den Nazis, als ihre Länder besetzt wurden. Diese Menschen sind 1945 nicht über Nacht verschwunden. Nach einigen Säuberungen blieben viele in Regierungsjahren. Es gibt viele Beispiele, Mitterrand, Couve de Murville und René Bousquet in Frankreich, Kurt Georg Kiesinger in Deutschland, aber auch im restlichen Europa.

Es gibt detaillierte Werke zu diesem Thema, wie das von Christophe Bourseiller zu Frankreich. Auch in internationalen Organisationen wie der UNO gab es 1972 bis 1981 den Generalsekretär Kurt Waldheim, einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier. Es gab eine Art Internationale von Ex-Nazis in der Europäischen Politik. Das erklärt die nationalsozialistischen Elemente der EU-Politik, die die Macht in Europa an sich reißen. Schließlich wurde der Grundstein der EU von Walter Hallstein gelegt, dem ersten Vorsitzenden der Europäischen Kommission 1958 bis 1967, einem überzeugten Nazi und NS-Führungsoffizier.

Ebenfalls ein Tabuthema bleibt die Beteiligung von europäischen Muslimen vom Balkan, der Krim, der Ukraine und dem Kaukasus, aus Nordafrika und dem Nahen Osten am Eroberungskrieg und Völkermord der Nazis, ihre Rekrutierung und Indoktrinierung in die Wehrmacht und SS. Dazu gibt es hervorragende Werke, u.a. von Lukasz Hirsowicz, Jeffrey Herf, Matthias Kunzel und David Motadel.

Der Euro-Nazismus belebte klammheimlich sein Bündnis mit dem Islam-Nazismus der vereinten arabischen Anführer, die sich 1947 zu einem Vernichtungskrieg gegen Israel vereinten. Bis auf die Tschechoslowakei weigerten sich alle europäischen Länder, Waffen an Israel zur Verteidigung zu verkaufen.

Diese Kollaboration setzte sich fort, als Al-Husseinis Verwandter Jasser Arafat 1973 die offizielle Unterstützung der EWG für die PLO begrüßte. Die Nazi-Politik der Endlösung der Judenfrage setzt sich in den Bemühungen der EU, einen jüdenreinen „palästinensischen“ Pseudo-Staat in Judäa und Samaria mit Jerusalem als Hauptstadt zu schaffen, nahtlos fort. Diese Politik des Völkermords nennt die EU den „Friedensprozess“.

Ich habe diese Fakten bereits in mehreren Büchern und Texten besprochen, ich will sie hier nicht nochmal durchkauen. Die EU-Politik ist eine Schoah des Gedenkens (wie du bereits geschrieben hast, Giulio) und der Rechte des israelischen Volkes. Was wir erleben, ist die Zerstörung der christlich-jüdischen Zivilisation auf Grundlage der biblischen Werte. Wenn die Bibel umgeschrieben wird, und der Name Israel durch Palästina ersetzt, wenn Ausstellungsstücke im Museum um tausende Jahre anachronistisch als „palästinensisch“ deklariert werden, dann ist das nichts anderes als Islamisierung.

Heute sagt man tatsächlich: Wie kann ein Christ über den Tempelberg sprechen, wenn er kein Moslem ist? Als ob Jesus in die Moschee gegangen ist. Ich nenne diese Kampagne, die Geschichte des Volkes Israels auszulöschen und zu unterdrücken, seine Legitimität und sein Recht auf Selbstverteidigung in Frage zu stellen, den „Nationalsozialismus der Europa-Politik“. Diese Nazi-Strategie der Vernichtung Israels ist zugleich der Selbstmord des Christentums. Die Vernichtung Israels bedeutet auch die Vernichtung des lebenden Kontextes der Christenheit, die ihr Wesen aus der jüdischen Tradition des Messias (altgriechisch

Christos), dem Erlöser bezieht – eine Vorstellung, die dem Islam wesensfremd ist.

Deshalb ist die EU, die diese Vernichtungspolitik gewählt hat, bereits islamisiert. Diese Islamisierung ist der Grund, aus dem es sich gegen die Verbündeten der Nazis in den 30er Jahren nicht mehr wehren kann. Der Nationalsozialismus war die Ausgangsbasis der europäischen Allianz mit den Moslem-Völkern. Das Christentum ist durch die Bibel und die Grundsätze des Erlösers (dem Messias) untrennbar mit dem Judentum verbunden. Aufgrund ihres Hasses der jüdischen Wurzeln des Christentums bedauerten die Nazis, dass Europa christlich und nicht islamisch geprägt war. Diese Nazi-Ideologie findet sich heute in der Bedrohung des Christentums durch den Islam wieder.

Wird Europa weiterhin den Weg von Hitler, Himmler und Hallstein beschreiten, den die EU-Länder gewählt haben? Werden sie ihren Hass auf dasjenige Volk ausleben, das ihre Wurzeln darstellt und das sie so oft versucht haben, auszurotten? Durch ihren Hass auf Israel getrieben wird das Christentum vielleicht die Auslöschung durch den Islam bevorzugen. Es ist nicht das Volk, das entscheidet, sondern ihre Politiker.

Was halten Sie von Emmanuel Macrons Sieg?

Enttäuschend. Macron wird die Politik Hallsteins fortsetzen, Europas Energievorrat von arabischen Despoten und dem Islam abhängig zu machen. Eine Nation, die sich weigert, diese Gefahr und Bedrohung zur Kenntnis zu nehmen, ist dem Untergang geweiht. Die Gefahr heißt Dhimmi-Status.

Giulio Meotti ist Italienscher Journalist, der u.a. für Il Foglio und Arutz Sheva schreibt. Sein Buch „A New Shoah“ beschreibt die persönlichen Geschichten von Terroropfern in Israel. Dieses Interview erscheint auf Deutsch mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Aus dem Englischen von Collin McMahon

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der Kampf der Terrorgruppen um die „palästinensische“ Vormacht

Seit der Gründung Israels haben mordbereite arabische Gruppierungen dem jüdischen Staat den Kampf erklärt. Nach PLO, Fatah, Hamas oder Hisbollah ist nun die Liste der mörderischen Israel-Hasser um die Terrorgruppe Islamischer Dschihad größer geworden. Diese in Damaskus sitzende und von Teheran gestützte Bande ist vor allem von dem Ziel besessen, jegliches jüdische Leben zu vernichten. (JR)



SAID KHATIB / AFP

Von Vincent Steinkohl

An nur einem Wochenende feuerte der Islamische Dschihad über 500 Raketen auf Israel.

Die Zeiten sind weltweit beunruhigend, wenn sich tagesaktuelle Nachrichten zunehmend lesen wie die Skripte von „Monty Python“-Filmen. Im Klassiker „Das Leben des Brian“ aus dem Jahr 1979 verliebt sich Brian, die Hauptfigur, in die idealistische Judith, die sich in der „Volksfront von Judäa“, einer jüdischen Widerstandsgruppe gegen die römischen Besatzer engagiert. Deshalb spricht Brian die militante Gruppe an, in der Hoffnung, ihnen beitreten zu dürfen.

Seine Frage „Seid ihr von der Jüdischen Volksfront?“ beantwortet der Rädelsführer mit einem verächtlichen „Verzieh dich!“. „Jüdische Volksfront, Quatsch!“, sagt er empört. „Wir sind die Volksfront von Judäa! Es gibt ein paar „Typen, die wir noch mehr hassen als die Römer, das sind diese verfluchten Jüdische-Volksfront-Mistkerle!“, belehrt der Chef der Gruppe den sichtlich verwirrten Brian.

Ironisch, dass es mehr oder minder exakt am selben Ort, rund 2.000 Jahre später erneut derartig unübersichtliche politische Wirren gibt. Denn nicht nur Israel ist innenpolitisch tief gespalten, auch die „Palästinenser“ und ihre politische Führung stehen sich selbst mehr im Wege, als alle äußeren Einflüsse es jemals könnten. Diese innere Spaltung ist leider nicht so lustig, wie die der patriotischen Bewohner Judäas im oben beschriebenen fiktiven Szenario, sie hat unschöne Konsequenzen für die Leben

friedliebender Menschen auf beiden Seiten. Egal ob Araber oder Jude.

Die arabisch verwalteten Gebiete Israels teilen sich in zwei Teile, Gaza und die Westbank, zusammen gerechnet leben dort 4,6 Millionen Menschen. Die Palästinensische Befreiungsorganisa-

„ Die Hamas hat sich derweil zurückgehalten, da sie darauf hofft, durch eine Schwächung der Konkurrenz selbst zu alter Stärke zurückfinden zu können. “

tion (PLO) wurde unter maßgeblicher Beteiligung des damaligen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser in Jerusalem gegründet, um die Interessen der hiesigen Araber zu vertreten. Das Dilemma begann mit der arabischen Reaktion auf die Staatsgründung Israels 1948. Keinen vollen Tag dauerte es, da erklärten Saudi-Arabien, der Libanon, Ägypten, Jordanien, der Irak und Syrien dem gerade erst von den früheren britischen Kolonialherrschern übernommenen jüdischen Staat den Krieg. 1949 endete der Krieg mit dem Sieg Israels.

Gaza kam niemals zur Ruhe

Von da an teilten Ägypten und Jordanien die verbliebenen Gebiete unter sich auf. Während Ägypten im Gazastreifen herrschte, regierte Jordanien im West-

jordanland. Der Gazastreifen liegt westlich der Mittelmeerküste, der Strand ist von nirgendwo aus weit entfernt. Im Südwesten befindet sich eine Grenze zu Ägypten. Das Land des Pharaos und Pyramiden billigte den arabischen Flüchtlingen keine staatsbürgerlichen Rechte

zu und ließ sie als Staatenlose schmoren. Gleichzeitig gärten Scharmützel mit Israel, die 1956 mit dem Sinai-Feldzug zu Gunsten Israels entschieden wurden.

Doch auch danach kam Gaza nicht zur Ruhe: Aufgrund internationalen Drucks übergab Israel das Gebiet rasch wieder zurück an Ägypten. 1967 handelte der ägyptische Staatschef General Gamal Nasser aus, dass die zwischenzeitlich zur Befriedung eingetroffenen UN-Soldaten am 19. Mai 1967 wieder abgezogen wurden. Unmittelbar danach begannen unübersichtliche Kämpfe zwischen israelischen Soldaten und arabischen Kämpfern, sowie diverse Terroranschläge der mehr oder weniger von Ägypten kontrollierten PLO aus dem Gazastreifen gegen zivile israelische Ziele.

Nach dem israelischen Sieg im Sechstagekrieg 1967 wurden das Westjordanland und der Gazastreifen vollständig vom israelischen Militär eingenommen und besetzt. Zudem gelang es Israel, Ost-Jerusalem unter seine Kontrolle zu bringen. Der erste wirklich wichtige „palästinensische Politiker“, Jassir Arafat, war geprägt von den Folgen und Konsequenzen dieser Ereignisse. Ab 1969 war er der Vorsitzende der PLO, dies änderte sich nicht bis zu seinem Tod im Jahr 2004.

Arafat, Gründer und Chef der besonders kompromisslosen Fatah und selbst in Ägypten geboren, entwickelte sich zum absolutistischen Anführer. Seine Motive waren primär nationaler Natur, er forderte einen „palästinensischen“ Nationalstaat innerhalb der Grenzen der vormaligen britischen Kolonialherren von 1920. Für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ war da kein Platz.

Die PLO im arabischen Umland – nicht gerne gesehen

Ab 1970 kämpften Arafats Truppen vor allem durch den mehrheitlich schiitischen Libanon unterstützt, nachdem Jordanien ihnen die Zusammenarbeit verwehrt hatte. Die PLO hatte es sich mit dem jordanischen Königshaus verscherzt, nachdem diese ein Attentat auf König Hussein I. verübt haben. Bei den daraus resultierenden Auseinandersetzungen zwischen der PLO und der jordanischen Armee starben rund 3.000

– 5.000 „Palästinenser“, viele davon Zivilisten.

Auch im Libanon stoßen die Milizen aus Gaza nicht nur auf Gegenliebe, denn sie begannen schnell, sich Kämpfe mit christlichen, aber auch schiitischen Gruppen zu liefern. Aus diesem Grund war die PLO bei vielen Libanesen jeglicher Konfession so ungerne gesehen, dass viele von ihnen sogar das militärische Eingreifen Israels in die Situation begrüßen.

In den 1970ern hatte sich die PLO in diverse Splittergruppen aufgeteilt und operierte nicht nur in Beirut sondern, auch in Syrien. Auch dort war die Gruppe nicht gerade beliebt, 1999 nannte der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlas den „Palästinenserchef“ Arafat einen „Sohn von 60.000 Prostituierten“. Erst im Jahre 2000, bei der Beerdigung von Präsident Hafiz al-Assad, setzte dieser wieder einen Fuß auf syrischen Boden.

Mit der Ersten Intifada 1987, ebenfalls ohne „palästinensische“ Gebietsgewinne, geriet der Anspruch auf alleinige Vertretung durch die PLO langsam ins Wanken.

Der Islamische Dschihad wächst rasant

Ab 1993 spielte die inzwischen im Ausland gegenüber neuen Gruppierungen wie der Hamas zunehmend als gemäßigt geltende PLO in den Friedensverhandlungen von Oslo und Kairo mit den USA und Israel eine wichtige Rolle als Vertretung der „Palästinenser“ auf der Weltbühne. Die gegenseitige Anerkennung zwischen der PLO und Israel bescherte dem ehemaligen Terroristen Jassir Arafat gemeinsam mit Jitzchak Rabin und Schimon Peres im Jahr 1994 den Friedensnobelpreis. Bei den ersten Wahlen in den Autonomiegebieten im Januar 1996 erhielt PLO-Führer Arafat die meisten Stimmen und war von nun auch demokratisch legitimiert Anführer der „Palästinenser“.

Ende 2000 brach die zweite Intifada aus, an der die PLO mitwirkte. Terror und Vergeltung ließen die Hoffnung auf dauerhaften Frieden im heiligen Land erneut schwächer werden. Mit der Unter-Hausarrest-Stellung Jassir Arafats 2001 durch die israelische Regierung minderte sich Arafats Machtposition innerhalb der „Palästinenser“ signifikant. Auch der alleinige Vertretungsanspruch der arabischen Bevölkerung Israels durch die PLO war zu diesem Zeitpunkt bereits lediglich Wunschdenken, denn andere Organisationen gewannen zunehmend an Einfluss. Die Hamas war radikaler und wuchs mit jedem weiteren Tag. Für die hohen Funktionäre der PLO war das eine Bedrohung.

Im Jahr 2011 wurde verkündet, dass die rasant wachsenden Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad in Zukunft ebenfalls in der PLO vertreten sein sollen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits blutige Kämpfe zwischen den verschiedenen Gruppen. Am 22. Dezember 2011 wurde in Kairo ein provisorisches Führungskomitee konstituiert, das den Beitritt der beiden Organisationen planen und durchführen sollte.

Die „palästinensische“ Grundsatzerklärung aus dem Jahre 1968 enthält viele Abschnitte, die zur Zerstörung Israels aufrufen. Jassir Arafat erklärte sich gegenüber dem damaligen israelischen Premierminister Jitzchak Rabin bereit, für das Abkommen über die Zukunft des Gazastreifens und des Westjordanlandes bereit, diese Passagen zu streichen. Am 26. April 1996 votierte der „Palästinensische“ Nationalrat für die Änderung dieser Abschnitte und bestimmte, dass ein



Die Terrorgruppe Hamas bekommt "Konkurrenz" vom Islamischen Dschihad

neuer Text verfasst werden sollte. Ein Schreiben Arafats an den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton im Jahr 1998 unterstrich diese Absicht.

Nur leere Worte

Ein neues Manifest wurde allerdings niemals geschaffen, woraus zusätzliche Probleme resultierten. Böse Zungen bezweifelten schon damals die Aufrichtigkeit des Wunsches nach Frieden auf Seiten der „Palästinenser“, entstand doch keine Grundlage für einen koexistierenden arabischen Staat, der das Existenzrecht Israels anerkennt.

2003 entstand schließlich ein Verfassungsentwurf, der die Grenzen von 1967 für einen „palästinensischen“ Staat vorsah. Dieser erhält jedoch erneut die schriftlich festgehaltene Forderung nach der Zerstörung Israels. Nachdem im Jahr 2006 die islamistische Hamas einen Wahlsieg über die nationalistisch-säkulare PLO erringen konnte, kam es zu neuen blutigen Machtkämpfen um die Führung der „Palästinenser“.

Im Gazastreifen herrschte bis 2014 die Hamas, während die „palästinensisch“ verwalteten Gebiete des Westjordanlands von dem PLO-Ableger Fatah geführt wurden. Sowohl die PLO, als auch die Hamas haben ihre Wurzeln in Ägypten, beide wurden im Land am Nil gegründet, beide wurden vor allem in ihrer Anfangszeit stark von Kairo finanziert.

Von den 193 Mitgliedsländern der UN erkennen 138 den von der PLO 1988 ausgerufenen Staat „Palästina“ an. Dieser Status wird von Seiten Israels, der USA und anderer, fast ausschließlich westlicher Staaten nicht anerkannt. Die „palästinensischen“ Gebiete haben bis heute die weltweit höchste Dichte an Hilfsorganisationen. Milliarden an zumeist westlichen Geldern verschwinden seit Jahrzehnten in einem Sumpf aus Korruption und in „Märtyrer-Renten“.

PLO, Hisbollah, Islamischer Dschihad – Ein Stellvertreterkrieg

Wenn es ein paar Jahre am Stück etwas ruhiger wird zwischen den verfeindeten PLO-Gruppen, der radikaleren Hamas und dem noch radikaleren Islamischen Dschihad, mischt auch noch die maßgeb-

lich aus dem Libanon und dem Iran heraus operierende schiitisch-islamistische Hisbollah mit. Für Israel ist es seit jeher de facto unmöglich, zu verhandeln.

Im Grunde genommen handelt es sich bei den Konflikten zwischen diesen „Palästinensergruppen“ um Stellvertreterkriege der Nachbarländer Israels. Während PLO und Hamas Wurzeln im sunnitischen Ägypten haben, wird die Hisbollah vom Libanon und dem Iran – beides schiitische Länder – unterstützt. Der Islamische Dschihad, der dieser Tage zunehmend der Hamas im Gazastreifen den Rang ablauft, stammt ursprünglich aus Syrien. Inzwischen sind sie für die Mehrheit der Terroranschläge gegen Israel verantwortlich, neben ihnen wirkt die Hamas beinahe „gemäßigt“.

Anfang August des laufenden Jahres hat die israelische Armee hochrangige Kämpfer des Islamischen Dschihad ins Visier genommen. Die Hamas hat sich derweil zurückgehalten, da sie darauf hofft, durch eine Schwächung der Konkurrenz selbst zu alter Stärke zurückfinden zu können.

Eine neue Bedrohung für Israel

Den maßgeblich von Ägypten ausgehandelten Waffenstillstand verkündete die Führungsriege des Islamischen Dschihads als Kapitulation Israels. Die Organisation sieht den intensiven Beschuss Israels, trotz starker eigener Verluste, als Erfolg an. Rund 1000 Geschosse flogen innerhalb von drei Tagen auf israelisches Gebiet.

Der Islamische Dschihad demonstrierte der Außenwelt und den „Palästinensern“, dass sie über ein starkes Arsenal an Waffen verfügt. Finanziert wird das vom iranischen Mullah-Regime, der Import erfolgt auf Schmuggelrouten über das offiziell Israel anerkennende Ägypten. Noch hat die verfeindete Hamas nach Einschätzung des israelischen Militärs mehr Waffen und mehr Geld, doch der Islamische Dschihad holt deutlich auf.

Längst ist diese Terrorgruppe zur Hauptbedrohung für die Hamas geworden, deren hochrangige Vertreter finanziert durch Spenden aus dem Ausland in Saus und Braus leben und vielen militant eingestellten „Palästinensern“ nicht radikal genug sind. Von der EU und den USA werden beide Gruppen als Terrororganisationen bewertet.

Noch ist der Islamische Dschihad deutlich ärmer an Mitgliedern als die Hamas. Die Zahl der aktiven Kämpfer wird auf rund tausend geschätzt, die Hamas soll über 5000 Mann mobilisieren können. Im Gegensatz zur Hamas und dem PLO-Ableger Fatah weigert sich der Islamische Dschihad kategorisch, mit Israel zu verhandeln. Sie beteiligt sich auch nicht an Wahlen, ihre Schaffenskraft widmet sie einzig d

Der Aufstieg des Islamischen Dschihads

In jüngster Vergangenheit wuchs der Islamische Dschihad vor allem im Gazastreifen deutlich an. Zum einen dürfte das an der allorts sichtbaren Korruption der Hamas-Eliten liegen, zum anderen auch an der kompromisslosen Militanz der Gruppe. Israel hat somit einen weiteren gewaltbereiten Gegner, der weitaus unberechenbarer ist als die Fatah oder die Hamas. Von dieser Unberechenbarkeit profitieren ihre innerpalästinensischen Feinde. Israel zeigte sich bereits gewillt, Friedensverhandlungen mit der Hamas aufzunehmen – vor ein paar Jahren wäre das noch absolut undenkbar gewesen.

Sollten Sie sich beim Lesen dieser Zeilen so verwirrt fühlen, wie der Filmcharakter Brian, als er von den Machtkämpfen zwischen der jüdischen Volksfront und der Volksfront von Judäa hört, können Sie beruhigt sein. Das geht jedem so, der sich mit dem Nahost-Konflikt beschäftigt. Traurigerweise scheint der zuverlässigste Weg in die Herzen der „Palästinenser“ zu sein, sich noch radikaler zu gebaren als seine Vorgänger. War die Fatah vor einigen Dekaden noch ein extremistischer Ableger der PLO, wirkt inzwischen selbst die Hamas als akzeptabel, verglichen mit dem Islamischen Dschihad. Ein Ende dieser fatalen Spirale scheint nicht in Sicht. Vor diesem Hintergrund wirkt die neueste Holocaust-Relativierung von Fatah-Chef Mahmud Abbas in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz beinahe erwartbar. Im Interesse aller kompromissbereiten Menschen in der Region, unabhängig von Ethnie und Konfession wäre es ein unabdingbarer Schritt Richtung Frieden, würden sich die islamischen Kräfte untereinander einig werden. Nur dann kann Israel echte Friedensverhandlungen führen.

Massaker und Vertreibung: Die verschwiegenen Verbrechen der arabischen Länder gegen die Juden

Es ist längst an der Zeit, das schreckliche Unrecht anzusprechen, das Juden in arabischen Ländern widerfuhr und noch immer widerfährt. Zwischen 1948 und 1980 wurden mehr als 900.000 Juden aus ihrer historischen arabischen und persischen Heimat gewaltsam vertrieben, doch die internationale Gemeinschaft ignoriert weiterhin ihr Leid. Die Massenvertreibung und der Exodus der dortigen Juden sind Teil der Zeitgeschichte, aber sie werden, anders als beim Umgang mit anderen Völkern, weder in den Schulen gelehrt noch im Zusammenhang mit den Konflikten im Nahen Osten in Erinnerung gerufen. (JR)

Fern Sidman und
David Ben Hooren/JNS.org

Wenn wir uns mit dem entscheidenden Moment des 20. Jahrhunderts in Bezug auf die Unmenschlichkeit des Menschen gegenüber dem Menschen befassen, denken wir oft an die schiere Barbarei des Holocausts. Doch in den blutigen Annalen der jüdischen Geschichte sind noch viele andere antisemitische Massaker zu finden.

Tragischerweise wird die gewaltsame Vertreibung, Evakuierung und Flucht von 921.000 Juden sephardischer und mizrachischer Abstammung aus arabischen Ländern und der muslimischen Welt, vor allem von 1948 bis Anfang der 1970er Jahre, oft vernachlässigt und summarisch abgetan.

Seit mehr als 2.500 Jahren leben Juden ununterbrochen in Nordafrika, dem Nahen Osten und der Golfregion. Die erste jüdische Bevölkerung hatte sich dort bereits mindestens 1.000 Jahre vor dem Aufkommen des Islam niedergelassen.

Im Laufe der Generationen waren die Juden in der Region oft verschiedenen Formen der Diskriminierung ausgesetzt – und in vielen Fällen hatten sie einen niedrigeren gesellschaftlichen Status als ihre muslimischen Landsleute – dennoch waren sie loyale Bürger, die wesentlich zur Kultur und Entwicklung ihrer jeweiligen Länder beitragen.

Trotz des positiven Einflusses, den die Juden auf die Orte, an denen sie lebten, ausübten, wurden in den 20 Jahren nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 mehr als 850.000 Juden gezwungen, ihre Heimat in Ägypten, im Libanon, in Syrien, im Irak, im Jemen, in Libyen, in Marokko und in mehreren anderen arabischen Ländern zu verlassen. Eine weitere große Zwangsmigration fand 1979-80 nach der iranischen Revolution und dem Zusammenbruch des Schah-Regimes aus dem Iran statt, wodurch sich die Zahl der jüdischen Flüchtlinge um weitere 70.000 erhöhte.

Staatliche Diskriminierung der Juden

1947 erarbeitete das Politische Komitee der Arabischen Liga ein antisemitisches Gesetz, das die jüdischen Einwohner in allen Mitgliedsstaaten gewaltsam unterdrückte. Auf der internationalen Bühne taten arabische Diplomaten so, als ob sie die Mitwirkung der Arabischen Liga an der staatlich sanktionierten Diskriminierung der Juden ignorieren würden, und versuchten öffentlich, die arabischen „Massen“ – und sogar die Vereinten Nationen selbst – für jede Gefahr, der die Juden in der Region ausgesetzt waren, verantwortlich zu machen. Dieses verdeckte Vorgehen war Teil des Versuchs der arabischen Staaten, von den



Denkmal zur Vertreibung und Flucht der Juden aus arabischen Ländern und dem Iran, auf der Scherower-Promenade in Jerusalem

offiziellen diskriminierenden Praktiken ihrer Regierungen abzulenken.

Zwischen 1948 und 1951 wanderten 260.000 Juden aus arabischen Ländern nach Israel ein, was 56 % der gesamten Einwanderung in den neu gegründeten Staat ausmachte. Die Politik der israelischen Regierung, innerhalb von vier Jahren 600.000 Einwanderer aufzunehmen und damit die bestehende jüdische Bevölkerung zu verdoppeln, stieß in der Knesset auf gemischte Reaktionen, da es innerhalb der Jewish Agency und der Regierung Stimmen gab, die sich gegen die Förderung einer groß angelegten Einwanderung von Juden aus arabischen Ländern aussprachen.

Gegenwärtig leben schätzungsweise nur noch etwa 15.000 Juden in arabischen Ländern. Diese Massenvertreibung und der Exodus sind Teil der modernen Geschichte, aber unerklärlicherweise wird sie weder in den Schulen gelehrt noch im Zusammenhang mit den Konflikten im Nahen Osten in Erinnerung gerufen.

Edwin Black, der preisgekrönte internationale Enthüllungsjournalist der New York Times und Autor des 2016 erschienenen Buches *The Farhud*, schrieb im Dezember 2021: „Heute sprechen wir von einer weitgehend vergessenen ethnischen Säuberung, die in der Geschichte der humanitären Missbräuche ohne Beispiel ist. Erinnern wir uns an die international koordinierte Vertreibung von etwa 850.000 Juden aus arabischen und muslimischen Ländern, wo sie

27 Jahrhunderte lang friedlich gelebt hatten. Wie einige wissen, hat die israelische Regierung im Jahr 2014 den 30. November als Gedenktag für diese Massengräuelat festgelegt. Er hatte keine wirkliche Identität oder einen Namen wie ‚Kristallnacht‘. Aber heute, von diesem Tag an, wird der Tag als Yom HaGirush bekannt sein: ‚Tag der Vertreibung‘. Es war ein jahrelanger Weg, diese Identität zu finden und zu festigen.“

850.000 unerzählte Geschichten

Am 21. September 2012 fand bei den Vereinten Nationen eine besondere Veranstaltung statt, um auf das Problem der jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern hinzuweisen. Der damalige israelische Botschafter Ron Prosor forderte die Vereinten Nationen auf, „ein Dokumentations- und Forschungszentrum einzurichten“, das die „850.000 unerzählten Geschichten“ dokumentieren und „Beweise sammeln soll, um ihre Geschichte zu bewahren“, die seiner Meinung nach zu lange ignoriert worden sei. Allein in Israel gibt es etwa vier Millionen Nachkommen dieser Juden aus arabischen Ländern und einige Millionen in der ganzen Welt. Der damalige stellvertretende israelische Außenminister Danny Ayalon sagte: „Wir sind 64 Jahre zu spät, aber wir sind nicht zu spät“. Diplomaten aus rund zwei Dutzend Ländern und Organisationen, darunter die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, Deutschland, Kanada, Spanien und

Ungarn, nahmen an der Veranstaltung teil. Darüber hinaus sprachen Juden aus arabischen Ländern auf der Veranstaltung.

2019 sagte Rabbiner Eli Abadie, ehemaliger Leiter der Edmond J. Saffra Synagoge in New York, in seiner wortgewaltigen Rede auf einem Tagesseminar im Center for Jewish History in Manhattan mit dem Titel „Das Ende des jüdischen Gemeinschaftslebens in arabischen Ländern“, dass „die Probleme im Zusammenhang mit den ‚palästinensischen‘ Flüchtlingen häufig in den Vereinten Nationen, in den Nachrichtenmedien und in juristischen Fachzeitschriften behandelt werden. Über die Juden, die aus arabischen Ländern vertrieben wurden, ist nur wenig geschrieben worden. Von den fast 1.120 UNO-Resolutionen zu Israel und den so genannten ‚Palästinensern‘ befassen sich fast 200 Resolutionen speziell mit ‚palästinensischen‘ Flüchtlingen; im Gegensatz dazu befasst sich keine einzige ausschließlich mit jüdischen Flüchtlingen, die aus arabischen Ländern vertrieben wurden.“

„Die Juden bildeten in diesen Ländern eine stabile und historische Gemeinschaft, die mindestens 3.000 Jahre alt ist, Jahrhunderte vor Mohammed. Die syrische Gemeinde in Aleppo geht auf König David vor 3.000 Jahren zurück, die jemenitische Gemeinde auf König Salomon vor 2.900 Jahren, die irakische und iranische Gemeinde auf das erste babylonische Exil vor 2.500 Jahren und die

ägyptische Gemeinde vor über 1.000 Jahren“, fügte er hinzu.

„Die Juden waren als Gläubige bekannt und erhielten deswegen nicht nur die Wahl, entweder den Islam anzunehmen oder zu sterben, sondern sie erhielten eine dritte Wahlmöglichkeit, sich zu unterwerfen“, erklärte Abadie. „Daher erforderte das Zusammenleben zwischen Juden und Muslimen, dass die Juden sich den Muslimen unterwarfen. Diese Koexistenz geht zurück auf die Zeit des Kalifen Omar.“

Unterwerfung und Kopfsteuer

„Menschen, die der muslimischen Herrschaft unterworfen waren, wurden als Dhimmi vor Tod und Konvertierung geschützt. Für diesen Schutz mussten die Dhimmi eine Kopfsteuer zahlen, die als „Jizya“ oder Geldstrafe bekannt war. Den Dhimmi war es verboten, gegen Muslime auszusagen, ein Haus zu besitzen, ein Amt zu bekleiden, Waffen zu tragen oder in der Öffentlichkeit Wein zu trinken; sie durften ihre Häuser nicht höher bauen als muslimische Häuser, sie durften nicht auf Sätteln reiten, sie durften ihre Thora nur in ihren Synagogen ausstellen, sie durften ihre Stimme nicht erheben, wenn sie vorlasen oder das Schofar bliesen, und sie mussten ein besonderes Emblem auf ihrer Kleidung tragen, gelb für Juden (der gelbe Stern war keine Erfindung der Nazis). Es war ihre Pflicht, die Überlegenheit der Muslime anzuerkennen und ihnen Ehre zu erweisen“, sagte er.

Rabbi Abadie schlug einen vielschichtigen Plan vor, um die Verbrechen, die an Juden aus arabischen Ländern begangen wurden, konkret anzugehen.

Er sagte: „Die Geltendmachung von Rechten und Wiedergutmachung für jüdische Flüchtlinge ist ein legitimer Aufruf, anzuerkennen, dass jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern nach Recht und Billigkeit die gleichen Rechte haben wie alle anderen Flüchtlinge. Die erste Ungerechtigkeit war die massenhafte Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte von Juden in arabischen Ländern. Heute dürfen wir eine zweite Ungerechtigkeit nicht zulassen: Dass die internationale Gemeinschaft weiterhin Rechte für eine Opferpopulation – arabische Flüchtlinge – anerkennt, ohne die gleichen Rechte für andere Opfer desselben Nahostkonflikts – jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern – anzuerkennen.“

Rabbi Abadie schloss seine fesselnde und informative Rede mit einem Appell an das kollektive Gewissen der gesamten Menschheit: „Lassen Sie sich nicht täuschen. Wo es keine Erinnerung gibt, gibt es keine Wahrheit; wo es keine Wahrheit gibt, wird es keine Gerechtigkeit geben; wo es keine Gerechtigkeit gibt, wird es keine Versöhnung geben; und wo es keine Versöhnung gibt, wird es keinen Frieden geben.“

Vertreibung

In einem Interview mit dem Institute of Jewish Experience am 4. Dezember 2021 sprach Professor Tarek Heggy, ein ägyptischer Denker und Autor von 35 Büchern über die Politik und Kultur des Nahen Ostens und Nordafrikas, über die Beziehung Ägyptens zu seiner jüdischen Bevölkerung: „Einst gab es in Ägypten 100.000 Juden, die neben anderen ethnischen Gruppen im ganzen Land lebten.

Dieses kosmopolitische, mediterrane Ägypten begann zu dem Zeitpunkt zu enden, als die Juden gezwungen wurden, Ägypten zu verlassen.“

In einem Artikel von Sarina Rofe, Genealogieexpertin, Historikerin und Gründerin des Sephardic Heritage Project, der im März 2020 im Brooklyn's Community Magazine erschien, spricht sie von Studenten der Yeshiva of Flatbush, die von den Ereignissen berichteten, die sich ereigneten, als ihre Familien Syrien verließen, einige von ihnen mit dem Stempel in ihren Pässen „Ohne Rückkehrrecht“.

Joshua Zebak sprach über das Leben seines Vaters in Damaskus und über Familienmitglieder, die versuchten zu fliehen. „Mazal, Lulu und Fara Zebak und ihre Cousine Eva Saad planten eine Flucht. Leider haben sie es nicht geschafft. Sie wurden brutal ermordet und ihre Überreste wurden in einer Höhle zurückgelassen. Sie haben Israel nicht gesehen, doch Israel sieht sie. Mazal, Fara, Lulu und Eva haben die Grenze nicht erreicht, doch sie haben unsere Herzen und unsere Geschichte für immer erreicht.“

Danielle Tawil erzählte von der Familie ihrer Mutter, den Antebys, und deren Flucht aus Syrien. Es war 1980,

in die Vereinigten Staaten einreisen. Danielle sagt, es sei wichtig, die Religionsfreiheit, die wir heute haben, zu schätzen und zu nutzen.“

Es ist fast ein Jahrzehnt her, dass die israelische Regierung die Schuld für die Vernachlässigung der alptrauhaften Notlage der sephardischen Juden, die aus den arabischen Ländern vertrieben wurden, auf sich genommen hat, und dennoch gibt es in den israelischen Schulen keinen offiziellen Lehrplan, der die neue Generation über die Geschichte dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe unterrichtet.

Selbst nach der Einsetzung zweier Kommissionen, die zu dem Schluss kamen, dass diese Geschichte in den Lehrplan aufgenommen werden muss – zuletzt die Bitton-Kommission – wurde nichts unternommen, um sicherzustellen, dass ein solcher Lehrplan Realität wird. Auch gibt es keine offiziellen Museen, Seminare, Gedenkstätten oder medienwirksame Produktionen, die die Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern thematisieren. Warum ist das so?

Wie bereits erwähnt, gab es, als die Juden aus arabischen Ländern nach Israel zu strömen begannen, nachdem die UNO den Staat 1948 offiziell zum jüdischen Staat erklärt hatte, in der is-

Rekordzahlen vermehren würden, konnte die säkulare Führung nicht hinnehmen.

Deshalb erheben wir viele Jahrzehnte später kollektiv unsere Stimme und fordern die israelische Regierung auf, die Notlage der Juden aus arabischen Ländern durch einen konkreten Lehrplan im Schulsystem zu vermitteln. Dies bedeutet einen Lehrplan, der von Experten für die sephardisch-jüdische Geschichte entwickelt wurde. Es bedeutet auch ganzjährige Seminare für Angehörige der IDF und eine spezielle Kursstruktur für Hochschulen und Universitäten. Redner, Rabbiner, Lehrer und die Medien müssen sich bemühen, diese Informationen über Juden aus arabischen Ländern zu verbreiten und darüber, was sie während ihres Lebens in ihren Gastländern ertragen mussten und was sie bei ihrer Ankunft in Israel erlebten.

Wir müssen uns dringend für internationale Bemühungen um die Einrichtung eines Museums einsetzen, das der Holocaust-Gedenkstätte in Yad Vashem entspricht und alle Israelis und ausländischen Touristen über die Brutalität aufklärt, die Juden aus arabischen Ländern und ihren Vorfahren angetan wurde. Die Medien in Israel müssen sich auf professionell produzierte Fernsehserien, Dokumentarfilme und Bücher über die schrecklichen Katastrophen konzentrieren, die den Juden aus den arabischen Ländern widerfahren sind.

Ein Tag im Jahr, der der Erinnerung und dem Gedenken an das herzzerreißende Schicksal der Juden aus den arabischen Ländern gewidmet ist, reicht sicherlich nicht aus, um die Verwüstungen, die diesen Menschen im Laufe der Geschichte angetan wurden, wiedergutzumachen.

Nun, bevor es zu spät ist, müssen wir alle zusammenkommen, um diesem Problem Nachdruck zu verleihen. Wir bitten Sie alle um Ihre Hilfe, Führung und Entschlossenheit, um sicherzustellen, dass die Welt die Ungerechtigkeiten, die Juden aus arabischen Ländern widerfahren sind, niemals vergisst.

Die Geschichte mag sich an unsere Taten auf dieser Erde erinnern oder auch nicht, aber es ist unsere moralische Verpflichtung, für unsere Brüder einzutreten, und wenn wir das tun, werden wir diese Welt für künftige Generationen zu einem besseren Ort machen.

Fern Sidman ist Nachrichtenredakteurin und leitende Journalistin bei The Jewish Voice. David Ben Hooren ist Herausgeber von The Jewish Voice.

Dieser Artikel wurde zuerst von The Jewish Voice veröffentlicht.

„Wo es keine Erinnerung gibt, gibt es keine Wahrheit; wo es keine Wahrheit gibt, wird es keine Gerechtigkeit geben“

und Menschen, die versuchten, sich aufzulehnen, wurden getötet. Juden durften ihre Bräuche nicht mehr pflegen und die Tora nicht mehr studieren. Arabische Kinder warfen Steine auf Juden. Trotzdem konnten jüdische Kinder eine Ausbildung erhalten. Danielles Mutter wurde 1971 geboren und hatte keine Geburtsurkunde, so dass sie sich bis heute nicht sicher ist, wann sie geboren wurde. Danielles Großvater wurde verhaftet, ins Gefängnis geworfen und beschuldigt, ein russischer Spion zu sein; auch ihre Großmutter wurde mehrmals verhaftet.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt durfte die Hälfte der Familie das Land verlassen, so dass Danielles zwei Onkel und ihre Großmutter 1980 ausreisten. Ihr Großvater und ihre Mutter wurden zurückgelassen. Sie besorgten sich falsche Pässe mit gefälschten arabischen Namen. Der arabische Name von Danielles Mutter war Mahah Dakak. Es gelang ihnen, nach Paris zu gelangen, aber sie mussten alles zurücklassen. Schließlich erhielten sie ein Visum und konnten

raelischen Regierung und der Jewish Agency einige, die sich gegen diese Einwanderungswelle aussprachen.

Sozialistische Doktrin

In Wirklichkeit waren diejenigen, die in den Anfängen Israels die Führung bildeten, säkulare, linksgerichtete Juden europäischer Abstammung. Sie waren von der sozialistischen Doktrin beseelt, die sie von den zionistischen Jugendbewegungen, mit denen sie in Europa aufgewachsen waren, aufgesogen hatten. Ihr oberstes Ziel war es, einen sozialistischen Zufluchtsort für Juden „ihrer Art“ zu schaffen, der auf den politischen Theorien von Ber Borochov und seinesgleichen beruhte.

Die Juden aus den arabischen Ländern stellten daher eine gefährliche Bedrohung für ihre politische Agenda dar. Die aschkenasischen Juden in Führungspositionen wussten, dass diese Juden aus den arabischen Ländern hartnäckig an den Geboten ihres Glaubens festhielten und tief religiös waren. Die Vorstellung, dass sich Hunderttausende von ihnen in

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Linksextreme anti-israelische Organisationen gegen den Zionistenkongress

Die Zionistische Weltorganisation beging am 28. August den 125. Jahrestag des historischen ersten Zionistenkongresses in Basel. Der Journalist Theodor Herzl versammelte damals in Basel Juden aus der ganzen Welt und legte den Grundstein für die Wiedererstellung eines jüdischen Staates auf dem alten historischen Gebiet. Heute sprechen linksextreme Israel-Hasser dem jüdischen Staat das Existenzrecht ab und begehen einen explizit judenfeindlichen „Gegenkongress“ nahezu ohne jeglichen Widerspruch der Öffentlichkeit. (JR)

Von Gerardo Raffa/
Redaktion Audiatur

10 der 22 Zionistenkongresse fanden in Basel statt. Laut der Kunsthistorikerin Naomi Lubrich, Leiterin des Jüdischen Museums der Schweiz in Basel, gibt es in Israel viele Straßen und Plätze, die nach Theodor Herzl oder Basel benannt sind. «Der Zionistenkongress von 1897 ist der größte Beitrag der Schweiz zur jüdischen Geschichte.» so Lubrich in der Neuen Zürcher Zeitung vom 20. August 2022.

Das allein sollte doch ein Grund zum Feiern sein. Zum Jahrestag waren Feierlichkeiten und Veranstaltungen an verschiedenen Orten geplant, die mit dem Kongress von 1897 in Verbindung stehen.

Nicht allen ist jedoch zum Feiern zumute. Der antisemitischen Israel-Boycottbewegung BDS nahestehende, hauptsächlich linke bis linksextreme Organisationen, planten eine Reihe von Demonstrationen und Podien in Basel, die sich gegen das Gedenken an den ersten Zionistenkongress vor 125 Jahren richten. Israel sei ein kolonialer Apartheid-Staat, der die „palästinensische“ Bevölkerung diskriminieren würde, hieß es in einigen der zahlreichen Aufrufe auf linksextremen Plattformen. Der kleine Schweizer Ableger von BDS erdreistet sich gar mit der frechen Forderung: „Wir fordern die Basler Regierung erneut auf, sich von jeglicher Beteiligung an den Zionismus-Feiern zurückzuziehen und jegliche Zusammenarbeit mit offiziellen israelischen Institutionen und Staatsvertretern zu beenden.“

Ein großer Teil der Organisationen unterstützt die «Boycott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel» BDS-Bewegung direkt. Viele sind Mitglied bei der «European Coordination of Committees and Associations For Palestine» (ECCP). ECCP koordiniert anti-israelische Aktionen in ganz Europa und setzt sich für BDS und die „Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge“ und ihrer Nachkommen in das Israel von vor 1948 ein und will damit den jüdischen Staat Israel praktisch abschaffen.

Einige der Organisationen, die den Aufruf unterzeichnet haben, sind quasi nur auf dem Papier existent und haben weder eine Adresse noch eine Webseite oder Ansprechpersonen.

Hier zufällig ausgewählte Beispiele von Organisationen und/oder Personen die den Aufruf «Keine öffentliche Unterstützung für die Zionismusfeiern in Basel» auf der Website «NO TO APARTHEID» unterschrieben haben:

Association France Palestine Solidarité (AFPS)

Die AFPS setzt sich für die Streichung der Terrororganisationen Hamas und Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) von der europäischen Liste der terroristischen Organisationen ein.

Aktiv in BDS-Kampagnen gegen Israel, obwohl anti-israelische Boykotte in Frankreich verboten sind. Der Or-



Zum 125. Zionistenkongress in Basel haben Israel-Hasser einen Gegenkongress veranstaltet

ganisationsbericht der AFPS ruft zum Boykott aller israelischen Produkte und Institutionen (Sport, Wissenschaft und Kultur) auf.

Die AFPS unterstützt die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah, der wegen Mitschuld an einem Terroranschlag zu lebenslanger Haft verurteilt und seit 1984 in Frankreich inhaftiert ist.

Die AFPS legitimiert den bewaffneten Kampf als Mittel zur Befreiung der „Palästinenser“.

Apartheid Free Zone Switzerland (AFZ)

AFZ listet auf einer Website Schweizer Geschäfte und Orte an denen «keine Apartheid Produkte oder Dienstleistungen» angeboten werden und ruft somit zum Boykott israelischer Produkte und Dienstleistungen auf.

AFZ ermutigt zur «Schaffung eines Netzwerks von Räumen oder Zonen, die sich selbst zur Apartheid-freien Zone erklären». Mit der Unterzeichnung einer Erklärung verpflichten man sich «jegliche Unterstützung für das israelische Apartheid-Regime abzulehnen».

CETIM Europäisches Zentrum – Dritte Welt, Schweiz

CETIM unterstützt den Boykott israelischer Produkte und Dienstleistungen.

Der Direktor von CETIM, Melik Özden, bezeichnet Israel als ein «Apartheid-Regime» und es gebe «eine offensichtliche Parallele zwischen der Situation in Palästina und der Apartheid in Südafrika», da die Situation auf dieselben Wurzeln und Motive zurückgehe.

Collectif Sud Global, Schweiz

Das Collectif Sud Global bezeichnet sich selbst als ein «politisches Kollektiv

mit Sitz in Lausanne, dass sich zum Ziel gesetzt hat, gegen Rassismus, insbesondere Islamophobie, sowie Imperialismus und Kolonialisierung zu kämpfen.»

Es unterstützt Raketenangriff gegen israelische Zivilisten und schreibt dazu in einer Mitteilung: «Wir senden Kraft und Mut an unsere palästinensischen Genossen, Brüder und Schwestern und hoffen, dass die Raketen des Widerstands ihre Ziele erreichen.»

Intal Globalize Solidarity, Belgien

Intal fordert «das Ende des Zionismus als Ideologie des Staates Israel», ein «Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge» und „das Ende Israels als Staat, in dem Juden die Mehrheit bilden müssen und in dem nichtjüdische Bevölkerungsgruppen diskriminiert werden».

Im Juni 2018 gehörte Intal zu den Unterzeichnern einer Erklärung, in der die Freilassung von Khalida Jarrar gefordert wurde. Jarrar, die ehemalige stellvertretende Vorsitzende von Addameer, ist eine hochrangige Funktionärin der Palästinensischen Befreiungsfront (PFLP), die unter anderem wegen aktiver Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (der PFLP) und Anstiftung zur Gewalt durch einen Aufruf zur Entführung israelischer Soldaten angeklagt wurde.

Israeli Committee against House Demolitions (ICAHD)

Im Jahr 2015 wurde die israelische Organisation «Israelisches Komitee gegen Hauszerstörungen» aufgrund einer gerichtlichen Verfügung geschlossen, nachdem die NGO gegen zahlreiche Rechtsvorschriften verstoßen hatte. Die NGO ist weiterhin mit «Ablegern» in

Großbritannien, Finnland, den USA und Deutschland tätig, jedoch ohne eine offizielle israelische Vertretung.

Die Rhetorik von ICAHD beinhaltet Anschuldigungen gegen Israel wie «ethnische Säuberung», «Völkermord», «kollektive Bestrafung» und «Apartheid».

Im Juni 2020 veröffentlichte ICAHD im Zusammenhang mit den Black-Lives-Matter-Protesten einen Artikel, in dem es heißt: «In letzter Zeit wurde viel Aufmerksamkeit auf die ‚Ausbildung‘ gerichtet, die die amerikanische Polizei von Israel erhält. Sie ist umfangreich und allgegenwärtig. Ein großer Teil der gewalttätigen und militarisierten Polizeikultur, die wir sehen, ist entweder durch israelische Taktiken und Waffen entstanden – oder wurde durch sie verstärkt.»

Im Mai 2015 vertrat ICAHD «israelische Aktivisten, die die Suspendierung Israels» von der FIFA unterstützten. Bei einem Treffen mit dem damaligen FIFA-Präsidenten Sepp Blatter überbrachten sie eine «klare Botschaft: Suspendierung der israelischen Fußballverbände von der FIFA, bis die Besatzung beendet ist und der palästinensische Fußball sich ungestört entwickeln kann».

Maison collective de Malagnou, Schweiz

Linksextreme, militante Hausbesetzer aus der Region Genf.

Beteiligt sich an «Apartheid Free Zone» und unterstützt Israel-Boycott durch BDS.

Nouvelles générations Chili, Schweiz

Das «Kollektiv» Nouvelles générations Chili (Neue Generation Chile) aus der französischen Schweiz, beschäftigt sich

laut Eigenaussagen mit der «jüngsten Geschichte und den aktuellen Ereignissen in Chile».

Das «Kollektiv» unterstützt den «Kampf des palästinensischen Volkes gegen das Apartheidregime des Staates Israel» und nimmt dazu auch an Demonstrationen und Boykotten teil.

Länder, die militärische Beziehungen zu israelischen Unternehmen unterhalten, werden dazu aufgerufen, «diese kriminellen Verbindungen zu unterbrechen».

Auf der Website von Nouvelles générations Chili wird zur Befreiung des libanesischen, kommunistischen Attentäters, Georges Ibrahim Abdallah, via Link aufgerufen. Abdallah verbüßt derzeit eine lebenslange Haftstrafe für den Mord an dem US-Militärattaché Charles R. Ray und dem israelischen Diplomaten Yacov Barismantov im Gefängnis von Lannemezan in Frankreich.

Palestina Solidariteit vzw, Belgien

Die belgische Organisation Palestina Solidariteit bezeichnet sich als «Bewegung von Freiwilligen auf der Grundlage des Völkerrechts, der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze für eine gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts».

Der Verein unterstützt die diskriminierende antisemitische BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) gegen Israel und fordert die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel.

Palestina Solidariteit beschuldigt Israel der «ethnischen Säuberung» von «palästinensischen Beduinen» im Negev.

Palestina Solidariteit sammelt laut Website Spenden für palästinensische NGOs, darunter: Defense for Children International – Palestine (DCI-P): DCI-P unterstützt BDS-Kampagnen gegen Israel, und mehrere ihrer Vorstandsmitglieder haben Kontakte zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die von den USA, der EU, Kanada und Israel als Terrororganisation eingestuft wird.

solidaritéS, Schweiz

solidaritéS ist eine kleine linkssozialistische anti-israelische Partei. Sie ist neben der kommunistischen «Partei der Arbeit» (die auch anti-israelisch eingestellt ist und BDS unterstützt) die am weitesten linksstehende Partei in der Schweiz und derzeit im Nationalrat durch die Genfer Parlamentarierin Stéfanie Prezioso oder wahlweise auch Stéfanie Prezioso Batou oder Stefania Prezioso Batou in der Fraktion der Grünen vertreten.

Prezioso Batou macht im Parlament immer mal wieder Vorstöße gegen Israel. Wie zum Beispiel: «Schweiz–Israel. Es muss gehandelt werden» (2021) oder «Wie reagiert der Bundesrat auf Israels Apartheidpolitik?» (2022). Frau Prezioso Batou bezichtigt darin Israel der Apartheid, Kolonialisierung und des Terrors. Die außerordentliche Professorin für internationale Zeitgeschichte behauptet, Israel hätte den Raketenbeschuss von Zivilisten durch die Terroristen der Hamas, als «Vorwand, auf den Raketenbeschuss reagieren zu müssen», genutzt und «mit großer Brutalität den Gazastreifen bombardiert».

Nationalrätin Stefania Prezioso Batou ist auch auf den Straßen an vorderster Front aktiv gegen Israel unterwegs und ruft zum Boykott des jüdischen Staates Israel auf.

Vlaams-Socialistische Beweging (V-SB)

Die Vlaams-Socialistische Beweging (V-SB) ist eine linksnationalistische Flämische Bewegung. Die Bewegung betrachtet die flämischen und sozialen Kämpfe als eine Einheit und strebt laut ihrer Grundsatzklärung eine «sozialistische Gesellschaft in einem unabhängigen Flandern» an.

Die V-SB solidarisiert sich mit dem palästinensischen in Israel inhaftierten Ahmad Sa'adat und verlangt dessen Freilassung. Sa'adat wurde 2006 wegen Leitung einer illegalen terroristischen Vereinigung und seiner führenden Rolle bei der Ermordung des israelischen Tourismusministers Rehavam Ze'evi zu 30 Jahren Haft verurteilt. Er ist nach wie vor Generalsekretär der Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP).

Für die Vlaams-Socialistische Beweging ist Israel ein «rassistisches und koloniales Projekt» und die Palästinenser seien aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Linke Demo

Geplant war am Sonntag, 28. August, in Basel auch eine «Demonstration gegen die Abhaltung der Jubiläumsfeier». Unterstützt wurde diese Demo unter anderem von «Palästina-Aktivist:innen», linksautonomen und linksextremen sektiererischen Gruppierungen. Zum Beispiel vom linksradikalen marxistisch-leninistischen «Revolutionären Aufbau», dessen «Aktivist:innen» der Meinung sind, dass «der Kampf gegen Antisemitismus, Kampf gegen den Kapitalismus heißt» oder der trotzkistischen «Bewegung für den Sozialismus» (BFS/MPS).

«Gegenkongress» mit Vertreter einer Terrororganisation

Aus dem gleichen Umfeld der Demo-Organisatoren wurde für den 27. August auch ein sogenannter «Gegenkongress» im Gewerkschaftshaus Basel organisiert.

Als Online-Teilnehmer waren geplant:

Noura Saleh Erakat, eine amerikanische Aktivistin und Rechtswissenschaftlerin. Sie ist eine lautstarke Kritikerin des Staates Israel und Unterstützerin der antisemitischen Israel-Boycottbewegung BDS.

Ilan Pappé, ein israelischer Histori-

ker, Autor und Professor. Auch Pappé ist ein bekannter und aktiver BDS-Unterstützer. Er schrieb 2005 einen Leitartikel in The Guardian, in dem er britische Akademiker zum Boykott Israels aufrief. Pappé ermutigte 2011 einen Studenten, eine falsche Diplomarbeit zu schreiben, in der er behauptete, Israel habe im Unabhängigkeitskrieg rund 250 unbewaffnete „Palästinenser“ im Dorf Tantura massakriert, was sich als völlig falsch erwies.

Vor Ort Teilnehmer:

Wieland Hoban, ein britisch-deutscher Komponist, Übersetzer und BDS-Sympathisant. Hoban ist Vorsitzender des Vereins «Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost».

Mohammed Khatib ist Europa-Koordinator von «Samidoun», ein Netzwerk für die «Solidarität mit palästinensischen Gefangenen». Im Februar 2021 klassifizierte das israelische Verteidigungsministerium Samidoun als Terrororganisation und «einen Ableger der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)». Mohammed Khatib, ist ein Mitglied der Terrororganisation PFLP. Im Jahr 2017 wurde Khatib ein Einreisevisum in die USA verweigert. Khatib setzt sich aktiv für die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah ein, der derzeit in Frankreich eine lebenslange Haftstrafe für die Ermordung des US-Militärattachés und israelischen Diplomaten Yaakov Bar-Simantov verbüßt.

Jodie Jones, ist eine militante Aktivistin von «Palestine Action» aus Großbritannien. «Palestine Action» greift mit illegalen und teilweise kriminellen Aktionen Unternehmen an, die mit Israel Geschäfte machen. Über den Zionistenkongress schreibt Frau Jones auf Twitter: «Vom gestohlenen Land in die Schweiz: Zio-Faschisten-Bastarde sind nicht willkommen. Die verantwortungsbewusste Bevölkerung der Schweiz hat die Pflicht, den Zionistenkongress in Basel zu verurteilen und dagegen vorzugehen.»

Niemand weiß was und niemand ist verantwortlich

Im Gewerkschaftshaus Basel haben mehrere Gewerkschaften (UNIA, VPOD) und Parteien Büros oder Lokalitäten. Laut Benjamin Plüss vom Basler Gewerkschaftsbund, hat der Gewerkschaftsbund an dieser Adresse keine Büros mehr und sei auch nicht mehr

Mitglied der „Gesellschaft Gewerkschaftshaus“ die das Anwesen verwaltet. Außerdem habe der Basler Gewerkschaftsbund keinerlei Kenntnisse vom Anlass, noch pflege man irgendwelche Beziehungen zu den genannten Organisationen. «Wir distanzieren uns in aller Deutlichkeit von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.» antwortete Plüss auf eine Anfrage von Audiatur-Online.

Die SP Basel Stadt die ihr Büro ebenfalls im Gewerkschaftshaus beim Clara-Platz hat, distanziert sich laut dem lokalen Onlineportal Prime News ebenfalls. «Wir haben mit dieser Veranstaltung nichts zu tun und hatten keine Kenntnis davon», so der Co-Vizepräsident der SP, Marcel Colomb, gegenüber Prime News.

Eine Anfrage bei der Gesellschaft Gewerkschaftshaus Basel, in dessen Vereinsvorstand mehrere Gewerkschafter von UNIA, VPOD und syndicom und wiederum ein Vertreter der SP Baselstadt sind, wie sie dazu steht, dass in ihren Räumlichkeiten Personen aus einem israelfeindlichen bis terroristischen Umfeld ein Podium bekommen, beantwortete Anja Bekcic, im Vereinsvorstand der Gesellschaft Gewerkschaftshaus Basel, folgendermaßen:

«Die Vermietung / Mietung der Räumlichkeiten kann von jedem Mitglied des Vereins GGH selbst vorgenommen werden. In diesem Fall kann sich demnach die GGH nicht dazu äußern.»

Auch Bekcic betont, man distanzieren sich von jeglichem Links- und Rechtsextremismus und Terrorismus sowie Antisemitismus und es sei dem Verein ein äußerst wichtiges Anliegen, dass keiner der die Säle mietet Raum für Antisemitismus, Sexismus, Gewalt oder Diskriminierung bieten dürfe. Die genannten Teilnehmenden seien dem Verein nicht bekannt und das Staatssekretariat für Migration SEM und das Fedpol würden ja gegen Mitglieder von terroristischen Organisationen und extremistische bzw. gewaltbereite Personen Einreiseverbote erlassen.

Wie es scheint, weiß niemand etwas und niemand ist verantwortlich. Links-extreme Organisationen und Personen aus dem terroristischen Umfeld können offenbar in Basel unbehelligt unter dem Schirm von linken Parteien und Gewerkschaften Räume mieten und links-extremistische israelfeindliche Propaganda verbreiten.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



◀ Fortsetzung von Seite 2

Holocaustrelativierung und Hitlergruß

Der Mordversuch am indisch-britischen Schriftsteller Salman Rushdie nach über drei Jahrzehnten einer immer noch gültigen abstrusen Fatwa belegt den blutigen Atavismus des Islam nur allzu deutlich, auch wenn es von unserer Politik und unseren Medien vorsätzlich kaum thematisiert wird. Und die islamische Welt feiert den nahezu ganz gelungenen Anschlag auf einen Menschen, der nichts anderes getan hat als seine Meinung niederzuschreiben.

Hierzu fügt sich geradezu nahtlos der Eklat und die Sprachlosigkeit des Kanzlers bei dem völlig überflüssigen Besuch von Mahmud Abbas in Deutschland: Ausgerechnet im 50. Gedenkjahr der Olympia-Morde von 1972 läßt der deutsche Kanzler den „Palästinenserpräsidenten“ ohne Staat, einen pathologischen Judenhasser und mutmaßlichen Mit-Finanzierer der Münchener Morde, aus unerklärlicher Motivation zu einem sogenannten Staatsbesuch nach Deutschland ein. Schon das wäre ausreichend skandalös. Dass aber unser deutscher Bundeskanzler bei der obligatorischen Pressekonferenz im Kanzleramt widerspruchslos schweigt als Abbas Israel auf das perfideste besudelt und dem jüdischen Staat „50 Holocausts“ an den Arabern andichtet, macht fassungslos vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte und der nur allzu häufig inhaltslos zitierten vermeintlichen deutschen Staatsraison zugunsten Israels. Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf die deutsch-israelischen Beziehungen und kann selbst beim besten Willen nicht allein als Taktlosigkeit des Kanzlers interpretiert werden.

Am selben Tag, 600 km weiter südlich von Berlin, zeigt in München ein arabisch-stämmiger „Security-Mann“ israelische Besucher der Gedenkstätte des Mordgeschehens den Hitlergruß. Das links-grün geführte Deutschland im Jahre 2022!! -- Shame on you!!

Eine zunehmende Anzahl islamisch dominierter, nahezu rechtsfreier No-Go-Areas innerhalb unserer und der europäischen Städte, deutlich gefühlter Mangel an innerer und äußerer Sicherheit und Angst vor weiterem islamischen Terror sowie das Mobbing und die körperlichen Angriffe auf jüdische Schüler an deutschen Schulen mit zunehmendem Islamanteil vor den Augen einer untätigen Schulbehörde und gleichgültiger Elternvertretungen haben unser vormals wirklich farbenfrohes und lebensbejahendes Land bereits sichtbar verändert.

Wie wenig sich auch der linke Juden-Vorbehalt von dem tumben rechtsextremen Antisemitismus und dem Judenhass vieler Muslime unterscheidet, zeigen die bereits

vor einiger Zeit gedruckten Juden-ausgrenzenden dämonisierende und dem Vergleich mit dem Nazi-Blatt „Stürmer“ durchaus standhaltenden Veröffentlichungen des über die deutschen Grenzen gut bekannten Wochenmagazins „Der Spiegel“ und der sich hier ebenfalls negativ hervortuenden Süddeutschen Zeitung.

Ausbruch des 2. Weltkriegs

Besonders der Monat September ist auch von einer Reihe historischer Ereignisse geprägt, von denen einige an dieser Stelle wegen ihrer besonderen tragischen Bedeutung, mit der sie unsere und auch die jüdische Lebenswelt nachhaltig bis heute verändert haben, hervorgehoben werden sollen.

Am 1. September 1939, vor 83 Jahren, überschritten deutsche Truppen die Grenze des polnischen Nachbarn. Mit dem gänzlich unprovokierten Überfall und Eroberungszug gegen Polen stürzte das damalige Nazi-Deutschland – gestützt und bejubelt von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen

1941 der Schauplatz der größten einzelnen Erschießungsaktion an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg.

Unter der Verantwortung der Wehrmacht wurden am 29. und 30. September 1941 mehr als 36.000 Juden ermordet. In den Tagen vor dem industriellen Massenmord mit Giftgas wurden die Morde an Juden von Wehrmacht und SS noch hauptsächlich mit Schusswaffen verübt.

Die 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, die bereits in den Monaten zuvor der SS bei den Judenmorden zur Seite stand, half auch bei der Planung und Durchführung dieser Vernichtungsaktion. Keiner der Offiziere der Wehrmacht, die sich an Vorbereitung, Durchführung oder Vertuschung des Massakers beteiligt hatten, musste sich in der Folge jemals vor Gericht verantworten.

Für die Vorbereitungen arbeiteten SS und Wehrmacht koordiniert und vertrauensvoll zusammen. Direkt beteiligt an den Erschießungen jüdischer Kinder und Frauen waren

rünstigen, gewalttätigen zivilen Auseinandersetzungen in den arabischen, nahezu ausnahmslosen „failed states“ und den fanatischen, menschenrechtsverachtenden, rückschrittlichen islamischen „G'ttesstaaten“, für die islam-legitimierten Mordbanden im Nahen Osten sowie für den seit Jahren mit zunehmender Intensität wachsenden weltweiten, nun auch in Europa grassierenden islamischen Terror, ist der sich am 11. September zum 21. Mal jährende, mehrere Tausend unschuldige zivile Todesopfer, auch viele jüdische Menschen, verantwortende islamische Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center und andere inner-amerikanische Ziele.

Die gebündelten islamischen Anschläge des „September-eleven“ 2001 haben die amerikanische Nation und die ganze westliche Welt erschüttert sowie in der Folge die politischen Geschehnisse der Welt nachhaltig bis heute beeinflusst.

Allein Israel garantiert die Sicherheit für Juden

Allen Hamas Angriffen aus Gaza, allem Vernichtungswillen seitens der Mord-Mullahs aus Teheran sowie allen Widernissen in Deutschland, Westeuropa und der sich unter Präsident Biden von Israel entfernenden USA der weit nach links gerückten Democrats entgegen, konnten die Menschen in Israel und die Juden in der Diaspora dank der Existenz und der Verteidigungsfähigkeit des jüdischen Staates und seiner bisherigen Regierung das Jahr 5782 weitestgehend in Sicherheit verbringen.

Unser besonderer Dank und unsere Anerkennung gelten hier wie jedes Jahr vor allem den jungen Frauen und Männern, die im Dienste der Israel Defence Forces mit ihrem Einsatz und ihrer Tapferkeit Tag für Tag für die Sicherheit des jüdischen Staates Sorge tragen.

Unsere besten Wünsche begleiten auch Ron Prosor, den neuen Botschafter Israels in Berlin.

Für die bevorstehenden Feiertage und für das Neue Jahr 5783 wünschen die Redaktion und ich allen unseren Lesern, dem Staate Israel und allen jüdischen Menschen ein besonders herzliches Shana Tova 5783!

Mögen Sie und alle Ihre Lieben eingeschrieben werden in das Buch des Lebens in Gesundheit, Frieden, Glück und persönlichem Wohlergehen!!

*Am Israel Chai !!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher*

Die antisemitischen Entgleisungen auf der Documenta waren kein Zufall – sie sind Teil des heutigen politischen Systems.“

– Europa und weite Teile der Welt nur 19 Jahre nach Ende des ebenfalls von Deutschland verursachten Ersten Weltkriegs in den noch blutigeren und grausameren Zweiten Weltkrieg, der 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation und Zerschlagung des deutschen Hitlerreiches endete.

In sechs Jahren brutalsten Krieges, in dessen Verlauf Deutschland auch die damalige Sowjetunion überfiel, wurde Deutschland schuldig an einer hohen zweistelligen Millionenzahl toter und verletzter Kriegesopfer, darunter über 20 Millionen Sowjetbürger sowie vor allem an der entmenschten, industriell systematisierten Entrechtung, Erniedrigung, Folterung und Ermordung von 6 Millionen vollkommen unschuldiger deutscher und europäischer jüdischer Frauen, Männer und Kinder.

Gedenken an das Massaker in Babi-Jar

Ende September jährt sich zum 81. Mal auch das grauenvolle Massaker von Babi-Jar, dessen unschuldigen Opfern in diesen Tagen vor dem Ausklang des alten jüdischen Jahres unser Andenken gilt. Diese Schlucht in unmittelbarer Nähe des heute ukrainischen Kiew war

auch die den Nazis bezüglichen ihres Judenhasses in nichts nachstehenden Mitglieder der den Deutschen bereitwilligst zur Seite stehenden Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN-M (Melnykisten) und der rivalisierenden OUN-B von Stepan Bander, der neben dem bisherigen ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk von vielen West-Ukrainern bis heute als Nationalheld verehrt wird und dessen Namen neben vielen Denkmälern bis heute zahlreiche Straßen in ukrainischen Städten tragen.

Der Zweite Weltkrieg hat mit den Millionen ermordeter jüdischer Menschen auch die Jahrhunderte alte Kultur und Sprache der osteuropäischen Juden vernichtet, die politische Karte und die politischen Systeme Europas und des Nahen Ostens bis in die heutige Zeit grundlegend verändert und den Grundstein für den Kalten Krieg und die meisten bis in die heutige Zeit hineinwirkenden Konflikte und Gefahrenherde unserer Welt gelegt.

9/11 verändert die Welt

Von größtem Einfluss für unser heutiges Geschehen, für die Kriege und blut-

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau

als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Großbritannien: Tory-Kandidatin stellt Verlegung der britischen Botschaft nach Jerusalem in Aussicht

Die Kandidatin für den Vorsitz der Konservativen Partei will im Falle ihrer Wahl zur Premierministerin die Verlegung der britischen Botschaft nach Jerusalem prüfen lassen. Die amtierende Außenministerin der Torys betont ihre Verbindungen zu Israel und ihre Besorgnis über Antisemitismus und BDS: Sie werde sich weiterhin gegen die iranische Feindseligkeit und das nahezu pathologische Streben Teherans nach Atomwaffen zur Wehr setzen. (JR)

JNS.org

Die britische Außenministerin und Parlamentsabgeordnete Liz Truss hat versprochen, die Verlegung der britischen Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu erwägen, falls sie zur Vorsitzenden der Tory-Partei gewählt und im September Premierministerin wird.

Die Kandidatin für die Führung der Konservativen Partei – eine von zwei; sie tritt gegen ihren Parlamentskollegen Rishi Sunak an – machte dieses Versprechen in einem Brief an die Mitglieder der Conservative Friends of Israel (CFI). Sie nahm auch an einer Veranstaltung der CFI Anfang August teil, bei der sie sich an die Wähler wandte und Fragen zu den Beziehungen zwischen Israel und Großbritannien beantwortete.

„Ich bin mir der Bedeutung und Sensibilität des Standorts der britischen Botschaft in Israel bewusst“, schrieb Truss in ihrem Brief und fügte hinzu, dass sie „viele Gespräche mit meinem guten Freund“, dem israelischen Premierminister Yair Lapid, über dieses Thema geführt habe. Sie versprach, „einen Schritt zu prüfen, der sicherstellt, dass wir auf der bestmöglichen Grundlage mit Israel operieren“.

Zuvor hatte Truss in ihrem Brief erklärt, sie wolle ihr Engagement für die britischen Juden „erneuern“ und versprach, weiterhin „eine entschiedene Verfechterin Israels im eigenen Land“ zu sein.

„Ich werde dafür sorgen, dass wir unseren Gesetzesvorschlag umsetzen, der vorsieht, dass Gemeinderäte keine Boykott-, Devestitions- und Sanktionsmaßnahmen (BDS), die sich gegen Israel richten, mehr einführen können“, fügte sie hinzu.

Sie sprach auch darüber, wie wichtig es sei, die Öffentlichkeit über Antisemitismus, Antizionismus und israelfeindliche Stimmungen aufzuklären, insbesondere durch „die kontinuierliche Aufklärung über die Schrecken des Holocaust“. Sie brachte auch ihre Unterstützung für den Bau des National Holocaust Memorial and Learning Centre in Großbritannien zum Ausdruck.

Truss sagte, sie werde sich weiterhin gegen die iranische Feindseligkeit und das Streben des Landes nach Atomwaffen zur Wehr setzen und dass die Sicherheit Israels von größter Bedeutung sei.

Darüber hinaus unterstützte sie Lapid's jüngste Kritik an den Vereinten Nationen bezüglich des Sonderausschusses zur Untersuchung der Praktiken Israels. Sie bezeichnete ihn als „institutionell voreingenommen und Geldverschwendung“ und sagte: „UNO-Vertreter mit einer Geschichte antisemitischer Äußerungen sollten keine Rolle bei der Überprüfung der Aktivitäten Israels spielen.“

Die Unterstützung Israels und die Notwendigkeit, Antisemitismus zu bekämpfen, betonte auch Truss' Gegenkandidat in seinem eigenen Brief an die Mitglieder der Conservative Friends of Israel.

Sunak schrieb: „Ich bin stolz darauf, ein Freund Israels zu sein und ... in einer Regierung gedient zu haben, die die Beziehungen zwischen Großbrit-



Die britische Außenministerin Liz Truss will in die Downing Street 10 einziehen

tannien und Israel zu ihrer stärksten Position gemacht hat.“

Er fuhr fort: „Ich weiß, dass wir gemeinsam noch so viel mehr erreichen können.“

Wie seine Herausforderin sprach auch Sunak die Notwendigkeit an, Antisemitismus und die BDS-Bewegung in Großbritannien zu bekämpfen. Wie er in seinem Brief schrieb: „Die spaltende Taktik einer kleinen Clique linker Aktivisten repräsentiert nicht die breitere Gesellschaft ...“

Er schlug außerdem vor, das National Holocaust Memorial and Learning Centre für Besucher kostenlos zu machen, und will ein Gesetz einführen, um sicherzustellen, dass die Holocaust-Bildungseinrichtung „so

bald wie möglich“ gebaut wird. Sunak, der sich am 15. August ebenfalls mit CFI-Mitgliedern traf, sagte auch, er sei „zutiefst“ besorgt über die Bedrohung Israels durch den Iran. „Wir können nicht zulassen, dass der Iran eine Atomwaffe besitzt, und Großbritannien und Israel müssen unsere diplomatische, verteidigungspolitische und geheimdienstliche Zusammenarbeit verstärken, um dies zu verhindern.“

Wie er den Mitgliedern des CFI in seinem Brief mitteilte, „werde ich immer das Recht Israels verteidigen, sich selbst zu verteidigen, und ich verspreche die unerschütterliche Unterstützung Großbritanniens für Israels Sicherheit.“

Hassverbrechen in Kanada: Juden sind unter Justin Trudeau Ziel Nummer 1

Destabilisierung und Islamisierung haben in Kanada seit der Amtsübernahme Justin Trudeaus erheblich zugenommen – die Hassverbrechen gegen Juden allein seit 2019 um 47 %. Einen Zusammenhang mit der Massen-Migration aus islamischen Ländern will man dennoch offiziell nicht zugeben, obwohl der Zeitrahmen der Studie auch den 11-tägigen Konflikt im Mai 2021 umfasst, als die Hamas mehr als 4.000 Raketen auf zivile israelische Bevölkerungszentren abfeuerte. (JR)

JNS.org

Das kanadische statistische Amt veröffentlichte seinen Jahresbericht über Verbrechen, der einen allgemeinen Anstieg zeigt, wobei Juden erneut die häufigsten Opfer von Hassverbrechen im Land sind.

Dem Bericht zufolge „stieg die Zahl der von der Polizei gemeldeten Hassverbrechen im Jahr 2021 um 27 % auf 3.360 Vorfälle. Im Vergleich zu 2019 haben Hassverbrechen in den letzten zwei Jahren um 72% zugenommen.“

Die Zahl der Hassverbrechen gegen religiöse Gruppen stieg laut Bericht um 67 %, wobei Hassverbrechen gegen Juden um 47 % zunahm. Im Jahr 2019 gab es etwas mehr als 300 Hassverbrechen gegen Juden, die im Jahr 2020 auf 331 und im Jahr 2021 auf 487 anstiegen.

Während die Zahl der Hassverbrechen gegen Muslime und Katholiken im vergangenen Jahr ebenfalls gestiegen ist, bleibt die Gesamtzahl der Vorfälle zusammen unter 300.

„Wir sind zutiefst besorgt, dass die Zahl der Hassverbrechen in Kanada im Jahr 2021 erneut gestiegen ist“, sagte Shimon Koffler Fogel, Präsident und CEO des Centre for Israel and Jewish Affairs. „Dieser beunruhigende Trend beweist eindeutig, dass proaktive Maßnahmen erforderlich sind, um den zunehmenden Hass zu stoppen, der sich gegen verschiedene Kanadier aufgrund ihrer Identität richtet.“

Er erklärte: „Statistisch gesehen ist die Wahrscheinlichkeit, dass kanadische Juden Opfer eines Hassverbrechens werden, mehr als zehnmal so hoch wie bei jeder anderen religiösen Minderheit in Kanada. Das ist alarmierend.“

Fogel fuhr fort: „Dieser Bericht sollte für alle Kanadier ein Aufruf zum Handeln sein, sich gegen Antisemitismus und alle Formen von Hass zu stellen. Wie die jüdische Gemeinschaft erlebten auch viele rassisch geprägte und Minderheiten angehörende Gemeinschaften im vergangenen Jahr einen sprunghaften Anstieg von Hassverbrechen, was die Notwendigkeit konzertierter Anstrengungen unterstreicht, um diesen beunruhigenden Trend zu stoppen.“

Der Zeitrahmen des Berichts umfasst den 11-tägigen Konflikt im Mai 2021, als die Hamas mehr als 4.000 Raketen auf israelische Bevölkerungszentren abfeuerte. In dieser Zeit kam es in vielen Teilen der Welt zu einem Anstieg von anti-israelischen und antisemitischen Vorfällen. Kanada bildete dabei keine Ausnahme, obwohl in dem Bericht keine offizielle Verbindung zwi-

schen den beiden Ereignissen hergestellt wurde.

„Es ist zwar nicht möglich, polizeilich gemeldete Hassverbrechen mit bestimmten Ereignissen in Verbindung zu bringen, aber die Medienberichterstattung und der öffentliche Diskurs können das Bewusstsein schärfen und negative Reaktionen von Menschen hervorrufen, die hasserfüllte Einstellungen teilen“, heißt es in dem Bericht, ohne den Konflikt selbst zu erwähnen.

„Obwohl Kanada nach wie vor eines der besten Länder der Welt ist, in dem man als Jude – oder als Angehöriger einer anderen Minderheit – leben kann, sollten diese Zahlen alle Kanadier beunruhigen“, sagte Fogel. „Ein Hassverbrechen ist eines zu viel.“

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Der Anschlag auf Salman Rushdie betrifft uns alle

33 Jahre nachdem Ajatollah Chamenei die immer noch bestehende und vom Westen akzeptierte tödliche Fatwa über den indisch-britischen Schriftsteller Salman Rushdie ausgesprochen hat, attackierte der Muslim Hadi Matar den Autor der „Satanischen Verse“ und verletzte ihn mit einem Messer schwer. Natürlich wird dieser Weckruf für den naiven Westen auch diesmal vor dem Hintergrund unserer links-grünen Politik ungehört verhallen. Der Westen muss aber seine fahrlässige Appeasement-Politik gegenüber dem verbrecherischen Terror-Regime in Teheran überdenken. (JR)

Von Julian M. Plutz

Mit kaum einem Namen verbinden Menschen die blutige, selbstgerechte und menschenverachtende Seite des Islams mehr als mit Salman Rushdie. Dabei ist der Schriftsteller mehr, viel mehr, wahrscheinlich gehört er zu den einflussreichsten Schriftstellern der Welt. Wie kaum ein Zweiter hat er die Welt, seit mehr als 30 Jahren geprägt. Am 12. August 2022 wurde Rushdie von einem islamischen Terroristen, dem 24-jährigen Hadi Matar mit einem Messer attackiert und schwer verletzt.

Alles begann mit seinem Roman „Die satanischen Verse.“ Das Buch handelt von zwei aus Indien stammenden Moslems. Der eine, Saladin Chamcha, stammt aus einer reichen, privilegierten Familie und wird als Kind von seinen Eltern nach England geschickt. Der andere, Gibril Farisha stammt dagegen aus einem ärmeren Elternhaus. Eines Tages zieht er nach London, um seine Liebe, eine jüdische Bergsteigerin, zu treffen.

Beide treffen sich zufällig in einem Flugzeug, welches von Terroristen entführt und zur Explosion gebracht wird. Saladin und Gibril überleben als einzige den Anschlag. Es folgt ein Kampf um Wahrheit und Lüge, um Glauben und Verrat. „Satanische Verse“ ist die Bezeichnung für angeblich gelöschte Koran-Verse. Da das Buch in Teilen auf die Biographie Mohammeds anspielt - genauer, dass Salman Rushdie vom Leben des Propheten inspiriert wurde - löste die Veröffentlichung des Buches eine beispiellose Reaktion in der islamischen Gesellschaft aus.

Angriffe sogar auf Übersetzer

So wurde am 14. Januar 1989 das Buch während einer Demonstration in Bradford, Großbritannien, verbrannt. Genau einen Monat später geschah das, was Salman Rushdie sein Leben lang begleiten und sein Leben für immer verändern würde. Der iranische Revolutionsführer und Ajatollah, Ruhollah Chamenei, sprach eine Fatwa aus, die mit einem Kopfgeld von einer Million Euro verbunden war. Laut islamischen Rechts durfte von nun an jeder Moslem das Todesurteil vollstrecken.

Doch es gab auch Menschen, die Salman Rushdie unterstützten. Am 2. März unterzeichneten mehr als 1000 Autoren weltweit einen Aufruf, um die Meinungsfreiheit zu unterstützen, darunter auch der inzwischen verstorbene Schriftsteller Larry McMurtry, der das Buch, so wie das Drehbuch des Oscar-preisgekrönten Films „Brokeback Mountain“ schrieb. Auch der bekannte Satiriker David Lodge unterschrieb den Aufruf.

Kurz darauf brach der Iran seine diplomatischen Beziehungen, die ohnehin schon seit Jahren als gestört galten, vollständig ab. Zwar wurden diese nach dem Tod von Ruhollah Chamenei wieder aufgenommen, dennoch be-

stand der britische Muslimführer Kalim Siddiqui, der wie Rushdie britische Wurzeln hatte, auf die Fortführung der Fatwa gegen den Schriftsteller.

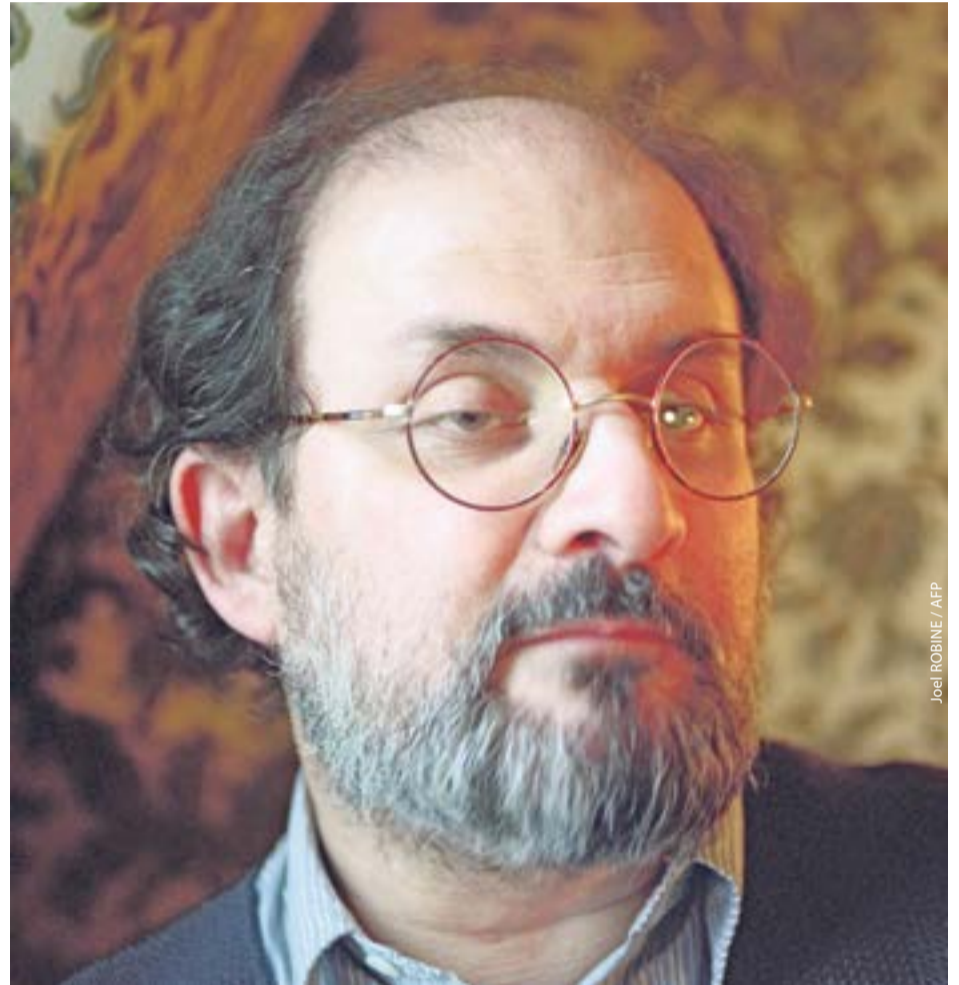
Doch damit nicht genug. Immer wieder wurden auf verschiedene Übersetzer der „satanischen Verse“ terroristische Anschläge verübt. Zwei Jahre nach der Erstveröffentlichung, am 3. Juli 1991 wurde der italienische Übersetzer Ettore Capriolo in seiner Wohnung in Mailand durch Messerstiche schwer verletzt - er überlebte nur knapp. Ebenfalls knapp mit dem Leben davongekommen ist der Norweger William Nygaard. Sein Vergehen: Er verlegte das Buch in seinem Heimatland. Kein Glück hatte der japanische Übersetzer Hiotoshi Igarashi. Am 11. Juli 1991 wurde er im Büro seiner eigenen Universität, die Hochschule in Tsukuba, erstochen. Allein bis ins Jahr 1992 zählte das Wochenmagazin SPIEGEL 22 Tote, die im Zusammenhang mit der Fatwa auf Salman Rushdie standen. Doch auch das sollte nicht das Ende sein.

Wiederum zwei Jahre später, 1993, setzten mehrere Terroristen ein Hotel in Silvas, Türkei, in Brand, da sich der Übersetzer Aziz Nesin dort aufhielt. 37 Menschen, die allermeisten waren Aleviten, starben. Nesin selbst konnte fliehen und starb zwei Jahre später an einem Herzinfarkt.

Kopfgeld wurde immer wieder aufgestockt

Über die Jahre wurde das islamische Todesurteil immer wieder aufrechterhalten. 2005, 16 Jahre nach dem Tod von Ruhollah Chamenei, erneuerte der aktuelle Revolutionsführer, Ali Chamenei den Mordaufruf. Damals reagierte Rushdie mit Humor. Er sah das Bekenntnis zur Fatwa als „rhetorischen Beitrag“ die die iranische Führung offenkundig für ihr Selbstverständnis benötige: „Ich möchte nicht mit Chamenei streiten, aber ich muss betonen, dass nur einer von uns tot ist“, sagte der Schriftsteller damals. „Vielleicht ist, wie man sagt, die Feder doch mächtiger gewesen als das Schwert? Verscherz' es dir nicht mit Schriftstellern“. Mit diesem lockeren, distanzieren Umgang dürfte nun Schluss sein.

Am 12. August dieses Jahres wollte ein amerikanischer Moslem schließlich das Todesurteil vollstrecken und verletzte den Autor schwer. Es war ein Freitag, als Rushdie in der Kleinstadt Chautauqua, im Bundesstaat New York, einen Vortrag hielt. Mehrere Messerstiche trafen Rushdie im Bauch, im Gesicht, aber auch am Hals und in der Brust. Zeitweise musste er künstlich beatmet werden. Sein Zustand war sehr kritisch, dennoch bestätigte sein Sohn, dass es dem Vater besser gehen würde. „Trotz seiner schwerwiegenden und lebensverändernden Verletzungen bleibt sein üblicher kämpferischer und aufsässiger Sinn für Humor intakt, schrieb Zafar Rushdie auf Twitter.



Tödliche Fatwa: Das Kopfgeld auf Salman Rushdie beträgt vier Millionen US-Dollar

Tödliche Appeasement-Politik

Der 24-jährige amerikanische Moslem mit libanesischen Wurzeln gilt als Anhänger des schiitischen Islams. Eine Verbindung zum Mullah-Regime ist nicht bewiesen, drängt sich aber gerade zu auf. Man wird im Laufe des Prozesses sehen, inwieweit sich der Verdacht bestätigt.

Die Reaktionen, wenn man einmal die unsäglichen Aussagen aus dem Iran abzieht, waren, zumindest auf den ersten Blick, deutlich. So lobte US-Präsident Joe Biden, Rushdie habe sich nie einschüchtern lassen und stehe für „wesentliche, universelle Werte“ wie Wahrheit, Mut und Widerstandsfähigkeit. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell schrieb bei Twitter: „Eine internationale Ablehnung solch krimineller Handlungen, die Grundrechte und Freiheiten verletzen, ist der einzige Weg in eine bessere und friedliche Welt“.

Doch wie passen dann die noch laufenden Verhandlungen von EU und USA mit dem Terror-Regime zusammen? Ein Land, das die Terrormiliz Hisbollah seit Jahren unterstützt, welche es sich wiederum zum Ziel erklärt hat, Israel zu vernichten. Schöne Worte und allseits bekannte Plattitüden helfen hier nicht weiter. Der Iran muss isoliert bleiben. Es darf keine sogenannte Einigung in Sachen Atomkonflikt geben. Alles andere wäre tatsächlich ein Verrat an die „wesentlichen universellen Werte“ und würde tatsächlich „Mut und Widerstandsfähigkeit“ bedeuten, wie es der Präsident der Vereinigten Staaten

formulierte. Lediglich der israelische Regierungschef Jair Lapid scheint den richtigen Ton zu treffen: Der Vorfall sei „das Resultat von Jahrzehnten der Aufwiegung, angeführt durch das extremistische Regime in Teheran“.

Salman Rushdie ist ein Symbol

Diese ideologisierte Religionsauslegung muss geächtet werden. Salbungsvolle Worte mögen in Sonntagsreden gut klingen. Es hilft aber niemanden weiter, am wenigsten den Opfern. Salman Rushdie ist ein Symbol in vielerlei Hinsicht. Erstens zeigt er die Unvereinbarkeit des Islams mit westlichen Werten wie die Freiheit der Rede. Zum anderen ist er auch einer von vielen Muslimen, die aufgrund ihrer Liebe zur Aufklärung von der eigenen Gemeinschaft verachtet und verfolgt werden.

Es ist wichtig und richtig, wenn die Schriftstellervereinigung PEN Berlin und das Berliner Ensemble unter dem Titel „Words against Violence“ eine Solidaritätslesung für Salman Rushdie veranstalten. Zu den Teilnehmern zählen Thea Dorn, Can Dündar, Eva Menasse, Sven Regener und Deniz Yüzel. Doch dabei darf es nicht bleiben. Neben dem Kampf gegen Rechtsextremismus, den sich Nancy Faeser verschrieben hat, muss Deutschland mit gleicher Intensität den politischen Islam bekämpfen, statt mit den Protagonisten, wie die von Ditib, zu kuscheln. Das wird weder Salman Rushdie noch den vielen anderen, die vor dem Islam fliehen, gerecht.

Scholz' Schweigen und das jüdische Selbstbewusstsein

Bundeskanzler Scholz schwieg lautstark, als sein Gast, Israel-Hasser und Judenmord-Finanzierer Abbas, den Holocaust relativierte – und wird von offizieller jüdischer Seite in Deutschland mit halbherziger und lauwarmer Kritik auffallend geschont. Dabei müssen gerade die Juden angesichts ihrer Geschichte und den jüngsten Entwicklungen dieses Landes weder diplomatisch sein noch zurückhaltend, wenn die linke Politik die Gedenktage ritualisiert, aber keinerlei Rücksicht auf die hier lebenden Juden nimmt. (JR)

Michal Kornblum/Achgut.com

In München hat am 16. August 2022 ein Security-Mitarbeiter mit „arabischem Namen“ den Hitlergruß gezeigt, als die israelische Delegation von Sportlern der European Championships das Mahnmal für die Opfer des Attentats von 1972 besucht hat. Wer sich fragt, wie so etwas in Deutschland immer wieder passieren kann, findet die Antwort in der inzwischen gut bekannten Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und dem eigentlich nicht mehr legitimierten „Palästinenserpräsidenten“ Abbas. Denn wie so oft stinkt der Fisch vom Kopfe her. Der schweigende Scholz, der wie ein kleiner Schuljunge dabei zusah, wie in seinem Haus und in seiner Hauptstadt der Holocaust relativiert wurde, wird nun paradoxerweise ausgerechnet vom Antisemitismusbeauftragten Dr. Felix Klein in Schutz genommen.

Dr. Klein spricht von einem Kommunikationsproblem zwischen Scholz und dessen Regierungssprecher Hebestreit. Dieser hat inzwischen schon die Schuld für Scholz' Schweigen auf sich genommen; so gäbe es bei Pressekonferenzen strenge Verfahrenswege, die Mikrofone seien bereits ausgeschaltet gewesen und weitere Äußerungen waren nicht vorgesehen. Wenn ein deutscher Bundeskanzler nicht einmal in der Lage ist, gegen die Tagesordnung einer Pressekonferenz zu verstößen, wenn es ihm tatsächlich ein Herzensanliegen ist, wie soll dann dieser Bundeskanzler ein Land regieren und in der Weltpolitik vertreten, zumal es dort sicherlich größere Hindernisse als ausgeschaltete Mikrofone gibt?

Natürlich ist diese Erklärung von Regierungssprecher Hebestreit absolut lächerlich, aber sie zeigt, worum es im Politikbetrieb geht: Verfahrenswege. Wenn Scholz sich zum Holocaustgedenktag mit einem Schild „WeRemember“ fotografieren lässt und es anschließend twittert, wenn Politiker Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen besuchen oder abhalten, wenn sie Auschwitz besuchen, wenn sie Kränze niederlegen oder wenn sie, umzingelt von Fotografen, Stolpersteine putzen, dann sind das alles Verfahrenswege. Referenten erstellen Tagesordnungen und Ablaufpläne, die dann von einem Politiker wie von einer Marionette abgespult werden. Und ein Widerspruch gegen Abbas war einfach in keinem Verfahrensweg vorgesehen.

Nicht zu viel Wert auf die Gedenkreden von Politikern legen

Genau aus diesem Grund sollten wir (und damit meine ich explizit auch uns Juden) nicht zu viel Wert auf die Gedenkreden von Politikern legen und vor allem keine Erwartungen haben. Denn offenbar leiten die Politiker für sich selbst auch keine Erwartungs-

haltung daraus ab. Dies ist ein Ausschnitt aus Olaf Scholz' Rede vom 27. Januar 2022 zum internationalen Holocaustgedenktag:

„...Ich sage das mit großer Sorge. Denn Antisemitismus, Hassreden, Hetze gegen Israel und Gewalt gegen Menschen jüdischen Glaubens nehmen zu – in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern weltweit.“

Gerade in der Coronapandemie haben auch Desinformation und Verschwörungstheorien aus dem Internet noch einmal zugenommen. Wir haben immer wieder gesehen, wie die Erinnerung an den Holocaust auf unseren Straßen bewusst verfälscht wurde – etwa bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Ich denke etwa an die Demonstranten, die sich gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ angeheftet haben.

Umso deutlicher möchte ich heute sagen: Antisemitismus hat in unseren Ländern keinen Platz. Freie und offene Gesellschaften dürfen ihren Feinden nicht das Heft des Handelns überlassen. Wir müssen Antisemitismus, Diskriminierung, Rassismus und Extremismus bekämpfen – überall und in all ihren Formen.

Deutschland trägt in dieser Hinsicht eine besondere Verantwortung. Und mein Dank gilt Ihnen allen, die Sie uns helfen, dieser Verantwortung gerecht zu werden: Gemeinsam mit Israel haben wir auf eine UN-Resolution gegen die Leugnung des Holocaust hingearbeitet. Letzte Woche wurde sie einstimmig verabschiedet. Und es ist mir eine große Ehre, dass wir dabei Seite an Seite mit unseren israelischen Freunden stehen durften. Mit vielen von ihnen haben wir zudem im vergangenen Jahr zusammengearbeitet, um eine globale Task Force gegen Holocaustverfälschung ins Leben zu rufen. Und ich bin auch den Vereinten Nationen und der UNESCO zutiefst dankbar, dass sie durch ihre Arbeit mithelfen, Antisemitismus, Rassismus und Extremismus weltweit zu bekämpfen.

Es ist ein Kampf gegen das Böse, das oft unter dem Deckmantel der Normalität daherkommt. Vor allem aber ist es ein Kampf für mehr Menschlichkeit, die uns verbindet.“

Schluss mit der Ausschlichtung der Holocaust-Opfer zu politischen Zwecken!

Wenn ich diese Rede lese, habe ich den Eindruck, dass das Verhalten von Olaf Scholz schizophoren ist. Er warnte noch im Januar vor Holocaustrelativierung auf Coronademonstrationen, schwor Deutschland auf seine besondere Verantwortung ein und verabschiedete eine Resolution gegen die Leugnung des Holocaust. Ob er diese Resolution wohl vorher gelesen hat? Es waren jetzt aber keine ominösen Querdenker oder Nazis, die den Holocaust relativiert haben, sondern ein „Politiker“, der auf der gleichen Bühne wie Scholz stand. Das obligatorische



Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem damaligen israelischen Ministerpräsident Naftali Bennett in Yad Vashem

Händeschütteln (ist wohl ein Verfahrensweg!) hinterher durfte selbstverständlich nicht fehlen. So sieht für Olaf Scholz der Kampf gegen das Böse und für mehr Menschlichkeit aus.

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, dass jüdische Gemeinden und Verbände ihre Erinnerungs- und Gedenkkultur überdenken. Zu jeder Gedenkveranstaltung, ob Novemberpogrom, Befreiung von Auschwitz oder Yom HaShoah, kommt die gesamte politische Schickleria – teils sogar als Ehrengäste – in die Synagogen dieses Landes. Sie halten Reden, zeigen Betroffenheit und sind am nächsten Tag damit in der Zeitung. Solche Veranstaltungen werden dadurch mehr zum Politikum als zum echten Gedenken. Jüdische Verbände geben Politikern damit eine Bühne für ihren Wahlkampf und ihre politische Arbeit. In unserer Gesellschaft ist der Besuch dieser Veranstaltungen so etwas wie ein politischer Pflichttermin, jedoch mit absoluter Bedeutungslosigkeit.

Scholz ist mit seinem fehlenden Widerspruch gegen Abbas leider keine Ausnahme, sondern ein weiterer Meilenstein in einer ganzen Reihe von antijüdischen und antiisraelischen Fettnäpfchen in der Politik. Dass jüdische Verbände und Gemeinden damit den Missbrauch und die endgültige Ausschlichtung der Opfer der Holocausts, also unserer Großeltern und Urgroßeltern, zu politischen Zwecken erlauben, kann ich unter diesen Umständen nicht nachvollziehen. Trotzdem werden vermutlich im November wieder alle Synagogen voller Politiker sein, die etwas von „niemals schwei-

gen“ erzählen werden. Die Realität ist doch, dass die Politiker diese Gedenkveranstaltungen für ihr Image mehr brauchen als wir, die Juden, ihre Anwesenheit dort benötigten. Wir sind in der Lage, jeden jüdischen Feiertag „allein“ abzuhalten; wieso sollten wir es nicht schaffen, unserer Vorfahren ohne „Unterstützung“ aus der Politik würdevoll zu gedenken?

Mir fehlt jegliches Verständnis für Beschwichtigungsversuche von jüdischer Seite. Wir müssen weder diplomatisch sein noch etwas beschönigen. Wenn wir wirklich, wie der Zentralrat der Juden häufig betont, ein starkes, jüdisches Leben in Deutschland haben, gehört es auch zum jüdischen Selbstbewusstsein dazu, scharfe und eindeutige Kritik zu äußern und gegebenenfalls Konsequenzen zu fordern. Prof. Michel Friedman hat in einem Interview bei der Welt Scholz zu Recht kritisiert, aber in einem Nebensatz erwähnt, dass wir „natürlich auch darüber diskutieren müssen, dass auch den Palästinensern Unrecht geschieht“. Damit nimmt er sich leider selbst den Wind aus den Segeln und relativiert seine eigene Kritik an Scholz. Die jüdische Appeasement-Mentalität ist mitverantwortlich dafür, dass das deutsche Judentum – politisch gesehen – nicht ernst genommen werden kann (manchmal frage ich mich, ob es sich selbst ernst nimmt). Wenn Scholz in seiner Rede sagt, dass er Seite an Seite mit unseren israelischen Freunden stand, dann mag das stimmen – aber trotzdem steht er den „palästinensischen“ Freunden eben doch ein Stückchen näher.

Struktureller Antisemitismus: Spart euch die Entschuldigungen

Der Judenhass ist kein neues Phänomen, doch was in Deutschland dieser Tage passiert, stellt seit dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitenwende dar: Antisemitismus ist längst wieder salonfähig geworden. Von den Abscheulichkeiten auf der Documenta bis hin zum Schweigen des Bundeskanzlers zur heuchlerischen Holocaust-Relativierung durch den Terror-Finanzier Mahmud Abbas - das alles sind Zeichen eines strukturellen Israel- und Juden-Hasses, der links-grün ideologisch und staatlich legitimiert ist. (JR)

Von Chaim Noll

Judenhass ist seit antiken Zeiten überliefert. Schon im biblischen Buch Ester, dessen Entstehung auf das dritte Jahrhundert vor Christus angesetzt wird, steht der berühmte Satz eines persischen Ministers, dass Juden potentielle Verräter seien. Gleichfalls im dritten vorchristlichen Jahrhundert soll, wie der Historiograph Josephus Flavius überliefert, der ägyptische Autor Manetho in seiner – im Original verschollenen – Aegyptiaca geschrieben haben, die Hebräer seien „Aussätzige“ und „Befleckte“. In einem Dialog des Plutarch im ersten christlichen Jahrhundert wird die Frage erörtert, ob Juden deshalb kein Schweinefleisch essen, weil sie das Schwein anbeten. Im Mittelalter verbreiteten europäische Judenfeinde die Legende, Juden entführten und ermordeten christliche Knaben, um aus ihrem Blut am Pesach-Fest Mazze zu backen. Man war sicher, sie würden Brunnen vergiften und die Pest-Epidemien nur deshalb vergleichsweise glimpflich überstehen, weil sie den Pest-Erreger zum Schaden der Christenheit in die Welt gesetzt und für ihren internen Gebrauch insgeheim ein Gegenmittel entwickelt hatten.

Mythos einer jüdischen Lobby

In der Moderne fokussierte Judenhass vor allem auf den verdächtigen Reichtum vieler Juden und ihren verderblichen Einfluss auf die Regierenden christlicher und muslimischer Länder. Ehe das heute populäre Schlagwort „jüdische Lobby“ in Gebrauch kam, glaubte man den Darstellungen eines im neunzehnten Jahrhundert – wahrscheinlich von der russischen Geheimpolizei – in Umlauf gesetzten Elaborats namens „Die Protokolle der Weisen von Zion“, wonach sich ein jüdischer geheimer Rat bei Nacht und Nebel auf dem Judenfriedhof in Prag am Grabe des Shimeon bar Jehuda versammle, um dort Pläne zur Welteroberung und Unterjochung der Menschheit zu schmieden.

„Die Protokolle der Weisen von Zion“ sind eins der meist gelesenen Bücher in der islamischen Welt, in muslimischen Ländern wurden und werden Millionen Exemplare davon gedruckt. Wir alle wissen, dass solche Hirngespinnste auch unter aufgeklärten Europäern nicht aus der Welt sind, dass sie immer wieder, in leicht abgewandelter Gestalt, in Gerüchten und Gerede auftauchen, heute vor allem im Internet, dass sich diese Art Judenhass überhaupt als unsterblich erweist. Wir Juden haben uns damit abgefunden, dass Judenhass ein ewiges hässliches Nebengeräusch unseres ansonsten immer wieder gesegneten Daseins ist. Mein Freund Ralph Giordano sagte im Gespräch mit mir wenige Jahre vor seinem Tod: „Ich bin heute der Meinung, dass Judenhass, Antisemitismus nicht zu überwinden sind. Es ist ein geistesgeschichtlicher Irrweg, eine Fehlhaltung in der Geistesgeschichte.“ Für die sich, wie für

manche andere massive Dummheit, immer wieder Propagandisten und begeisterte Anhänger finden.

Judenhass wird salonfähig

Beunruhigt werden Juden jedoch, wenn die irgendwo umhergeisternden judenfeindlichen Ressentiments plötzlich populär und modisch werden und sich ausbreiten in großen Kreisen der Bevölkerung. Wenn antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen zur Bagatelle werden, weil sie sich einbürgern als Normalität, als Alltäglichkeit. Und gerade dieser Vorgang ist derzeit in Deutschland zu beobachten. Muslimische Kinder und Jugendliche, in Koranschulen ungehindert dazu aufgehetzt, haben das Wort „Jude“ schon seit Jahren erneut zum stärksten Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen gemacht. Wenn muslimische Demonstranten durch deutsche Straßen ziehen, sich vor Synagogen zusammenrotten und skandieren: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, geschieht nichts. Keiner dieser Aufrufe zum Mord an Juden ist bisher von der deutschen Justiz verfolgt worden, obwohl zahlreiche Polizisten und andere Zeugen anwesend waren, Videoaufzeichnungen existieren, Bilder von Überwachungskameras, man also die Brüller und Mord-Aufrufer ohne allzu große Mühe identifizieren könnte.

Das geht schon seit etlichen Jahren so und musste allmählich die Empfindlichkeit gegenüber offenem Judenhass paralisieren, die sich nach dem Desaster von Shoah und verlorenem Krieg in Deutschland gebildet hatte wie eine schützende Schicht. Ich habe in der Bundesrepublik der Achtziger und Neunziger Jahre niemals offene judenfeindlichkeit erlebt. Was nicht heißt, dass derlei nicht irgendwo im Verborgenen, in manchen Köpfen, an manchen Stammtischen, in manchen Antifa-Gruppen und Neonazi-Kneipen existierte. Aber es war weitgehend „out“. Es war unmöglich, mit derlei öffentlich hervorzutreten. Wo es doch geschah oder auch nur der Verdacht bestand, wurden die Betroffenen dramatisch abgestraft. Der Präsident des deutschen Bundestages, Philipp Jenninger, musste im November 1988 wegen einer rhetorisch missglückten Rede aus Anlass des 50. Jahrestages der Reichsprogammnacht zurücktreten, obwohl dort kein einziges antisemitisches Wort gefallen war.

Institutioneller Judenhass

Heute kann eine grüne Staatsministerin in der vom deutschen Staat mit Millionen Steuergeldern finanzierten documenta offen nazistische Symbole des Judenhasses zeigen lassen, ohne deshalb zurücktreten zu müssen. Ihr dreistes Verbleiben im Amt ist eine gewollte Beleidigung der Juden in Deutschland und anderswo. Begeistert verbreiten die Mainstream-Medien die Behauptung der documenta-Direktion, die Schau verzeichne trotz – oder gerade wegen – des judenfeindlichen Skandals „Be-



Olaf Scholz schwieg, als Mahmud Abbas den Holocaust relativierte

sucherrekorde“. Der Fall musste Israel-Hasser und Antisemiten aller Couleur ermutigen. Und andere Politiker dazu verführen, ebenso lax mit aggressivem Judenhass umzugehen wie sie.

Das ist nun gestern dem Bundeskanzler passiert. Er ließ den senilen, seit 2005 ohne Wahlen im Amt sitzenden Präsidenten der „Palästinenser“-Behörde Mahmud Abbas auf einer Pressekonferenz im deutschen Bundeskanzleramt die Behauptung verbreiten, Israel ermorde unschuldige „Palästinenser“ und begehe „Holocausts“ im Plural. Auf die Frage eines Journalisten, wie Abbas heute zu dem feigen, hinterhältigen Terror-Anschlag „palästinensischer“ Terroristen auf die israelische Mannschaft während der Olympiade 1972 in München stünde, der sich in diesen Tagen zum fünfzigsten Mal jährt, antwortete Abbas: „Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 „palästinensischen“ Orten begangen. 50 Massaker, 50 Holocausts.“

Das laute Schweigen des Bundeskanzlers

Darauf reagierte der deutsche Bundeskanzler mit einer schwachen Grimasse wie er sie auch bei der ihm unerfreulichen Rede eines Parteigenossen zeigen würde. „An oberster Stelle im Staat“, empörte sich die Bild-Zeitung, „hört der Kanzler dem „Palästinenser“-Chef Abbas zu, wie er von '50 Holocausts' schwafelt, wie er die israelische Armee gleichsetzt mit den Nazis. Im deutschen Bundeskanzleramt!“ So kann es geschehen in einem Land, in dem es offenbar keine richtige Regierung mehr gibt, nur Attrappen. Um dem alten Schwätzer zu widersprechen, hat Scholz zu viel Respekt: Der Reflex, diesen Mann zu achten, sitzt tief bei den Stamokap-Jungsozialisten von einst, für die Israel von Jugend an der „imperialistische Aggressor“ war und der „palästinensische“ Terror ein „Befreiungskampf“.

Nicht zu reden von den Hunderten Millionen, die Deutschland in Abbas' Behörde investiert hat und weiterhin

investiert. Zur Legitimation dieser Zahlungen gehört die Legende vom „Friedensfreund“ Abbas als Vertreter der „gemäßigten“ „Palästinenser“, als rechtmäßiger Repräsentant des von Israel unterjochten Volkes. Siebzig bis achtzig Prozent dieser Gelder werden veruntreut, sagen „palästinensische“ Kritiker von Abbas' korruptem System aus tribalistischer Vetternwirtschaft, grausamen Geheimdiensten und unablässiger antiwestlicher Propaganda.

Diesen Mann hofieren deutsche Politiker. Sie stehen Habacht und schweigen, wenn er antisemitische Sprüche ablässt. Und dann, wie zum Hohn, die Entschuldigungen. Nachträglich tut es ihnen leid, vor allem, weil es dem ohnehin schwer angeschlagenen Ansehen Deutschlands schadet. Der flau, bis vorgestern von niemandem bemerkte Pressesprecher, der die Pressekonferenz mit Abbas' grandiosem Finale kommentarlos ausklungen ließ, findet reuige Worte. „Sie können sich vorstellen, dass ich das als einen Fehler sehe, den ich sehr bedauere“, zitieren ihn deutsche Medien. „Es sei eine 'Sekundenentscheidung' gewesen, erklärte er nach mehreren Nachfragen der Journalisten, bei denen er sich mehrmals entschuldigte. Es sei 'eine schlechte Performance des Regierungssprechers' gewesen, sagte er sogar.“ Sogar! Das ist das Problem mit „Sekundenentscheidungen“: dass sie schlagartig offenlegen, wie es wirklich um den Mindset des Betreffenden bestellt ist.

Spart euch die Entschuldigungen. Und ihr, deutsche Juden, holt eure Koffer vom Dachboden. Bereitet euch vor auf schlimme Zeiten. Wenn ihr noch jung seid und im Besitz eurer von Gott verliehenen Entscheidungsfreiheit, seht euch um, wohin ihr beizeiten gehen könnt. Ehe es richtig gefährlich wird. Vielleicht Kanada, wohin jetzt schon Zehntausende französische Juden auswandern. Oder Südamerika. Ost-Europa. Oder, wenn ihr mutig seid, Israel. Fangt an zu packen. In Deutschland habt ihr nichts mehr zu hoffen.

Die Weisheiten eines narzisstischen Antisemitismusbeauftragten

Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg Dr. Michael Blume will neuerdings den Antisemitismus auch durch CO₂-Einsparung aus der Welt schaffen. Klingt komisch, ist aber auch böse. In der abstrusen Gedankenwelt Blumes stellt die Verfeuerung fossiler Rohstoffe die Gefahr dar, dass sich „Gesellschaften, Staaten und religiöse Lehren ins Autoritäre“ verformen. Nicht nur Henryk M. Broder wundert sich über so viel Nonsens. (JR)

Henryk M. Broder / Achgut.com

Inzwischen hat jedes Bundesland einen eigenen Antisemitismusbeauftragten. Von den meisten weiß man nicht einmal, wie sie heißen. Ganz anders dagegen agiert der Antisemitismusbeauftragte von Baden-Württemberg. Er verpasst keine Gelegenheit, sich selbst ins Rampenlicht zu rücken. Und seine interreligiöse Ehe. Blumes Vorbild: kein Geringerer als Martin Buber.

Man kann dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg so manches vorwerfen, nur nicht eines: dass er erfolgreich agiert. Wie alle lokalen Medien Anfang März berichteten, habe es im Jahre 2021 in BW „eine Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten von 228 (2020) auf 337 Fälle – ein Zuwachs von fast 50 Prozent“ gegeben.

Ein Drogenbeauftragter mit einer ähnlich katastrophalen Erfolgsbilanz würde auf der Stelle versetzt werden, in das Grünflächenamt oder das Referat für Sport und Bewegung. Dr. Blume aber, der Antisemitismusbeauftragte des Landes BW, bleibt nicht nur wie angeleimt auf seinem Posten. Je klarer wird, dass er von Antisemitismus kaum eine Ahnung hat, umso lauter tönt er, als wollte er allen beweisen, dass es noch andere Themen gibt, von denen er nichts bis gar nichts versteht.

Vor kurzem hat der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg auf seinem Twitter-Account seine Follower gefragt, ob sie denn wüssten, „dass im Judentum und in der Republik Israel die üble Nachrede Lashon Hara verboten ist?“

Was in der Republik Israel erlaubt oder verboten ist, liegt eigentlich außerhalb



Dr. Michael Blume teilt seine Gedanken gerne mit seinen Followern

der Zuständigkeit des Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg. Freilich, der Boden der Geschichte des Landes Baden-Württemberg reicht bis in das Heilige Land, insofern könnte man schon meinen, der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg müsse auch Israel im Blick behalten.

Seit wann ist Israel kein Königreich?

Wie kommt er aber auf den Ausdruck Republik Israel? Hat er angenommen, Israel wäre ein Königreich, und erst ein Blick in die Liste der Könige Israels habe ihm klargemacht, dass die Zeit der Könige Israels schon lange, sehr lange vorbei ist? Seit seiner Ausrufung am 14. Mai 1948 ist Israel eine Republik, obwohl die Anhänger von Benjamin Netanyahu behaupten, „Bibi“ sei der wahre „Melech Israel“. Die offizielle Bezeichnung lautet Medinat Israel, der Staat Israel.

Okay, Staat und Republik ist ungefähr das Gleiche, Und wer im Südwesten der Republik lebt, der weiß, dass Baden früher ein Großherzogtum und Württemberg ein Königreich war. Geschenk. Warum aber lässt der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg seine Follower wissen, „dass im Judentum und in der Republik Israel die üble Nachrede Lashon Hara verboten ist“? Wem bringt diese Information etwas?

Den Begriff „Lashon hara“ gibt es wirklich. Er bedeutet so viel wie „abfällige Rede“, man könnte „Lashon hara“ auch mit „üble Nachrede“ oder „Verleumdung“ übersetzen. Oder mit „Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten“.

Ebenso wie in der Republik Deutschland ist auch in Israel „üble Nachrede“ bzw. „Verleumdung“ strafbar. Nur gelten in Israel andere Maßstäbe als in Deutschland. Man ist großzügiger im Umgang miteinander. Bei Anwendung deutscher Regularien würde das halbe Land im Knast sitzen. Und zwar nicht nur die Angehörigen der ungebildeten Stände, sondern auch Feingeister, die im Goethe-Institut Vorträge über die Geschichte des Bauhauses besuchen.

Ist es das, was uns der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg sagen will? Seid nicht zimperlich! Lasst Dampf ab! Nehmt euch ein Beispiel an den Israelis! Mitnichten.

Wenn einem so viel Gutes widerfährt...

Wie fast immer, wenn er zu irgendwas Stellung bezieht, geht es dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg um den geistigen Lebensmittelpunkt seiner Existenz: den

Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume. Er fühlt sich immerzu verfolgt, verleumdet und „rassistisch“ angegangen. Wegen seiner „Ehe mit einer Muslimin“, die er immer wieder thematisiert, wobei er als sein „persönliches Vorbild“ die „erfolgreiche Ehe des Habsburger Juden Martin Buber mit der Münchnerin, in einem Nonneninternat erzogenen Paula Winkler“ nennt. Wenn einem so viel Gutes widerfährt, das ist schon einen Asbach Uralt wert.

Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg ist eine Witzfigur, wenn auch nicht ansatzweise so witzig wie der gestiefelte Kater, der Hauptmann von Köpenick oder der Hochstapler Felix Krull. Dafür aber voll im Zeitgeist. „Wenn wir den Antisemitismus global und glaubwürdig bekämpfen (...) wollen“, schreibt er in seinem ersten Rechenschaftsbericht, „dann muss dies auch stärkere Anstrengungen für die Wende zu erneuerbaren Energien und die Dekarbonisierung bedeuten“, denn: „Die Verfeuerung fossiler Rohstoffe vergiftet nicht nur Umwelt und Klima, sondern verformt auch Gesellschaften, Staaten und religiöse Lehren ins Autoritäre.“ Soll heißen: Nur in einer klimaneutralen Gesellschaft hat der Antisemitismus keine Chance.

„Das Problem ist“, meint dagegen Dieter Bohlen, „mach einem Bekloppten klar, dass er bekloppt ist“. Das ist keine Verleumdung und keine üble Nachrede, es ist nur eine „mission impossible“. Wer den Antisemitismus durch Dekarbonisierung aus der Welt schaffen will, hat keine Ahnung, wovon er albert. Aber für den Posten eines Antisemitismusbeauftragten in BW ist es allemal genug.

Der Weltenbrand des Nationalsozialismus

Vor 83 Jahren überfiel Hitler-Deutschland seinen Nachbarn Polen. Bis zum Kriegsende 1945 kostete der ideologische und antisemitische Wahn über 70 Millionen Menschenleben. Den „Säuberungen“ und Vernichtungslagern fielen etwa sechs Millionen Juden zum Opfer. Nicht wenige der Überlebenden des Holocaust waren 1948 Mitbegründer des Staates Israel. (JR)

Von Laila Mirzo

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen. Zwei Tage später antworteten Frankreich und Großbritannien auf den Blitzkrieg gegen Polen mit ihrer Kriegserklärung an Deutschland. Es war der Anfang eines noch nie dagewesenen kriegerischen Infernos, das fast die gesamte Welt mit seinen blutigen Krallen umspannen sollte. Bis zum Kriegsende 1945 wurden über 70 Millionen Menschen getötet, Soldaten und Zivilisten.

Den höchsten Blutzoll zahlte die 1941 angegriffene Sowjetunion: Ca. 28 Millionen Menschen fielen im „Großen Vaterländischen Krieg“.

Die Shoa

Der Zweite Weltkrieg hatte neben dem totalen Krieg, Vergewaltigung und Hunger noch ein weitere, bestialische Fratze: Das industrialisierte Morden. Mit der Machtübernahme der NSDAP (National-

sozialistische Deutsche Arbeiterpartei) und der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hatte auch die systematische Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden begonnen. Mit dem Krieg konkretisierten sich die Vernichtungspläne in der menschenverachtenden „Endlösung“ für alle Juden. Im Herbst 1941 wurden systematische Deportationen aller Juden aus Deutschland und den vom Reich besetzten Gebieten in die Vernichtungslager durchgeführt. Gleichzeitig wurde ein Ausreiseverbot verhängt, keiner sollte entkommen können, Europa sollte „judenfrei“ werden.

Bis zur Befreiung durch die Alliierten sind fast 6 Millionen Juden ermordet worden, die Gemeinde in Polen traf es besonders hart: Über 90 Prozent der polnischen Juden wurden getötet.

Kapitulation und Neubeginn

Die deutsche Wehrmacht verkündete am 8. Mai 1945 ihre bedingungslose Ka-

pitulation, damit war der Krieg in Europa beendet, doch für andere Kriegsparteien war der Krieg noch nicht vorbei. Erst mit dem Abwurf der zwei Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 besiegelten die USA die japanische Niederlage und damit das Ende des Zweiten Weltkriegs, der offiziell am 2. September 1945 endlich erlosch. Doch die Welt lag in Asche. Der Tod, Flucht und Vertreibung hatten die Menschen gezeichnet.

Viele der überlebenden Juden standen vor der Frage, ob sie bleiben und ihr altes Leben im „Land der Täter“ wiederaufbauen oder einen Neubeginn in Eretz Israel wagen. Doch die Alija nach Palästina wurde von der britischen Mandatsmacht stark reglementiert. Erst mit der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 finden hier Juden aus aller Welt eine sichere Heimstätte. In den darauffolgenden Jahren kamen rund 140.000 Überlebende des Holocaust nach Israel.

83 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs ist Israel eine starke Nation - innovativ, modern und vor allem wehrhaft. Auf das abgelutschte Versprechen „Nie wieder!“ deutscher Gutmenschen verlässt man sich nicht. Schon gar nicht da Deutschland nicht wirklich willens ist, für die Sicherheit der deutschen Juden einzutreten. Obwohl die Angriffe auf jüdische Menschen auf den Straßen zunehmen, jüdische Schulen und Synagogen von der Polizei geschützt werden müssen, lässt man hunderttausende Juden- und Israel-Hasser ins Land. Was will man schon erwarten – schließlich stinkt der Fisch vom Kopf her.

Wenn ein deutscher Bundeskanzler bedröppelt schweigt, wenn ein arabischer Holocaust-Leugner Israel beschuldigt „50 Holocausts“ begangen zu haben und ihm dann auch noch brav die Hand schüttelt, dann weiß man, was man darauf geben kann, dass die Sicherheit Israels „deutsche Staatsräson“ ist. Eine Falafel ist mehr wert...

Die Terror-Olympiade von 1972 – München feiert

Die Stadt München feierte das 50. Jubiläum der Olympischen Spiele 1972 mit einem bunten Unterhaltungsprogramm. Während der ersten, nach 1936 und dem Holocaust auf deutschem Boden abgehaltenen Olympiade, ermordeten „palästinensische“ Terroristen ausgerechnet in Deutschland elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft bestialisch. Doch Veranstaltungen und Berichterstattung zum Jahrestag des schrecklichen Geschehens sind von einer unerschütterlichen Heiterkeit geprägt. Man wetteifert um drollige Anekdoten und Trivialitäten. Die Erinnerung an die ermordeten jüdischen Sportler scheint die Feierlichkeiten nur zu stören. Diese Form der Erinnerung an die Olympiade 1972 ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen, sondern auch eine Missachtung Israels und der Würde der in Deutschland und weltweit lebenden Juden! (JR)

Stefan Frank/Achgut.com

Was assoziieren Sie mit den Olympischen Spielen von München 1972? Fröhliche Erinnerungen? Nachhaltigkeit? Den Bau der U-Bahn? Das sind Begriffe, die derzeit die Berichte über die Feiern zum 50. Jubiläum der Spiele prägen, die am 1. Juli offiziell mit einer Eröffnungsfeier begonnen haben. „München feiert 50 Jahre Olympische Spiele mit einem ganzjährigen Jubiläumsprogramm: Das Highlight ist das Festival des Spiels, des Sports und der Kunst vom 1. bis 9. Juli rund um den Olympiasee“, heißt es auf der Website der Stadt München. Bei der sicherlich ziemlich woken Eröffnungsfeier waren „Medaillengewinner*innen von 1972“, „aktuelle Sportler*innen“ und „rund 5.000 Zuschauer*innen“, erfährt man.

Die Idee zu den Feierlichkeiten hatte das Kulturreferat der Stadt München, organisiert werden sie von einer Werbeagentur, die dabei „verschiedene, auch neue Formen und Ansätze des Gedenkens“ integrieren möchte. Während jener Olympischen Spiele nämlich, am 5. September 1972, ermordeten „palästinensische“ Terroristen elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft. Zudem wurde der deutsche Polizist Anton Fliegerbauer bei der missglückten Geiselnbefreiung am Olympia-Flughafen Fürstenfeldbruck getötet. Die Täter hatten einige der Geiseln offenbar gefoltert und verstümmelt. „Sie haben ihn durch seine Unterwäsche die Genitalien abgeschnitten und ihn dann missbraucht“, sagt Ilana Romano, die Witwe des Gewichthebers Yossef Romano. „Können Sie sich vorstellen, wie die anderen neun gefesselt danebensitzen? Sie haben das mit angesehen.“ Die Fatah von Mahmud Abbas lobt das Massaker noch heute als eine „Qualitätsoperation“. Es stimmt, was der Bayerische Rundfunk schreibt: „Jeder verbindet seine ganz persönliche Geschichte mit München '72.“

Die Stadt München feiert derzeit das 50. Jubiläum der Olympischen Spiele 1972 mit einem bunten Unterhaltungsprogramm. Das Jubiläumsmotto: „Auf dem Weg in die Zukunft 1972 - 2022 - 2072“. Bei der Eröffnungsfeier schwelgten Zeitzeugen in „fröhlichen Erinnerungen“, berichtete der Bayerische Rundfunk (BR). IOC-Präsident Thomas Bach habe „nur positive Worte über die Olympischen Spiele in München“ gefunden, sie ein „unvergessliches Erlebnis“ genannt und „auch das nachhaltige Konzept“ gelobt.

Miriam Welte, die Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), sagte: „Ich bin immer wieder fasziniert, wie viel Gutes aus diesen Olympischen Spielen 1972 für den Sport in Deutschland entstanden ist und wie viel Begeisterung in der Bevölkerung damals für den Sport, die Olympischen Spiele und die Olympische Idee geweckt worden ist.“

Ein Lob der „Nachhaltigkeit“

Der BR-Journalist resümiert: „Die Bilder von den Spielen 1972 machen Lust auf das größte Sportevent in München seit damals, die European Championships.“

Die Süddeutsche Zeitung lobt die Olympischen Spiele 1972 für ihre „Nach-



Am 5. September 1972 haben Mitglieder der „palästinensischen“ Terrororganisation Schwarzer September 11 israelische Olympioniken erst als Geisel genommen und dann bestialisch ermordet.

haltigkeit“. Unter der Überschrift „Bis heute blühen die Wiesen aus der ersten Ansaat“ schreibt die SZ-Autorin Laura Weißmüller, die „Münchner Spiele“ seien ihrer „Zeit weit voraus“ gewesen. Mit ihrer „Einheit von Architektur und Landschaft“ hätten sie „eine grüne Philosophie vorweggenommen“. „Warum“, fragt sie, „gelang in München vor mehr als einem halben Jahrhundert etwas, was man heute nicht mehr hinbekommt, obwohl die Welt es dringender bräuchte als damals?“ Damit meint sie nicht den Mord an Juden, sondern die „Olympiastätte, wie es sie nachhaltiger nicht mehr geben sollte in der Geschichte der Olympischen Spiele“.

Auch der BR beantwortet die selbstgestellte Frage „Was ist geblieben von 1972?“ Mit einem Lob der „Nachhaltigkeit“. Es sei „festzustellen, dass die Nachhaltigkeit der heiteren Spiele von 1972 trotz des tragischen Attentats auf die israelische Mannschaft nirgendwo auch nur annähernd so eindrucksvoll ist wie in München“.

Die Nachhaltigkeit der heiteren Spiele trotz dem tragischen Attentat. Es bestand also eine gewisse Gefahr, dass das tragische Attentat auf irgendeine Weise schädlich sein könnte für die Nachhaltigkeit der heiteren Spiele, aber diese Be-

fürchtung erwies sich gottlob als unbegründet.

„Tragischer Tod elf israelischer Athleten“

Die Berichterstattung über das 50. Jubiläum von Olympia 1972 ist denn auch von unerschütterlich nachhaltiger Heiterkeit geprägt. Lokale und regionale Medien wetteifern, drollige Anekdoten und Trivialitäten zu berichten.

Der Bayerische Rundfunk erinnert etwa an den „Dirnenkrieg“ im Frühjahr 1972: Nachdem der Stadtrat Prostitution in der Münchner Innenstadt verboten habe, sei es „zu Tumulten im Sperrbezirk“ gekommen. Von „19 bis 3 Uhr morgens“ hätten „bis zu 40 Polizisten“ vor den Türen von Bordellen gestanden und „eine Art ‚Keuschheitsgürtel‘ zwischen den Frauen darin und der davor wartenden Menge gebildet“. Ein würdiger Eintrag in einer noch zu schreibenden Enzyklopädie des unnützen Wissens.

Die Münchner Abendzeitung wiederum hat eine damalige Schülerin befragt, die als Tänzerin an der Eröffnungsfeier 1972 teilnahm: „Eigentlich wurde mehr marschiert als getanzt, das fanden wir schon ein bisschen fad — trotzdem haben wir natürlich eifrig trainiert. Es war ja eine

Ehre, überhaupt mitmachen zu dürfen!“

Der Leser erfährt, dass die Mädchen „einen Rock und ein Oberteil in Gelb“ getragen hätten, „die Buben waren hellblau gekleidet“. Vielen Menschen im In- und Ausland brennt sicherlich die Frage auf den Nägeln, wer diese Kleidung bezahlt hat. Die Antwort: „Wer nun glaubt, dass wir diese Kleidung umsonst bekommen haben, täuscht sich! Unsere Eltern mussten 40 Mark zahlen – wer sich das nicht leisten konnte, durfte nicht mitmachen. Das ist doch schäbig!“

Man könnte es auch tragisch nennen. Von dem „tragischen Tod elf israelischer Athleten“ spricht Daniel Staffen-Quandt, Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd) Landesdienst Bayern. Er hat den damaligen Olympiateilnehmer Günter Wolf interviewt. Wolf praktizierte damals den deutschen Volkssport Nummer eins, Wasserball. „Bis heute“ ärgere sich Günter Wolf, dass er am 26. August 1972 nicht an der Eröffnungsfeier im neuen Olympiastadion teilgenommen habe, erfahren wir. Die „Stimmung im Olympischen Dorf, in der ganzen bayerischen Landeshauptstadt“ sei nämlich „phänomenal“ gewesen.

Dann kommt der epd-Journalist auf den „tragischen Tod elf israelischer Athle-

ten“ zu sprechen, die offenbar bei einem Gletscherunglück ums Leben kamen oder von einem Bierkutscher überfahren wurden. Dadurch, krittelt sein Gesprächspartner, hätten die Spiele „ihre Unbeschwertheit, ihre Unschuld“ verloren. Aber, so der Journalist über Wolf, „dass die Spiele nach einem Tag Pause weitergingen, hält er auch heute noch für richtig.“ Aus Gründen der persönlichen Sicherheit sei Wolf indessen schon einen Tag vor der Abschlussfeier abgereist: „Ich hatte Angst, dass noch mehr passiert.“

Oberbürgermeister Dieter Reiter strahlt im Originalkleid

Zurück zur Eröffnungsfeier 2022. „Der Galaabend in der Olympiahalle war die zentrale Veranstaltung der Feierlichkeiten zum Olympia-Jubiläum“, berichtet der BR.

„Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter strahlte mit Hostessen von 1972 in ihren Originalkleidern von damals in die Kameras, Hochsprung-Olympiasiegerin Ulrike Nasse-Meyfarth sowie Speerwurf-Olympiasieger Klaus Wolfermann ließen ihre olympischen Erinnerungen nochmal aufleben, und auch IOC-Präsident Thomas Bach gab sich die Ehre, um das 50. Jubiläum der Olympischen Spiele zu zelebrieren. Mit Originalbildern von damals wurden die Feierlichkeiten eröffnet. Zeitzeugen teilten in kurzen Videos ihre Erinnerungen an die Spiele.“

Da sei etwa der „Eisverkäufer, der sich noch lebhaft an Grace Kelly erinnert“. Oder das Pärchen, das erst durch die Arbeit als Freiwillige bei Olympia überhaupt zusammengekommen sei. Marion Schöne, Geschäftsführerin Olympiapark München, sagte:

„Im Olympiapark trifft eine große Vergangenheit auf eine lebendige Gegenwart. Das friedliche Beisammensein

von Menschen steht wie vor fünf Jahrzehnten bei all unserem Tun im Fokus. Die Spiele 1972 präsentierten sich heiter, weltoffen und gastfreundlich, bis zum schrecklichen Attentat am 5. September, dem 11 Athleten und Betreuer sowie ein deutscher Polizeibeamter zum Opfer fielen. Die Erinnerungen und Erlebnisse der Olympischen Spiele sind unser Vermächtnis, das wir innovativ in die Zukunft führen.“

Wer die Opfer und wer die Täter des schrecklichen Attentats waren, ist offenbar unbekannt. Klar, dass man sich an solche Details nach 50 Jahren nicht genauso lebhaft erinnert wie an, sagen wir: Grace Kelly.

Stadt München lässt PR-Firma antworten

Ich schreibe eine E-Mail an die Pressestelle der Stadt München und frage, ob es wirklich angemessen ist, das Jubiläum der Olympischen Spiele 1972 zu feiern und ob mit dem Bürgermeister von Münchens israelischer Partnerstadt Be'er Sheva darüber gesprochen wurde. Die Antwort kommt überraschenderweise nicht von der Presseabteilung der Stadt München, sondern von einem Organisationsteam der Fa-Ro Marketing GmbH. Die PR-Firma wurde vom Kulturreferat der Stadt München mit der Organisation der Jubiläumsfeier beauftragt, erfahre ich. In der E-Mail heißt es:

„Was wir herausstellen möchten, ist, dass bereits in den Stadtratsbeschlüssen zur Umsetzung des Festivals das Attentat eine wesentliche Rolle gespielt hatte. So wurden sowohl die heiteren als auch die tragischen Spiele stets in den Mittelpunkt gestellt, als wesentliche Geschehnisse, die nicht voneinander zu trennen sind. Diesen Ansatz haben die Verantwortlichen der Programmplanung während des gesamten Jahres beherzigt und im

Veranstaltungsprogramm zur Geltung gebracht.“

So hätten „bereits seit Januar“ Gedenkveranstaltungen zu den Opfern des Attentats in München, dem Landkreis und in Fürstenfeldbruck stattgefunden.

„Ebenso wurden die Gedenkveranstaltungen bei allen Pressekonferenzen und Pressemitteilungen kommuniziert. Den Veranstaltern geht es dabei um verschiedene, auch neue Formen und Ansätze des Gedenkens, die in Gesprächen im Vorfeld und laufend zum Veranstaltungsjahr erörtert und festgelegt wurden.“

Neue (!) Formen und Ansätze des Gedenkens, also – man ahnte schon, dass es nicht die hergebrachten sind. Die Werbeagentur ist „der festen Überzeugung, dass die Balance zwischen Erinnern an die heiteren und Erinnern an die tragischen Spiele während des gesamten Jahres einen würdigen Platz gefunden hat.“

Man kann sich einen Seiltänzer auf dem Drahtseil im Zirkus vorstellen: An der einen Seite seiner Balancierstange hängen die heiteren Spiele, an der anderen die tragischen. Und das ohne Netz und doppelten Boden. Was ist mit den künstlerischen und gesellschaftlich-partizipatorischen Entwicklungen, werden die aufgegriffen?

„Natürlich werden bei diesem Jubiläum auch die sportlichen Leistungen, besonders aber auch die künstlerischen und gesellschaftlich-partizipatorischen Entwicklungen aufgegriffen, die die XX. Olympiade hervorgebracht hat. Für München war die Olympiade mit U-Bahn-Bau und Stadtteilentwicklungen ein Aufbruch zu der Großstadt, wie wir die Landeshauptstadt heute kennen und wie sie in der Welt wahrgenommen wird.“

Hitler baute bekanntlich die Autobahnen, und den Olympischen Spielen 1972 verdankt München seine U-Bahn; es war nicht alles schlecht.

Schweigeminute ein „Hohn“

Ich rufe die Münchener Jüdin Yehudit de Toledo-Gruber (geb. 1944) an. Sie war die Initiatorin der Straßenbahn „Schalom München“ aus Anlass des letztjährigen Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Wann hat sie erfahren, dass die Stadt München plant, das 50-jährige Jubiläum der Olympischen Spiele von 1972 zu feiern? Das sei noch gar nicht lange her, antwortet sie:

„Das habe ich letzte Woche über den Bayerischen Rundfunk gehört. Daraufhin habe ich die Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung gekauft, um mehr darüber zu erfahren. Da war ein ganzseitiger Bericht. Was ich da las, konnte ich gar nicht glauben – diese schwärmerische Begeisterung, dieser Enthusiasmus und kein Wort über die schrecklichen Attentate.“

Ist es ein pietätvoller Umgang mit den Ermordeten, eine Schweigeminute für sie in eine Feier einzubetten, wie es die Verantwortlichen in München getan haben? Frau de Toledo-Gruber findet das „lächerlich“:

„Was sich da während des Attentates abgespielt hat, ist mit nur einer Schweigeminute überhaupt nicht abgetan – das ist für mich ein Hohn. Mich wundert, dass sich heutige Politiker und maßgebliche Persönlichkeiten des Kulturreferates der Stadt München und des Stadtmuseums München auf diese gesamten Feierlichkeiten eingelassen haben, statt viel mehr Rahmen zu lassen für das Erinnern an diese schrecklichen Attentate. Das ist für mich unpassend und peinlich.“

Die Morde an den israelischen Athleten seien weitgehend in den Hintergrund getreten und von der Bevölkerung vergessen, glaubt sie: „Sie werden zugefeiert – und das ist schon sehr traurig und bezeichnend.“

Physische Gewalt gegen jüdische Schüler an deutschen Schulen geht mehrheitlich von ihren muslimischen Mitschülern aus

Die Soziologin Julia Bernstein prangert die Bagatellisierung von antisemitischen Vorfällen an deutschen Schulen an und spricht von einer unzulässigen „pädagogischen Toleranz“, die eindeutig dazu führe, dass die Täter bewusst nicht bestraft und die Opfer vorsätzlich mit verantwortlich gemacht würden. Bezeichnend ist auch die weitgehende Untätigkeit der Schulbehörden und der bei anderen Anlässen lautstark agierenden Elternvertretungen. Hinzu kommt, dass die meisten öffentlich-rechtlichen Medien, in Übereinstimmung mit unserer links-grünen Politik, verschweigen, dass die größte antisemitische Gefahr der Gegenwart aus dem islamischen Milieu und von den hier bereitwillig aufgenommenen islamischen Einwanderern kommt. (JR)

Von Boris Reitschuster/ reitschuster.de

Es ist das große Tabu-Thema in Deutschland – und wehe, man packt es an: Gewaltimport. Wer viel in der Welt unterwegs war, weiß, dass es nur in wenigen Teilen ein Gewalttabu gibt – wie formell, aber immer weniger faktisch noch in Deutschland, und dass die Schwelle der Gewaltbereitschaft sehr unterschiedlich sein kann. Diese Binsenweisheiten gelten aber im „besten Deutschland aller Zeiten“ als Ketzerei. Noch stärker tabuisiert ist eine weitere Binsenweisheit: Dass Antisemitismus stark aus dem islamischen Milieu und von islamischen Einwanderern kommt. Wehe, man spricht das aus! Die weltfremden, naiven Ideologen und Kulturkrieger, die hierzulande in Politik und Medien den Ton angeben, agieren nach dem Pippi-Longstrumpf-Motto: „Ich mach' mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt“. Je weiter die Entfernung von der Realität, umso größer der Zorn auf diejenigen, die sie aussprechen.

Massiv dürfte der Zorn der rotgrün-lila Bessermenschen denn auch auslösen, was gerade die Zeitung „Welt“ schreibt – in einem Artikel, der nicht nur hinter ei-

ner Bezahlschranke versteckt ist, sondern auch so verklausuliert und verschachtelt, also schlichtweg schlecht geschrieben ist, dass es einem regelrecht schwer fällt, sich durchzukämpfen. So sticht der brisante Inhalt nicht ganz so schwer ins Auge. Eine der wichtigsten Aussagen ist erst weit gegen Ende zu lesen: „Die Soziologin Bernstein ist der Ansicht: „Physische Gewalt geht mehrheitlich von muslimischen Schülern aus“.

In dem Beitrag geht es – so zumindest liegt es nahe, denn er ist sehr verklausuliert geschrieben – um „eine Studie zum Thema Antisemitismus in der Schule, durchgeführt von der Professorin für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft an der Frankfurt University of Applied Sciences, Julia Bernstein.“ Und, wie erst der hartnäckige Leser erfährt, der sich weit durch die Absätze kämpft, um eine „Fachtagung des Zentralrats der Juden, der Kultusministerkonferenz und der Bundesländer-Kommission der Antisemitismusbeauftragten“.

Berichtet wird von einem konkreten Fall, in dem jemand einem 14-jährigen Juden aus der Ukraine im Gymnasium einen Zettel mit der Aufschrift „Jude“ an den Rücken geklebt hat. Weiter heißt es dazu in dem Text: „Als eine Sozialarbeite-

rin der dortigen jüdischen Gemeinde mit dem Schulleiter über den Vorfall spricht, sagt dieser: 'Warum denken Sie, dass es gerade diesem Jungen passiert? Haben Sie gesehen, wie er sich so kleidet und wie er aussieht? Dieser Junge kommt nicht gepflegt in die Schule, er stinkt. Da stimmt was in der Familie nicht'. Bernsteins Schlussfolgerung: Der Antisemitismus an dem Gymnasium werde auch von der Schulleitung getragen. Die Soziologin Bernstein beklagt eine Bagatellisierung von antisemitischen Vorfällen an deutschen Schulen und von „pädagogischer Toleranz“, die dazu führe, dass die Täter nicht bestraft und die Opfer mit verantwortlich gemacht würden.

Zentralrats-Präsident Josef Schuster ruderte einerseits zwar etwas zurück – machte dafür aber eine andere Front auf, die bei den Bessermenschen in Politik und Medien ebenfalls Missfallen auslösen dürfte: Der israelbezogene Antisemitismus sei ein massives Problem, so Schuster, und „weit über Migrantenkreise hinaus“ auch in der politischen Linken, in den Kirchen und in der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Ein Seitenhieb gegen die „Linke“. Das geht natürlich gar nicht in unserer pseudolinken Medienlandschaft.

Laut Google-Suche haben neben der „Welt“ und der „Jüdischen Allgemeinen“ denn auch nur zwei weitere deutsche Medien über die Fachtagung und Bernsteins Aussagen berichtet. Die NRZ im Lokalteil unter der völlig nichtssagenden Überschrift „Programmreihe in Mülheim: Das Problem heißt Antisemitismus“ sowie ein weitgehend unbekanntes Fachportal mit dem Namen „Bildungsklick“ unter der ebenso wenig aussagekräftigen Schlagzeile „Schule: Eintreten gegen Antisemitismus integraler Bildungsauftrag“. In beiden Beiträgen ergibt eine Suchanfrage, dass die Worte mit „islam...“ oder „mosle...“ gar nicht vorkommen.

Was ist so eine völlig fehlende oder einen zentralen Punkt ausklammernde Berichterstattung anderes als ein Systemversagen unserer Medien? Insbesondere, wenn man berücksichtigt, wie die meisten Medien keinen noch so sehr an den Haaren herbeigezogenen Anlass auslassen, um etwa Kritikern der Corona-Maßnahmen der Regierung Antisemitismus zu unterstellen, um sie zu diffamieren. Auf diese Weise missbrauchen und instrumentalisieren sie echten Antisemitismus. Ja sie bagatellisieren und fördern ihn damit regelrecht.

50 Jahre Olympia-Attentat: Muslimischer Wachmann zeigt israelischer Sport-Delegation den Hitlergruß

Am 5. September 1972 drangen arabische Terroristen des „Schwarzen September“ ins Quartier der israelischen Olympiamannschaft, nahmen die jüdischen Sportler als Geisel und töteten bis zum Ende der blutigen Befreiungsaktion alle. Die Gründe für das eklatante Versagen des deutschen Staates und der Polizeibehörden und die Ablehnung israelischer Mithilfe zur Befreiung der Geiseln werden wohl erst nach 2041 detailliert dargelegt werden können. So lange sollen die Akten, nach dem Wunsche der deutschen Regierung, unter Verschluss bleiben. 50 Jahre nach dem Attentat begrüßte unterdessen ein arabisch-stämmiger „Security-Mann“ israelische Besucher der Gedenkstätte des Mordgeschehens mit dem Hitlergruß. (JR)

Von Collin McMahon

Am 5. September jährt sich der Anschlag auf die israelische Olympia-Mannschaft 1972 zum 50. Mal. Die Hinterbliebenen, die seit 50 Jahren um eine ordentliche Aufklärung des Terroranschlags kämpfen, bleiben der Trauerfeier in München fern. Der israelische Staatspräsident Isaac Herzog schloss sich dem Boykott an und reist statt nach Bayern nach Berlin, um dort am 6. September vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen.

Bundeskanzler Olaf Scholz sorgte für einen internationalen Skandal, als er den mutmaßlichen Finanzierer des Attentats Mahmud Abbas am 16. August ins Kanzleramt einlud. Auf die Frage eines Reporters, ob er sich für das Olympia-Attentat entschuldige, behauptete Abbas, Israel hätte seit 1948 „50 Holocausts“ begangen. Für das Attentat, bei dem 11 israelische Sportler getötet wurden, entschuldigte er sich nicht. Scholz reagierte erst am nächsten Tag, er sei „zutiefst empört über die unsäglichen Aussagen“.

Ebenfalls am 16. August zeigte ein Security-Mitarbeiter der European Championships in München einer israelischen Delegation einen Hitlergruß, die die Gedenkstätten besuchen wollten. Der 19-jährige Berliner mit arabischem Namen wurde verhaftet, aber kurze Zeit später wieder auf freiem Fuß gesetzt.

Seitdem mehren sich die Stimmen, die ein Ende der deutschen Finanzierung der korrupten „Palästinensischen Autonomiebehörde“ fordern. Für 2021-22 hat die Bundesregierung den „Palästinensern“ mehr als 340 Mio. Euro versprochen. Außenministerin Annalena Baerbock traf sich im Februar in Ramallah mit Abbas, der jährlich 130 Millionen für „Märtyrerrenten“ zahlt.

Der Abbas-Eklat ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern die logische Konsequenz einer israelfeindlichen rot-grünen Politik, die seit 50 Jahren den „palästinensischen“ Terror unterstützt – früher durch Stasi und RAF, heute aus dem Kanzleramt, ARD und dem Auswärtigen Amt.

„Sprengt die Olympischen Spiele“

München erlebte seit 1970 eine horrende Serie linksradikaler und „palästinensischer“ Terroranschläge, beginnend mit der gescheiterten Entführung einer El-Al-Maschine am 10.2.1970 in Riem, bei der ein Israeli starb.

Der spätere Grünen-Mitbegründer Dieter Kunzelmann kündigte am 13.2.1970 „eine große Frühjahrsoffensive“ an. Am selben Tag starben beim Brandanschlag auf die Synagoge in der Reichenbachstraße sieben Menschen, die meisten Holocaust-Überlebende. Es war der Beginn einer linksradikalen Terrorwelle gegen Juden, bei der innerhalb von 11 Tagen 55 Menschen starben.

„Wann endlich beginnt bei Euch der organisierte Kampf gegen die Heilige Kuh Israel?“, schrieb Kunzelmann am 3.4.1970 an die linksradikale Szene, wie Historiker Wolfgang Kraushaar in seinem Standardwerk des selben Titels dokumentiert.

„Als Dieter Kunzelmann am 19. Juli

1970 in West-Berlin verhaftet wurde, stellte die Kriminalpolizei in dessen konspirativer Wohnung Papiere sicher, die auf die Planung von bewaffneten Aktionen schließen lassen mussten“, so Kraushaar. Sie stammten von Georg von Rauch, einem von Kunzelmanns Gefährten auf ihrer berühmten Reise nach Jordanien, wo sie sich von der Fatah am Gebrauch von Schusswaffen und den Bombenbau haben ausbilden lassen. Der „späteste Rückkehr-Termin“ aus Jordanien sei „die Olympiade 1972 in München“, schrieb Rauch im August 1969.

„Denkbar ist, dass Kunzelmann den Palästinensern überhaupt den Anstoß vermittelt hat, sich mit dem Großthema 1972 näher zu befassen“, so Kraushaar. „Seine beiden wichtigsten Gesprächspartner sind dort ... die wichtigsten Leute innerhalb der PLO: die beiden Fatah-Begründer Yassir Arafat und Farouk Kaddoumi“, später die „Schlüsselfigur des Überfalls auf die israelische Olympiamannschaft“.

Kaddoumis Nachfolger als Chef der Fatah-Spionageabwehr war Mahmoud Abbas, der laut Attentats-Drahtzieher Abu Daud für die Finanzierung des Olympia-Anschlags zuständig war.

Während ihres Aufenthaltes in Jordanien 1969 stellte Arafat die Verbindung zwischen Kunzelmann und der Frankfurter „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) her, der deutschen Operationsbasis für die Olympia-Terroristen. Kunzelmann-Vertraute Inge Presser arbeitete im Büro der GUPS für den Attentats-Drahtzieher Abdallah Frangi.

„Sprengt die Olympischen Spiele“, forderte die Münchener APO schon im Oktober 1968. Ähnlich äußerte sich von Rauch: „Auf der Olympiade passiert was.“

Diese „Planspiele“ waren dem Bayerischen LKA bekannt, das am 1.3.1972 zu den Plänen der „Berliner Anarchisten“ berichtete. Das Münchener Polizeipräsidium warnte am 18.10.1971 vor „Terroranschlägen auf olympische Einrichtungen“, darunter vor einem „gewaltsamen Eindringen in das Olympische Dorf.“

Am 7.7.1972 warnte der BND, dass „führende Mitglieder einer ‚palästinensischen‘ Terrororganisation in die BRD einreisen würden, um Terrorakte ... zu verüben“. Fünf Tage vor der Eröffnung der Spiele warnte der Bayerische Verfassungsschutz, dass „Palästinenser planten, während der Olympiade einen Zwischenfall zu inszenieren.“ Trotzdem zog die Bayerische Polizei nicht die richtigen Konsequenzen. Die Münchener Olympiade sollte offen und bunt werden, man wollte auf keinen Fall wie ein Polizeistaat wirken.

„Sie sind alle tot“

Um 4 Uhr morgens am Dienstag, den 5. 9. 1972, kletterten 8 Terroristen des



Die Terroristen forderten die Freilassung von 243 Häftlingen, darunter Andreas Baader und Ulrike Meinhof.

„Schwarzen Septembers“ mit schweren Sporttaschen über den ungesicherten Zaun des Olympiadorfs und begaben sich ins unabgesperrte Wohnhaus an der Connollystr. 31, wo die israelische Mannschaft wohnte. Sie verschafften sich Zugang zur Wohnung und erschossen den 33-jährigen Ringkampftrainer Moshe Weinberg, der mit einem Obstmesser auf sie losging, sowie den 32-jährigen Ringler Yoseff Romano, der trotz Bänderriss versuchte, einem der Terroristen die Kalaschnikow zu entreißen. Zwei Sportler konnten fliehen.

Im Laufe des Tages traf Innenminister Hans-Dietrich Genscher ein, der sich im Austausch für die Geiseln anbot, was der Anführer „Issa“ jedoch ablehnte. Die Terroristen forderten die Freilassung von 243 Häftlingen, darunter Andreas Baader und Ulrike Meinhof.

Um 22:21 werden die 8 Terroristen und 9 Geiseln in zwei Hubschraubern zum Militärflughafen Fürstenfeldbruck geflogen, wo sie schnell eine Falle witterten. Es kam zur Schießerei zwischen den Terroristen und den im Anti-Terroreinsatz unerfahrenen Polizisten. Am Ende waren alle 9 Geiseln, ein deutscher Polizist und 5 Terroristen tot.

„Antiimperialistische, antifaschistische Aktion“

Ulrike Meinhof schrieb dazu aus Stammheim: „Die Aktion des ‚Schwarzen Septembers‘ in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht, wie noch keine revoluti-

onäre Aktion in Westdeutschland.“ Meinhof nannte das Massaker „antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch.“ RAF-Begründer Horst Mahler lobte „die mutige Kommandoaktion“ als „vollendeter Ausdruck der richtigen strategischen Linie.“

Es ist nicht geklärt, ob die DDR bei der Vorbereitung des Anschlages mitgeholfen hat. Die Stasi unterstützte die RAF und die Fatah. „Kein anderes Land Europas hat die militanten Gegner Israels so offen und nachhaltig unterstützt wie die DDR. Obwohl Arafats Fatah-Bewegung zahlreiche terroristische Anschläge auf israelische und weitere Ziele verübte, war er ein gern gesehener Gast im SED-Staat“, so Historiker Hubertus Knabe. Yassir Arafat und Olympia-Drahtzieher Ali Hassan Salameh besuchten 1971 Ost-Berlin.

Olaf Scholz, der zum Zeitpunkt des Attentats 14 war, besuchte in den 80er Jahren als Juso-Chef des marxistischen Stamokop-Flügels regelmäßig Ost-Berlin, traf sich mit Egon Krenz und wurde von der Stasi hofiert, wie Knabe schreibt.

Die Witwe des israelischen Fechttrainers André Spitzer, Ankie, fordert seit 1974 die Herausgabe der Unterlagen sowie eine angemessene Entschädigung. Die deutsche Regierung mauerte 20 Jahre lang: Es gebe keine Unterlagen, behauptete Genscher. Erst 1992 erhielt Spitzer einen anonymen Tipp, ihr Anwalt fand im Keller des Bayerischen Hauptstaatsarchivs 20 Kisten mit zehntausenden Dokumenten und 900 Fotos.

Die Angehörigen ließen sich 2004 auf eine Entschädigung von 3 Mio. US-Dollar ein, 120 000 pro Kopf. „Für Ankie Spitzer bedeutet das eine Niederlage“, schreibt Kraushaar. „Die Entschädigungssumme war für sie nur ein Hebel, die Deutschen dazu zu bringen, endlich ihre Verantwortung einzugestehen.“ Momentan wird über eine Entschädigungssumme von 10 Mio. Euro verhandelt, so Ankie Spitzer, bei allen Anwalts- und Aufarbeitungskosten ein „Schlag ins Gesicht“ für die Hinterbliebenen.

Die Akten sollten bis 2041 unter Verschluss bleiben, eine Zeitspanne, die sonst nur für sensibelste Staatsgeheimnisse gilt. Nach 50 Jahren der Kritik durch Ankie Spitzer und andere soll nun jedoch eine „Historikerkommission“ die Akten auswerten dürfen. Warum werden die Akten zum Olympia-Anschlag nicht öffentlich gemacht?

Ron Prozor tritt sein Amt als Israels Botschafter in Berlin an

Der frühere UN-Botschafter Ron Prozor übergab am 22. August sein Beglaubigungsschreiben an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Dabei sprach der 63-jährige Prozor in fließendem Deutsch, denn er hat deutsche Wurzeln: Sein Vater Uri wurde 1927 in Berlin geboren und floh mit sechs Jahren mit dessen Eltern vor dem Holocaust nach Palästina. Nahost-Korrespondent Ulrich W. Sahn hatte Ron Prozor kurz nach seiner Berufung zum Botschafter zum Interview in Jerusalem getroffen. Es ist wohl selten ein Diplomat nach Deutschland gekommen, der so viel über sein Gastland weiß. (JR)

Von Ulrich W. Sahn /
Elisabeth Lahusen

Zu dem ersten Interview nach seiner Berufung zum nächsten Botschafter in Deutschland durch Außenminister Yair Lapid erschien Ron Prozor in einem maßgeschneiderten dunkelblauen Anzug. Er entschuldigte sich dafür, denn normalerweise tritt er eher „hemdsärmelig“ auf. An dem Morgen vor dem Treffen hatte er vor EU-Abgeordneten einen Vortrag gehalten. Zu dem Zweck habe er sich „anständig“ kleiden müssen.

Das Gespräch fand in einem Straßencafé mit kleinen runden Tischen auf dem Bürgersteig statt. Warum dort? „Weil meine Mutter gleich gegenüber auf der anderen Straßenseite wohnt.“ Sie stammt aus Odessa und ist „sehr sprachbegabt“, erzählt Prozor. Nach ihrer Einwanderung nach Israel habe sie sich in Haifa in einem „rein deutschen Viertel“ niedergelassen. Unter diesen aus Deutschland eingewanderten Juden habe sie viele Sprachen erlernt. Nur Hebräisch, die Landessprache Israels, habe sie jedoch nie richtig beherrscht. Auch das ist sehr typisch für die Enklaven der deutschen Juden im Lande. In Haifa habe sie dann auch ihren Mann kennengelernt. Prozor bezeichnete seinen in Berlin geborenen Vater als einen „echten Preußen“.

Prozor selbst ist 1958 in Kfar Saba bei Tel Aviv geboren. Bereits als Jugendlicher träumte er davon, die Welt zu sehen. Deshalb habe er eine Karriere im israelischen Außenministerium eingeschlagen. So könne man in der Welt herumkommen, ohne den Arbeitgeber wechseln zu müssen. Während seines Militärdienstes bei der Artillerie stieg er zum Bataillonskommandeur im Rang eines Majors auf. Danach studierte er Politologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem und machte den Abschluss mit Summa cum laude.

Anschließend ging er in den diplomatischen Dienst. Dort entwickelte er sich zum Meister im Umgang mit dem gesprochenen Wort. Nach so vielen Jahrzehnten als Diplomat ist er sich sicher, dass die „effektivste diplomatische Waffe“ Humor sei. Er erinnert sich an einen Vorfall in der UNO, wo er von 2011 bis 2015 der israelische Repräsentant war. Ein Delegierter hielt dort eine Rede mit gehässiger Kritik an Israel. Gewiss hätte man darauf eine scharfe Erwiderung geben können. Prozor meldete sich zu Wort und stellte ein paar humoristische Fragen. Der ganze Saal brüllte vor Lachen. Danach habe jener Delegierte nichts mehr ausrichten können, weil ihm niemand mehr zuhörte.

Vorgeschichte einer Freundschaft

Das unkomplizierte direkte Gespräch in dem Jerusalemer Straßencafé hatte eine Vorgeschichte. Schon in den 1980er Jahren hat Prozor in Bonn als Sprecher der Botschaft gedient. Damals hatten wir uns schon kennengelernt. Zu dieser

Zeit gab es noch die Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland. Während der junge Prozor noch zur Schule ging Militärkarriere machte und studierte, war ich durch Zufall vom Hebräischstudium zur Journalistik gekommen. Persönliche Freundschaften mit Israelis aus meiner Schulzeit in Paris begründeten eine lebenslange Verbindung zu Israel. Der unverstellte Blick auf beide Länder offenbarte allerdings auch manche bis heute aktuelle deutsche Lebenslüge. Die vielleicht tragischste unter ihnen ist die Geschichte des deutschen Pazifismus nach dem 2. Weltkrieg und seine Unfähigkeit, für die Verteidigung einer freiheitlichen Demokratie einzustehen.

Zum ersten Mal wurde mir das 1973 deutlich. Nach dem Angriff Ägyptens und Syriens am 6. Oktober 1973, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, war Israel in einer verzweifelter Lage. Der kleine jüdische Staat kämpfte um das Überleben und war dringend auf militärischen Nachschub angewiesen. Ausgerechnet in dieser Situation verfügte Willy Brandt, der damalige SPD-Kanzler, ein deutsches Waffenembargo gegen Israel. Den Amerikanern wurde verboten, Waffen nach Israel zu bringen und Deutschland zwecks Auftankens als Zwischenstation zu benutzen. Ich hielt mich zu einem Forschungsprojekt in Deutschland auf, als es plötzlich hieß, dass man nicht mehr nach Israel fliegen könnte. Der junge Uli Sahn wollte in dieser Situation aber unbedingt wieder nach Hause. Und zuhause war nicht Bonn, wo ich geboren bin, sondern Jerusalem. Dank der guten persönlichen Kontakte zur israelischen Botschaft in Bonn gelang es mir, eine Genehmigung für den Rückflug nach Israel zu erhalten. Die EL AL Maschine parkte auf dem Frankfurter Flughafen nahe Ramstein. Dabei wurde ich Zeuge einer bemerkenswerten Schmuggel-Aktion. Starke Männer erschienen mit länglichen Kisten in den Armen und legten sie auf die leeren Sitze hinten im Flugzeug. Nach der Ankunft in Tel Aviv konnten wir die Aufschriften entziffern. Es stellte sich heraus, dass die Amerikaner mit unserer Passagiermaschine Raketen und Panzergranaten nach Israel geschafft hatten. Parallelen zur heutigen Diskussion in Deutschland, wenn es um den Überlebenskampf der Ukraine geht, sind kein Zufall.

„ Die „effektivste diplomatische Waffe“ ist der Humor

„

Prozors Weg nach Deutschland

Schon 2006 war Ron Prozor wegen seiner fließenden Deutschkenntnisse im Gespräch, Schimon Stein als Botschafter in Deutschland abzulösen, doch Prozor war noch Generaldirektor des Außenministeriums und wurde von dort zunächst nach New York zur UNO und nach London versetzt.



Ron Prozor ist der neue Botschafter Israels in Deutschland

Später, nach der Wende, war Prozor an der Botschaft in Berlin. Stets hat sich durch Interviews in den Medien einen Namen gemacht. Allein die Liste der prominenten Posten zeigt, dass Prozor als einer der fähigsten Diplomaten Israels gilt. Ihm kommt dabei neben seinem ungeheuren Fleiß, seiner Integrität und seiner Klugheit auch der freundschaftli-

che Umgangston und die unkomplizierte Art seiner Begegnungen mit anderen Menschen zugute. Da er Deutschland auch aus der Zeit der Teilung kennt, ist ihm auch bewusst, wie sehr dieser große mitteleuropäische Staat sich über die einzelnen Bundesländer definiert.

Von Berlin aus hat er als erster israelischer Diplomat nach der Wende intensiv Ostdeutschland bereist und „sehr gute Kontakte“ geknüpft. Das war für israelische Diplomaten damals völliges Neuland. Die DDR war unter der sowjetischen Herrschaft extrem israel-feindlich. Sie rüstete Israels Erzfeind Syrien mit Waffen auf und beherbergte Terroristen. Offene Zuneigung zu Israel war in der ehemaligen DDR auch ein Zeichen des Widerstandes gegen das verhasste kommunistische Regime. Wer in dieser Zeit „Israelfreund“ wurde, hatte mit Repressalien zu rechnen. Besonders in Sachsen und Thüringen blieb man aber trotzdem

dabei. Mehrere Vereine, die Beziehungen mit Israel vertiefen, sind daraus entstanden. Die bekanntesten sind vielleicht die Sächsischen Israelfreunde.

Angesichts der besonderen Struktur Deutschlands betonte Prozor in unserem Gespräch die Bedeutung der Bundesländer. Vor allem in der Bildungspolitik seien die Bundesländer autonom. Über die Länder könne der aus seiner Sicht sehr wichtige Jugendaustausch eher verstärkt werden als auf Bundesebene. Besonders wichtig sind ihm auch die Kontakte zwischen israelischen Startups und deutschen Unternehmen. Es ist wohl selten ein Diplomat nach Deutschland gekommen, der so viel über sein Gastland weiß.

Immer wieder tauchten während des Gesprächs Bekannte und Freunde auf, die Prozor begrüßten. Am Ende kam noch Rabbiner Abraham Cooper vom Simon-Wiesenthal-Center dazu. An dieser Stelle endete das Interview, da beide noch andere Dinge zu besprechen hatten. Vielleicht trifft man sich ja beim nächsten Mal in Dresden.

Ulrich W. Sahn, Sohn eines deutschen Diplomaten, belegte nach erfolgtem Hochschulabschluss in ev. Theologie, Judaistik und Linguistik in Deutschland noch ein Studium der Hebräischen Literatur an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seit 1975 ist Ulrich Sahn Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Medien und berichtet direkt aus Jerusalem. Elisabeth Lahusen ist Heilpädagogin und Journalistin.

Rolf Eden im Alter von 92 Jahren gestorben

Er fuhr Rolls-Royce, hatte sieben Kinder mit sieben Frauen, war ein Lebemann und Playboy und hat mit seinen Clubs das Nachtleben Berlins neu erschaffen: Rolf Shimon Eden. Mit 92 Jahren ist der jüdische Tausendsassa nun verstorben. Er hinterlässt eine bewegte Lebensgeschichte: Vor seiner Party-Zeit hat Eden 1948 als Soldat im arabisch-israelischen Krieg in der Einheit von Izchak Rabin gekämpft. (JR)

Von Filip Gašpar

Am 11. August verstarb der „Playboy“ Rolf Shimon Eden im Alter von 92 Jahren in seiner Geburtsstadt Berlin. Zuletzt war es ruhiger um ihn geworden und wenn überhaupt war er vielen als Mächtigen-Playboy bekannt, aber so richtig ernst genommen schien ihn damit niemand mehr genommen zu haben. Ihm war auch egal, was die Leute über ihn dachten, wie er in seiner 2012 erschienenen Biografie „Immer nur Glück gehabt“ schreibt. „Bewundern Sie mich, wundern Sie sich über mich, oder verachten Sie mich – ist mir egal, Hauptsache, Sie beachten mich. Denn Beachtung ist das Elixier meines Lebens!“

Und wer die Biografie liest, der wird sehen, dass der Titel mehr als nur zutreffend ist, denn Eden hat mehrmals in seinem Leben Glück gehabt, doch dazu später mehr. Denn wenigstens ist mehr als sein Playboy Dasein bekannt. Dabei birgt das Leben von Rolf Siegmund Sostheim, der 1930 in eine jüdische Familie in Berlin-Tempelhof geboren wurde, nicht nur ein Stück der Geschichte des Berliner-Nachtlebens, sondern auch deutsche und israelische Geschichte.

Edens Geschichte ist die Verkörperung der Geschichte der Berliner Juden, die aus Berlin vertrieben und verjagt wurden und ihrer alten Heimat noch eine zweite Chance gaben.

Eine bewegte Lebensgeschichte

Die Eltern beschreibt er als gutbürgerliche deutsche Patrioten, aber nachdem der Bruder seiner Mutter von der Gestapo verhört und „nach ein paar Tagen und einer kräftigen Ohrfeige“ entlassen wurde, beschloss die Familie 1933 in Hamburg ein Schiff zu besteigen und nach Haifa zu ziehen. Die Wahl fiel auf Haifa, da Tel Aviv „damals noch ein staubiges Dorf“ war. Die Eltern eröffneten ein Hotel, lernten jedoch nie richtig Hebräisch, im Gegensatz zu Rolf, und sprachen zu Hause immer nur Deutsch, also so richtige „Jeckes“.

Der junge Rolf lernte in seiner Schulzeit Französisch, Englisch und seine Zuneigung zu Frauen, die auf Gegenseitigkeit beruhte. Seine Eltern schenkten ihm ein Schlagzeug, als nächstes Instrument erlernte er Akkordeon, womit er schon früh seinen Lebensunterhalt als Musiker auf Feiern, Hochzeiten und in Kneipen bestritt. Viele kennen den Charmeur und Partylöwen Eden, jedoch nur wenige wissen, dass er sich nach dem Kriegsausbruch 1948 freiwillig zur Armee meldete. Aber es kam nicht irgendeine Einheit für ihn in Frage, denn „wenn ich schon in den Krieg musste, dann wollte ich auch zur besten Einheit, [...] der Palmach.“

Rolf kämpfte als Elitesoldat in der Einheit von Izchak Rabin in den israelischen Freiheitskriegen und allein dieser Abschnitt seines Lebens wäre ein eigenes Buch wert. Am Ende wurden es nur zwei Kapitel, in denen neben der Rettung Jerusalems auch noch seine erste und einzige Eheschließung mit Dori, der Mutter sei-



Abschied vom Berliner Urgestein Rolf Eden

nes ersten Kindes Irit, erläutert wird. Eden hatte insgesamt sieben Kinder von sieben Frauen und Dori heiratete er auch bloß, eigenen Angaben zufolge, damit diese im Falle seines Todes im Kriege abgesichert wäre. Der Presse verschwieg er ansonsten jahrelang jemals verheiratet gewesen zu sein. Seine monatlichen Unterhaltszahlungen beliefen sich laut seiner Aussagen auf 30.000 Euro, womit er fast schon prahlte. Aber von seinen Kindern und Enkeln wollte er nicht mit Papa oder Opa angesprochen werden, sondern mit Rolf. Alles andere sei schlecht fürs Image, sagte er.

Der Tausendsassa

Kaum war der Krieg geschlagen hielt es ihn weder lange in seiner Ehe noch in Tel Aviv, weswegen er beide verließ. Wer nun glaubt, dass ihm seine Kinder oder seine Frauen diesbezüglich etwas übelgenommen hätten, der kann im Buch selbst deren Sichtweise auf die Geschehnisse nachlesen. In der sich gerade entwickelnden Tel Aviver Musikszene bekam er Wind von anderen Israelis, die nach Paris zogen und dort ihr künstlerisches Glück versuchten. Eden selbst wollte in die USA auswandern und bis sein Visum eintraf, konnte er, der fließend Französisch sprach, auch in Paris seine Zeit verbringen. Er arbeitete als Chauffeur, Kellner, importierte Autos für die Franzosen, denen es Anfang der 50er Jahre nicht erlaubt war, übernahm erste Statistenrollen in Filmen, und machte natürlich auch Musik. Zu dieser Zeit lernte er Leute wie Klaus Kinski und noch andere spätere Hollywood-Größen kennen.

Sein Ersuchen auf ein Visum für die USA wurde jedoch stets abgelehnt. Irrendwann las er in der Zeitung, dass Berliner eine Rückkehrprämie von 6.000 Mark angeboten wurde, was damals eine Menge Geld war, und so verschlug es den gebürtigen Berliner zurück in seine Heimatstadt. Diese lag zwar nicht mehr in Trümmern, bot dennoch ein graues und trostloses Bild ab. Rolf, der seinen Nachnamen mittlerweile von Sostheim in Eden geändert hatte, eröffnete seine erste Diskothek, sein „Big Eden“, einen eigenen Garten der Glückseligkeit. Das „Big“ im Namen durfte nicht fehlen, denn große Ziele waren sein Lebensmotto. Er gab Berlin ein Flair der zwanziger Jahre wieder und wollte den Berlinern, egal, ob aus dem Westen oder Osten der Stadt, wieder Lebensfreude geben. Der Osten der Stadt bot den jungen Leuten nichts und so lockte er sie zu sich in den Westen. Westberlin und vor allem das „Big Eden“ versprühten Lebensfreude. David Bowie und andere Legenden gingen später in anderen Diskotheken ein und aus, die Pionierarbeit dafür, die das Berliner Nachtleben später erst zu dem machen sollte, was es ist, schuf einzig und allein Rolf Eden.

Doch er verdiente sich nicht nur als Clubbesitzer, er stieg auch früh in das Immobiliengeschäft ein und besaß zum Schluss über 100 Wohnungen.

Man kann ihn getrost als den Erfinder der westdeutschen Diskotheken bezeichnen, der zusammen mit seinen Nachtclubs den Westberliner Ku'damm überhaupt erst zur Meile der Lebenslust machte. Und mit Lebens-

lust konnte er sich aus. Er liebte Frauen und sie liebten ihn. Er war Kavalier alter Schule, und behandelte sie stets ehrlich und gut, auch nach dem Ende eines Techtelmechtels, und dafür feierte er sich und sein Leben. Er feierte mit den Beatles, den Rolling Stones, tanzte mit Ella Fitzgerald und war ein Szenekenner durch und durch. Wer wie ich Anfang der 2000-er Jahre auf Klassenfahrt in Berlin war, musste ins „Big Eden“ am Kurfürstendamm gehen, auch wenn vom alten Flair nichts mehr zu spüren war. Wer Glück hatte, konnte ihn im Rolls-Royce, weißen Smoking und voller blonder Mähne noch ab und an auf den Berliner Straßen sehen.

Ein Berliner Stadtmagazin kürte ihn einmal zum „peinlichsten Berliner“, womit sie nur bewiesen, wie wenig Ahnung sie von seiner Person und seinen Verdiensten für die Stadt hatten, und auch, dass es ihn wahrscheinlich sogar gefreut hatte. In den letzten Jahren war es ruhig um ihn geworden, selbst gute Bekannte bekamen ihn nur noch selten zu Gesicht und die Öffentlichkeit gar nicht mehr. Vielleicht war das auch besser so, denn wer weiß, was das Zeitalter von „Metoo“ und „Wokeismus“ mit ihm und seinem Vermächtnis gemacht hätte. 100 Jahre alt wollte er werden, nun sind es „nur“ 92 Jahre voller Lebenslust geworden und mit Rolf Shimon geht nicht nur ein wahrer Playboy, sondern auch ein Stück jüdisch-berlinerischer Geschichte.

Rolf Eden, Peter Dörfler: „Immer nur Glück gehabt: Wie ich Deutschlands bekanntester Playboy wurde“, Bastei Lübbe, 272 Seiten

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Die talentierte Frau Ataman: Eine Karriere zwischen Bundesregierung, Open Society und Muslimbruderschaft

Die Karriere der neuen Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes Ferda Ataman, die Juden als „people of colour“ und Deutsche als „Kartoffeln“ bezeichnet, weist enge Verbindungen zu den linksradikalen No-Borders-NGOs des Israel-feindlichen Soros'schen Open Society Netzwerks und der Muslimbruderschaft auf. (JR)

Von Collin McMahon

Nach einem Studium der Politikwissenschaft (natürlich mit Schwerpunkt „Migration“), Jobs bei Spiegel Online und Tagesspiegel sowie als Redenschreiberin für Armin Laschet, begann Ataman ihre steile Karriere als „professionelles Opfer“ 2012-16 als Leiterin des Mediendienstes Integration des Rats für Migration e.V., der „Migrations-Experten“ in die Medien entsendet, und ein „Journalisten-Handbuch zum Thema Islam“ herausgibt. Vorsitzender des Rates für Migration ist Prof. Werner Schiffauer, führender Islamisierungs-Apologet in Deutschland.

Der Mediendienst Integration wird laut Webseite gefördert von den Open Society Foundations (2019: 160.000 US-Dollar), der Amadeu Antonio Stiftung/Freudenberg Stiftung, der Mercator Stiftung, dem Global Marshall Fund, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU und dem Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019: 200.000 Euro).

2016 wurde Ataman zweite Vorsitzende der Neuen deutschen Medienmacher und 2018 deren Vorsitzende, die die Durchsetzung von „Diversität“ in deutschen Medien vorantreiben und seit 2018 den rassistisch benannten Preis „Die goldene Kartoffel“ verleihen. Als der damalige Bild-Chefredakteur Julian Reichelt den ersten Anti-Preis verliehen bekam, ließ er es sich nicht nehmen, bei der Verleihung zu erscheinen und den Preis abzulehnen.

Die Bezeichnung „Kartoffel“ sei an deutschen Brennpunktschulen „eine Beschimpfung geworden, die sich auf Rasse und Herkunft bezieht. Das ist in keiner Weise liebevoll gemeint, und das wissen alle, die Kinder haben, die derzeit in solchen Schulen zur Schule gehen“, so Reichelt bei der Preisverleihung am 3.11.2018 in Berlin-Kreuzberg, zu Piffen und Buh-Rufen des Publikums.

Die Neuen deutschen Medienmacher erhielten 2017 laut Webseite 100.712 US-Dollar von den Open Society Foundations und 186.029 Dollar im Jahr 2020. Von der Bundesregierung wurden die NdM 2016-2019 mit mindestens 3.863.504,67 EUR gefördert:

2016 mit 591.000, 2017 mit 857.000 und 2018 mit 939.000 Dollar, vornehmlich aus Mitteln der Integrationsbeauftragten und des Familienministeriums. Dazu kamen 2017-2018 184.903,20 Euro aus Mitteln des BAMF, 52.552,90 aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung und 300.048,77 Euro für das Projekt Demokratie leben! des Familienministeriums.

2019 erhielten die NdM von der Integrationsbeauftragten 853.000 EUR



John MACDOUGALL / AFP

Im Umfeld von Ferda Ataman gibt es viele Verbindungen zu Israel-feindlichen Gruppierungen und Personen

für die Schaffung einer "Informationsplattform für Flüchtlinge" unter handbookgermany.de und 158.000 EUR für das Programm Wege in den Journalismus, insgesamt also 1,11 Millionen.

BDS-nahe Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages

Integrationsbeauftragte war 2013-2018 die heutige Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages Aydan Özoğuz (SPD), deren Brüder den vom Verfassungsschutz beobachteten Muslim Markt betreiben. Özoğuz ist Mitglied im Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG), die die Boykott-Kampagne BDS zur Auslöschung Israels unterstützt.

Aydan Özoğuz warb für die „Hilfsorganisation“ Islamic Relief, die in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten wegen ihrer Nähe zur Hamas und der Muslimbruderschaft verboten ist. Im November 2020 musste die Deutsche Bundesregierung, ARD und ZDF nach Enthüllungen der Jüdischen Rundschau die Zusammenarbeit mit Islamic Relief Deutschland beenden.

Am 3. Februar 2015 besuchte Aydan Özoğuz im Rahmen des Pro-

gramms „Speisen für Weisen“ von Islamic Relief Deutschland die Familie des öffentlich-rechtlichen YouTubers Younes Al-Amayra und warb für „Hilfe für traumatisierte Waisenkinder in Gaza.“ Kritiker werfen Islamic Relief vor, unter dem Deckmantel der „Hilfe für Waisenkinder in Gaza“ die Familien von inhaftierten und getöteten Terroristen zu unterstützen (sog. „Märtyrer-Renten“).

Von 2017 bis 2021 war Ferda Ataman außerdem Sprecherin des von ndM gegründeten Dachverbandes Neue Deutsche Organisationen – das postmigrantische Netzwerk (ndO), das ebenfalls von Demokratie leben!, der bpb und der Integrationsbeauftragten gefördert wird.

Zu den Mitgliedern der ndO gehören die öffentlich-rechtlich finanzierten YouTuber um Younes Al-Amayra, die Datteltäter, die den grausamen Anschlag 2015 auf Charlie Hebdo in Paris mit 12 Toten relativierten, sowie die Keimzelle der Datteltäter, die Slam-Poetry-Gruppe i'Slam.

Aus diesem Umfeld stammt auch die von Aydan Özoğuz protegierte YouTuberin Nemi El-Hassan, die 2021 beim WDR eine Moderatorenstelle erhalten sollte, bis bekannt

wurde, dass sie 2014 auf dem israel-feindlichen Al-Kuds-Tag im Berlin mitgebrüllt hatte und noch 2021 auf Twitter „palästinensische“ Terroristen gefeiert hatte.

Datteltäter und i'Slam haben ihren Ursprung in JUMA e.V. - Jung, Muslimisch, Aktiv, das ebenfalls von der bpb, BAMF, Innenministerium und dem Berliner Senat gefördert wird. Aydan Özoğuz trat bereits bei der Gründung von JUMA 2010 als Rednerin auf, zusammen mit JUMA-Initiatorin Sawsan Chebli. JUMA wurde 2018 mit 100.000 US-Dollar und 2020 mit 75.000 US-Dollar von den Open Society Foundations gefördert.

Kaderschmiede für Islamisten?

i'Slam und die Datteltäter kooperierten mit Organisationen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft, darunter Islamic Relief Deutschland (IRD), der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), dem Münchner Forum für Islam und der Islamischen Jugendkonferenz (YouCon). „Laut Verfassungsschutz wird ‚YouCon‘ von der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft (DMG, ehemals IGD) und dem Islamischen Jugendzentrum Berlin (IJB) organisiert und ist dem

Aktionsgeflecht der Muslimbruderschaft zuzuordnen“, so Sarah Riffler bei Tichys Einblick.

Die MJD wird vom Verfassungsschutz beobachtet, da sie eine „Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ darstelle. MJD organisiere „regelmäßige Auftritte von Referenten aus diesem Spektrum (der Muslimbrüder)“ und nehme „eine wesentliche Funktion als Rekrutierungsreservoir und Kaderschmiede für diese von den Moslebrüdern beeinflusste Spielart des politischen Islam wahr“, so der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages.

Zu den Mitgliedern der ndO zählen außerdem CLAIM - Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit aus Heidelberg, ebenfalls vom Familienministerium im Rahmen des Programms Demokratie leben! finanziert. Zum „Delegiertenkreis“ von CLAIM zählen laut Webseite u.a. JUMA, Muslimische Jugend in Deutschland und Inssan e.V., deren Mitbegründerin Lydia Nofal auch im Vorstand von CLAIM sitzt, wie auch Prof. Werner Schiffauer, Vorsitzender des Rates für Migration.

2021 enthüllte die „Welt“, dass das Land Berlin den Islamverein Inssan mit rund 1,3 Millionen EUR gefördert

hat, der enge Kontakte zu Islamic Relief und der Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland (PGD) hat, laut Berliner Innenverwaltung eine Organisation von Anhängern der Hamas. Inssan erhielt 28.178 US-Dollar von den Open Society Foundations 2018.

2019 organisierte CLAIM in Berlin eine „Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus“ mit über 70 Organisationen, darunter Inssan, JUMA und der Jungen Islam Konferenz JIK.

Zu den Stargästen zählten Documenta-Verantwortliche Claudia Roth, Sawsan Chebli, Integrationsstaatssekretärin Serap Güler, MdB Katja Kipping (Die Linke), MdB Karamba Diaby (SPD), MdB Christine Buchholz (Die Linke, Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft), und natürlich Ferda Ataman mit den ndO.

Die Junge Islam Konferenz ist ein Projekt der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa mit Finanzierung von bpb und Demokratie leben! Leiterin der JIK ist Dr. Asmaa Soliman, die 2014-2015 als „Researcher“ für ENAR – European Network against Racism tätig war, zu dem das Forum of European Muslim Youth & Student Organisations (FEMYSO) gehört. FEMYSO steht der Muslimbruderschaft nahe, so der Wissenschaftliche Dienst

des Dt. Bundestages 2015. Soliman veröffentlichte ihre Doktorarbeit an der Goethe-Universität Frankfurt 2017 zum Thema „European Muslims Transforming the Public Sphere“ (Wie europäische Muslime die öffentliche Sphäre verwandeln).

Die deutsche Sprecherin von ENAR Karen Taylor arbeitet bei dem EU- und Open-Society -geförderten Each One Teach One e.V. (EOTO - 2020: 699.004 Dollar von OSF) und war Mitarbeiterin von MdB Karamba Diaby im Bundestag. ENAR erhielt laut Webseite 2016-2018 insgesamt 717.111 Dollar von OSF.

Bei der EU-Konferenz gegen Rassismus am 19.3.2021 wettete Karen Taylor gegen die Anwesenheit von Moshe Kantor, Präsident des European Jewish Congress. „Die Kommission hat sich geweigert, die Einladung an EJC zurückzunehmen, obwohl sie auf ein Video des EJC-Präsidenten Moshe Kantor hingewiesen wurden, in dem dieser gegen Muslime und Migranten hetzt, und Geburtenkontrolle fordert“, behauptete Taylor. Es war nicht klar, welches Video gemeint war. Auf eine Anfrage dazu antwortete Taylor 2021 nicht.

Mehrere leitende Figuren von ENAR stehen der Muslimbruder-

schaft nahe, so wie Ratsmitglied Itisar Kherigi, Tochter von Rached Ghannouchi, Mitbegründer der Ennahdha-Partei, dem tunesischen Arm der Muslimbruderschaft. ENAR-Chef Michael Privot war bis 2008 Mitglied der Muslimbruderschaft. Die EU finanzierte 2014-2019 ENAR mit insgesamt 5.422.678 Euro.

Als Ataman in ihrem neuen Job in die Kritik geriet, war Karen Taylor neben Schiffauers Rat für Migration eine der Ersten, die für sie in die Bresche sprang: Als Sprecherin des Bundeskongress der Migrant:innenorganisationen organisierte sie einen „Offenen Brief“ der die Vorwürfe gegen Ataman „haltlos“ nannte, die auf „bewusste Fehlinterpretationen von Publikationen und Aussagen Atamans“ basierten. Natürlich mit Beteiligung der Neuen deutschen Organisationen und von unserem Steuergeld bezahlt. So schließt sich der Kreis.

Collin McMahon ist ein deutsch-amerikanischer Autor und Übersetzer. Als Kinderbuchautor hat er u.a. den Bestseller „Gregs Tagebuch“ übersetzt. Als Autor schreibt er u.a. für Arutz Sheva, Audiatur, Freie Welt und Jüdische Rundschau.

Judenhass bei Regenbogen-Parade in Berlin

Auf der "Internationalistischen Queer Pride" in Berlin marschierten auch eindeutige Antisemiten und Israel-Hasser. Die Veranstaltung wurde u.a. von BDS-nahen Gruppen wie „Migrantifa Berlin“ und „Palestine Speaks“ mitorganisiert. Israelfeindliche Demonstranten skandierten lautstark "From the River to the Sea, Palestine will be free", was nichts anderes als die Auslöschung des jüdischen Staates bedeutet. (JR)

Von Julian M. Plutz

Es ist wieder passiert. Und natürlich berichtet kein öffentlich-rechtlicher Rundfunk darüber. Auch die Empörung vom SPIEGEL, der ZEIT, oder dem Qualitätsmedium Tagesspiegel blieb aus. Die Rede ist von judenfeindlichen Parolen am diesjährigen „Internationalistischen Queer Pride“ in Berlin. Die Veranstaltung sieht sich als Alternative zum Christopher-Street-Day (CSD).

Heute, im Jahr 2022 hat sich die Demo jedoch zum übelsten antisemitischen Event neben dem al-Quds-Tag entwickelt. Doch der Reihe nach.

Veranstalter dieses Events ist das Internationalistische Queer Pride Bündnis (IQP). In dem Bündnis haben sich mehrere eindeutig judenfeindliche Gruppen zusammengeschlossen. Dazu gehören die Gruppen „Berlin against pinkwashing“, „Migrantifa Berlin“ und „Palestine Speaks“. Diese waren auf der Demo zusammen mit der israelfeindlichen BDS-Bewegung in einem eigenen Block vertreten.

„Free Palestine“ impliziert ein Palästina ohne Israel

BDS bedeutet Boykott, Desinvestment und Sanktionen und hat das Ziel, Israel mit diesen drei Mitteln zu schaden, was zu Ende gedacht das Ende des Judenstaates bedeutet. Der Bundestag selbst beschienigte BDS bereits vor einigen Jahren eindeutige antisemitische Bestrebungen.

Die israelfeindliche Haltung der Demo zeigte sich schon im Statement des Bündnisses auf Instagram. Darin hieß es, dass „sogenannte Antideutsche [...] bei dieser Veranstaltung nicht willkommen“ seien. Wie die Erfahrung zeigt, hat sich in israelfeindlichen Kontexten die Fremdbezeichnung „An-

tideutsch“ etabliert, um Personen, die sich gegen israelbezogenen Antisemitismus stellen, als rassistisch zu markieren. Die Antideutsche Linke selbst steht für einen konsequenten Kampf gegen Antisemitismus, auch, und das unterscheidet die Gruppierung vom Rest der Linken, den israelbezogenen Judenhass.

Die Parolen zum alternativen CSD waren eindeutig und sind altbekannt. So hörte man immer wieder Sprechchöre wie: „From the river to the sea, Palestine will be free!“ Die Forderung nach einem „palästinensischen“ Staat vom Fluss bis zum Meer fordert de facto die Ausrottung des einzigen jüdischen Staates. „Free Palestine!“ impliziert ein Palästina ohne Israel, was denklogisch antisemitisch ist. Glauben diese Leute wirklich, dass es den „Palästinensern“ hilft, wenn die Hamas Gaza kontrolliert?

An allem trägt der Judenstaat die Schuld

Eine andere Parole lautete „Palästina, Kurdistan! Intifada Serhildan!“ skandiert. Als Intifada bezeichnet man die beiden „palästinensischen“ Revolten bei denen mehr als 1200 Israelis, die meisten Zivilisten, getötet wurden. Die Demonstranten fordern also, dass weitere Juden sterben sollten.

Besonders perfide argumentierte eine Rednerin der Gruppe „Palestine Speaks“. Sie bezeichnete Israel in ihrer Rede als Besatzungs- und Apartheidstaat und warf dem Staat „pinkwashing Strategien“ vor. Diese Aussagen waren nicht überraschend, sprach sich die Gruppe in ihrem auf Instagram immer wieder gegen eine angebliche Instrumentalisierung des sogenannten queeren Befreiungskampfs aus. Diese diene dazu, das „siedlerkoloniale Projekt“ und den „Apartheidstaat Israel schönzureden“.



Wie wohl würden sich queere deutsche Antisemiten in Gaza fühlen?

Israel betreibt also schwulenfreundliche Politik nur, um ihre „rassistische Politik“ zu verschleiern. Darauf muss man erst mal kommen. Weiter heißt es, dass „Patriarchat, Trans-Hass und Homo-Hass [...] Produkte des Kolonialismus“ seien. Zum Glück gab es im vorkolonialen Afrika Frauenrechte und kein Patriarchat. Auch für den Schwulenhass in „Palästina“ ist der Judenstaat verantwortlich, während Hamas und Fatah fein heraus sind. Wie praktisch.

So divers, dass Judenhass nicht fehlen darf

Judenhass auf deutschen Straßen ist so alt, wie Deutschland selbst. Die Gleichgültigkeit der allermeisten Medien ist eine himmelschreiende Traurigkeit. Das Land, welches die Shoa möglich gemacht hat, lässt unkommentiert und

achselzuckend im Jahr 2022 antisemitische Parolen zu. Das Land, das stolz ist auf sein Holocaust-Mahnmal und Stolpersteine polieren als Ausdruck des Widerstandes gegen vermeintliche Nazis sieht, schweigt sich bis in die Schamlosigkeit. Judenhass unter dem Regenbogen - was soll schon groß schief gehen?

Überaus berichtenswert dagegen waren die Bilder des Christopher-Street-Days in Berlin. Wie bunt und vielfältig es dort zugeht, freute sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk den sprichwörtlichen Ast ab. Traumschön. Aber wir müssen fair bleiben: Die Journalisten vom Staatsfunk hatten völlig recht. Die Schwulenparaden sind so derartig divers, dass auch handfester Judenhass nicht fehlen darf. Herzlichen Glückwunsch.

Antisemitische Angriffe auf die Achse des Guten

In einem Werbeboykott-Skandal gegen die „Achse des Guten“ versucht eine antisemitische Denunzianten-Gruppe anonymer Twitterer Henryk M. Broders regierungskritischen Blog wirtschaftlich und gesellschaftlich zu vernichten. Zu dem Boykottversuch sind inzwischen zwei Klagen anhängig. Bei einer geht es um die Frage, inwieweit staatliche Stellen einen Boykott gegen kritische Medien unterstützen dürfen. Auch der ausgerechnet einschlägig und nicht gerade pro-jüdisch auffällig gewordene Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, hat seine Hände bei den Ränken gegen die Achse des Guten und Henryk M. Broder mit im Spiel. (JR)

Von Simone Schermann
und Wolfgang Kopf

Henryk Broder: „Wie soll ich es ohne Pathos, aber ganz konkret ausdrücken. Sagen wir es so, ich glaube ich schulde das meinen Eltern“

Der „Antisemitismusbeauftragte“ von Baden-Württemberg Michael Blume war Mitbetreiber der Twitter-Hetze judenfeindlicher Denunzianten gegen den deutsch-jüdischen Publizisten und Herausgeber von Achgut.

Mit dem klaren Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot soll der auf der Liste des Simone-Wiesenthal-Center auf Platz 7 der Antisemiten gelistete „Antisemitismusbeauftragte“ den Boykott von regierungskritischem Journalismus bejubelt haben, um der Achse des Guten die wirtschaftliche Basis zu entziehen.

Die Bekämpfung des Antisemitismus und das Gedenken sind zweierlei Seiten einer rostigen Medaille. Außer ein paar Wenigen, ihre Zahl liegt im Promillebereich, die es sicher gut meinen, ist es der Tummelplatz für Judenfeinde, Israelhasser, Iran- und Hamas-Versteher und handfesten Antisemiten. Gedenken und Antisemitismus-Bekämpfung sind die zwei Köpfe ein und derselben Hydra. Spätestens seit den Documenta-Judenfratzen aus dem Hause der judenfeindlichen Kulturstatsministerin Claudia Roth und dem rigorosen Schweigen der Gedenkprofis in der Debatte um das Hass-Bild mit den Stürmer-Karikaturen auf der antisemitischen Kunst-Schau, lieferte das Business den allerletzten Beweis selbst dafür. Nicht einmal ein Zucken war in der Gedenkbranche zu verspüren. Nichts. Eiskaltes Desinteresse. Stille. So verhält es sich auch beim Antisemitismus gegen Juden wie ihn Henryk Broder gerade zu spüren bekommt. Von den am Staatstropf hängenden Antisemitismusbekämpfern gab es höchstens ein ängstliches raunen im Verborgenen.

Das Ende der Toleranz mit den Juden
Was die „Antisemiten-Documenta“ oder der Hass auf Henryk Broder und die „Achse“ in eindeutiger Gefährlichkeit zeigt: die BRD ist mal wieder am „Ende ihrer Toleranz mit den Juden“ angekommen.

Das Lessing'sche Toleranzdrama trug von Anbeginn sein Scheitern bereits in sich: „Der Jude wird verbrannt“ – ist der schauerliche Refrain im Stück und liest sich als Vorbote von Auschwitz, als Gleichnis der Vernichtungslager und der Barbarei der Nazis.

Der Theaterregisseur George Tabori demontierte daher zurecht die „Toleranzparabel“ Lessings, die für ihn nichts als die Wurzel für die vollständige Eliminierung jeglicher jüdischen Andersartigkeit war. Tabori zeigte die Absurdität der ab dem 18. Jahrhundert durch „Nathan der Weise“ propagierten „Menschenliebe“ und machte Nathan in seinem Theaterstück „Nathans Tod“ zum ersten Mal auf einer Bühne zu einem echten Juden. Nathan wird zum Helden der in



Publizist und Buchautor Henryk M. Broder ist eine Institution des deutschen Journalismus

Jahrhunderten durchlittenen Barbarei, als Tabori ihn jämmerlich sterben lässt, mit den Worten: „Bist nicht der Einzige, der krepieren muss. Auf fallen Vieren, wie ein Tier.“

Unter Hitler waren die Juden wieder zurück ins Ghetto gekommen, die Aufklärung war hier gescheitert, die europäischen Juden erlitten das Schicksal von Nathans sieben Söhnen und das Märchen von der Toleranz wurde Wirklichkeit: „Tut nichts! Der Jude wird verbrannt“ – ruft der Tempelherr in Lessings dramatischem Gedicht. Der Humanismus war auf dem Sterbebett der Toleranz verbrannt worden und endete unerbittlich in den Krematorien der Nazis. Vorbei mit der Toleranz: der Duldung!

Die neuen Inquisitoren von heute wollen endlich den Zahltag für ihre „Erinnerungsanstrengungen“ sehen und ihre eigene „Wiedergutwerdung“ begehen. Komme was wolle. Der Jude ist da nur ein Störenfried.

Die Erinnerungsweltmeister, die bildungssatten Vergangenheitsverarbeiter, servilen Antisemitismusbekämpfer und Gesinnungsschnüffler wollen den End-

sieg, bei dem sie unter dem größten Zivilisationsbruch endlich den Schlussstrich zu ziehen gedenken. Im Endspurt einer geschichtsvergessenen „Selbst“-Entnazifizierung inbegriffen, wollen diese Inquisitoren nun die längst überfällige Rechtsradikalisierung und „Nazifizierung“ der Juden und Israels erreichen. Unter geiferndem Juden- und Israelhass üben sie sich in neuersehnter Redlichkeit, selbstinszenierter, „toleranter“ Widerinstandsetzung einer staatlich-verlogenen Gesinnung, um nach dem vor 80 Jahren begangenen Horror still und leise zum Hohelied der „Toleranz“ zurückzukehren, das schon einmal gescheitert ist. Nach dem Motto: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute. Besser gesagt: Und wenn sie nicht vergast und verbrannt wurden, dann sollten sie Toleranz zeigen!

Staatlich subventionierte Judenfeine

Und täglich, wie in einem Zeitraffer, als drücke man auf eine Schnellauftaste, wird der Ton in diesem Land gegenüber Juden stetig rauer, hasserfüllter und wird von staatlich subventionierten Juden-

feinden und ihrem linksgrünen Twitter-Mob dominiert. „Antisemitismusbekämpfte“ und deren antisemitischen Twitter-Kumpane agieren wie staatliche Großinquisitoren.

Während Claudia Roth Steuergeld auf der Documenta zu Dreck verarbeitet hat, hält Lars Wienand, Redakteur von T-Online es „für nachvollziehbar“, dass Menschen wie Benjamin Weinthal (Jerusalem Post) und Henryk Broder Schaden für die Antisemitismusbekämpfung anrichten. Dass Juden wie Henryk Broder nun schuld am Antisemitismus sein sollen, ist nun wirklich nicht neu. Auch dass sie der „Bekämpfung“ schaden nicht.

Die Meinungsfreiheit ist längst auf dem Scheiterhaufen der Hexenverbrennung gelandet. Und der „Jude wird verbrannt!“ - in den sozialen Medien, wenn er nicht zu Kreuze kriecht, wenn er die Regierung kritisiert und die bigotte „gute Absicht“ der Antisemitismusbekämpfung hinter der Post-Auschwitz-Heuchelei und dem Nichts-Tun für die verbliebenen, noch nicht ausgewanderten Juden, anprangert. Wenn Journalisten von Achgut das Scheitern des Landes an der Wahrheit messen, wird aus der Toleranz ganz schnell wieder Intoleranz, aus der Utopie wird Realität, aus dem Toleranzgedanken wird zu guter Letzt einfach nur Hass und Hetze.

So versuchte ein linkes Netzwerk anonymer Denunzianten mit den Methoden einer Hexenjagd auf Twitter dem Blog „Achse des Guten“ wirtschaftlich und gesellschaftlich den Garaus zu machen, indem Werbeeinspielungen beendet werden sollten, um dem regierungskritischen Medium die finanzielle Grundlage zu kappen.

Die Aktion begann Anfang Juli, als ein anonymer Twitterer namens „Wahnsager“ die Firma Audi aufrief, nicht mehr auf Achgut.com zu werben, woraufhin sich ein Twitter-Mob formierte. Auf die persönliche Nachfrage des Herausgebers Henryk Broder berief sich eine Mitarbeiterin auf „Exklusionslisten“ des VW-Konzerns und dankte dem Denunzianten „Wahnsager“ für die „Hinweise.“ (achgut-artikel vom 29. 06.2022). Das Social-Media-Team stellte die Anzeigen mit der Begründung ein, man habe „Blacklists“ auf denen über „Inklusion und Exklusion“ entschieden würde, so Henryk Broder auch in „Durchsicht: Eine Grundsatz-Frage vor Gericht“ vom 18.07.2022 auf dem Blog der Achse.

Antisemitischer Domino-Effekt
Zehn größere Unternehmen, so erzählte Broder in der Weltwoche.ch, kündigten ihre Anzeigenschaltung. Audi versprach dem anonymen Denunzianten, seine „Exklusionslisten“ im Hinblick auf Achtgut zu „überarbeiten.“ Ein Verleumder schrieb: „wisst ihr nicht, dass Broder ein Antisemit und Verschwörungstheoretiker ist,“ was angesichts der jüdischen Herkunft von Henry Broder besonders perfide ist.

Die neue Qualität, so Mitherausgeber Fabian Nicolay, ist, dass die Boykott-

kampagne offen antisemitisch agiert. Wenn die Denunzianten mit dem Satz beginnen: „Der Jude Broder...“ oder dass „es gut sei, wenn man wisse, ob Juden hinter den Nachrichten stecken.“ Eine Twitter-Kollage zeigte Broder, beim Anrühren einer Giftsuppe, mit den Zutaten „Lüge“, „Beleidigung“, „Hass“ und „Hetze.“ Der Rührstab betitelte ihn als „Nazi.“ Ein Originalbild des Stürmers zeigt wiederum einen Juden mit Hakennase als einen der „Judenpresse“ angehörenden Giftmischer. Wesentliche Teile der Hassnachrichten enthielten offen antisemitische Ressentiments und wurden vom Landesbeauftragten für Antisemitismus Michael Blume geliked. Die massive Beteiligung des „Antisemitismusbeauftragten“, der im Gleichschritt mit dem Twitter-Mob marschierte und deren Gift mitverspritzte, ist schockierend.

Die Zensur-Kampagne hatte einen deutschen Staatsbeamten als Zugpferd, dessen „Steckenpferd“ Verschwörungstheorien sind – vor allem diejenigen, die er selbst verbreitet.

Mit der sprachlichen Entgleisung „Exklusionslisten“ zu haben bediente sich Audi eines allzu bekannten Jargons, als wäre die Selektion wieder deutsche Alltäglichkeit. Die Anzeigenkunden wurden zu Selektionsvollstreckern einer antisemitischen, feigen und konzerziert agierenden Denunzianten-Truppe. Die Unternehmen gehen nicht nur vor einem erzwungenen Gesinnungsdruck in die Knie, sie sind Kollaborateure und Handlanger dabei, Kritiker auszugrenzen, beteiligen sich an der Zerstörung der freien Rede, angestachelt durch waschechte Antisemiten, denen sie auch noch danken.

Antisemitismusbeauftragter mit antisemitischen Anwandlungen

Der „Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg“ wurde bereits 2021 vom Simon Wiesenthal-Center in Los Angeles unter die Top 10 der Antisemiten-Liste aufgenommen. Blume war wegen „antisemitischen und antiisraelischen Aktivitäten in sozialen Medien“ unangenehm aufgefallen, so die Achse und Jerusalem Post. In seinen Attacken auf die jüdische Konservative Malca Goldstein-Wolf brachte Blume die pro Israel-Aktivistin in Verbindung mit Verschwörungstheoretikern und Rassisten. Blume scheut vor Schoah-Verharmlosungen nicht zurück und verglich Frau Wolf mit Adolf Eichmann, während er selbst Facebook-Posts liked, „die Zionisten, Nazis und Radikale“ zusammen in einen Topf schmeißen. Goldstein-Wolf hatte ihn 2019 kritisiert, weil er Veranstaltungen mit der Gruppe „JUMA“ organisiert hatte, die von einem radikalen Imam begründet wurde.

Die Liste der antisemitischen Ausfälle Blumes ist lang. Auf Twitter verbreitete er die antisemitische Karikatur eines „Palästina-Portal“ über den israelischen Journalisten Benjamin Weinthal. Die antisemitische Bildsprache, die den Missbrauch der Israelflagge zeigte, retweetete Blume sogar. Man muss sich das einmal vorstellen, ein Antisemitismusbeauftragter beteiligt sich am Juden- und Israelhass eines antisemitischen Portals: „(...) Israel ein Staat ist, der ethnische Säuberungen betreibt.“ Zudem sind antisemitische Auswürfe und Verschwörungsmymen des Portals im Umlauf, die Broder, Weinthal „und die gesamte Israellobby“ als „bezahlte Manipulateure der israelischen Regierung“ betitelten. (Achgut)

In einem Interview mit dem DLF spricht Blume, der offenbar keine Kritik erträgt, am 10. Februar 2022 von „rechtsextremen Menschen in den jüdischen Gemeinden.“ Dass ein Antisemitismusbeauftragter kritische Juden öffentlich „rechtsextrem“ nennt, ist ein Skandal.

Twitter-Analysen zeigen, dass Blume mit seinem offiziellen Konto @beauftragt und seinem Privatkonto @BlumeEvolution, also als Staatsbeamter und als öffentliche Person, im Zentrum der Kampagne agierte, wie Boris Reitschuster schreibt. Der Skandal-Landesbeauftragte liked mehrfach gemeinsam mit dem antisemitischen Meldemob Posts auf Twitter und verstieg sich dazu, die Absage von Friedrich Merz von seinem Twitter-Account als Landesbeauftragter, also als „staatlicher Inquisitor“ zu begrüßen. Der CDU-Vorsitzende Merz hatte seine Teilnahme bei einer Konferenz in Berlin kürzlich mit der „Begründung“ abgesagt, weil dort auch der Journalist Henryk Broder sprechen sollte.

In „Durchsicht“ vom 18.07.2022 auf Achgut.com sieht man wie Blume in seiner Funktion als Landesbeauftrag-

„ Die neuen Inquisitoren von heute wollen endlich den Zahntag für ihre Erinnerungsanstrengungen sehen und ihre eigene Wiedergutwerdung begehen. Komme was wolle. Der Jude ist da nur ein Störenfried. “

ter auf offiziellen Kanälen staatlicher Stellen „in verfassungswidriger Weise“ den Boykott gegen die Achse und den Entzug finanzieller Grundlagen begrüßt. Er schreibt auf dem Twitteraccount des Landes Baden-Württemberg über Achgut: „Viele Autoren vertreten rassistische und demokratiefeindliche Positionen. Die Finanzierung von Verschwörungsmymen durch die Wirtschaft muss dringend ein Ende haben.“

Hier diffamiert ein Staatsbeamter mit den Mitteln des Staates freie Medien in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, sodass eine Klage der Achse nun klären soll, ob Blume mit einem Regierungsprofil auf Twitter in „elementare Grundrechte eingreifen darf und die freie Presse in ihrer Finanzierung boykottieren darf, weil ihm die Artikel dort nicht gefallen“, so Joachim Steinhöfel.

Mit jüdischer Literatur und Humor gegen den Hass

Der jüdische Bühnenautor, Feuilletonist, und Politiker Theodor Herzl und der jüdische Autor, Schriftsteller und Kritiker Henryk Broder haben so manche Gemeinsamkeiten. Sie sind mit der Begabung einer scharfzüngigen Feder beschenkt, mit der sie Missstände in Gesellschaft und Politik auf herausragende Art darstellen können. Es sind Juden, die ihre „jüdische Sensibilität“ – ihr jüdisches Selbstverständnis – in ihren literarischen Arbeiten fulminant zum Ausdruck bringen. Man könnte leise hinzufügen, sie sind Getriebene ihrer Zeit.

Vom furiosen Judenhass bedrängt, haben sie diesen niedergeschrieben und die Welt mit ihrer Literatur bereichert und geprägt. Das Aufschreiben der Bedrohungen, denen Juden ausgesetzt waren und sind, scheint eine konstante in ihrem Leben geworden zu sein, sodass die Literatur ihnen an und für sich zur Heimat geworden ist und ihre Pub-

likationen mehr als nur Literatur sind. Es ist explizit jüdische Literatur. Der Humor und jüdische Scharfsinn eines Henryk Broder sind mit der ironisch-pointierten Schreibweise von Theodor Herzl durchaus vergleichbar und umgekehrt. Ihr Schrifttum ist so etwas wie ein Ort jüdischen Widerstands und Selbstverteidigung, der Opposition und Rebellion, eine Escape-Strategie aus dem alltäglichen Wahnsinn, eine Emigration ins geschriebene Wort, ein Akt des Überlebens, der Tragik und des Lachens, der Ironie und Satire. Jewish Survival durch jüdische Kreativität, ohne die unsere Welt eine Ärmere wäre. Beide Männer sind Outlaws und Ausgestoßene ihrer Zeit, sind wegen ihrer Jüdischkeit und Ehrlichkeit verhasst, weil sie den Finger in die Wunden ihrer Zeit legen.

In der Einleitung zu seiner Staatschrift „Der Judenstaat“ schreibt Theodor Herzl über den Vorwurf, er würde den Antisemiten zu Hilfe kommen, wenn er die Juden „ein Volk nenne.“ Ein zionistischer Freund sagt über dessen Engagement im Zionismus im November 1895: „die Juden werden ihnen missmuthiger zuhören, als die

famieren und als Rassisten zu bezeichnen; angestachelt durch Macht- und Geldrausch.

Beim Anstieg des Antisemitismus macht sich der Staatsbedienstete Blume so zum geistigen und aktiven Mitäter, weil er sich mit einem antisemitischen Twitter-Mob solidarisierte, der im Netz Verschwörungstheorien verbreitete, um die Webseite des führenden jüdischen Intellektuellen Henryk Broder zu zerstören.

Besonders ekelierend ist, dass er seine Parteilichkeit verwendet um seine blasierten Ideologien, bei denen er mit dem Leid von Juden seine Laufbahn befeuert, unter der obersten Priorität verfolgt, die Politik-Propaganda der Bundesregierung schonungslos zu vermarkten.

Unerwähnt lässt Blume die hasserfüllten Texte der Rapper des von ihm unterstützten Vereins JUMA, die mit hübsch verpackten Euphemismen die Vernichtung des Staates Israel besingen.

Scherbenhaufen der Meinungsfreiheit

Wenn er als deutscher Beamter die Forderung artikuliert, für bestimmte Gruppen oder Medien einen Werbeboykott zu fordern, stehen wir bereits vor dem Scherbenhaufen der Meinungsfreiheit. Offenbar hat man vor, kritischer Presse das Licht auszublenden. Welche Ideale waren wohl hier am Werk? Und wann sind nach Henryk Broder, Malca Goldstein-Wolf und Benjamin Weinthal die anderen Juden dran?

Wird man für Juden Regeln des Umgangs einfordern, wenn sie in den sozialen Medien zu Israel stehen? Oder wird sich Michael Blume gemeinsam mit JUMA und Twitter eine Vorgehensweise gegen freie Medien überlegen? Wessen Meinungsfreiheit geht es als nächstes an den Kragen?

Und warum will ein „Antisemitismusbeauftragter“ die Pressefreiheit auf dem Sterbebett der Intoleranz brennen sehen?

Auf die Frage, ob er seine Taten beue, sagte Adolf Eichmann einst: „Mein Gewissen ist völlig rein.“ Er habe niemanden getötet und „nur Anweisungen von oben befolgt“. Eichmann war ein deutscher Beamter par excellence, ein gewissenhafter Organisator und Massenmörder, der seinen Handlungsspielraum nutzte. So sagte er: „Ich war kein normaler Befehlsempfänger, dann wäre ich ein Trottel gewesen, sondern ich habe mitgedacht, ich war ein Idealist gewesen.“

Wo Menschen einst brannten, werden auch Bücher und Meinungen wieder brennen. Das Pogrom von heute ist die Hexenjagd auf Henryk Broder und die Achse des Guten, mitgetragen durch Michael Blume.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Antisemitische Attacken auf den jüdischen Maler Cyrus Overbeck

Es ist ein Skandal für sich, dass bis jetzt kaum bekannt geworden ist, dass der Stadtrat der nordfriesischen Kleinstadt Esens erst 2011 Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft entzogen hat. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte die NSDAP 56,8 % der Stimmen erzielt. Nachdem der deutsch-persisch-jüdische Künstler Cyrus Overbeck dort ein neonazistisches Netzwerk aufgedeckt hatte, bekam er den real-existierenden Rechtsextremismus hautnah zu spüren: Hassmails mit Gewaltdrohungen, das Fenster an seinem Atelier mit „Judensau“ beschmiert, tätliche Angriffe und gefährliche Manipulationen an seinem Auto bis zu Morddrohungen waren bis zu seinem derart erzwungenen Wegzug seine alltäglichen Begleiter. (JR)

Von Theodor Joseph

Esens ist eine Kleinstadt im ostfriesischen Landkreis Wittmund, Verwaltungssitz der Samtgemeinde Esens. Historisch gehört die Stadt zum Harlingerland sowie zur Grafschaft Ostfriesland. Das beschauliche Städtchen hat etwa 7.000 Einwohner. Es gibt jedes Jahr ein Schützenfest: 2002 feierte die Stadt Esens das 425-jährige Bestehen der Schützencompagnie Esens e. V., die 1577 als Bürgerwehr und Garant der bürgerlichen Ordnung gegründet wurde. Tradition wird hier von jeher großgeschrieben. Nachgerade normal, harmonisch, und zumeist gemütlich geht es in Esens zu. Gemütlich: Das ist ein Adjektiv, das angeblich eine typisch deutsche Wesensart bezeichnet und sich etymologisch von „das Gemüt betreffend“ ableitet in der Bedeutung von „gleichen Sinnes, angenehm, lieb“.

Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 errang die NSDAP 56,8 % der Stimmen. Die unter dem Namen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ angetretene Deutschnationale Volkspartei erzielte 21,1 %. SPD und KPD erhielten 13,8 % bzw. 2,9 %.

Nach der Kommunalwahl am 12. März 1933 wurde in der Stadt ein neues Bürgervorsteherkollegium gebildet, das als eine der ersten Maßnahmen den Ausschluss von Juden bei der Auftragsvergabe für Lieferungen an die Stadt beschloss. Der Boykott jüdischer Geschäfte begann in Esens am 28. März 1933, bereits vier Tage vor dem „offiziellen“ Judenboykott im gesamten Reich. Am 12. April 1933 berichtete die ostfriesische Tageszeitung aus Esens: „Juden gehören nicht in deutsche Schützenvereine. In der letzten Mitgliederversammlung wurden sämtliche Ausländer einschließlich Juden von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.“

Fragwürdige Vergangenheitsbewältigung

Die jüdische Gemeinde in Esens bestand über einen Zeitraum von rund 300 Jahren. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten begann der Exodus der Esenser Juden. Am 9. März 1940 meldeten sich das letzte Gemeindeglied bei der Stadtverwaltung ab. Während des Holocaust wurden mindestens 46 Mitglieder der jüdischen Gemeinde Esens Opfer der Verfolgungen; 56 Personen entgingen den Deportationen durch Emigration ins Ausland. Am 16. April 1940 vermeldete der Wittmunder Landrat dem Regierungspräsidenten in Aurich: „Die Städte Esens und Wittmund sind judenfrei.“

66 Jahre nach seinem Tod wurde Adolf Hitler vom Esenser Stadtrat im Februar 2011 die Ehrenbürgerschaft entzogen. 77 Jahre nach dem Erkalten der Krematorien von Auschwitz wurden 2022 in Erinnerung an jüdische Familien in Esens die ersten Stolpersteine verlegt.



Cyrus Overbeck an der Staffelei: „Auf der Flucht“

In Esens bleibt man gerne unter sich. Und auf die eigenen Bürger lässt man nichts kommen – schon gar nicht, wenn es um die Nazi-Vergangenheit geht. Man hält zusammen, es herrscht ein gewisser Korpsgeist. Fremde werden beargwöhnt, vor allem dann, wenn sie unbequeme Fragen stellen. Dann heißt es vielsagend und doppeldeutig: „Fremden bekommt unser Reizklima nicht.“ Das musste auch der Künstler Cyrus Overbeck mit seinem deutsch-persisch-jüdischen Hintergrund erfahren.

Das Wohnhaus Westerstraße 9, „Bürgermeister Becker Haus“, erbaut 1861 ist ein repräsentatives privates Wohnhaus in Esens. In diesem Haus wohnte und arbeitete der aus Duisburg stammende international renommierte Künstler Cyrus Overbeck von 2003 bis 2020. (Vgl. JR 7/2022, S. 38f.) Man hatte ihn – Mitglied der Europäischen Akademie der Künste Salzburg – eingeladen, die Stadt Esens mit Leben und Kunst zu füllen, um die Stadt aufzuwerten.

In Esens traf Cyrus Overbeck auf Hans-Christian Petersen, der hier eine Galerie betreibt, die sich auch dem Erbe des Nazi-Malers Wilhelm Petersen verpflichtet fühlt. Hans-Christian Petersen ist Maler, Grafiker und Objektkünstler. Er ist der Sohn Wilhelm Petersen, der, von Heinrich Himmler zum „Kriegsmaler der SS“ ernannt, zur gefeierten Künstlerprominenz während des Nationalsozialismus gehörte, und von dem Menschenverachtende und unmissverständliche antisemitische Äußerungen überliefert sind. Indem Hans-Christian Petersen 1993

(Neuaufgabe 2008) zusammen mit Uwe Christiansen und Alain de Benoist (als Reihenerausgeber) eine Biografie seines Vaters im vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Grabert-Verlag herausgab, positionierte er sich selbst im neo-nazistischen Milieu und steht damit in der politisch-ideologischen Kontinuität seines Vaters.

Der NS-Rassemaler Wilhelm Petersen

Der Grabert-Verlag ist nicht irgendein Verlag. Er steht für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wer im Hohenrain-Verlag (Wigbert Grabert hatte 1985 als Tochterunternehmen des Grabert Verlags den Hohenrain Verlag gegründet) oder Grabert Verlag publiziert, hat eine bewusste ideologisch-politische Entscheidung getroffen und sich damit zu den Verlagszielen bekannt, d.h. als rechtsextrem zu erkennen gegeben. Seit den 1960er Jahren gilt dieser Verlag und seine Autoren, des nationalistischen und völkisch-rassistischen Denkens wegen, als „Standard-Verlag der Holocaustleugner“. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zählte den Grabert Verlag und seine assoziierten Unternehmen 2012 zu den „bedeutendsten organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlagen in Deutschland“. Wegen der ideologischen Ausrichtung des Verlagsprogramms kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Indizierungen und Verurteilungen seitens des

Bundesgerichtshofes oder des Amtsgerichts Tübingen.

Hans-Christian Petersen bewegt sich als Nachlassverwalter und Besitzer der Urheberrechte seines Vaters in rechtsextremen Foren (Galleria d'Arte Thule Italia; Deutsches Warenhaus, Nordlandverlag u.a.) und teilt diese Kombattantenschaft mit Vertretern der Neuen Rechten und der völkisch-identitären Bewegung wie Alain de Benoist, Thorsten Heise, Eric Kaden oder Pierre Krebs, die für antisemitische, kriegsverherrlichende und nationalsozialistische Inhalte stehen. (Auf der Internetseite von Thule Italia war und ist Hans-Christian Petersens Galerie-Adresse in Esens mit sämtlichen persönlichen Koordinaten – Telefon; Fax; Email – hinterlegt mit dem in holprigem Deutsch verfassten Kommentar: „Der Sohn des Künstlers (Wilhelm Petersen – LJH) er auch geschickter Maler, erstellt die Webseite ... hingebungsvoller Vater bei der Arbeit...“)

Der NS-Rassemaler Wilhelm Petersen (von Hitler persönlich zum Professor ernannt und vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, gelegentlich in Kunstfragen kontaktiert), der Vater von Hans-Christian Petersen, war glühender Nationalsozialist, Mitglied der SS und Kriegszeichner für das Propaganda-Ministerium. Wilhelm Petersen blieb, als Maler des „Nordens“, der Ideologie des Nationalsozialismus stets treu, und auch nach 1945 Antisemit und Rassist, NPD-Mitglied. Wilhelm Petersen hat seine Gesinnung nie bereut, bis zum Ende seines Lebens nicht. Er starb 1987.

Inhaltlich versammelt der Bildband „Wilhelm Petersen. Der Maler des Nordens“ ein ganzes Arsenal kriegsverherrlichender Zeichnungen und auch die vorausgeschickte biographische Skizze lässt keine Distanzierung zu faschistischem Gedankengut erkennen. Im Gegenteil: Hier wird durch bewusstes Beschweigen einem historischen Revisionismus das Wort geredet, wenn es z.B. heißt, Wilhelm Petersen habe als freiwilliges Mitglied der „Brigade Ehrhardt“ bei „allen Unternehmungen dieser 2. Marine-Brigade“ mitgewirkt und sei im „Auftrag eines anderen berühmten Freikorpsführers, Manfred von Killinger“ tätig gewesen. Alle Unternehmungen? Berühmter Freikorpsführer? Dieser Brigade ging der Ruf besonderer Brutalität voraus, die ihren vorläufigen Höhepunkt im konterrevolutionären Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 erlebte. Das gemeinsame Band dieser marodierenden und mordenden Truppe mit einem Hakenkreuz auf dem Helm war der antirepublikanische, völkisch-identitäre Geist. Und Killinger, u.a. Auftraggeber am Mord an Matthias Erzberger und in den Rathenau-Mord verwickelt, befahl die vollständige Entfesselung menschlicher Grausamkeiten. „Mit den Köpfen werden wir noch einmal die Straßen pflastern“, schwelgte er, ein Vorgesetzter von Petersen. Kein Wort darüber von seinem Sohn.

Aufklärer unerwünscht

Cyrus Overbeck ist ein Aufklärer, stammt aus einer Familie, die aktiven Widerstand gegen Hitler geleistet hat, dem es nach den Attentaten von Mölln, Hanau und Halle, den NSU-Morden, dem Mord an Walter Lübcke darum geht, nationalsozialistische Kontinuitäten auszumachen und zu demaskieren. 2018 hatte er in einer Kanzelrede in der Esenser St. Magnus-Kirche - Eli Wiesels Satz, dass das Gegenteil von Liebe nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit sei, zitierend - die dunkle Vergangenheit Esens angeprangert und angemahnt, sich dieser zu stellen. Und damit hatte er Unruhe in die Esenser Gesellschaft gebracht. Unter Verbalinjurien wurde er von der Kanzel gebuhlt. Overbeck stand in der St. Magnus-Kirche an eben jenem Ort, an dem Sara Oppenheimer (1840-1906), aus einer alteingesessenen jüdischen Familie Esens stammend, eine der bedeutendsten Altistinnen ihrer Zeit, 1864 ein Auftritt als Sängerin verwehrt worden war. Auch der gegen sie gerichteten antijüdischen Vorurteile wegen verließ sie Esens.

Nachdem Overbeck ein neonazistisches Netzwerk aufgedeckt hatte - darunter die Tatsache, dass Hans-Christian Petersen die Nazi-Kunst seines Vaters über rechtsextreme Foren wie die in Deutschland verbotene Thule-Gallerie vertreibt, beantragte er, in seinem demokratischen Selbstverständnis herausgefordert, 2019 beim Esenser Stadtrat die Entfernung der Werke Hans-Christians Petersens aus dem öffentlichen Raum, insbesondere dessen Objekte vor der Künstlersozialkasse in Wilhelmshaven, die alle Künstler vertritt - auch Cyrus Overbeck. Es folgte ein regelrechter Shitstorm gegen Overbeck, der den real existierenden Rechtsextremismus hautnah zu spüren bekam: Hassmails mit Gewaltdrohungen, das Fenster an seinem Atelier mit „Judensau“ beschmiert, tätliche Angriffe und gefährliche Manipulationen an seinem Auto bis zu Morddrohungen waren seine alltäglichen Begleiter. Er wurde durch die Straßen Esens gejagt. Angesichts dieser Bedrohungen gab Overbeck nach 16 Jahren auf. Hals über Kopf floh er aus Esens.



Schulwandtafel Wilhelm Petersen („Altgermanische Bestattung“) mit retuschierten Hakenkreuzen (Swastika)

Demokratie ist ein fragiles Gebilde, das immer aufs Neue verteidigt werden muss. Cyrus Overbeck ist ein Mensch, der sich nicht an antidemokratische und antisemitische Attacken gewöhnen mag, jemand, der in seinem Leben als Mensch und Künstler vehement für demokratische Werte eintritt. Er beschuldigte Mitglieder des Esenser Stadtrates sowie zwei weitere Personen, die neonazistischen Aktivitäten von Hans-Christian Petersen zu decken und sich damit zu Eigen gemacht zu haben.

„Nordische“ Ideologie

„Maler des Nordens“ haben die beiden Herausgeber Uwe Christiansen und Hans-Christian Petersen ihren Bildband über Wilhelm Petersen betitelt und als Band 2 in der von Alain de Benoist herausgegebenen Reihe „Kleine Bibliothek der deutschen Kunst“ der Öffentlichkeit vorgelegt. Der Titel ist mit Bedacht gewählt, und damit das malerische Schaffen Wilhelm Petersen aus ihrer Sicht treffend benannt. Maler des „Nordens“: Das versteht sich gewiss nicht allein als eine geografische Zuschreibung wie etwa eine Windrichtung. Der „Norden“ lässt Raum für assoziative Überlegungen und es lohnt sich, einen fokussierten Blick auf diese Bezeichnungen zu werfen, einen etymologischen Exkurs über die Begriffe „Norden“ oder „nordisch“ zu unternehmen. Diese Begriffe hatten in der NS-Terminologie Konjunktur. Die Nazis hatten es mit „Blut“ und „Rasse“ - und mit einem Nordizismus.

„Norden“ oder „nordisch“ sind Begriffe mit einer von den Nationalsozialisten gekaperten Nebenbedeutung für „arisch“. In den 1920er und 30er Jahren bekam das Adjektiv „nordisch“ in Deutschland eine rassenbiologische Konnotation. Im Mittelpunkt der NS-Ideologie steht der Traum vom Norden, in dem die nordische Rasse als Spitzenexemplar der germanischen Rasse gilt. Der Norden bedeutete im Dritten Reich die Heimat des germanischen Geistes. „Germanisch(-arisch)“ und „nordisch“ wurden in der NS-Ideologie synonym als positiv konnotierte Fahnwörter verwendet. Sven Hedin, der in Deutschland viel gelesene schwedische Geograph und Entdeckungsreisender, ein Bewunderer des Dritten Reichs und dessen Führer, der von einer pan-germanischen Vision besessen war, gebrauchte die Begriffe „germanische Rasse“ und „nordische Rasse“ in der Regel synonym. Meyers Lexikon verzeichnete 1936 das Lexem mit der folgenden Definition: „Das Bestreben in einem aus mehreren Rassen gemischten Volk den Anteil der nordischen Rasse zu erhöhen.“

„Skandinavertum ist gleichsam gereinigtes Deutschtum; der Norden ist das, was wir sein sollten oder werden müssen.“ So schrieb 1942 Otto Höfler, germanistischer und skandinavistischer Mediävist, in einem Bericht an den SS-Reichsführer Heinrich Himmler. Und dieser ergänzte: „Unser Volk steht und fällt damit, ob es genügend nordisches Blut hat, ob dieses Blut sich vermehrt oder zu Grabe geht, denn geht es zu Grabe, so bedeutet es das Ende des ganzen Volkes und seiner Kultur“, so Himmler 1938 in einer Rede vor der Auslandsorganisation der NSDAP.

Anders der Romanist, Philologe und unbestechliche Chronist über die Zeit des Nationalsozialismus, Victor Klemperer, der nur unter äußerst schwierigen Bedingungen die NS-Diktatur überlebte, die er sprachlich dokumentierte, und analysierte: „Man kann von dieser Idee [einer verfallschten Europa-Idee] sagen, es sei mit ihr das geschehen, was die Rassenpolitiker mit der deutschen Bevölkerung zu tun bemüht waren: sie wurde ‚aufgenordet‘. Alles Europäertum ging nach der nazistischen Doktrin von nordischen Menschen oder Nordgermanen aus, alle Schädigung, alle Bedrohung kam aus Syrien und Palästina ... auch Christus (war) blondhaarig-blauäugig-nordisch-germanischen Ursprungs.“

„Jud bleibt Jud“

Genau dieses Niveau vertrat die in den Schulen vermittelte „Rassenkunde“ des Hitlerstaates - und man muss zugeben: mit blutigem Ernst. Hören wir die Stimme Friedrich Reinöhls in seiner für Lehrer verfassten „Abstammungslehre“ von 1940: „Der nordischen Rasse und ihren nächsten Verwandten, die das deutsche Volk zusammensetzen, kommt nach unserer Überzeugung der höchste Wert unter den menschlichen Rassen zu. Durch natürliche Auslese hat sie im Kampf im Laufe ihrer Entwicklung ihre heutige Höhenlage erreicht.“ Und wenige Zeilen weiter heißt es dann, „nordischer Herrenmensch“ bleibt „nordischer Herrenmensch“ - und „Jud bleibt Jud“. Und damit sind wir zurück bei Wilhelm Petersen - der „Maler des Nordens“.

Auch die von Wilhelm Petersen gestalteten die germanische Welt erklärenden Wandbilder waren als didaktische Hilfsmittel im Schulunterricht allgegenwärtig und haben auf ganze Schülergenerationen identitätsstiftend gewirkt. Diese Wandtafeln waren sogar noch nach 1945 - freilich mit übermaltem Hakenkreuz! - im pädagogischen Einsatz.

Wohin man fasst, überall ist dieses „rassisch“ untermauerte Weltbild falsch, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Weder hat die deutsche Kultur dort ihre Maxima an bedeutenden Menschen und Leistungen, wo „nordische Rasse“ annähernd rein (im Sinne der NS-Rassenkunde) vorhanden war, also etwa längs der friesischen Küste, noch konnte die Führungsgarnitur jener Zeit auch nur eine Gestalt aufweisen, die den eigenen rassistischen Forderungen nicht geradezu ins Gesicht geschlagen hätte.

Das beschriebene biografische Petersensche Umfeld - Verlagskooperation und Editionsgemeinschaft mit Vertretern der Rechtsextremen - in dem sich Hans-Christian Petersen bewegt(e), weist diesen als einen in nationalsozialistischer Kontinuität stehenden Künstler aus und lässt damit keinen Zweifel an dessen rechtsextremer Gesinnung zu.

Naives Wegschauen

Der Esenser Stadtrat hielt den Overbeckschen Antrag auf Entfernung der Petersen-Werke in seiner Ratssitzung im Juni 2019 für „nicht nachvollziehbar“, wollte keine Hinweise auf Rechtsradikalismus erkennen und verwies auf seine „konstruktive Zusammenarbeit“ mit Petersen. Über alle Parteigrenzen hinweg lehnte der Stadtrat - im Wissen um die Petersensche Gesinnung! - den Antrag ab und machte sich damit mit Petersen gemein. Die städtischen Repräsentanten hielten die Reihen fest geschlossen. Es war ausgerechnet der Vorsitzende des Arbeitskreises Juden und Christen in Esens, der Petersen wider besseres Wissen deckte und mit der Chuzpe aufwartete, der Arbeitskreis habe „überhaupt keine negativen Erfahrungen“ mit Hans-Christian Petersen gemacht, weil dieser „bei Ausstellungen geholfen“ habe und deswegen seien die gegen ihn gerichteten Vorwürfe „absurd“. Diese Bemerkung lässt die bedenkliche Nähe Petersens zu einem erklärtermaßen rechtsextremen Verlag und zu Repräsentanten der Neuen Rechte auf fatale Weise außer Acht. Wer eine publizistische Zusammenarbeit mit einem mehrfach wegen rechtsextremer Tendenzen rechtskräftig verurteilten Verlag leugnet und ignoriert, der exkulpiert den rechtsextremen Zusammenhang gleichermaßen.

Zwei Esenser, denen Overbeck vorgeworfen hatte, Petersens rechtsextreme Haltung zu leugnen und damit zu decken, hatten Anzeige gegen ihn erstattet. Am 18. Juli 2022 verhandelte das Amtsgericht Duisburg-Ruhrort die Causa Overbeck. Verhandlungsgegenstand: Üble Nachrede. Doch es ging um weit mehr - Umgang mit der deutschen NS-Vergangenheit, um Grundfragen der Demokratie. Das Gericht war zu klein, um ein großes Urteil zu fällen - und hat sich zunächst vertagt. Cyrus Overbecks Geschichte ist alles andere als eine Provinzposse. Seine Geschichte reiht sich in ein aktuelles düsteres gesamtdeutsches Gesellschaftsbild ein.

Aus- oder Einfahrt Esens, Nordring, aus Esens kommend, erstes Haus rechts, weht eine Flagge der „Reichsbürger“ fröhlich im Wind, sie flattert der Stadt geradezu voran. „Uns're Fahne ist die neue Zeit. Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit!“ Keine juristisch-politische Autorität war bislang willens oder in der Lage, dieses verfassungsfeindliche Symbol aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Was Esens betrifft, so ist diese Stadt nicht bereit oder fähig, sich mit ihrer Vergangenheit hinreichend kritisch auseinanderzusetzen. Der NS-Geist ist längst nicht verfliegen, der Schoß ist fruchtbar noch.

Deutsch-Israelische-Gesellschaft: Von gecancelten Juden und dem Boykott unliebsamer Meinungen

Das neue Präsidium der DIG hat den Antrag mehrerer Gliederungen ihres Verbandes und des Jungen Forums (JuFo) abgelehnt und damit die Israel-freundlichen Vorträge des früheren Gesandten der Jewish Agency Yonatan Shay verhindert. Die Angelegenheit wirft viele Fragen auf die Struktur von Entscheidungsprozessen und Transparenz innerhalb der DIG. Überaus bedenklich sind die Auswahl von Referenten und die Rolle des Auswärtigen Amtes als Geldgeber der Gesellschaft. Eine mehr als fragwürdige Rolle spielt dabei auch der gegenwärtige DIG-Präsident Volker Beck. (JR)

Von Anna Sofia Magaras

Vor wenigen Wochen haben mehrere lokale Gruppen der DIG und des Jufo (Forum für Mitglieder der DIG bis 35 Jahren) bei der bundesweiten DIG, von der sie finanziell abhängig sind, einen Antrag für eine Vortragsreise mit Yonatan Shay gestellt. Konkret ging es dabei um Argumentationstraining gegen antisemitische und antiisraelische Positionen und um die Leitung und Organisation von Weinproben. Yonatan Shay hat sich in seiner Zeit in Deutschland nicht nur als Gesandter der Jewish Agency engagiert, sondern darüber hinaus aktiv gegen Judenhass gekämpft. Er hat sich medial für eine größere Wahrnehmung von Judenhass unter Muslimen stark gemacht, in dem er beispielsweise mit der WELT als Experiment ein Flüchtlingsheim mit Kippa besuchte oder einen Artikel auf Vice über seine Anwesenheit als Jude bei einem Salafistenprozess veröffentlichte. Außerdem spricht Yonatan Shay nicht nur fließend Deutsch, er ist auch in Israel zertifizierter Wein-Sommelier. Es ist also davon auszugehen, dass er für die angefragten Vorträge qualifiziert ist, gerade, weil er diese in seiner Zeit als Gesandter bereits für die DIG durchgeführt hat. Trotzdem hat das neugewählte Präsidium der DIG den betroffenen Gliederungen für Vorträge mit Yonatan Shay eine Absage erteilt. Eine offizielle, schriftliche Erklärung dieser Entscheidung liegt bisher unseren Informationen zufolge keiner der lokalen Gruppen vor, obwohl das Präsidium von ihnen darum gebeten wurde.

Eine Anfrage der Jüdischen Rundschau, warum Yonatan Shay nicht für Vorträge zugelassen wird und, inwiefern das Auswärtige Amt als Förderer der DIG einen Anteil daran trägt, wurde leider nur mit dem Hinweis beantwortet, dass es sich um „interne Entscheidungen über Förderungen“ handelt. Es gibt jedoch widersprüchliche Aussagen verschiedener Präsidiumsmitglieder.

Die Rolle des Volker Beck

Während ein Präsidiumsmitglied betont, dass es keine Entscheidung gegen Yonatan Shay als Person war, sondern lediglich ein Kostenaspekt (obwohl Yonatan Shay für seine Vorträge kein Honorar verlangt und es nur um die Reisekosten gehen würde), führte der Präsident der DIG, Volker Beck, andere Gründe an. Uns liegen Belege vor, nach denen er die Kontrolle des Auswärtigen Amtes als Geldgeber der Gesellschaft, als wichtigsten Punkt gegen Yonatan Shay anführt. Denn Yonatan Shay engagiert und arbeitet in Israel für „Im Tirtzu“, eine zionistische NGO, die Wert darauf legt, dass Israel seinen jüdischen Charakter behält. So setzt sich Im Tirtzu beispielsweise gegen die finanzielle Förderung von linksradikalen, antizionistischen und propalästinensischen NGOs in Israel durch das Ausland,

wie z.B. durch deutsche Steuergelder, ein, da mit diesen Geldern u.a. Terroristen bezahlt werden. Yonatan Shay habe sich laut Beck radikalisiert, so dass man Probleme mit dem Auswärtigen Amt befürchte. Die Kontrolle der Bildungsveranstaltungen der DIG durch das Auswärtige Amt soll in Zukunft noch strenger werden, so dass es heikel wäre, jemanden wie Yonatan Shay einzuladen. „Wir sind unter Beobachtung!“ habe Beck geäußert. Außerdem kritisierte er, dass Yonatan Shay angeblich andere Juden auf sozialen Onlineplattformen diffamiert haben soll. Ein Fall dieser „Diffamierung“ ist mir selbst bekannt. Vor wenigen Wochen hat der linke Aktivist jüdischer Abstammung Shai Hoffmann auf seiner Israelreise ein Foto mit Alena Jabarine, einer bekannten Israelhasserin und BDS-Aktivistin gepostet. Daraufhin hat Yonatan Shay Hoffmann dafür kritisiert und gefragt, ob er ein Alibijude sei, wenn er solche Personen und Positionen unterstützt.

Beck könnte sich Shay in einer Kontroverse beispielsweise mit Aktivisten vom New Israel Fund, die BDS unterstützen und die Abschaffung Israels als explizit jüdischen Staat fordern, vorstellen. Denn er hält Im Tirtzu für eine „nicht Mainstream“, also eine extreme, Organisation und führte als Beleg die Teilnahme von Im Tirtzu am Jerusalemer Flaggenmarsch an.

Cancel Culture bei der DIG

Die Cancel Culture ist spätestens jetzt in der DIG angekommen. Dass ein Jude und Israeli gecancelt wird und sich damit über den ausdrücklichen Wunsch der betreffenden Mitglieder der DIG hinweggesetzt wird, ist ein Skandal für eine Gesellschaft, die sich die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel auf die Fahne schreibt. Die Tatsache, dass seit Wochen keine offizielle Begründung der Entscheidung vorliegt und sich Präsidiumsmitglieder in ihren Aussagen widersprechen, zeigt das Ausmaß an intransparenter und undemokratischer Arbeitsweise der DIG. Wenn die Überwachung und der Einfluss des Auswärtigen Amtes tatsächlich ein solches Ausmaß annehmen, dann wirft das die Frage auf, wie unabhängig die DIG und auch jüdische Verbände in Deutschland, die mehrheitlich durch die Bundesregierung oder bestimmte Ministerien über Steuergelder finanziert werden, überhaupt sein können. Sind Verbände, die durch ihre Förderung aus der Politik immer mehr in ihrer Freiheit beschnitten werden, überhaupt noch in der Lage eine funktionale Interessensvertretung für Juden oder Freunde Israels darzustellen? Wie kann es sein, dass das Auswärtige Amt einen Vortrag von Yonatan Shay- für den es eine Ehrung sein muss, dass sein Name dem



Yonatan Shay mit Volker Beck im Deutschen Bundestag

Auswärtigen Amt bekannt sein soll- laut Beck nicht billigen würde, aber 2020 ein Vortrag von Dr. Moshe Zimmermann, einem bekannten BDS-Aktivisten und Israelkritiker, bei der DIG Magdeburg kein Problem darstellte?

Auch Aktivistin Malca Goldstein-Wolf ausgegrenzt

Der Fall von Yonatan Shay ist jedoch nicht der einzige von Cancel Culture in der DIG. Die jüdische Aktivistin Malca Goldstein-Wolf, die sich für Israel und gegen Judenhass einsetzt, wurde kürzlich mit einer Kommentiersperre auf der Facebookseite der DIG belegt. Sie war zuvor in einer Diskussion bei Twitter zum Genderthema anderer Meinung als der Präsident der DIG Volker Beck. Wenn das der Grund für die Kommentiersperre ist und Volker Beck die DIG benutzt, um persönliche Fehden zu rächen, ist das unprofessionell und inkonsequent, da er selbst Yonatan Shays öffentliche Kritik an Hoffmann bemängelte. Im Übrigen ist Yonatan Shays Reaktion auf Shai Hoffmann nicht nur legitim, sondern die Pflicht eines jeden Zionisten und im Grunde jedes Juden. Denn, wenn sich ein Jude mit Israelhassern, Antisemiten und BDS-Unterstützern gemein macht und dies dann auch noch veröffentlicht, ist es brandgefährlich. Gerade in Deutschland wird damit der Eindruck vermittelt, dass es in Ordnung ist, Zionisten und Israel zu hassen und es kein Problem ist, Menschen, die diese Israelkritik promoten, zu unterstützen, wenn es selbst ein Jude tut. Dass also ausgerechnet der Präsident der DIG eine couragierte Antwort auf den Versuch

Antizionismus zu legitimieren, als Problem und Ablehnungsgrund sieht, widerspricht dem eigentlichen Zweck der DIG. Es ist genauso eine Provokation und ein Armutszeugnis, dass Beck die Teilnahme am Flaggenmarsch in Jerusalem, an dem die Mehrheit der Bevölkerung Jerusalems teilnimmt, als Beleg für eine Radikalisierung von Im Tirtzu und Yonatan Shay wertet. Nur weil Deutschland ein pathologisches Verhältnis mit Flaggen und Nationalstolz hat, darf man das nicht auf andere Länder übertragen. Wenn also Juden stolz mit der israelischen Flagge in der ewigen israelischen Hauptstadt Jerusalem einen Marsch abhalten, hat man das als Präsident der DIG nicht zu moanieren.

Auf welcher Seite steht die DIG?

Die aktuellen Entwicklungen rund um die DIG besorgen mich. Wenn bestimmte Juden und Israelis - ohne sich etwas handfestes zu Schulden kommen zu lassen - nicht mehr willkommen sind, keine Vorträge halten oder auf Facebook kommentieren dürfen, dann läuft in dieser Gesellschaft etwas falsch. Es kann nicht sein, dass ein Israeli keine Vorträge halten darf, weil man entweder Probleme mit ihm als Person hat oder seine politische Ausrichtung nicht links genug ist. Auch ist es skandalös, dass eine Gesellschaft, die angibt proisraelisch zu sein, einen Israeli und Zionisten nur im Rahmen einer Diskussion sprechen lassen will, wenn ein Vertreter einer antiisraelischen und terrorverharmlosenden NGO ihm Kontra bietet. Vor allem ist es unglaublich, dass den beteiligten Gliederungen keine Erklärung über die Ablehnung vorliegt; alles scheint über Mauscheleien und ohne Transparenz abzulaufen. Da die Gelder vom Auswärtigen Amt über Steuergelder generiert werden, müssen solche Begründungen öffentlich thematisiert werden und können nicht nur Gegenstand „interner Entscheidungen“ sein. Die Angelegenheit wirft ein sehr schlechtes Licht auf die Struktur von Entscheidungsprozessen in der DIG aber auch auf die Inhalte der Gesellschaft. Während sich das neue Präsidium in letzter Zeit bezüglich externer Angelegenheiten wie dem Documenta-Skandal oder der Frage nach Entschädigung für die Familien der Opfer des Olympia-Attentats von 1972 wirklich stark für jüdische und israelische Interessen eingesetzt hat, wirkt es nach innen desaströs. Eine Gesellschaft darf nicht Mittel zum Zweck sein, um persönliche Befindlichkeiten zu rächen oder politisch unliebsame Meinungen auszuschalten und aus dem öffentlichen Diskurs zu entfernen. Wir brauchen gerade in den aktuellen Zeiten keinen Linksdrift der DIG, sondern eine uneingeschränkte Solidarität mit Israel und den Israelis.

Kika-Moderator demonstriert mit Israel-Feinden

Hatte der öffentlich-rechtliche Rundfunk schon in der Vergangenheit erhebliche Probleme mit Israel-feindlicher bis antisemitischer Berichterstattung, mehren sich nun die Fälle um Mitarbeiter mit derartigen Einstellungen. Im August nahm beispielsweise der KiKa-Moderator Matondo Castlo an einer Israel-feindlichen Demonstration im Rahmen des sogenannten „Farkha-Festivals“ teil, das sich ganz besonders gegen Siedlungen im Westjordanland richtet. Dabei handelt es sich schon lange nicht mehr um Einzelfälle. (JR)

Von Deborah Ryszka

Neben seiner tendenziösen Berichterstattung gerät der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR) immer öfters in die negativen Schlagzeilen. So wie KiKa-Moderator, Matondo Castlo. Dieser nahm am diesjährigen Farkha-Festival teil, einem Festival, das sich gegen die israelische Siedlungspolitik engagiert. Alljährlich treffen sich dort pro-„palästinensische“ Sympathisanten und Anhänger. Organisiert wird das Ganze von der Palestinian People's Party (PPP), der Schwesterpartei der Kommunistischen Partei Israels. Aktivisten aus DKP, marxistischer Linke und DIE LINKE sind dort Dauergäste. Dass somit eine Israel-skeptische Grundstimmung vorherrscht, ist unbestreitbar.

Schaut man sich genauer an, wer hinter der PPP steht, kann man sogar noch einen Schritt weiter gehen. Denn es ist die Palestine Liberation Organization (PLO), eine Organisation, die den Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, immer noch als Helden verehrt. Dieser unterstützte während des Zweiten Weltkrieges den Holocaust Adolf Hitlers und Deutschlands. Zudem ist, seit November 2004, Mahmud Abbas Vorsitzender der PLO. Wie allseits bekannt relativiert und leugnet Abbas wiederholt den Holocaust. So auch jüngst bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundeskanzleramt: „Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen. 50 Massaker, 50 Holocausts.“

Israel-Hass und Israel-Hetze sind keine Ausnahmen innerhalb der PLO. Vielmehr entsprechen sie dem Selbstverständnis der PLO. Das gilt auch für alle ihre Fraktionen, wie für die eingangs erwähnte PPP, die das Farkha-Festival organisiert. Vor diesen Tatsachen, eine ganz klar Israel- und jüdenfeindliche Grundhaltung beim Farkha-Festival zu vermuten, ist keine abstruse Verschwörungstheorie. Wer somit an Veranstaltungen der PPP teilnimmt, bekundet – mindestens (!) – Sympathien für anti-israelische und antisemitische Überzeugungen – wenn nicht sogar mehr.

Daher ist es ein Skandal, dass ein Moderator des ÖRR an einem Festival teilnimmt hinter dem anti-israelische und antisemitische Organisatoren stehen. Unwesentlich ist hierbei, aus welchen Gründen Castlo dabei war. Unwissen, Inkompetenz oder Feiertrieb als Gründe lassen den KiKa-Moderator nicht wesentlich besser dastehen. Dass dieser sich in einem Instagram-Post rückwirkend äußerte, seine Reise sei „nicht politisch motiviert“ gewesen, klingt mehr nach einer individuell-karrieretechnischen Schadensbegrenzung als nach aufrichtig gemeinter Reue und Einsicht.

Kein Vorbild für Kinder und Jugendliche

Eine besondere Brisanz erhält der Fall zudem, da Castlo mit Kindern arbeitet – nicht nur im Fernsehen, sondern



Im August 2022 nahm Kika-Moderator Matondo Castlo am anti-israelischen Farkha-Festival im Westjordanland teil.

auch als Streetworker im „echten“ Leben. Kinder und Jugendliche brauchen Orientierung und Halt, jemanden auf dem sie hinauf schauen können – Castlo dient da einigen sicherlich als Vorbild. Wenn Castlo auf einer pro-„palästinensischen“ Veranstaltung ist, färbt das selbstverständlich auf die Kinder und Jugendlichen ab.

Der ausgebildete Erzieher gründete sogar das gemeinnützige Unternehmen „Alles für die Jugend“, deren Geschäftsführer er ist. Nach eigenen Angaben möchte die Organisation „Kindern und Jugendlichen Perspektive und den Weg in eine gesicherte Zukunft geben“ und verpflichtet sich der „Vermittlung von wichtigen Werten“. Bewusst provokativ gefragt: Gehören zu diesen „wichtigen Werten“ eine pro-„palästinensische“ Einstellung samt Israel- und Juden-Hass?

Zudem: Wie kann jemand, der offensichtlich außerstande ist sein Handeln oder die Konsequenzen seines Handelns zu beurteilen – der Fehltritt mit dem Farkha-Festival zeigt das – Vorschulkindern Werte und Wissen vermitteln? Wie kann jemand, der mit seinem eigenen Wertekompass ganz offensichtlich Probleme hat, als Streetworker Kindern Halt und Orientierung geben? Wie kann so jemand, immer noch Kurator der DFL Stiftung sein, einer Stiftung „mit dem Ziel gegründet, die gesellschaftliche Verantwortung des Profifußballs noch intensiver wahrzunehmen“?

Castlos Fall ist kein Einzelfall

Wesentlich skandalöser bei dieser ganzen Angelegenheit jedoch ist, dass es sich keineswegs um einen Präzedenzfall beim ÖRR handelt. So geriet die Deutsche Welle (DW) Ende letzten Jahres in die Schlagzeilen. Mitarbeiter der arabischen Redaktion der DW äußerten teils anti-israelisches oder antisemitisches Gedankengut. Ein Trainer journalistischer Workshops in der DW-Akademie bezeichnete den Holocaust

als Lüge. Eine DW-Journalistin verlegte gar Israel mit „Krebs, der herausgeschnitten werden soll“.

Und auch das ZDF sorgte für Aufsehen. Oder besser gesagt, seine Mitarbeiterin, Feyza-Yasmin Ayhan, oder Yasmin Poesay, wie sie sich selbst als Poetry-Slammerin nennt. Ayhan ist Teil eines Autorentams für die Sitcom „Barrys Barbershop“, die vom ZDF beauftragt wurde. Gleichzeitig verbreitete Ayhan mehrfach anti-israelische Propaganda, wie bei einer Veranstaltung der Hamas-nahen Deutschen Jugend für Palästina. Dort sprach sie Israel das Existenzrecht ab.

Einen ähnlichen Affront gab es beim WDR. Eigentlich sollte die „palästinensisch“-stämmige Journalistin und Ärztin, Nemi Al-Hassan, ab November 2021 die Wissenschaftssendung „Quarks“ moderieren. Als jedoch ihre Teilnahme an einer Al-Kuds-Demonstration im Jahr 2014 publik wurde, bei der antisemitische Parolen keine Seltenheit sind, ruderte der WDR zurück. Zu Recht.

Der ÖRR hat augenscheinlich nicht nur ein Problem mit System-Vetternwirtschaft und System-Korruption, sondern auch eine systematische Schwäche für anti-israelische und antisemitische Überzeugungen. Der Fall um den KiKa-Moderator Castlo, und die bis heute fehlenden beruflichen Konsequenzen gegen ihn, verdeutlichen das abermals.

Überraschend ist das Ganze nicht

Schon seit Jahren dominieren grünlinke Überzeugungen im ÖRR, „Grünfunk“ nennen ihn pointiert seine Kritiker. Eine Umfrage unter ARD-Volontären aus dem Jahr 2020 kam zu dem Ergebnis, dass 92 Prozent von diesen Rot-Rot-Grün wählen würden. Und dass in diesen Kreisen eine anti-israelische Grundstimmung salonfähig ist, ist auch nichts wirklich Neues. Fridays-for-Future demonstrierte das eindrücklich im letzten Jahr, als es zum

Boykott israelischer Waren und zu harten Sanktionen aufrief.

Auch einige Jahre zuvor, im Jahr 2012, sorgte der Schriftsteller Günter Grass für Furore. In seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“, unterstellte er unter anderem der „Atommacht Israel“ den „ohnehin brüchigen Weltfrieden“ zu gefährden. Trotz gerechtfertigter breiter Kritik an Grass und seinem Gedicht, verteidigten ihn einige Stimmen. So zum Beispiel der Literaturkritiker und Moderator des Büchermagazins „Druckfrisch“ im Ersten, Denis Scheck, der seinen Text als „ein gutes, ein überfalliges tagespolitisches Gedicht“ bezeichnete.

Das, und der Fall um Castlo, zeigen, dass eine ignorante oder affirmative Grundeinstellung gegenüber antisemitischen und anti-israelischen Positionen durchaus keine Außenseiterpositionen im ÖRR sind. Eher scheint es, als gehörten diese sogar zum „guten Ton“ – so ungeniert, wie sie zunehmend „heraus posaunt“ werden. Man kann sogar so weit gehen, und sagen, dass ein gravierend strukturelles Problem vorliegt. „Der Fisch stinkt von Kopfe her“, heißt es doch so schön. Da hilft auch kein Antisemitismus-Beauftragter für den ÖRR, wie ihn Volker Beck, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, fordert. Denn seit es den Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung gibt, steigt die Zahl antisemitischer Vorfälle kontinuierlich an.

Vor diesem Hintergrund, und in Anbetracht des grundsätzlich maroden Zustands des ÖRR, wäre es vermutlich das Beste den Rundfunkbeitrag, in Höhe von 18,36 Euro pro Monat, abzuschaffen. Im freien Wettbewerb hält sich ideologisches Gedankengut kürzer. Das gilt nicht nur für das Gendern, sondern auch für anti-israelische und antisemitische Positionen.

Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, Doktorandin der Philosophie und freie Publizistin.

Vom Massenmord zur Massenware

Die Inflation hat perfider Weise nun auch den Holocaust erreicht. Ohne Holocaust findet man heutzutage als Opfer einfach nicht mehr statt. Wer auch als Judenfeind was auf sich hält, klebt sich einen gelben Stern auf die Brust. So kann jeder seinen ganz privaten Holocaust beklagen. Mittlerweile geht der Trend sogar zum Zweitholocaust. Autor und Comedian Gerd Buurmann hat eine Liste mit den perfidesten Holocaust-Vergleichen erstellt. (JR)

Von Gerd Buurmann /
Achgut.com

Am 16. August 2022 kamen im Bundeskanzleramt in Berlin fünfzig Holocausts dazu, als Mahmud Abbas in Anwesenheit des Bundeskanzlers Olaf Scholz erklärte, Israel habe einen fünfzigfachen Holocaust begangen: „Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag fünfzig Massaker in fünfzig palästinensischen Orten begangen. Fünfzig Massaker, fünfzig Holocausts.“

Abbas' Verharmlosung des Holocausts reiht sich ein in eine lange Liste der Relativierungen der letzten Jahre. Die Achse des Guten präsentiert daher ein paar Höhepunkte der letzten zwei Jahrzehnte.

Der ehemalige Kölner Kardinal Meisner hielt am Tag der Heiligen Drei Könige im Jahr 2005 eine Predigt, in der er über Schwangerschaftsabbrüche sprach und diese Worte wählte: „Zuerst Herodes, der die Kinder von Bethlehem umbringen lässt, dann unter anderem Hitler und Stalin, die Millionen Menschen vernichten ließen, und heute, in unserer Zeit, werden ungeborene Kinder millionenfach umgebracht.“

Der Ökonomie-Professor Hans-Werner Sinn erklärte im Jahr 2008: „In jeder Krise wird nach Schuldigen gesucht, nach Sündenböcken. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 hat es in Deutschland die Juden getroffen, heute sind es die Manager.“

Im Jahr 2009 sagte Bischof Walter Mixa: „Es hat diesen Holocaust sicher in diesem Umfang mit sechs Millionen Getöteten gegeben. Wir haben diese Zahl durch Abtreibungen aber bereits überschritten.“

Der vatikanische Kurienkardinal Renato Martino erklärte im Jahr 2010: „Schauen wir uns die Lebensbe-



Kardinal Renato Martino

dingungen im Gaza-Streifen einmal an: Das ähnelt immer mehr einem riesigen Konzentrationslager“

Im selben Jahr behauptete eine Büroangestellte, die Atmosphäre in ihrem Büro sei schlimmer als das Ver-



Leichenverbrennung durch das Sonderkommando KZ Auschwitz-Birkenau, fotografiert von Alberto Errera, August 1944

nichtungslager Auschwitz: „Kein Jude in diesem Land musste jemals solche seelischen Qualen erleiden wie ich.“

Auf einer Internetseite der Partei „Die Linke NRW“ wurde im Jahr 2012 kurzzeitig behauptet: „Hartz IV ist die Fortsetzung der Menschenvernichtung des III. Reiches.“

Auf einer Demonstration im selben Jahr für ein Nachtflugverbot, wurde ein Plakat hochgehalten, auf dem folgendes zu lesen war: „Wir Blankenfelder leben wie im KZ. Werden von zwei Seiten vergast + verlärt, dank Platzek & Co.“

Als im Jahr 2014 eine Giraffe im Zoo von Kopenhagen getötet wurde, erklärte die Schriftstellerin Joyce Carol Oates: „Ich kann immer noch nicht begreifen, warum der dänische Zoo die schöne junge gesunde Giraffe getötet hat. Ja, sie hatten „Gründe“, so wie die Nazi-Ärzte.“

Im selben Jahr erklärten vierunddreißig Hollywoodgrößen, darunter der Regisseur Oliver Stone und der Schauspieler Dustin Hoffman: „In den 30er Jahren waren es die Juden. Heute sind es die Scientologen.“

Ebenfalls im Jahr 2014 stellte die Tierschutzorganisation PETA fest:

„Es war falsch, Juden zu töten. Genauso FALSCH ist es, dass jedes Jahr (allein in Deutschland) über 1.000.000.000 Tiere für die Fleischindustrie getötet werden.“

tragen. Heute sollen Menschen einen Immunitätsausweis tragen.“

Im selben Jahr erklärte die Psychiaterin Brandy X. Lee es gäbe sogar noch was schlimmeres als Hitler:

„Eine Büroangestellte beschrieb, die Atmosphäre in ihrem Büro sei schlimmer als das Vernichtungslager Auschwitz: „Kein Jude in diesem Land musste jemals solche seelischen Qualen erleiden wie ich.“

Im Jahr 2019 behauptete die amerikanische Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez: „Die Vereinigten Staaten betreiben Konzentrationslager an unserer südlichen Grenze, und genau das sind sie – sie sind Konzentrationslager.“

Im selben Jahr sagte die amerikanische Sängerin Linda Ronstadt: „Ich war mir an dem Tag, da Trump es ankündigte, sicher, dass er gewählt werden würde, und ich sagte, es wird so werden wie bei Hitler und die Mexikaner sind die neuen Juden.“

Ebenfalls im Jahr 2019 führte Lukas Fierz zum Thema Klimawandel folgendes aus: „Was vor uns liegt ist der Holocaust 2, diesmal mit grauenhaften Folgen nicht nur für Mensch und Menschlichkeit, sondern für die

„Donald Trump ist kein Adolf Hitler. Hitler verbesserte wenigstens das tägliche Leben seiner Anhänger, hatte Disziplin und verlangte mehr von sich selbst, um den Respekt seiner Anhänger zu gewinnen. Selbst bei der gleichen Pathologie gibt es unterschiedliche Kompetenzgrade.“

Im Jahr 2021 kritisierte der Facharzt Sucharit Bhakdi die Impfstrategie des Staates Israels mit diesen Worten: „Das Volk, das geflüchtet ist aus diesem Land, aus diesem Land, wo das Erzböse war und haben ihr Land gefunden, haben ihr eigenes Land verwandelt in etwas, was noch schlimmer ist als Deutschland war, so unfassbar.“

Was kann man dazu noch sagen? Vielleicht das hier: Schlechte Vergleiche sind schlimmer als der Holocaust!

Gaza muss entwaffnet werden

Israels freiwilliger Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 löste enthusiastische Zukunftsprognosen für das Gebiet aus, doch als die islamische Terrororganisation Hamas im Sommer 2007 die Kontrolle über Gaza übernahm, wurde aus dem Traum vom „Singapur des Nahen Ostens“ eine somalisch-iranische Mutation. Kaum vom Westen beachtet und sogar finanziert, erzielten im Laufe der letzten Jahre, die gegen Israel abgefeuerten Raketen aus Gaza, immer mehr Zerstörungskraft und Reichweite. Der Westen hält sich mit Sanktionen zurück, obwohl bereits das Osloer-Abkommen von 1993 die Entwaffnung der Hamas vorsieht. (JR)

Von Zvi Hauser/
Redaktion Audiatur

Nichts dergleichen geschah. Als die Hamas, eine islamistische Terrororganisation, im Sommer 2007 die Kontrolle über den Gazastreifen übernahm, wurde aus dem Traum von Singapur eine somalisch-iranische Mutation. Im Jahr 2009 begann die Hamas mit der Umsetzung der Strategie ihres libanesischen Pendant, der Hisbollah, und machte massive Raketenangriffe auf Israels Bevölkerungszentren zum Eckpfeiler ihres Versuchs, den jüdischen Staat zu vernichten.

Die israelische Führung hat ihrerseits die zahllosen Raketenangriffe abgefangen und ihre verheerenden Auswirkungen durch eine Reihe von Verteidigungsmaßnahmen eingedämmt, insbesondere durch die Entwicklung des Raketenabwehrsystems Iron Dome. Mit anderen Worten: Die Israelis versuchten nicht, die Bedrohung zu neutralisieren, geschweige denn zu beseitigen (ganz im Gegensatz zu den Warnungen vor dem Rückzug, dass alle künftigen Terroranschläge mit unnachgiebigen Vergeltungsmaßnahmen beantwortet werden würden). Die politisch-militärische Medienelite schien die Tausenden von Raketen, die auf Israel niederprasselten, als ein vorherbestimmtes Unglück zu betrachten, das nicht ausgemerzt, sondern nur abgemildert und abgewehrt werden konnte.

Infolgedessen endeten die vier Kriege Israels gegen die Hamas (2008-09, 2012, 2014, 2021) allesamt ergebnislos, wobei die Hamas ihre Verluste nach Beendigung der Feindseligkeiten schnell wieder aufstockte. Seit dem Krieg vom Mai 2021 („Operation Wächter der Mauern“) hat sich ein Status quo ergeben, bei dem Israel nicht nur die fortgesetzte Herrschaft der Hamas im Gazastreifen, ihren teilweisen Wiederaufbau und den Ausbau ihres Raketenarsenals duldet, sondern sogar ihre neue selbst-

ernannte Rolle als „Verteidiger Jerusalems“.

Die Umwandlung der Heimatfront (insbesondere rund um den Gazastreifen) in eine neue militärische Frontlinie hat die Souveränität Israels und die persönliche Sicherheit seiner Bürger untergraben. Sie hat auch Israels Status als Regionalmacht geschädigt und seine Abschreckungsposition untergraben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Hamas in dem Maße an Stärke gewann, wie Israel immer verzweifelter versuchte, eine langfristige Vereinbarung mit ihr zu treffen. Das erklärt, warum sich die Hamas auf virtuose, punktgenaue militärisch-taktische Angriffe einließ, anstatt eine umfassende Strategie zu verfolgen, die die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten würde.

In dem Maße, in dem die Reichweite von Raketen und Geschossen zunimmt und die Technologie zerstörerischer unbemannter Fluggeräte weithin zugänglich wird, wächst die Fähigkeit der Wenigen, die Vielen überall und jederzeit zu bedrohen. Die erstaunliche Zunahme von Umfang, Reichweite und Genauigkeit der Hamas-Raketen und -Flugkörper wird Israel schließlich keine andere Wahl lassen, als die Zerschlagung dieses tödlichen Arsenal zu seinem Ziel zu machen. Jerusalem hat dieses Ziel sogar am Ende des Krieges 2014 formuliert, um es dann 2021 völlig zu ignorieren. Israel muss nun zu diesem Ziel zurückkehren, zumal die Entwaffnung der Hamas bereits in den Osloer Abkommen von 1993 vorgesehen war. Die Terrororganisation muss vor die Wahl gestellt werden, entweder ihr Regime oder ihre Raketen zu behalten.

Einige bezweifeln die Möglichkeit, die Hamas zu entwaffnen, weil sie dies entweder für nicht machbar halten oder weil es für Israel einen nicht hinnehmbaren Preis bedeuten würde. Dies erinnert an die Debatte in der israelischen Führung



Der Iron Dome ist ein Schutzschild gegen das Raketen- und Flugkörperarsenal der Hamas

am Vorabend der Operation „Schutzschild“ im April 2002, als weit verbreitete Skepsis herrschte, ob Israel in der Lage sei, die Kontrolle über große Teile des Westjordanlandes wiederzuerlangen, um die terroristische Infrastruktur der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde zu zerstören. Mit der Operation Schutzschild wurde dieses Ziel jedoch mit weitaus weniger menschlichen Verlusten erreicht als ursprünglich befürchtet. Und das, obwohl diese Operation zu spät und erst dann durchgeführt wurde, als eine rasch ansteigende Zahl von Todesopfern die Frage erzwang und die geistige Blockade durchbrach, die die politische, militärische und mediale Führung gelähmt hatte.

In ähnlicher Weise wird der Schlamm in Gaza nicht durch weitere ergebnislose Kampfzügen gelöst werden. Um eine neue Realität zu schaffen, muss Israel eine neue Politik verfolgen, die den Wiederaufbau des Gazastreifens von der Beseitigung des Raketen- und Flugkörperarsenals der Hamas abhängig macht. Die gefährliche Bedrohung der israelischen Zivilbevölkerung durch Raketen und Geschosse verstößt gegen

den Kern des Völkerrechts und muss beendet werden.

Israel erwies sich schon oft als Kanarienvogel in der Mine, und seine gegenwärtigen Probleme können so zu den Problemen anderer werden. Europa zum Beispiel könnte bald einer ähnlichen Bedrohung durch Raketen- und andere Angriffe aus unregierbaren Regionen in Nordafrika ausgesetzt sein.

Die Entmilitarisierung sollte das vorrangige Ziel der israelischen Militärstrategie gegenüber dem Gazastreifen sein. Die mächtigste Armee im Nahen Osten muss unverzüglich die Bedrohung durch eine weitaus schwächere Terrororganisation beseitigen und nach fünfzehn Jahren ergebnisloser Kämpfe einen entscheidenden Sieg erringen.

Zvi Hauser war stellvertretender Sprecher der Knesset und Co-Vorsitzender des Israel Victory Caucus in den Jahren 2021-22. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Middle East Forum. Übersetzung Audiatur-Online. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Saudische Medien entlarven die Apartheid-Lüge der „Palästinenser“

Ein saudisches Magazin beschreibt die erfolgreichen Karrieren israelischer Araber, Muslime als auch Christen, die sich aus Loyalität für den Eintritt in die IDF und die Verteidigung Israels entschieden haben. (JR)

Von Israel Heute

Wer könnte die von den „Palästinensern“ und ihren Apologeten verbreitete Lüge, Israel betreibe „Apartheid“ gegen Araber, besser entlarven als die arabischen Mainstream-Medien im Nahen Osten?

Genau das geschah diese Woche, als ein saudisches Monatsmagazin einen Artikel veröffentlichte, der über den Erfolg israelischer Araber in der israelischen Armee (Israel Defense Forces, IDF) berichtete.

Wäre Israel wirklich ein „Apartheid“-Staat, dann wären Araber in der israelischen Armee natürlich nicht erlaubt, geschweige denn würden sie aktiv rekrutiert.

Doch wie die Autorin des Artikels,

die kurdisch-schwedische Journalistin und Forscherin Suzan Quitaz, feststellte, werden israelische Araber aktiv und erfolgreich rekrutiert, obwohl die israelischen Gesetze den Militärdienst nur für jüdische Bürger vorschreiben.

In dem in der saudischen Monatszeitschrift Al-Majallah veröffentlichten Artikel wird festgestellt, dass sich in den letzten Jahren immer mehr arabische Muslime und Christen an der Seite ihrer jüdischen Landsleute zur Verteidigung des jüdischen Staates verpflichten.

Als Beispiel für dieses Phänomen schreibt Quitaz über Ella Waweya, eine mehrfach ausgezeichnete und hochrangige arabische Offizierin der israelischen Armee.



Immer mehr Christen und Muslime melden sich zum Militärdienst in Israel an

„Ellas Geschichte ist außergewöhnlich: Sie wurde 1989 in der israelisch-

arabischen Stadt Qalansawe geboren, nur wenige Kilometer von der Stadt Netanya entfernt“, heißt es in dem Artikel.

„Sie trat 2013 in die IDF ein, schloss ihre Ausbildung als vorbildliche Soldatin ab und nahm an vielen Operationen teil. Im Jahr 2015 wurde sie mit der Präsidenten-Medaille für herausragende Leistungen ausgezeichnet“, heißt es in dem Bericht weiter. „Im September 2021 wurde Ella in den Rang eines Majors der israelischen Verteidigungskräfte befördert und war damit die erste arabische Muslimin, die diesen Rang erlangte.“

Der Originalartikel wurde vom Middle East Media Research Institute (MEMRI) übersetzt.

Die Apartheidslüge: Yoseph Haddad – ein arabischer Kämpfer für Israel

Yoseph Haddad ist israelischer Araber, der sich freiwillig den Streitkräften anschloss und schließlich Offizier und Kommandeur bei den Golanis, einer der angesehensten und schlagkräftigsten Kampfeinheiten der gesamten Truppe, wurde. Als Araber war er Vorgesetzter und Kommandeur jüdischer Soldaten. Seine Armeelaufbahn zeigt, dass die von links und grün betriebene Diffamierung Israels als Apartheids-Staat durchweg üble Propaganda ist. 2006 wurde Haddad im Libanon-Krieg von einer Rakete der Hisbollah schwer verletzt. Heute setzt er sich für die Verständigung zwischen den verschiedenen Volksgruppen in Israel ein. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

JERUSALEM – Yoseph Haddad wurde 1985 in Haifa geboren, der wichtigsten israelischen Stadt mit einer gemischt jüdisch-arabischen Bevölkerung. Aufgewachsen ist er in Nazareth, der größten arabischen Stadt des Landes. Die beiden Städte haben ihn geprägt. Als Jugendlicher ist er oft mit dem Bus zurück nach Haifa gefahren, um dort mit Kumpels Fußball zu spielen, in einer Mannschaft aus Juden, Christen, Muslimen und Drusen. „Wir haben uns alle gleich gefühlt, gleichberechtigt, auf einer Ebene“, berichtet er, „wir waren einfach alle Israelis.“ Die jungen Kicker besuchten sich gegenseitig, lernten ihre Familien kennen, staunten über die unterschiedlichen Religionen und Traditionen. „Ich habe meine Jugend in einer gemischten Kultur verbracht“, fasst er diese Jahre zusammen. So sei in ihm die Vorstellung gereift, wie die israelische Gesellschaft aussehen könnte und sollte.

Freiwillig zum Militär

Yoseph Haddad entschloss sich, zum Militär zu gehen. Für einen Araber eher ungewöhnlich, für ihn eine Selbstverständlichkeit: „Das ist die israelische Verteidigungsarmee, nicht die jüdische“, stellt er klar. Eine Wehrpflicht gibt es dennoch nur für Juden und drusische Männer. Christen und Muslime sind nicht verpflichtet, die Uniform zu tragen. Für Yoseph war es klar, dass er sich als Freiwilliger den Streitkräften anschließen würde: „Die Armee beschützt alle Einwohner Israels.“ Wenn Terror-Organisationen wie die Hamas oder die Hisbollah Israel attackierten, griffen sie alle an.

Sechs Wochen vor Beginn seines Wehrdienstes im Jahr 2003 betrat eine „palästinensische“ Selbstmordattentäterin das Restaurant „Maxim“ in Haifa, das gemeinsam von christlichen Arabern und Juden betrieben wurde – ein Symbol der Co-Existenz. Die Terroristin sprengte

sich und das Restaurant in die Luft. 21 Israelis kamen ums Leben, 51 wurden verletzt, Araber und Juden. „Terrorismus unterscheidet nicht nach dem Glauben. Wenn Du Israeli bist, bist Du ein Ziel für Terroristen“, unterstreicht Haddad. Vor diesem Hintergrund trat er seinen Militärdienst an.

Der engagierte junge Araber machte rasch Karriere bei den Streitkräften – er wurde Offizier und Kommandeur bei den Golanis, einer der angesehensten und schlagkräftigsten Kampfeinheiten der gesamten Truppe. Als Araber war er der Vorgesetzte und Kommandeur jüdischer Soldaten: „Das erscheint Außenstehenden unglaublich.“ Seine Armeelaufbahn zeige, so Yoseph Haddad, dass das Gerede über Israel als Apartheids-Staat einfach nur unsinnig sei.

Von der Hisbollah schwer verwundet

Zwei Monate vor Ende seines Wehrdienstes wurde seine Einheit in den Zweiten Libanonkrieg geschickt. Er verlor sieben Kameraden und drei seiner Kommandeure. Vier Tage, bevor im August 2006 ein Waffenstillstand in Kraft trat, entdeckte die Hisbollah seine Einheit. Sie feuerten mit einer Rakete auf ihn, die ihn aber knapp verfehlte. Sie explodierte wenige Meter von ihm entfernt, Yoseph wurde schwer verletzt. Sein rechter Fuß wurde fast abgetrennt, sein linker Fuß hatte eine riesige Wunde. Splitter sorgten für Verletzungen am ganzen Körper. Er wurde medizinisch erstversorgt und schnell in ein israelisches Krankenhaus gebracht. „Die besten Ärzte behandelten mich, jüdische und arabische Ärzte“, berichtet er. Seine physische und psychische Rehabilitation dauerte ein ganzes Jahr. Heute sind ihm die Wunden von damals nicht mehr anzusehen.

Yoseph Haddad studierte Politikwissenschaften und wurde Geschäftsführer eines Marketing-Forschungsunternehmens in Tel Aviv. Vor vier Jahren gab er



Yoseph Haddad ist einer der bekanntesten arabischen Unterstützer des Staates Israel. Er sagt, was er denkt, und lässt sich selbst von Morddrohungen nicht einschüchtern.

den gut bezahlten Job auf, „weil ich etwas für meine Gesellschaft und für mein Land tun wollte.“ Er habe es nicht mehr ertragen zu sehen, wie Israel in den Medien und in sozialen Netzwerken schlecht gemacht und wie über diesen Staat gelogen werde. Er gründete die Organisation „Gemeinsam füreinander einstehen“, die Brücken zwischen den einzelnen Volksgruppen baut. Sein Ziel: Die arabische Minderheit näher an die israelische Gesellschaft zu bringen. Yoseph Haddad

spricht heute bei Konferenzen im In- und Ausland und ist häufiger Gast im israelischen Fernsehen, wo er in hebräischen, arabischen und englischen Sendungen zu Gast ist. Weil er arabische Politiker offen kritisiert, wird er immer wieder persönlich beleidigt und bedroht. Über sein Privatleben schweigt er. Die israelische Presse hat vor einigen Monaten berichtet, dass er und die aus Los Angeles stammende israelische Influencerin Emily Schrader (30) ein Paar sind.

Interview mit dem pro-israelischen arabischen Aktivist Yoseph Haddad: „Die Scheinheiligkeit gegenüber Israel ist kaum zu ertragen“

Yoseph Haddad nimmt kein Blatt vor den Mund. Er ist Araber und scheut sich nicht, arabische Politiker öffentlich ebenso scharf zu kritisieren wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union. Er bemängelt, dass Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft in Ämtern und Behörden unterrepräsentiert sind. Für seine provokanten Aussagen erhält er Drohungen von Extremisten beider Seiten. Jürgen Th. Müller hat Yoseph Haddad für die Jüdische Rundschau (JR) in Jerusalem interviewt. Das Gespräch wurde in englischer Sprache geführt und vom Autor übersetzt.

JR: Sie haben die Israel-Boycottbewegung BDS scharf kritisiert. Warum?

Die setzen sich doch für ihre arabischen Landsleute ein.

Haddad: Das ist kompletter Blödsinn. Die BDS-Bewegung schadet den Palästinensern mehr als dass sie ihnen nutzt oder ihnen hilft. Was ist denn der Beweggrund von BDS? Sie wollen Israel boykottieren, um Lösungen für die Palästinenser zu erreichen. Aber ihnen ist nicht klar, dass sie dadurch den Palästinensern mehr Schaden zufügen als den Israelis. Schauen Sie sich doch einmal die „Schwarze Liste“ der Vereinten Nationen an. Da sind rund 100 Firmen in Israel und dem Westjordanland aufgeführt, mit denen man keine Geschäfte machen soll. Wenn man nachschaut, welchen Anteil die Palästinenser an den

Beschäftigten in diesen Firmen haben, dann stellt sich heraus, dass mehr als 85 Prozent der Arbeitnehmer Palästinenser aus dem Westjordanland sind. Diese Unternehmen zu boykottieren bedeutet, Palästinenser zu boykottieren und es ihnen somit unmöglich zu machen, ihre Familien zu versorgen.

Als dieser Bericht erschien, ging ich zur Barkan-Fabrik im Westjordanland. Ich habe dort Palästinenser gefragt, was sie davon halten. Sie konnten anonym bleiben. Alle sagten: Die Leute bei den Vereinten Nationen und diejenigen, die diesen Bericht geschrieben und veröffentlicht haben, die haben keine Ahnung, wie viel Schaden sie damit bei uns anrichten. Einige brachen vor mir in

Tränen aus. Das ist der erste Teil meiner Antwort. Der zweite Teil: BDS möchte die gegenwärtige Situation gar nicht auflösen. Überlegen Sie mal: Was würde passieren, wenn dieser Konflikt beendet würde? Dann würde man ja BDS nicht mehr brauchen. Aber wenn BDS überflüssig wird, was passiert dann mit all den Beschäftigten? Mit den Leitern, mit dem Management, die jährlich Hunderttausende Dollar verdienen? Die haben ein unglaubliches Leben mit dem Budget, das sie erhalten. Plötzlich gäbe es keine Notwendigkeit mehr für diese Summen. Das ist der Grund, warum BDS niemals etwas tun wird, um den Konflikt zu beenden. Sie möchten den Konflikt und damit ihr Budget am Leben erhalten, und

sie sind bereit, dafür zu lügen. Und das ist genau das, was sie tun. Deshalb entlarven wir sie immer wieder.

JR: Gibt es aus demselben Grund heute noch sogenannte Flüchtlingslager?

Haddad: Schauen Sie mal, was gerade in der Welt passiert. Wenn es da einen Flüchtling gibt, ist es die erste Mission der UN, ihn da unterzubringen, wo er sich gerade aufhält. Es geht darum, dass er sich wohl fühlt, eine Arbeit findet und ein Teil des jeweiligen Landes wird. Es gibt nur einen einzigen Teil der Vereinten Nationen, der nicht so handelt. Das ist UNRWA, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge. Die erhalten gewaltige finanzielle Mittel, um ihre Agenda umzusetzen. Die besteht darin, mehr und mehr Flüchtlinge zu produzieren. Diese palästinensischen Flüchtlinge sind die einzigen auf der Welt, die ihren Status vererben. Das bedeutet, wenn jemand der Sohn eines Sohnes eines Geflüchteten ist, gilt er immer noch als Flüchtling. Und ich frage Sie: Wenn Sie das Wort „Flüchtling“ hören, denken Sie dann auch an Milliardäre, die halb Israel kaufen könnten? Das ist doch völliger Unsinn! Ich will das nicht akzeptieren. Die Heuchelei der Welt, wenn es um diese Frage geht, ist unglaublich. Aber das ist der Weg, um den Konflikt aufrecht zu erhalten. Das ist das, was sie wollen und was sie tun! Es ist sehr wichtig, das aufzudecken, und deshalb bin ich sehr dankbar für diese Frage. Ich hoffe, dass die Menschen es eines Tages verstehen werden: BDS, UNRWA und andere anti-israelische Organisation auf dieser Welt haben kein Interesse daran, den Konflikt zu beenden. Hören Sie doch, welche Slogans die rufen: „From the river to the sea, Palestine will be free“ („Vom Fluss – gemeint ist der Jordan – bis zum Meer wird Palästina frei sein“, Anmerkung der Redaktion). Das heißt, es gibt keinen Platz für Israel, um weiter zu existieren.

JR: Solche Parolen lernen die „palästinensischen“ Kinder doch schon in der Schule. Haben Sie das vor Antisemitismus strotzende arabische Unterrichtsmaterial auch auf dem Schirm?

Haddad: Die Vereinten Nationen und die Europäische Union bezahlen diese Schulbücher! Es gibt darüber mehrere



Israelische Soldaten kehren 2006 aus dem Libanon zurück. Yoseph Haddad wurde als Offizier im Kampf gegen die Hisbollah schwer verletzt.

ser kleine Staat, wird öfter verurteilt als der gesamte Rest der Welt zusammen! Jede verantwortungsbewusste Person würde doch sagen: Komm schon, es ist doch offensichtlich, dass die Vereinten Nationen voreingenommen sind. Das ist der Grund, warum ich jede Gelegenheit wahrnehme, um darüber zu sprechen, sei es in New York bei der UN oder in Genf. Ich sehe jedem bei den Vereinten Nationen in die Augen und sage sehr klar, was ich über sie denke: Sie sind scheinheilig und voreingenommen. Manchmal lügen sie, und diese Lügen haben Konsequenzen für uns, die Juden und Araber hier in Israel. Ihnen ist nicht bewusst, welchen Schaden sie damit anrichten.

JR: Sie beklagen den einseitig negativen Blick auf Israel und die mangelnde Bereitschaft, den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt zu lösen. Aber wie könnte eine solche Lösung aussehen? Hört man die Politiker weltweit, von US-Präsident Joe Biden bis zum deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz,

seinem Nachbarn Israel zusammenlebt. Wie stehen Sie dazu?

Haddad: Die Lösung dieses Konflikts wird nicht von den Vereinten Nationen kommen, auch nicht von der Europäischen Union, von den USA oder aus Qatar. Die Lösung wird von den arabischen Israelis kommen! Von den arabischen Israelis, die hier im Land leben. Zwei Millionen arabische Bürger, die sind die Lösung - wenn wir in der israelischen Gesellschaft vollständig integriert sind. Heute gibt es in den israelischen Ämtern weniger als ein Prozent Araber. Es sollten mindestens 20 Prozent sein. Wir stellen ja 20 Prozent der Bevölkerung. Ich möchte, dass in jeder einzelnen Behörde die israelischen Araber mit 20 Prozent vertreten sind. Sie dienen der arabischen Gesellschaft im Land und dem Staat Israel. Übrigens, in einigen Bereichen haben wir bereits unglaublich viel erreicht. Ich sage ihnen ein Beispiel: Wir stellen ein Fünftel der Bevölkerung, aber 30 Prozent der Ärzte. 50 Prozent der Apotheker im Land

Gesellschaft. Wir könnten die Schlüsselrolle spielen in den Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern.

Ja, die Lösung ist eine Zwei-Staaten-Lösung. Aber um diese zu erreichen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Die erste: Die Hamas muss verschwinden! Sie ist eine Terrorgruppe, die ganze Hamas. Die zweite: Die Palästinensische Autonomiebehörde muss damit aufhören, Terror zu unterstützen. Es gibt eine aktuelle Untersuchung, die zeigt, wie viel Geld die Autonomiebehörde an die Familien von Terroristen bezahlt, die Israelis umbringen. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Wenn ein Terrorist zu zehn bis zwanzig Jahren Haft in einem israelischen Gefängnis verurteilt wird, weil er einen Anschlag begangen hat, bezahlt die Autonomiebehörde seiner Familie jeden Monat 10.000 Shekel. Muss er 20 Jahre oder länger einsitzen, wird dieser Betrag noch höher. So unterstützt man Terrorismus! Die Botschaft an die Palästinenser lautet: Wenn Du einen Anschlag verübst, wirst Du dafür bezahlt. Die dritte Voraussetzung: Israel muss als demokratischer jüdischer Staat anerkannt werden. Im Bildungsbereich müssen diese ganzen hasserfüllten Bücher entfernt werden. Die Kinder müssen zu Toleranz, Liebe und Frieden erzogen werden. Wir müssen über Jerusalem reden. Jerusalem ist für Israel keine Verhandlungsmasse! Wir müssen realistisch sein, und das müssen wir auch den Palästinensern sagen. Wenn all das verwirklicht ist, können wir über zwei Staaten sprechen.

JR: Es gibt israelische Politiker, die eine Ein-Staaten-Lösung bevorzugen.

Haddad: Und was dann? Lassen Sie uns mal annehmen, wir entscheiden uns für einen gemeinsamen Staat. Dann gibt es zwei Optionen: Entweder wir werden tatsächlich ein Apartheids-Staat, und die ganzen Anti-Israel-Organisationen haben einen Grund zum Feiern. Oder man gibt den Palästinensern im Westjordanland und in Gaza das volle Wahlrecht. Wenn man das tut, ist das das Ende für den jüdischen und demokratischen Staat Israel. Sobald diese Araber hier die Kontrolle übernehmen, gibt es keine Demokratie mehr. Das möchte ich nicht erleben.

JR: Vielen Dank für Ihre klaren Worte!



Der damalige israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu bei einer Rede vor den UN-Vollversammlung. Seit Jahrzehnten wehrt sich Israel vergeblich gegen die ständigen Verurteilungen im Namen der Weltgemeinschaft.

Studien. Die Scheinheiligkeit der Vereinten Nationen setzt sich fort, das sehen wir nicht nur in diesem Bereich. Israel, die-

gibt es nur einen Weg zum Frieden: die Zwei-Staaten-Lösung. Ein unabhängiger Staat Palästina, der friedlich mit

sind Araber. Das ist großartig! Aber ich möchte mehr. Es gibt sehr viele Erfolgsgeschichten in der arabisch-israelischen

Internationale Presse gibt Israel entgegen allen Fakten Schuld am Krieg gegen islamische Jihadisten

Die Berichterstattung der Mainstream-Medien über das jüngste Gefecht mit den „palästinensischen“ islamischen Dschihadisten (PIJ) in Gaza ist wieder eine Propaganda-Schlacht gegen den jüdischen Staat. Israel wird das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen und gleichzeitig wird der jüdische Staat dämonisiert. Es wird nur am Rande erwähnt oder ganz verschwiegen, dass es zumeist die eigenen Raketen der Terroristen sind, die es nicht selten nicht bis nach Israel schaffen, über Gaza niedergehen und dort Zivilisten treffen. Darüber hinaus ist es nachweislich gängige Praxis der Terroristen, die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen und ihren Tod absichtlich zu Propagandazwecken gegenüber der Weltöffentlichkeit in Kauf zu nehmen. (JR)

Von Rachel Avraham
und David Lazarus/Israel Heute

In einem BBC-Artikel mit dem Titel „Israel-Gaza: Zahl der Todesopfer steigt, Israel tötet zweiten hochrangigen Kämpfer“, es wird hervorgehoben: „Die Zahl der Todesopfer durch Luftangriffe in Gaza steigt weiter an. Sechs Kinder und mehrere PIJ-Kämpfer – darunter die Anführer Khaled Mansour und Tayseer Jabari – sind unter den 31 Palästinensern, die Berichten zufolge ums Leben gekommen sind.“ Als Nachtrag fügen sie hinzu: „Fast 600 palästinensische Raketen und Mörser wurden seit Freitag auf Israel abgefeuert, sagte ein israelischer Regierungsvertreter.“

Die jihadistischen Terroristen werden als „Anführer“ und „Kämpfer“ bezeichnet, und Israel trägt natürlich die Schuld an dem ganzen Blutvergießen: „Das Gesundheitsministerium in Gaza machte die „israelische Aggression“ für den Tod von Palästinensern und für die mehr als 200 Verwundeten verantwortlich.“ Was ein „Gesundheitsministerium“ über „israelische Aggression“ wissen könnte, ist mir schleierhaft, aber die BBC stellt diese Behauptung des Gesundheitsministeriums von Gaza, das von niemand anderem als der Hamas kontrolliert wird, nicht in Frage!

Natürlich stellen sie die israelischen Gegenbehauptungen in Frage: „Israel beschuldigte militante PIJ-Kämpfer, zumindest einige dieser Todesfälle versehentlich verursacht zu haben, und behauptete, die Gruppe habe eine Streurakete abgefeuert, die mehrere Kinder in Jabalia im Gaza-Streifen getötet habe. Die BBC war nicht in der Lage, diese Behauptung unabhängig zu bestätigen.“

Richtig, obwohl eine einfache YouTube-Suche ergeben hätte, dass Israel nicht behauptet, die Jihadisten hätten ihre eigenen Kinder getötet, veröffentlichte die IDF ein unbearbeitetes Video, das deutlich zeigt, wie eine PIJ-Rakete fehlgeleitet wurde, vom Kurs abkam und das Gebäude traf, wobei die arabischen Kinder, die sich darin befanden, getötet wurden.

Bewusste Fehlinformationen

Der Guardian berichtete in ähnlicher Weise über die Operation Morgendämmerung und meldete: „6 Kinder sind bei den Kämpfen getötet worden.“ Um sicherzustellen, dass die Leser wissen, welche „schrecklichen“ Dinge Israel tut, erklären sie: „Israel und Ägypten schlossen kurz darauf die Grenzen der Enklave, sodass die 2 Millionen Einwohner des Gebiets seit 15 Jahren mit Arbeitslosigkeit, einer bröckelnden medizinischen Infrastruktur und wenig Strom und sauberem Wasser zu kämpfen haben. Die Behörden sind nicht in der Lage, das einzige Kraftwerk mit Treibstoff zu versorgen, sodass der Betrieb mittags eingestellt wurde.“

Klar, Israel die Schuld für 15 Jahre „palästinensisches“ Leid unter der Führung der Hamas geben? Warum eigentlich



Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung!

nicht? Seit Jahrhunderten machen die Menschen die Juden für viele ihrer Probleme verantwortlich. Kommt schon Briten, ihr könnt es besser.

Al Jazeera, der große arabische Satellitennachrichtensender, der es liebt, die „palästinensische“ Seite zu unterstützen, egal was passiert, betitelte einen Artikel so: „Israels Angriff auf Gaza“, im Artikel heißt es u.a.: „Israel hat seit Freitag eine Welle von Luftangriffen auf den Gazastreifen gestartet, bei denen mindestens 31 Menschen, darunter sechs Kinder, getötet wurden. Bei den Angriffen wurden Wohnhäuser zerstört und zwei hochrangige Funktionäre der bewaffneten Gruppe getötet.“ Diese „hochrangigen bewaffneten Funktionäre“ sind übrigens keine anderen als einige der blutigsten modernen Terroristen der „Palästinenser“.

Al Jazeera erwähnt auch gerne, dass von den Hunderten von terroristischen Raketenangriffen auf israelische Großstädte 97 % von Israels Iron Dome abgefangen worden sind. In ihrer Welt bedeutet das: „Die armen Jihadisten können nicht einmal einen Israeli töten? Warum kümmert sich Israel so sehr um sie?“ Soll das heißen, dass Israel seine Wachsamkeit aufgeben, Verluste hinnehmen und erst dann die Terroristen töten soll? Al Jazeera, wir haben Neuigkeiten für Euch, das wird nicht passieren.

Eine schamlose Propaganda-Schlacht

Die Hurriyet Daily News, eine der wichtigsten Zeitungen in der Türkei, folgte diesem Beispiel: „Israel hat den dritten Tag lang den Gazastreifen bombardiert und dabei 31 Menschen getötet. Die Gesundheitsbehörden in Gaza gaben an, dass seit Beginn der israelischen Aggression

am Freitag sechs Kinder unter den Toten waren und 253 Menschen verletzt wurden.“

Ich weiß, es ist ermüdend, aber wir müssen die Zeiten verstehen, in denen wir leben. Und dann ist da noch dies:

Die türkische Zeitung fügte hinzu: „Am Sonntag begehen Juden den Gedenktag Tisha Be'av mit einem Besuch der Al-Aqsa-Moschee, im Judentum als Tempelberg bekannt, im von Israel annektierten Ostjerusalem. Die Spannungen dort haben in der Vergangenheit bereits zu größeren Gewaltausbrüchen geführt, und der in Doha ansässige Hamas-Chef Ismail Haniyeh [ups, man hat vergessen zu erwähnen, dass er auch der Anführer der Hamas ist] hat davor gewarnt, den Juden zu erlauben, das Gelände am Sonntag zu stürmen“, da dies zu einer unkontrollierbaren „Sicherheitskrise“ führen könnte.

Um das klarzustellen: Die Juden betrauern die Zerstörung des Tempels durch Fasten und Beten. Die einzigen, die „stürmen“ und zu „unkontrollierbarer“ Gewalt führen, sind die „Palästinenser“, die randalieren und Molotowcocktails und Steine auf die jüdischen Gläubigen werfen. Möchten Sie die wahre Geschichte über die Besteigung des Tempelbergs durch Juden erfahren? Siehe: Wenn Juden den Berg des Herrn besteigen, fliegen Allahs Raketen.

CNN war etwas ausgewogener und machte den Islamischen Jihad für den Angriff in Jabiliya verantwortlich, bei dem sieben Menschen, darunter vier Kinder, getötet wurden. Allerdings sahen sie sich gezwungen, die gleichen Fake News aus dem Gesundheitsministerium der Hamas zu „melden“: „Neunundzwanzig Menschen sind bei der Eskalation getötet worden, darunter mehrere Kinder, unter ihnen ein fünfjähriges Mädchen... das unter den Toten des ersten israelischen

Luftangriffs war... nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums.“

Ja, auch wir haben die Nase voll davon, und dies sind nur einige der Quellen, die wir recherchiert haben. Die arabischen und internationalen Medien geben Israel gerne die Schuld für jeden Versuch, die Terrorzellen, die den Gazastreifen kontrollieren, auszurotten. Sie ziehen es vor, sich auf das Leid der „palästinensischen Zivilisten“ zu konzentrieren, ohne zu erwähnen, dass sich diese islamischen Jihad-Gruppen hinter ihren eigenen Leuten in Wohngebieten, Schulen und Krankenhäusern verstecken. Sie werden auch nicht darüber berichten, dass viele der Jihad-Raketen, die auf Israel gerichtet sind, in ihrem eigenen Hinterhof landen und ihre eigenen Männer, Frauen und Kinder töten, selbst wenn es dafür eindeutige Beweise gibt.

Sie spielen einfach immer wieder die gleiche Leier, die ihre Leser hören wollen, und das ist vielleicht das größere Problem. Solange sich die Menschen damit zufriedengeben, ihre „Nachrichten“ zu schlucken und Platz zu schaffen, um islamische Dschihad-Terrorgruppen zu rechtfertigen, die versuchen, Israelis zu verletzen und zu töten, wer oder wo auch immer sie sind, werden die geldgeilen Medien sie weiterhin mit dem füttern, was sie hören wollen.

In der Zwischenzeit sollte man wissen, dass Israel weiterhin einen Jihadisten und Terroristenführer nach dem anderen in Gaza oder an jedem anderen Ort der Welt, an dem sie sich zu verstecken versuchen, zur Strecke bringen wird. Dafür sind wir, die in Israel leben, sowohl Juden als auch Araber, zusammen mit Juden auf der ganzen Welt und all denen, die an der Seite Israels stehen, für immer dankbar. Vorwärts IDF!

Vor 80 Jahren von den Nazis in Krakau ermordet: Mordechai Gebirtig, Vater des jiddischen Liedes und moralische Stütze des eigenen Volkes in Zeiten schrecklichster Not und Verfolgung

Gebirtigs bekanntestes Lied „S'brennt“ war während der NS-Zeit die inoffizielle Hymne jüdischer Widerstandskämpfer. Heute wird es in Israel zu jedem Holocaust-Gedenktage angestimmt. Unter diesem Titel erschien auch die erste deutschsprachige Biografie Mordechai Gebirtigs – eine Pionierarbeit und ein Buch gegen das Vergessen. (JR)

Von Matti Goldschmidt

Ab 30. Mai 1942 mussten sich die Ghetto-Bewohner des Krakauer Bezirks Podgórze, der zwischenzeitlich vollkommen eingemauert war, bei der JSS, der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, melden. Diejenigen, die noch bleiben konnten, erhielten einen Stempel in ihre Kennkarten. Gebirtig mit seine 65 Jahren war bereits zehn Jahre zu alt gewesen, um eine solche Bescheinigung, die letztlich ein verlängertes Leben bedeutete, zu erhalten. Er hielt sich noch ein paar Tage mit seiner Familie in seiner Wohnung versteckt, wohlwissend, dass die Lage hoffnungslos war und alle alsbald deportiert würden. Am 4. Juni war es soweit: Sie mussten ihre Häuser verlassen. Gebirtigs Notizen gelangten über die Tochter Leonora an Bekannte, die mit gefälschten Papieren jenseits der Ghetto-Mauern lebten. Eine Augenzeugin berichtete schließlich: „Aus jedem Haus rannten Leute, gehetzt von Gebrüll und von Schüssen, mit Gewehrkolben und Reitpeitschen geschlagen. Verschreckt pressten sie ihre elenden Bündel an sich, als ein dicker Offizier ihnen befahl, vor der Hauswand an der Ecke niederzuknien und sie mit einem Schuss tötete. Die Leiber fielen übereinander, es entstand ein wachsender Berg von Leichen“.

Wie rund 7.000 anderen Personen – und das in nur innerhalb einer Woche – blieb der Rest der Familie „verschollen“, entweder vor Ort ebenfalls erschossen oder in die Gaskammern von Belzec deportiert. Die positiven, ja eher hoffnungsvollen Gedanken, die Gebirtig noch zwei Jahre zuvor niederschrieb, hatten sich für ihn nicht rechtzeitig realisiert: „Auch wenn die Henker uns die Bärte abschneiden und aus den Wohnungen vertreiben, am Ende werden sie zur Hölle fahren“:

Juden! Seid doch fröhlich!

Nicht mehr lang, ich hoff,

es endet bald der Krieg...

Natürlich war dem „überflüssigen“ Nazisoldaten sicherlich nicht bewusst gewesen, dass er gerade „den Vater des jiddischen Volksliedes schlechthin“ erschossen hatte. Die „Entjudung von Krakau“ befand sich allerdings so oder so in ihrer Endphase.

Galizien als „österreichisches Sibirien“

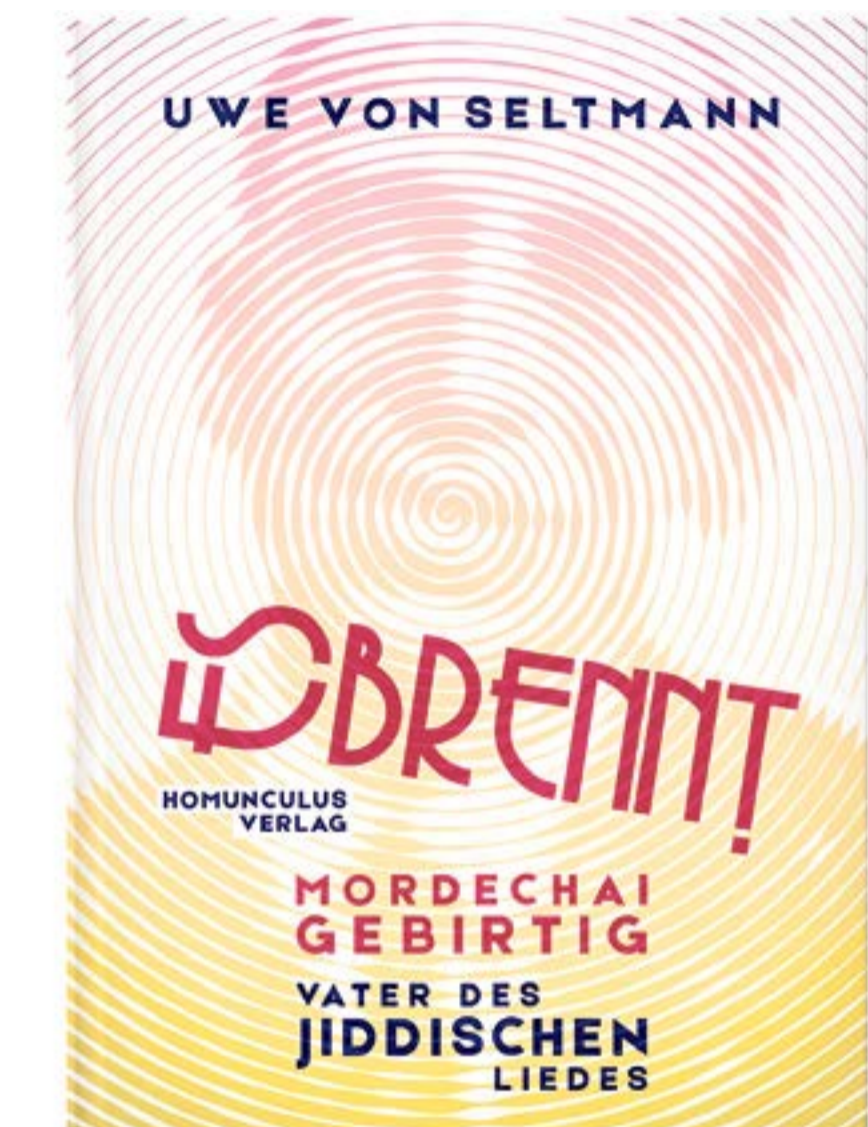
Mit der Annektierung Krakaus an Österreich infolge des Aufstandes von 1846 und die durch den Ausbau der Eisenbahn erfolgte Anbindung an Wien erlebte diese Stadt ab etwa einhundert Jahre zuvor einen sprunghaften wirtschaftlichen und demoskopischen Aufschwung. Bereits im Jahre 1910 zählte Krakau über 150.000 Einwohner, wovon gut über zwanzig Prozent jüdisch waren. Über die Situation der Juden in der Zeit bis zum 1. Weltkrieg schrieb der Dichter Melech (= König) Rawitsch (1893-1976, geboren als Sacharja-Chana Bergner): „Wir galizischen Juden liebten unseren Kaiser Franz Josph I. wirklich und wahrhaftig. Wir liebten ihn, weil wir vor ihm keine Angst hatten. Und noch mehr dafür, weil unser nächster Nachbar «Iwans Land» mit seinen ewigen Pogromen und Umstürzen war. Bei uns, in Österreich-Ungarn, gab es keine

Pogrome und Revolutionen, und vor dem bisserl Antisemitismus in Wiener Seidenschuhen fürchteten wir uns nicht allzu sehr“. Erst mit der wiedergewonnenen Unabhängigkeit Polens im November 1918, der Zweiten Republik, begann wie aus dem Nichts eine von polnischen Nationalisten initiierte Pogromwelle gegen die Juden. Nichtsdestoweniger galt Galizien in den rund siebzig Jahren unter Habsburg als das Armenhaus Österreich-Ungarns, als „österreichisches Sibirien“, mit geringer Lebenserwartung, einer hohen Anzahl an Analphabeten [die männlichen Juden waren davon ausgenommen] wie auch vor allem jüdische Emigrationen nach Wien, Berlin und die USA.

Jiddisch als Muttersprache

Mordechai „Mordche“ Gebirtig kam in den späten siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Kazimierz, dem jüdischen Viertel Krakaus, als Markus Bertig zur Welt; wie zu dieser Zeit gewöhnlich in einem streng-gläubigen Elternhaus. Widersprüchliche Dokumente lassen auf einen Zeitraum zwischen 1876 und 1878 schließen. Er arbeitete als Tischler, wurde Schauspieler, versuchte sich als Regisseur und schloss sich dem antizionistischen „Bund“ an, einer 1897 in Wilna gegründeten Vereinigung „Allgemeiner Jüdischer Arbeiter“ mit säkularer jüdischer Identität und Jiddisch als Nationalsprache; vor allem jedoch mit dem Anspruch, „hier“ zu sein und nicht „dort“ sein zu wollen, nämlich in „Eretz Israel“. Wie die meisten Juden Polens um 1900 war Jiddisch deren lingua franca. Bei der Volkszählung vom 9. Dezember 1931 gaben immerhin 41,3% der 56.515 Krakauer Juden Jiddisch als Muttersprache an. Dass 39,8% der Erfassten Hebräisch als ihre „Muttersprache“ bezeichneten, mag wohl eher ein Wunschgedanke gewesen zu sein: Wirklich Hebräisch sprachen ziemlich sicher, falls überhaupt, nur Vereinzelte – es wird wohl Jiddisch gewesen sein, das allerdings ebenfalls in hebräischen Schriftzeichen geschrieben wird.

Eine Erkrankung an angina pectoris bedeutete für Gebirtig, in relativ jungen Jahren seine Tischlerwerkstatt, Theater- und politische Aktivitäten aufzugeben. Richtig erholen sollte er sich von seiner Krankheit nicht mehr. 1914, bereits 37-jährig, blieb ihm als Herzkranker und Vater dreier kleiner Töchter deshalb der Einsatz für die Habsburger an der Front erspart – seinen vierjährigen Militärdienst absolvierte er in einem Krakauer Krankenhaus. Nach Ende des Krieges hatte er als Staatsbürger eines neuen Landes nun mehr Zeit, sich dem Verfassen von Liedern zu widmen. Seine Gedichte, zu denen er später auch in der Regel einfache Melodien komponierte, meist eine Mischung aus slawischen Volksweisen oder chassidischen Nigunim, wurden in der Zwischenkriegszeit der staatlichen Zensurbehörde Polens vorgelegt, bevor diese veröffentlicht werden durften. Die Verse, von sentimental-nostalgisch bis Protest und Revolte, mussten dafür erst vom Jiddischen ins Polnische übersetzt werden – Gebirtig war auch des Polnischen und



Deutschen mächtig, wobei ein gerichtlich zugelassener Dolmetscher dessen „Unbedenklichkeit“ bescheinigte.

Verzicht auf Tantiemen

Und so gab es in der Zwischenkriegszeit „kaum eine Kleinkunstbühne in Polen, die nicht Gebirtigs Duette aufführte, keinen Liederabend, auf dem nicht eines seiner Werke vorgetragen wurde“. Allzu häufig allerdings war der Verfasser dieser Gedichte schlichtweg unbekannt, so dass Gebirtig immer wieder auf Tantiemen verzichten musste – oder seine Autorenrechte gezielt verletzt wurden. Was für „den unbekanntesten Superstar“ Zeit seines Lebens bedeutete, in eher ärmlichen, ja eigentlich proletarischen Verhältnissen leben zu müssen. 1940 schrieb er, die Nazis hatten längst Polen besetzt:

Ein Jahr der Verfolgung.

Der Sorgen und Pein,

Was wird aus uns werden?

Was wird mit uns sein...

Es kommen Zweifel auf,

enthüllen das Geheimnis,

es gibt keine Gerechtigkeit,

es gibt keinen Gott!

Sein letztes Gedicht schrieb Gebirtig 1942 kurz vor seinem Tod.

Dies und viel, viel mehr ist minutiös von dem Publizisten Uwe von Seltsmann durch langjährige Recherchen in seinem 2018 erschienen Buch „Es brennt“ veröffentlicht. Dabei setzt er die Arbeit von Natan Gross (1919-2005) fort, der bereits über Jahrzehnte zu Gebirtig geforscht hatte. Mit etlichen Exkursen erfährt

der Leser nicht nur über dessen Leben, sondern über vielerlei Randthemen, die zum weiteren Verständnis über dessen Lebenslauf notwendig sind. Ein umfangreicher Anhang mit ausgewählter Literatur, einem Personenregister, einem kurzen Lebenslauf zu Gebirtig oder einer Aufstellung aller seiner Gedichte vervollständigen dieses umfangreiche Werk.

Dass einer der wichtigsten Dichter in jiddischer Sprache heute vielen unbekannt ist, liegt sicher daran, dass es den deutschen Nationalsozialisten gelang, praktisch eine ganze Kultur nahezu auszulöschen – es schlicht kaum mehr Menschen gab, die Gebirtigs Gedichte wiedergeben und somit auch verbreiten konnten. Mit seinen Volksliedern (aka „Folksongs“) mag Gebirtig durchaus vergleichbar sein mit Woody Guthrie (1912-1967), dem „jungen Bob Dylan“ oder Hannes Wader. In den letzten zwanzig Jahren nahm sich insbesondere der neuerdings in Hamburg lebende, aus Detroit stammende Klezmerrevolutionär Daniel Kahn seiner Lieder an. Es mag eher eine Ironie der Geschichte sein, denn Gebirtigs bekanntestes Lied „s'brennt“ hat auch über 80 Jahre später mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine an Aktualität nichts verloren.

Uwe von Seltsmann:

Es brennt. Mordechai Gebirtig,

Vater des jiddischen Liedes.

Erlangen 2018 (400 S., homunculus

verlag, € 38)

ISBN 978-3-946120-65-0

Der ewige Antisemitismus – Buchbesprechung der Essay-Sammlung „Gebannt in diesem magischen Judenkreis“

Der Judenhass verläuft typischerweise nach einem bekannten historischen Muster, genährt von Vorurteilen und antisemitischen Stereotypen. Der New Yorker Germanist und Historiker Sander L. Gilman geht der Frage nach der jüdischen Identität nach. (JR)

Von Theodor Joseph

In seiner anregenden Essaysammlung wirft der amerikanische Germanist, Historiker und Kulturwissenschaftler Sander L. Gilman aus persönlicher Sicht einen Blick auf Fragen jüdischer Identität und damit zugleich auf seine breit gefächerten Forschungsfelder. Beginnend mit dem identitätsstiftenden jüdischen Humor über das Verhältnis der Juden zum Alkohol bis hin zu aktuellen Behauptungen, orthodoxe Juden seien (mit)verantwortlich für den Ausbruch des Covid-19-Virus beleuchtet er das gesamte Arsenal antijüdischer Stereotypen.

Gilman ist ein scharfsinniger Beobachter deutscher Befindlichkeiten aus amerikanisch-jüdischer Perspektive, auf dessen widersprüchliche Reaktionen auf die Pandemie, die er im Lichte seiner eigenen Erfahrungen ins Auge nimmt. Dabei sieht er seine Rolle darin, zuzuschauen, zuzuhören, zu lesen und Kritik zu üben im Interesse derer, die zumindest versuchen wollen, eine intellektuelle Distanz, gleichwohl aber eine emotionale Nähe zur Welt zu wahren.

In der autobiographischen Einleitung seiner aktuellen Studie gibt Gilman sehr freimütig einiges über seine universitären Studienjahre sowie die Universitätslandschaft im Deutschland der 1960er Jahre preis als sich eine Renaissance deutsch-jüdischer Kultur bemerkbar machte, eine Zeit, in der „philosemitische“ Literatur über die jüdische Präsenz innerhalb der deutschen Kultur von der Sehnsucht nach einer verlorenen, will sagen: vernichteten Welt geprägt war. Damals nahm man die Juden romantisierend oder nostalgisch als eine „fremde“ Würze wahr, die das „deutsche“ Gericht schmackhaft machte.

Gilman verneint, dass es das „Jüdische an sich“ gebe und verweist dieses weitverbreitete Stereotyp in das Reich der Fantasie, das fröhliche Urständ feiert. Als Jude sieht auch er sich dabei „gebannt“ im Judenkreis, aus dem auszuscheiden unmöglich erscheint, so wie es Ludwig Börne in einem Brief aus Paris 1832 formuliert hat: „Die einen werfen mir vor, daß ich ein Jude sei; die Anderen verzeihen es mir; der Dritte lobt mich gar dafür; aber alle denken daran. Sie sind wie gebannt in diesem magischen Judenkreise, es kann keiner hinaus.“ Dieses Zitat stellt Gilman aus eigener Erfahrung seiner autobiographischen Einleitung voran. Er vermutet, dass die Aufmerksamkeit, die seine Untersuchungen über die Komplexität der Vorstellungen vom Jüdischsein damit zusammenhängt, dass er sich selbst als Jude identifiziert. Und damit, so vermutet er weiter, habe er „auch den weltweiten Zorn weißer Nationalisten und Antisemiten“ auf sich gezogen.

Positiv-konnotierter Rassismus

Ein Aufsatz aus seiner Essay-Sammlung sticht heraus, in dem Gilman in Bezug auf Thilo Sarrazin die Frage aufwirft und beantwortet, ob Juden genetisch „anders“ seien. In seinem kontrovers diskutierten Buch Deutschland schafft sich ab hatte Sarrazin 2010 die verwegene These vertreten, alle Juden teilten ein bestimmtes Gen, das sie von anderen

unterscheide, ein Gen, das eine „überdurchschnittliche Intelligenz“ der Juden erkläre. Juden hätten sich im Rahmen einer evolutionären Gruppenstrategie gezielt „hochgezüchtet“. Ein pseudo-genetischer Blödsinn, der neben vehementer Ablehnung sogleich auch Beifall von verschiedenen Seiten fand und von Gilman entlarvt wird: Das Klischee vom „intelligenten“ Juden wurzelt in der uralten Vorstellung eines rassistisch homogenen „jüdischen Typus“, der sich durch besondere Schlaueit und Raffinesse ausdrückt. Das ist, wenn man so will, positiv-konnotierter Rassismus, aber eben Rassismus, denn der „Vorteil“ für die Juden wurde oft als Nachteil für die Gesamtgesellschaft gedeutet. Hier stellt sich die Frage, ob es denn nach Auschwitz opportun erscheint, Juden noch immer als „Rasse“ zu definieren. Wenn ja, dann, wie der Fall Sarrazin zeigt, nur mit positiven Konnotationen. Sarrazins Argumentation, die Juden als „Erfolgsbeispiel“ zu instrumentalisieren, ist infam. Für ihn sind die „muslimischen Migranten“ zu dumm, um Bürger zu werden, den Nazis hingegen waren die Juden zu intelligent, um Bürger zu bleiben.

Der „jüdische Typus“ des 19. Jahrhunderts wurde durch den biologisch-rassistischen Antisemitismus als – angeblich unveränderliche! – negative Eigenschaft definiert – seine spezielle Intelligenz oder Raffinesse. Das greift Sarazin und mit ihm eine bestimmte Klientel auf, wenn er von der „durchschnittlich höheren Intelligenz“ von Juden spricht und sie als Ergebnis jüdischer Familien- und Heiratspolitik darstellt. Indes sind solche Äußerungen nichts als ein Aufguss älterer, längst diskreditierter Mythen einer biologisch homogenen jüdischen Identität, angeblich belegt durch den überdurchschnittlichen jüdischen IQ.

Fantasien über das Judentum

Zur Komplexität der gemeinschaftlichen Identifikation, die immer im Fluss ist, gehört nach Gilmans Auffassung auch die Verwendung des Etiketts „Jude“, entweder zur Verunglimpfung (bei allen Arten von Antisemiten, die Juden oder Nicht-Juden sein können) oder zur Wertschätzung (bei Philosemiten, die ebenfalls Juden oder Nicht-Juden sein können). Beide Kategorien sind integriert in die Psyche derjenigen, die solche Stereotypen benutzen, und haben starke Auswirkungen auf die Psyche derjenigen, deren Identität auf diese Weise definiert wird.

Für Gilman ist Börnes Schlüsselfrage, warum das Jüdische in der deutschsprachigen Welt der Prüfstein für moralische Beklemmung und Dissonanz sowie für das Konzept des moralischen Handelns geblieben ist, relevant. Eine Frage, die lange vor dem Holocaust virulent war. Gilman versucht in seinen Untersuchungen nicht, die Juden an sich zu „erforschen“, sondern sein Forschungsziel bezieht sich auf die Fantasien über sie. Seine Untersuchungen selbst bezeichnet er als „vorwiegend einzelgängerisch“.

In anderen Untersuchungen gibt Gilman immer wieder einen Über-



SANDER L. GILMAN
Gebannt in
diesem magischen
Judenkreis
Essays



Das elend sametig vñ trost-
loste volck der ıde hat nach
der gepurt crıft. 171. cc. 1717. ıst
zu Deckendoffen an der thonaw im
bayerland ınerfchındung vñnd
bedachung der göelichen mayestät
vñnd hochwırdıgkıt dıessıben ıst
fıst herıı ıhesu crıst vñnd vıstıst
hılıgıt crıstıchen gläubens .
das allerhılıgıt sacrament vıstfı-
tıgılıch gefıstet. damach ın emen
glıedıen ofen geıet. vñnd ın ıstfı
als er vıstfıst bıbe auff em an-
pays ıst hınerı gefıstet. ıst
aber anf göelıchen wıllen fıstıst
offındar wırdıe dıe wırdıe dıe ıst
den von Hartman von Degenberg
den pfıger vñnd den bırgern dıe
sıstfı angenommen vñnd auf erfırtıg
der wırtıst ıst gepıstıst pıst
des todes gefıstet. vñnd dıessıst hı
fıstı des sacraments dıessıst ıst

blick über die weitgefächerte Literatur, die sich seit dem 19. Jahrhundert permanent, den jeweiligen Zeitgeist aufgreifend, mit der angeblichen und scheinbaren geistigen Überlegenheit der Juden gegenüber den jeweiligen „Wirtsvölkern“ bzw. anderen Völkern und Minderheiten beschäftigt. Dies ist zugleich eine Literatur, die antisemitischen und rassistischen Geist atmet und bis in die Gegenwart immer neue Nahrung findet. Schlüsselbegriffe in diesem Zusammenhang sind Schlagworte wie: Schläue, Cleverness, Intelligenz, Intellektualität, Gewieftheit, Scharfsinn, Spitzfindigkeit, Verschlagenheit u.v.m., Stereotypen, für die Gilman die zutreffende Zuschreibung findet – ein dummes Vorurteil. Je nach ideologischem Standpunkt werden die erwähnten „jüdischen“ Eigenschaften romantisiert oder stigmatisiert, was letztlich auf ein und dasselbe herausläuft.

Tödliche Rassentheorien

Gilman beschreibt die Entstehungsgeschichte und die argumentativen Verästelungen dieser scheinbar positiven Diskriminierung, die ihren Ausgang in

den Debatten und Rasetheorien des 19. Jahrhunderts nahm. So aberwitzig es klingt: Vom Klischee der „schlaue Juden“ führt ein gerader Weg zu den Begründungen, die zum Judenmord geführt haben, auch wenn die Geschichte im Nachhinein gelehrt hat, dass die den Juden zugeschriebene Intelligenz Auschwitz auch nicht verhindern konnte. Der Mythos von der höheren jüdischen Intelligenz hat seinen Ursprung im Zeitalter des biologischen Rassismus und wurde Bestandteil bei der Erörterung von Juden als rassische Kategorie. Gilman fasst seine Analyse u.a. in die Formel, dass die Erfindung des „klugen Juden“ wenig oder gar nichts mit den tatsächlichen Leistungen oder moralischen Qualitäten einzelner wie auch immer definierter Juden in der heutigen Welt zu tun hat. Kein „Körnchen Wahrheit“ in Hinblick auf die Realität jüdischer Aktivitäten verbirgt sich im Kern dieses philosemitischen Mythos verallgemeinerter geistiger Überlegenheit „der“ Juden.

Gilman, Sander L.: Gebannt in diesem magischen Judenkreis. Essays. Wallstein Verlag, Göttingen 2022, 296 S., 20 Euro

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach aus-
wärts 1,— Mark. c) für das Ausland
1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die vierspaltige Petit-Zeile oder
deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung.

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3357.

Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vor-
mittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 36 || Berlin, 17. Ellul 5666 — 7. September 1906 || XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt
für das jüdische Volk die
Schaffung einer öffentlich-
rechtlich gesicherten Heim-
stätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Die Jahreskonferenz

Bilanzkonto des Zionistischen
Zentralbureaus in Köln

Briefe von einer Palästinafahrt (Forts.)
Konstantinopel
Die Emigranten
Syrien

Rundschau

Deutsche Bäder
Lippe in der Welt voran?
Eduard v. Hartmann über den Zionismus
Der Frankfurter Judenfriedhof
Verein Jüdischer Studenten
Die Blutlüge
Ersatzwahl
Not am Mann
Die Pogromwaisen
Sie schnorren mit Empfehlungen
Jüdische Vorträge
Aus Russland
Eine Postkarte
Fürsorge für Russische Flüchtlinge
Aus Palästina

Lustige Ecke

Golusblüte

Sprechsaal
Zionistin angekommen

Kleine Mitteilungen

Briefkasten

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Süddeutscher Zionistentag

Zur Besiedlung Palästinas
Von Ganeden

Sprechsaal

Konferenz der russischen Zionisten

Misrachi

Bitte an unsere Freunde

Nationalfond

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen .
Max Wolfsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14.

Der gemeinsame Feind: Wie die DDR in enger Komplizenschaft mit der westdeutschen Linken Israel bekämpfte

Die DDR war das einzige Mitglied des Warschauer Paktes, das nie diplomatische Beziehungen zum Staat Israel unterhielt. Sie war gleichwohl der erste Staat in Europa, der die Terrororganisation PLO formell anerkannte.

Zusammen mit der westdeutschen Linken ist man eine unheilige eliminatorische Allianz gegen Israel eingegangen. Dabei blieb die diffamierende Assoziation Israels mit Nazi-Deutschland ein ständig wiederholtes Muster des linken Antizionismus. (JR)

Von Theodor Joseph

Im Jahre 1978/79 lebte der amerikanische Historiker Jeffrey Herf in Frankfurt am Main, um für seine Dissertation zu recherchieren. Dort hörte er von Berichten über zwei Mitglieder der Frankfurter linken Szene, die an der Entführung einer Maschine der Air France mit 248 Passagieren an Bord auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris durch „palästinensische“ und deutsche Terroristen teilgenommen hatten.

Das Besondere an diesem Terrorakt im Juli 1976 auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda war, dass deutsche Linksterroristen mit vorgehaltenen Maschinenpistolen jüdische Passagiere von den anderen trennten. Die übrigen Geiseln wurden freigelassen. Als ein Holocaustüberlebender dem an der Aktion beteiligten Wilfried Böse dabei seine am Unterarm eintätowierte KZ-Häftlingsnummer zeigte, erwiderte dieser auf den darin implizierten Vorwurf, er sei kein Nazi, sondern Idealist, sein Ziel sei es, den unterdrückten „Palästinensern“ zu helfen.

Erstmals seit den Selektionen an der Rampe von Auschwitz hatten Deutsche Staatsbürger Juden nach den Kriterien der Nürnberger Rassegesetze wieder stigmatisiert. Seit dem Sechstage-Krieg im Juni 1967 hatte sich die radikale Linke gegen Israel gewandt, begonnen, mit „palästinensischen“ Organisationen zusammen zu arbeiten und sich militärisch ausbilden zu lassen. Herfs Urteil klingt absolut: In keinem anderen Land habe der „antisraelische Eifer“ eine so „erstaunliche Flucht vor der Last einer nationalen Vergangenheit“ mit sich gebracht wie in Deutschland. (Jeffrey Herf: Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989, Wallstein Verlag, Göttingen 2019).

Im Oktober 1977 entführte die „palästinensische“ PFLP das Lufthansa-Flugzeug „Landshut“ nach Mogadischu, um den Druck der RAF („Rote Armee Fraktion“), die den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer entführt hatte und inhaftierte RAF-Terroristen freipressen wollte, auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Angriffe auf jüdische Einrichtungen

Im Jahre 1978 nahmen terroristische Anschläge in Deutschland immer dramatischere Ausmaße an. „Legitime“ Angriffsziele waren jüdische Einrichtungen: Altenheime, Kindergärten, Synagogen. In rabulistischer Verdrehung deklarierten die „Roten Zellen“ ihre Ziele: „Kampf gegen Zionismus ist der entscheidendste Kampf gegen jeglichen Antisemitismus“. Demzufolge war das Töten von Juden in der Bundesrepublik ein Mittel, Antisemitismus zu bekämpfen. Welch eine verquere Logik.

Warum handelten westdeutsche Extremisten wie Vernichtungsantisemiten? Und warum ließen ostdeutsche Kommunisten, die gegen die Nazis



Brüder im Geiste: Jassir Arafat und Erich Honecker

gekämpft hatten und ihre antifaschistische Tradition hochhielten, den Feinden Israels massiv Unterstützung zukommen und feierten Jassir Arafat auf den Titelseiten ihrer staatlich kontrollierten Presse? Das sind Fragen, die nachdenklich machen. Ein Grund mag der Tatsache geschuldet sein, um aus der internationalen Isolierung auszuweichen.

Der Staatsapparat im Osten und die radikalen Linken im Westen, vereint in einer unheiligen Allianz und nicht gebunden an einen moralischen Kompass, erhoben für sich den Anspruch, ihr Antagonismus gegenüber Israel sei eine Form des Antirassismus und sogar des Antifaschismus. Was die DDR betraf, so war das ideologische Funda-

ment in den stalinistischen „antikommunistischen Säuberungen“ Anfang der 1950er Jahren in der Sowjetunion und Osteuropa gelegt worden. Die vormals für eine kurze Zeit geübte Unterstützung für den werdenden Staat Israel war obsolet geworden und der Begriff „Zionismus“ wurde fortan zu einem Schmähwort im kommunistischen Diskurs.

Der propagierte Antizionismus ging mit einem Wiederaufleben antisemitischer

Mit Antizionismus gegen den Antisemitismus

Der propagierte Antizionismus ging mit einem Wiederaufleben antisemitischer

die belegen, wie umfangreich Ostberlin radikale Feinde Israels mit „Solidaritätsgütern“ unterstützte. Das Ausmaß und die Details dieser eliminatorischen Komplizenschaft waren bislang nicht bekannt.

Die DDR war das einzige Mitglied des Warschauer Paktes, das nie diplomatische Beziehungen zum Staat Israel unterhielt, gleichwohl der erste Staat in Europa, der die PLO formell anerkannte. Das Politbüro in Pankow instruierte während des Sechstage-Krieges 1967 den Direktor des Nationalrats der Nationalen Front, Albert Norden, Sohn des in Theresienstadt ermordeten Rabbiners Joseph Norden, „Stellungnahmen von jüdischen Bürgern der DDR zu veröffentlichen, in denen sie ihre Empörung über die Israel-Aggression und das Komplott Israel-Washington-Bonn zum Ausdruck bringen“ sollten. Doch damit stieß Norden auf Granit: Mehrere prominente ostdeutsche jüdische Autoren, wie etwa Arnold Zweig, weigerten sich rundheraus, eine solche Erklärung zu unterschreiben.

Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht wurde nicht müde, Israel mit NS-Deutschland zu vergleichen. Er schwadronierte, wenn er auf Israel zu sprechen kam, ganz in der Diktion der NS-Propaganda, vom „Protektorat Sinai“ oder vom „Generalgouvernement Jordanien“. Die Assoziation Israels mit Nazi-Deutschland blieb ein ständig wiederholtes Muster des linken Antizionismus. Die archivalischen Belege verschiedener DDR-Institutionen lassen keinen Zweifel daran, dass der Arbeiter- und Bauernstaat einen nicht erklärten Krieg gegen den Judenstaat führte.

Seit der Aufnahme in die UNO 1973 spielte die DDR in ihrer antiisraeli-

„ Die DDR ließ keine Gelegenheit aus, Israel propagandistisch zu denunzieren, zu dämonisieren und zu delegitimieren. “

ment in den stalinistischen „antikommunistischen Säuberungen“ Anfang der 1950er Jahren in der Sowjetunion und Osteuropa gelegt worden. Die vormals für eine kurze Zeit geübte Unterstützung für den werdenden Staat Israel war obsolet geworden und der Begriff „Zionismus“ wurde fortan zu einem Schmähwort im kommunistischen Diskurs.

Die nach 1945 aus dem Exil zurückgekehrten deutschen Kommunisten waren überzeugt, dass sie selbst, nicht die Juden, die eigentlichen Opfer von NS-Verfolgung gewesen seien. Sie em-

verschörungstheorien einher. Dieser Punkt führt dazu, die Frage aufzuwerfen, ob das ostdeutsche Regime womöglich die zweite antisemitische Diktatur im Deutschland des 20. Jahrhunderts war, ob Teile der westdeutschen radikalen Linken eine antisemitische Bewegung waren und gerade deshalb Anhänger fanden, weil der Hass auf Israel in Deutschland eine vertraute Tonart anschluss. Die DDR ließ keine Gelegenheit aus, Israel propagandistisch zu denunzieren, zu dämonisieren und zu delegitimieren. Herf förderte bei seinen Recherchen Archivquellen ans Licht,

schen Haltung eine aktive Rolle und nutzte die Vollversammlung, um die Forderungen der PLO zu vertreten. Während die BRD und die USA sich hier häufig in der Minderheit wiederfanden, schlug sich die DDR konsequent auf die Seite der großen antiisraelischen Mehrheit.

Der westdeutsche linke Antisemitismus

Als die westdeutsche Linke 1967 Elemente des linken Antiimperialismus übernahm, ordnete sie Israel ebenfalls auf der „falschen“ Seite ein, als einen Staat, der in ihren Augen verantwortlich war für die weltweite Spannung zwischen einem bösen Imperialismus und einer tugendhaften, ausgebeuteten „Dritten Welt“. Dieter Kunzelmann, ein prominenter Linker aus West-Berlin, führende Figur der West-Berliner „Tupamaros“, drängte 1969 seine Genossen, den „Judenkomplex“ zu überwinden, der das linke revolutionäre Denken und Handeln behindere. Und im November 1972 bejubelte Ulrike Meinhof den Anschlag des „Schwarzen September“ auf israelische Athleten bei den Olympischen Spielen in München als großartige revolutionäre Tat mit den Worten, Israel selbst habe seine Sportler „verheizt wie die Nazis die Juden – Brennstoff für die imperialistische

Ausrottungspolitik“. Das Ziel der westdeutschen Regierung sei es gewesen, so Ulrike Meinhof, „nur ja dem Mosche-Dayan-Faschismus – diesem Himmeler Israels“ – in nichts „nachzustehen“. Es gab einen westdeutschen linksradikalen Antisemitismus, der offen den Mord an Juden guthieß!

Für Meinhof und mit ihr andere RAF-Komplizen war der Anschlag in München eine großartige revolutionäre Tat. Die arabischen Völker hätten begriffen, wen sie mit Westdeutschland vor sich hatten – „imperialistische Ausrottungsstrategen“. Es sei nicht die Schuld der PLO-Kämpfer gewesen, dass die israelischen Athleten zu Tode gekommen seien, es sei „idiotisch zu glauben“, die Revolutionäre hätten dies „gewollt“. Sie wollten doch nur die Freilassung der „palästinensischen“ Gefangenen bewirken. Und deswegen hätten sie Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber „Ausrottungspolitik“ betreibe. Die deutsche Polizei hätte die Revolutionäre und die Geiseln „massakriert“. Der Meinhofsche Appell endete in Anspielung auf Marx mit dem Slogan „Revolutionäre aller Länder vereinigt Euch!“ Mit diesem Aufruf hatte Ulrike Meinhof zu Dieter Kunzelmann und weiteren prominenten Wortführer der radikalen Linken aufgeschlossen, die

rhetorische Solidarität mit den Arabern und „Palästinensern“ mit einem leidenschaftlichen Jubel über „palästinensische“ Gewalt gegen Israelis verflocht. Ulrike Meinhofs Schrift „Die Aktion des Schwarzen September in München: Zur Strategie des Antiimperialistischen Kampfes“, ein Essay über den Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München, wurde fester Bestandteil des Kanons linksextremen Antisemitismus in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte.

Die Feindseligkeiten gegenüber Israel wurde nach 1967 definierendes Merkmal des westdeutschen Linksextremismus und erlebte ihren Höhepunkt in den Anschlägen gegen das israelische Olympiateam während der Olympischen Spiele in München 1972.

Ostdeutscher Judenhass

Die Hinterlassenschaft der DDR lastet schwer: Denn das DDR-Regime und die radikalen Linken in der BRD haben ein toxisches ideologisches Gebräu hinterlassen. Ihre verzerrten Darstellungen über Israel, der massive Einsatz von Terror und die Rechtfertigung desselben werfen einen verheerenden Schatten auf die Politik und die politische Kultur des Nahen Ostens, Deutschland und der ganzen Welt.

Es scheint so, als hätten die Kommunisten im Osten Deutschlands das Wesen und die Ursprünge des Judenhasse nie wirklich begriffen. Ihre lange Feindseligkeit gegenüber Israel steckte voller Klischees und Stereotypen über die Boshaftigkeit des jüdischen Staates – allesamt vertraute antisemitische Topoi. Indem die Linken die Bundesrepublik wegen ihrer „philosemitischen“ Staatsräson schmähten, war ihre Verurteilung des Zionismus eine Form, die Last der deutschen Geschichte zu kompensieren.

In der kurzlebigen Geschichte der Volkskammer von April bis 2. Oktober 1990 verabschiedeten die Abgeordneten am 12. April 1990 ohne Gegenstimme bei 21 Enthaltungen eine Resolution, in der „um Verzeihung“ für die „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik“ gegenüber dem Staat Israel und „für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande“ gebeten wurde. Und am 22. Juli 1990 distanzieren sich die Abgeordneten in einer weiteren Resolution von der „hierzulande praktizierten antiisraelischen und antizionistischen Politik“ sowie von der UN-Resolution 3379 unter Hinweis auf die darin festgestellte Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Viktor Frankl: Mensch sein heißt Sinn finden

Der jüdische Psychiater und Begründer der Existenzanalyse Viktor Emil Frankl hat vier Konzentrationslager der Nazis überlebt. Bis zu seinem Tode war er davon überzeugt, dass Leben unter allen Umständen gelingen kann. Im September gedenken wir seinem 25. Todestag. (JR)

Von Lioba Lobmayr

Viktor Emil Frankl (26.03.1905 – 02.09.1997) war ein österreichisch-jüdischer Neurologe und Psychiater. Er begründete die Logotherapie und Existenzanalyse, die auch als die „Dritte Wiener Schule der Psychotherapie“ bezeichnet wird, in der Nachfolge von Sigmund Freud (Psychoanalyse) und Alfred Adler (Individualpsychologie).

Viktor Frankls Arbeit fand schon zu Lebzeiten weltweite Anerkennung in höchstem Ausmaß, während er in seinem Heimatland Österreich fast nur unter Akademikern bekannt war. Der ehemalige Bundespräsident Rudolf Kirchschläger bemerkte 1994, dass Frankl wohl der größte noch lebende Österreicher sei. Erst nach seinem Tod zollte man ihm auch in Österreich die breitere öffentliche Anerkennung.

Sein wohl bekanntestes Werk ist „... trotzdem Ja zum Leben sagen: Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager“. Das Buch wurde in 26 Sprachen übersetzt, die amerikanische Ausgabe „Man's Search for Meaning“ wurde zu einem Bestseller, in den USA erschienen 9 Millionen, weltweit 12 Millionen Exemplare.

Vor nun 75 Jahren formulierte Frankl die wesentlichen Thesen und Postulate der Logotherapie und Existenzanalyse, die gerade in der heutigen Zeit von Pandemie, Krieg und Wirtschaftskrise aber auch in persönlichen Krisen von großer Bedeutung sind.

Aus diesem Buch werden Schlüsselpassagen reflektiert und in der brillanten Sprache von Frankl zitiert.

... Trotzdem Ja zum Leben sagen!

Um endlich etwas über das Schicksal seiner Frau Tilly zu erfahren, schlug sich Viktor Frankl bald nach seiner Befreiung am 27.04.1945 vom KZ Türkheim nach Wien durch. Innerhalb weniger Tage erfuhr er vom Tod seiner Frau Tilly, sowie seiner Mutter und seines Bruders Walter. Sein Vater war 1943 im Ghetto Theresienstadt verstorben. In seiner Verzweiflung fand Frankl Halt bei seinen Freunden, allen voran Paul Polak. Frankl war entschlossen, wenigstens sein Manuskript „Ärztliche Seelsorge“ fertigzustellen und zu veröffentlichen. Sein Jugendfreund Bruno Pittermann, der inzwischen Mitglied der neuen Regierung geworden war, verschaffte ihm einen Arbeitsplatz an der Wiener Poliklinik sowie eine Wohnung – und eine Schreibmaschine.

Die „Ärztliche Seelsorge“ ist eines der ersten Bücher, das nach dem Krieg in Wien veröffentlicht wurde. Die erste Auflage war nach wenigen Tagen ausverkauft. Innerhalb von neun Tagen verfasste er seine Eindrücke und Erfahrungen in den Konzentrationslagern, die Frankl zunächst anonym veröffentlichen wollte, die unter dem Titel „Ein Psychologe erlebt das KZ“ 1946 erschienen waren. Gleichzeitig entstand innerhalb weniger Stunden die dramatische Skizze „Synchronisation in Birkenwald – Eine metaphysische Conférence“, die unter dem Pseudonym Gabriel Lion 1948 in „Der Brenner“ in Innsbruck publiziert wurde. Beide Werke wurden 1977, also vor 45 Jahren, in einem Band vereint



Viktor Frankl war ein Pionier der Existenzanalyse

unter dem Titel „... trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager“ mit einem berührenden Vorwort des österreichischen Schriftstellers Hans Weigel.

*O Buchenwald, wir jammern nicht
und klagen*

*Und was auch unsere Zukunft sei:
Wir wollten trotzdem Ja*

zum Leben sagen,

Denn einmal kommt der Tag –

Dann sind wir frei!

(Refrain des Buchenwaldlieds)

Das Buch ist eine Schilderung was ein Häftling aus psychologischer Sicht

Schock: Lähmung, Wahn, Neugier und Überraschung

Nach ihrer Ankunft im Vernichtungslager Auschwitz wurden die Häftlinge ihres Namens, ihrer Kleidung und Habseligkeiten beraubt, es blieb nur mehr die nackte Existenz und ihre Nummer. Frankl musste bei der Entkleidung sein Manuskript „Ärztliche Seelsorge“ wegwerfen. Zahlreiche Selektionen fanden statt. Frankl wurde für Erd- und Gleisbauarbeiten selektiert, wozu er nach wenigen Wochen in ein Außenlager des KZ Dachau verlegt wurde. Es herrschte unter den

Wie der Körper auf extreme Belastung reagiert und die Seele sich schützt

Durch die schrecklichen Erlebnisse und dem extremen Nahrungs- und Schlafmangel in den Arbeitslagern kam es bei den Häftlingen allmählich zu einem inneren Absterben von Gefühlen: einerseits die brennende Sehnsucht nach dem Leben daheim, andererseits ist es der Ekel vor all der Hässlichkeit, der Anblick sadistisch gequälter Menschen... „Die Apathie, die Abstumpfung des Gemüts, die innere Wurstigkeit und das Gleichgültigwerden [...] machen ihn bald auch unempfindlich gegen das tägliche und stündliche Geschlagenwerden. Diese Unempfindlichkeit ist die höchst notwendige Panzerschicht, mit der sich die Seele des Häftlings beizeiten umgibt.“

Schlimmer als der körperliche war jedoch der seelische Schmerz: die Empörung über die Ungerechtigkeit oder Grundlosigkeit der Schläge, und es war der Hohn, der die Schläge begleitete. Es gab aber auch Vorarbeiter, die mit den Häftlingen Mitleid hatten, und „ihr Möglichstes taten“, um das Leid zu lindern.

Die Apathie wurde durch Gereiztheit unterbrochen, ein Ausdruck der physischen und psychischen

Dünnhäutigkeit. Das ganze Seelenleben war auf eine gewisse primitive Stufe „regrediert“, der Nahrungstrieb war im Mittelpunkt mit den damit verbundenen Illusionen. Die Apathie ist ein notwendiger Selbstschutzmechanismus der Psyche, um die Wirklichkeit und die damit verbundenen Gefühle – hervorgerufen durch die extreme körperliche und seelische Belastung – zu unterdrücken, und dieser dient der reinen Lebenserhaltung.

Die seelisch aufreibenden inneren Konflikte und Willenskämpfe, führten zu Erschöpfung, Sehnsuchtsträumen und Wahnvorstellungen. Das langjährige Lagerleben führte zu einer gefühlsmäßigen Ausdruckserscheinung der Entwertung all dessen, was nicht dem primitivsten Interesse der Lebenserhaltung nützen konnte, zu einer Unsentimentalität. Es herrschte im Lager „kultureller Winterschlaf“. Es gab nur mehr zweierlei Interessen: erstens politische Interessen – bemerkenswerterweise – und zweitens – bemerkenswerterweise – das religiöse Interesse. Das religiöse Interesse der Häftlinge, sobald und sofern es aufkeimte, war das denkbar innigste. Am eindrucksvollsten waren wohl die improvisierten Gebete oder Gottesdienste im Winkel einer Lagerbaracke oder in einem finsternen Viehwaggon.

Empfindsamen Menschen, die gewöhnlich geistig rege waren, „steht der Rückzug aus der schrecklichen Umwelt und die Einkehr in ein Reich geistiger Freiheit und inneren Reichtums offen. So und nur so ist die Pa-

„ Es kommt nie und nimmer darauf an, was wir vom Leben noch zu erwarten haben, vielmehr lediglich darauf: was das Leben von uns erwartet! “

im Konzentrationslager erlebte, welche Phasen der Entmenschlichung die KZ-Häftlinge erlitten und wie es doch einigen von ihnen gelungen war, innerlich zu vollbringen, was das „Buchenwaldlied“ in den Worten des KZ-Häftlings Fritz Löhner-Beda, vertont von Hermann Leopoldi, ein erschütterndes Dokument, dessen populär eingängige Verse zur Haltung aufriefen und den Glauben an die Befreiung predigten, mit der eindringlichsten Zeile: „Wir wollen trotzdem Ja zum Leben sagen“.

Häftlingen Schock und große Lähmung, da man einfach nicht glauben konnte, was man erlebte und erfuhr. Jeder einzelne reagierte darauf anders: mal mit Begnadigungswahn oder Galgenhumor, mal mit Neugier, die von Überraschung abgelöst wurde, was ein Mensch alles aushalten konnte. Trotz allem nahm „der Schlaf das Bewusstsein hinweg“ und tilgte „so auch die Schmerzhaftigkeit der Lage“. Die Ausweglosigkeit der Situation und die ständige Todesgefahr verkräfteten viele nicht und „gingen in den Draht“ (Selbsttötung).

radoxie zu verstehen, dass manchmal die zarter Konstituierten das Lagerleben besser überstehen konnten als die robusteren Naturen.“

... trotz allem: der Weg aus der Finsternis ans Licht

„Nun, man pflegt zu sagen: wo ein Wille ist, dort ist auch ein Weg. Ich aber möchte diesen Satz variieren und behaupte: wo ein Ziel – dort ist auch ein Wille. Mit anderen Worten: wer ein Ziel klar ins Auge gefasst hat und wem es auch ehrlich darum gelegen ist, an dieses Ziel zu gelangen, der wird sich niemals darüber zu beklagen haben, dass es ihm an Willenskraft mangelt.“

Trotz widriger äußerer Umstände sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, über sich hinauszuwachsen, diese besondere Fähigkeit, diese enorme Willenskraft, bezeichnet Viktor Frankl später als „Trotzmacht des Geistes“. Diese kommt zur Entfaltung, sobald ein Mensch eine Sinnmöglichkeit außerhalb seiner selbst wahrnimmt, für die es sich lohnt, sich einzusetzen.

Die Welt und das Leben sind entrickt. So sind es die kleinen, alltäglichen Ereignisse, scheinbar lächerliche Details, „die der Häftling in seinem Rückerinnern gleichsam streichelt. Ja, diese wehmütige Erinnerung an sie vermag ihn zu Tränen rühren!“

„Diese Tendenz zur Verinnerlichung [...] führt dort, wo sich die Gelegenheit hierzu bietet, zu intensivstem Erleben von Kunst oder Natur. Und die Intensität solchen Erlebens kann die Umwelt und die ganze furchtbare Situation vollends vergessen lassen.“

Es ist der innere Monolog in der Trostlosigkeit, es ist die Zwiesprache mit dem geliebten Wesen, oder das Klagen und Fragen zum Himmel. „Zum tausendsten Mal ringst du um eine Antwort, [...] fühlst du, wie dein Geist [...] auf deine letzten Fragen um einen letzten Sinn von irgendwoher dir ein sieghaftes „Ja!“ entgegenjubelt. Und in diesem Augenblick – leuchtet ein Licht auf [...] – „et lux in tenebris lucet“, und das Licht leuchtet in der Finsternis ...“

„Auch anders können“

Das Lagerleben zeigte auch, dass der Mensch sehr wohl „auch anders kann“. Wer von den Lagerhäftlingen „wusste nicht von jenen Menschen gestalten zu erzählen, die [...] hier ein gutes Wort, dort den letzten Bissen Brot“ spendeten? Denn „sie haben die Beweiskraft dafür, dass man dem Menschen [...] alles nehmen kann, nur nicht: die menschliche Freiheit, sich zu den gegebenen Verhältnissen so oder so einzustellen. Und es gab ein „So oder so!““

Besonders jene Menschen, „deren Verhalten im Lager, deren Leiden und Sterben von der in Frage stehenden letzten und unverlierbaren inneren Freiheit des Menschen Zeugnis ablegten, [...] haben dafür den Beweis erbracht, dass im rechten Leiden eine Leistung liegt, dass es eine innere Leistung darstellt. Die geistige Freiheit des Menschen, die man ihm bis zum letzten Atemzug nicht nehmen kann, lässt ihn auch noch bis zum letzten Atemzug Gelegenheit finden, sein Leben sinnvoll zu gestalten.“

Mit Zuversicht an die Zukunft glauben

Mit dem Eintritt in das Lagerleben wandelte sich der innere Zustand:

„mit dem Ende der Ungewissheit kam auch schon – die Ungewissheit des Endes.“ Es war nicht abzusehen, wann bzw. ob überhaupt diese Daseinsform ein Ende finden würde. Diese „provisorische Existenz“ führt zu Verfallserscheinungen und ein deformiertes Zeit- und Raumempfinden, wie dies in vielen belastenden Lebenssituationen auftreten kann. „Die innere Lebensform [...] wird so für den Menschen, der sich menschlich fallen lässt, weil er keinen Halt mehr an einem Zielpunkt in der Zukunft findet, zu einer retrospektiven Daseinsweise.“ Dieser provisorische Zustand der Zukunftslosigkeit und der damit verbundene körperliche und seelische Verfall äußert sich in einer akuten Krise aufgrund von enttäuschten Zukunftserwartungen und letztlich lebensbedrohlichen Selbstaufgabe. Frankls Kamerad war letztlich verstorben, da seine schwere Enttäuschung über das Nichteintreten der pünktlich erwarteten Befreiung seine Abwehrkräfte plötzlich absinken ließ. Der Zusammenhang zwischen der Gemütslage eines Menschen und so auch seinen Affekten sowie der Immunitätslage des Organismus wird hier evident.

Während Frankl fast weinend vor Schmerzen bei grimmigstem Frost in langer Kolonne vom Lager zum Arbeitsplatz humpelte und sich „sein Geist mit den tausendfältigen kleinen Problemen des Lagerlebens“ beschäftigte ... „Plötzlich sehe ich mich selber in einem hell erleuchteten, schönen und warmen, großen Vortragssaal am Rednerpult stehen, vor mir ein interessiert lauschendes Publikum in gemütlichen Polstersitzen – und ich spreche; spreche und halte einen Vortrag über die Psychologie des Konzentrationslagers!“ [...] „Und mit diesem Trick gelingt es mir, mich irgendwie über die Situation, über die Gegenwart und über ihr Leid zu stellen, und sie so zu schauen, als ob sie schon Vergangenheit darstellte und ich selbst, mitsamt all meinem Leiden, Objekt einer interessanten psychologisch-wissenschaftlichen Untersuchung wäre, die ich selber vornehme.“ Und in diesem Saal – in der Wiener Hofburg – stand Frankl anlässlich der Verleihung des Donaulandpreises für sein Lebenswerk, 1976. Nicht nur seine therapeutische prophetische Fantasie, auch seine Lehre war triumphal bestätigt.

Um die Menschen innerlich wieder aufzurichten, setzte es voraus, sie auf ein Ziel in der Zukunft auszurichten, damit sie mit Zuversicht an die Zukunft glauben. In den Worten von Nietzsche: „Wer ein Warum zu leben hat, erträgt fast jedes Wie.“

Der Mensch vor der Frage nach dem Sinn

Es tut Not, in der Fragestellung „nach dem Sinn des Lebens“ eine Wendung vorzunehmen: Als Menschen müssen wir lernen und die verzweifelten Menschen lehren, „dass es [...] nie und nimmer darauf ankommt, was wir vom Leben noch zu erwarten haben, vielmehr lediglich darauf: was das Leben von uns erwartet!“ Dies ist

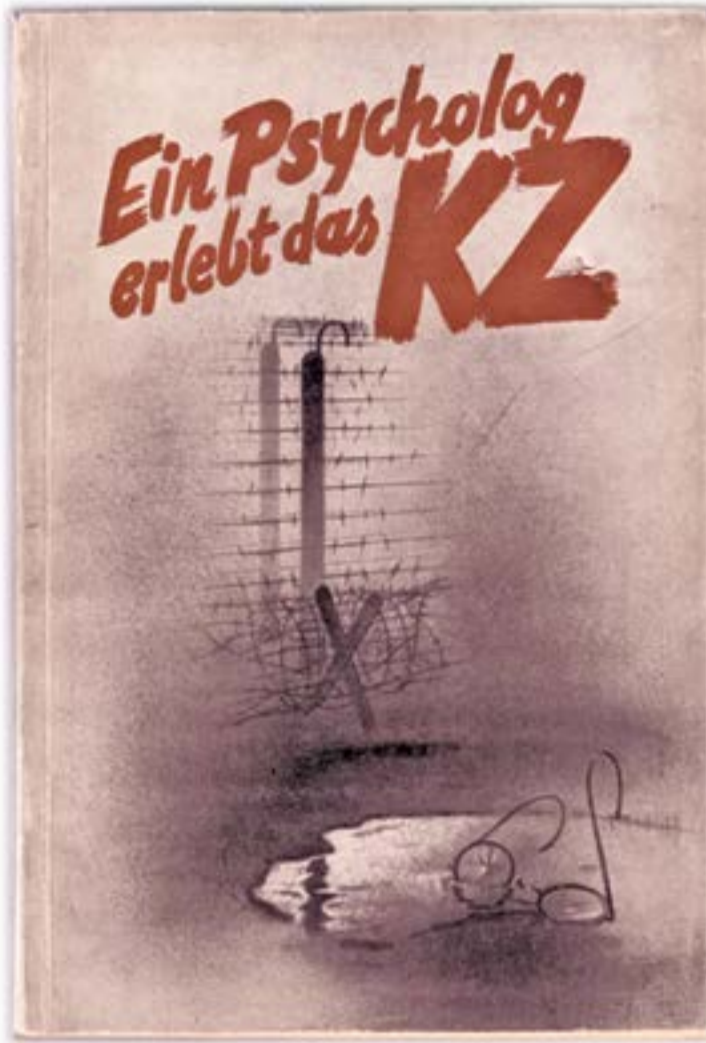


Bild der Erstausgabe, 1946, noch ohne Autorenschaft am Deckblatt

wohl einer der meist-zitierten Sätze Frankls. Noch eindrücklicher formuliert:

„Leben heißt letztlich eben nichts anderes als: Verantwortung tragen für die rechte Beantwortung der Lebensfragen, für die Erfüllung der Aufgaben, die jedem einzelnen das Leben stellt, für die Erfüllung der Forderung der Stunde. Diese Forderung, und mit ihr der Sinn des Daseins, wechselt von Mensch zu Mensch und von Augenblick zu Augenblick.“ Daher kann der Sinn des menschlichen Lebens nie allgemein formuliert werden. Sondern nur konkret.

„Darin aber, wie er selbst, der von diesem Schicksal Betroffene, dieses Leid trägt, darin liegt auch die einmalige Möglichkeit zu einer einzigartigen Leistung.“ Diese Gedanken halfen auch dann nicht zu verzweifeln, als die Häftlinge kaum eine Chance mehr sahen, mit dem Leben davon zu kommen. Denn es ging hier nicht mehr um die Frage nach dem Sinn des Lebens im Sinne einer Verwirklichung eines Zieles. „Uns ging es um den Sinn des Lebens als jener Totalität, die auch noch den Tod mit einbezieht und so nicht nur den Sinn von „Leben“ gewährleistet, sondern auch den Sinn von Leiden und Sterben: um diesen Sinn haben wir gerungen!“

In den keimhaften Ansätzen der Psychotherapie bzw. Psychohygiene im Konzentrationslager zeigte sich, dass auch bei Suizid-gefährdeten Menschen mit der kennzeichnenden Aussage, sie „hätten vom Leben nichts mehr zu erwarten“, dass entweder ein geliebter Mensch auf sie wartete oder ein Werk, das vollendet werden sollte.

„Jene Einmaligkeit und Einzigartigkeit, die jeden einzelnen Menschen auszeichnet und jedem einzelnen Dasein erst Sinn verleiht, kommt also sowohl in Bezug auf ein Werk oder eine schöpferische Leistung zur Geltung als auch in Bezug auf einen anderen Menschen und dessen Liebe. Diese Unvertretbarkeit und Un-

ersetzlichkeit jeder einzelnen Person ist jedoch das, was – zu Bewusstsein gebracht – die Verantwortung, die der Mensch für sein Leben und Weiterleben trägt, so recht in ihrer ganzen Größe aufleuchten lässt.“

... denn einmal kommt der Tag – Dann sind wir frei!

Nach Tagen höchster Spannung wehte die weiße Fahne am Lagertor, die Häftlinge waren frei. Doch dieser Hochspannung folgte nun eine totale innere Entspannung – das Hauptsymptom in der dritten Phase: Die Befreiung. Die Emotionen der befreiten Häftlinge waren verhalten, es blieb bei Freudenfunkeln, denn die Häftlinge sahen sich noch nicht als Teil der freien Welt. Man hat verlernt sich zu freuen. Die Häftlinge befanden sich im Zustand der Depersonalisation, alles erschien unwirklich, unwahrscheinlich, wie ein bloßer Traum, man konnte es nicht glauben.

Der Körper hat weniger Hemmungen als die Seele.

So begannen die Befreiten zu essen, stundenlang, die Zunge löste sich, um dann stundenlang zu erzählen. Bis sich im Inneren etwas löst, vergehen viele Tage, es muss diese seelische Barriere überwunden werden.

Der Weg von diesem Nervenkrieg zum Seelenfrieden war einer mit Hindernissen und Gefahren. An dieses neue Leben musste sich der Befreite erst gewöhnen. Nur langsam kann man diesen Menschen zurückfinden lassen zu der sonst so trivialen Wahrheit, dass niemand das Recht hat, Unrecht zu tun, auch der nicht, der Unrecht erlitten hat. Die erlittenen Traumata müssen heilen können.

Eine zu rasche Entlastung vom seelischen Druck kann zu einer Deformierung oder gar Schädigung der Seele führen: zur Verbitterung(sstörung) oder chronische Mutlosigkeit und Trauer aufgrund von nicht überwundenen Enttäuschungen.

„Gekrönt wird aber all dieses Erleben des heimfindenden Menschen von dem köstlichen Gefühl, nach all dem Erlittenen nichts mehr auf der Welt fürchten zu müssen – außer seinen Gott.“

Das Leben kann unter allen Umständen gelingen!

Neben der bedingungslosen Würde und Einzigartigkeit des Menschen nehmen die Freiheit und Verantwortung der jeweiligen Person in der Logotherapie und Existenzanalyse einen zentralen Stellenwert ein. Sie befähigen ihn, mit Willenskraft zu den Bedingungen und Geschehnissen im Leben Stellung zu nehmen, Entscheidungen zu treffen und neue Ziele zu finden.

Sinnvolle Lebensinhalte helfen dem Menschen bei der Bewältigung von Herausforderungen und Krisen. Sie geben ihm die Chance über sich selbst hinauszuwachsen und zu reifen und bilden daher auch die Grundlage für seelische Heilung.

Rosch Haschana: Der kurze Weg zum Segen

Es ist der Jahrestag der Schöpfung der Menschheit, der uns an die spezielle Beziehung zu G-tt erinnern soll.

Am Neujahrsfest sollen wir besonders innig beten und die in Honig getauchten Äpfel nicht vergessen:

Ein Zeichen dafür, dass selbst in schwerster Zeit, der jüdische, lebensbejahende Optimismus nie versiegt. (JR)

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wenn man das Rosch Haschana Fest oberflächlich betrachtet, stellt man fest, dass dieser Feiertag ziemlich merkwürdig ist. Schon die Tatsache, dass das „Neujahrsfest“ mitten im Jahr gefeiert wird, muss einem sehr erstaunen. Denn der jüdische Monat Tischrej, in dem es gefeiert wird, ist der siebte Monat des Jahres (der erste Monat ist Nissan im Frühling). Und auch die Art und Weise, wie Rosch Haschana gefeiert wird, ist im Vergleich zu den anderen Festen sehr ungewöhnlich. Sogar das Wort „feiern“ ist schon ein wenig befremdlich angesichts der Ernsthaftigkeit dieser beiden Tage. Es gibt mehrere Gebote und Bräuche, die nur an diesen Tagen praktiziert werden und die meisten von ihnen haben vor allem mit Symbolik zu tun.

So wird an beiden Abenden von Rosch Haschana vor der festlichen Mahlzeit „Seder Simonim“ ein Ritual durchgeführt: Ein Apfelstück wird in Honig eingetaucht und gegessen, es werden auch Fisch, Granatapfel, Möhren und einige anderen Speisen (je nach Brauch) gegessen. Diese Leckereien sollen uns ein süßes und erfolgreiches Neues Jahr bescheren. Beim Morgengebet blasen wir das Schofar (Horn eines Widders) um G'tt an die Verdienste unserer Vorväter zu erinnern. Vor dem Nachmittagsgebet „Mincha“ gehen wir zu den Gewässern, wo die Fische leben, um unsere Sünden ins Wasser zu werfen (Taschlich), selbstverständlich auch symbolisch gemeint. Dabei stellt sich jeder rational denkende Mensch natürlich die Frage: soll das wirklich funktionieren?! Kann ein Apfelstück mit Honig alle Probleme im kommenden Jahr beseitigen? Bringt einem ein Stück eines Fischkopfes in eine führende Position? Hilft das bloße „Taschen-Schütteln“ beim Taschlich rein von Sünden zu werden, auch wenn man während des Jahres alle möglichen Gebote gebrochen hat?

Und diese Fragen stellen sich erst recht, wenn wir über die Gebete am Rosch Haschana sprechen. Es sind sehr lange Gebete, auch wenn sie abwechslungsreich und melodisch sind. Nicht viele wissen, dass im Talmud diskutiert wird, wie lange wir am Rosch Haschana beten müssen, um der großen Bedeutung des Tages zu entsprechen. Und es gibt dort sogar eine Meinung, dass wir den ganzen Tag beten sollten! Unsere Weisen haben dem nicht zugestimmt, aber es zeigt, wie wichtig die Gebete an diesen ganz besonderen Tagen sind! Im halachischen Kodex „Schulchan Aruch“ wird nahegelegt, einen besonders G'ttesfürchtigen und erfahren Vorbeter anzustellen, der auch noch viele Kriterien erfüllen muss. Heutzutage versuchen viele Gemeinden für hohe Feiertage extra professionelle Chasanim zu finden, damit sie mit schönen Stimmen und melodischen Gesängen die Herzen der Betenden wecken und zum Himmel richten.

Warum wir beten

Doch auch hier kommt die Frage, die wir uns auch während des Jahres immer wieder stellen: wozu brauchen wir



Zum Neujahrsfest werden Apfelstücke in Honig getaucht, damit soll das kommende Jahr süß und gut werden.

überhaupt zu beten?! G'tt weiß doch ganz genau, was wir brauchen! Und wenn Er uns das noch nicht gegeben hat, dann haben wir es einfach noch nicht verdient. Vielleicht sollten wir mehr gute Taten machen und mehr Geboten halten, um bessere Gesundheit, Parnasa (Einkommen) und Familienglück zu bekommen, aber nicht noch mehr beten?!

Und wenn man den Machzor (Gebetsbuch für Rosch Haschana bzw. Jom Kippur) betrachtet, stellen sich noch anderen Fragen: warum gibt es mehr Gebete als sonst? Warum fehlen zum Beispiel Bußgebete, die eigentlich sehr passend sein sollten. Rosch Haschana ist ja nicht einfach ein „Jahresanfang“. Es ist ein Tag, an dem alle Menschen auf der Erde von G'tt gerichtet werden. Es ist ein Tag, an dem G'tt unser Schicksal für das kommende Jahr bestimmt. Es ist ja ultima ratio in dieser Zeit Gunst in den Augen von G'tt zu finden! Sollten wir etwa nicht um Vergebung für unsere Sünden bitten?!

Andererseits gibt es gerade am Rosch Haschana spezielle Gebete, die es während des Jahres nicht gibt.

Was hat also dieses Fest in sich, dass gerade in dieser Zeit viele besondere Gebete gesagt werden und so viele symbolische Handlungen ausgeführt werden?

Lass uns also in den Machzor von Rosch Haschana rein blicken, um die Antwort zu bekommen. Was beim Betrachten dieses Gebetsbuches sofort auffällt, dass wir unsere Sünden nicht erwähnen und sehr viel über G'tt als der König der Welt sprechen. Unsere Weisen sagen, dass es absolut das richtige Mittel ist, um beim Gericht G'ttes zu gewinnen. Rosch Haschana ist keine passende Zeit an unsere Verfehlung in der Vergangenheit zu erinnern. Ganz im Gegenteil, wir müssen an unsere Zukunft denken und wenn wir Erfolg in der Zukunft haben möchten, sollen wir unsere eigene starke Verbindung zu G'tt aufbauen. Und das beste Mittel

diese Verbindung aufzubauen, ist anzuerkennen, dass es tatsächlich G'tt ist, der die Welt erschaffen hat und jeden Tag aufrechterhält. Und, dass Er Seine Welt nicht verlassen hat, sondern jede Sekunde darauf aufpasst. Und, dass es keine andere Macht außer G'tt gibt.

Doch das anzuerkennen ist für uns nicht leicht. Wir sind zu materiell, wir sind zu tief in unseren tagtäglichen Problemen abgetaucht. Für uns ist das Spirituelle oft schwer greifbar. Deshalb haben unsere Weisen uns unterstützt und extra für Rosch Haschana einige besondere Gebete zusammengefasst.

Das Morgengebet

Der Hauptteil beim Morgengebet an den Feiertagen ist Mussaf – ein „Zusatz“. Als der Tempel in Jerusalem noch stand, wurden dort jeden Tag vorgeschriebene Opfer dargebracht. An den Feiertagen wurden noch zusätzliche Opfer dargebracht, die in der Tora (4. Buch Moses 28-29) aufgelistet sind. Da wir heutzutage keinen Tempel haben, ersetzen wir die Opfer durch die Gebete und auch statt zusätzlicher Opfer werden am Schabbat und an den Feiertagen zusätzliche Gebete hinzugefügt, die „Mussaf“ heißen. Und gerade im Mussaf-Gebet für Rosch Haschana haben unsere Weisen drei besondere Teile hinzugefügt: „Malchujot“ (Königreich), Zichronot (Erinnerungen) und Schofarot (Schofarblasen). Gerade diese drei Teile geben uns die Möglichkeit, endlich die Allmächtigkeit G'ttes nachzuvollziehen und zu verinnerlichen. In jedem von diesen drei Teilen sind Verse aus der Heiligen Schrift zusammengestellt, die, wie Teile eines Puzzles, uns das ganze Bild vor Augen führen sollen.

Im „Malchujot“ Teil sind die Verse über die Herrlichkeit und die Macht G'ttes zusammengefasst. Schon allein diese Verse zu lesen, macht viel demütiger und regt zum Nachdenken an, in wessen Macht in Wirklichkeit unseren Erfolg, unsere Gesundheit und Glück

tatsächlich sind.

Im Teil „Zichronot“ sind die Verse zusammengestellt, die uns an unseren Bund mit G'tt erinnern. Andererseits wollen auch wir mit diesen Versen G'tt an sein Versprechen an unseren Vorvätern erinnern. Auch wenn wir nicht so gut sind und nicht so gerecht leben, wie es G'tt von uns erwartet, hoffen wir, dass G'tt uns Dank dem Bund mit Avraham, Jitzhak und Jakob segnet.

Im dritten Teil „Schofarot“ sind die Verse aufgeführt, die an das Ertönen des Schofar erinnern. Das Hauptereignis, wo der G'ttliche Schofar zum Einsatz kam, war die Tora-Übergabe am Berg Sinai. Und wir wollen sowohl G'tt, als auch uns selbst an dieses einzigartige Ereignis erinnern. Wir wollen G'tt daran erinnern, dass das jüdische Volk Seine Tora ohne Wenn und Aber angenommen hat. Laut der Überlieferung unserer Weisen hat G'tt die Tora zuerst auch anderen Völkern vorgeschlagen. Jedoch fragte jedes Volk was da drin steht, und als sie über die Herausforderungen hörten, lehnten sie die Tora ab. Und nur das jüdische Volk hat nicht nachgefragt, was in der Tora steht, sondern sagte „naase wenischma“ – wir werden sie erfüllen und erst danach werden wir auch den Sinn und die Weisheit, die dahinterstehen, lernen.

All diese drei Teile geben uns die Möglichkeit nachzudenken und auf einmal das zu realisieren, wozu wir das ganze Jahr keine Zeit finden. Das ist genau der Weg, der uns näher zum G'tt bringt, der unsere innere Verbindung mit Ihm aufbaut. Das ist der Schlüssel zum wohlgefälligen Urteil und zum erfolgreichen kommenden Jahr!

Mosche und der Graf

Es gibt eine schöne chassidische Majse (Geschichte), die diese Idee sehr gut illustriert. Vor vielen Jahren lebte irgendwo in Polen ein Jude mit seiner Familie. Dabei lebte er nicht in einem Stettel (Örtchen), wo es auch andere Juden gab, sondern in einem Dorf mit

polnischen Bauern. Dort betrieb er eine Kortschma (Herberge) und war vom hiesigen Grafen, dem das Land gehörte, mit der Fischerei beauftragt. Mosche, so hieß unser Jude, war davon nicht reich geworden, hatte jedoch ein stabiles Einkommen, und konnte auch noch für die Mitgift seiner Tochter sparen. Er war ein guter ehrlicher Jude, der gerecht und aufrichtig gewirtschaftet hatte. Nie hatte er seine Kunden betrogen oder abgezockt. Sowohl die Bauern als auch der Graf wussten das und schätzten „ihren“ Juden sehr. So lebte er ruhig, ohne große Aufregung und konnte zuversichtlich in die Zukunft blicken. Unheil kam absolut unerwartet. Als Mosche seine Tochter verheiratet hat und dafür seine letzten Ersparnisse verbrauchte, kamen plötzlich die Probleme. In ein paar Wochen sollte er den Grafen den jährlichen „Obrok“ zahlen und er hatte praktisch nichts. Normalerweise sollte es kein Problem sein: er würde den jungen Grafen um Fristverlängerung bitten und würde sie auch sicherlich bekommen. Der junge Graf im Gegensatz zu seinem „wildem“ Vater war ein ruhiger und besonnener Herrscher, der keine Konflikte mag. Und in kürzester Zeit würde Mosche durch den Vodka-Verkauf an die Bauer und die Fischerei nötige Summe zusammenstellen.

Doch es kam anders und dazu knüppeldick. Zuerst haben die Bauern aufgehört bei Mosche Vodka und überhaupt irgendetwas zu kaufen. Der neue Priester hatte sie angestachelt, nichts mehr beim Juden zu kaufen, denn wie kann man bei einem kaufen, dessen Volk ihren Gott getötet hatte. Die Bauern haben auf ihn gehört und kamen nicht mehr zu Mosches Herberge. Auch wenn das ärgerlich war, sollte es nicht das Ende der Welt sein. Die Fischerei brachte stabilen Ertrag und in wenigen Monaten hätte Mosche genug Geld um seine Schuld zu zahlen. Und der junge Graf würde sicherlich wegen ein paar zusätzliche Wochen keinen Garaus machen.

Doch auch hier kam es anders. Der alte Graf kam, um seinen Sohn zu besuchen und zu schauen, wie seine Finanzen aussehen. Als er erfahren hat, dass Mosche seinen Abgaben nicht bezahlt und es sind schon mehrere Wochen vergangen, wurde er richtig wütend. Er rief Mosche zu sich und schrie ihn an. Wenn Mosche innerhalb einer Woche seine Schuld nicht zahlt, wird seine ganze Familie in den Kerker gesperrt, versprach der aufgebrachte Herrscher. Als Mosche versuchte seine Situation zu erklären, flippte der alte Graf förmlich aus und verprügelte ihn mit seiner Peitsche.

Als Mosche blutüberströmt nach Hause kam, erfuhr er, dass auch noch die Fische sich versteckt haben und es einen mickrigen Ertrag von der Fischerei gibt. Die Lage schien jetzt vollkommen aussichtslos zu sein. Mosche hatte keine Chance genug Geld bis Ende der Frist zu bekommen. Alle seine Einnahmequellen brachen weg. Jetzt konnte nur eines machen – sich an G'tt wenden.

Natürlich hat er auch früher gebetet. Drei Mal pro Tag, wie jeder ehrlicher Jid. Doch war er bei diesen Gebeten in der Vergangenheit nicht mit ganzem Herzen und Verstand dabei. Ständig musste er an kaputte Fenster, nicht reparierten Fischernetzen, genügende Vodka-Mengen für die kommende Woche denken. Deshalb waren seine Gebete kalt und gingen eher durch die Lippen als durch sein Wesen. Diesmal war es ganz anders. G'tt war seine letzte Hoffnung. Deshalb betete er ausgiebig, mit ganzem Herzen, weinte und seufzte. Es war ein langes und aufrichtiges Gebet, sein Stöhnen drängte wie ein feuriges Schwert durch alle Sphären. Und die Himmlische Tore wurden tatsächlich geöffnet! Seine Rettung wurde beschlossen, und Mosche konnte dazu sogar auch noch seine Belohnung für ein gerechtes Leben und Handeln bekommen. Er erinnerte sich plötzlich an einige seiner Bekannten im benachbarten Stettel, wo mehrere jüdische Familien lebten. Jedoch, um dorthin

zu kommen, musste er zuerst die Erlaubnis vom Grafen bekommen, die Wege wurden von Soldaten des Grafen überwacht, damit Mosche mit seiner Familie nicht fliehen konnte. Der Graf war nicht sehr begeistert, als er die Bitte vom Mosche zu den Nachbarn zu reisen hörte. Aber es war schon egal, was der Graf wollte oder nicht wollte. Das Gebet von Mosche war im Himmel angenommen, deshalb konnte nichts seine Rettung verhindern. Und deshalb nickte der Graf mit verzerrtem Gesicht, als ob ein Engel seinen Kopf nach unten gedrückt hätte. Mosche durfte fahren, jedoch unter Aufsicht von zwei Soldaten des Grafen.

Die Reise war kurz aber erfolgreich. Mosche traf seine alten Bekannten, die haben einen Spendenaufruf gestartet und mit ein wenig Anstrengungen wurde die große Summe für Mosche gesammelt. Doch nicht nur das wurde für ihn gemacht. Einer der Stettl-Bewohner, der viele Bauern aus dem Hof, wo Mosche wohnte, gut kannte, weil er ihnen oft Geld für Aussaat geliehen hat, reiste mit ihm zu diesem Hof. Dort sprach er mit den Bauern und erinnerte sie daran, wie gut Mosche sie behandelt hat und dass er nie zu viel für Essen und Getränke verlangt hat. Deshalb war es nicht schön bei Mosche nicht mehr zu kaufen. Und andere Händler werden jetzt von den Bauern sicherlich mehr Geld verlangen, als es Mosche tat. Die Bauern nickten und begannen zu murren. Es begann zu brodeln im Dorf. Um Unruhen zu vermeiden, kam der junge Graf zum neuen Priester und verlangte von ihm mit den Boykott-Aufrufen gegen Mosche aufzuhören. Es sollte wieder ruhig in seinem Dorf sein. Zähneknirschend erlaubte der Priester den Bauern bei Mosche wieder einzukaufen. Und, welch ein Wunder, es kamen wieder auch die Fische in die Netze...

Diese Geschichte zeigt uns, dass aufrichtige Gebete manchmal sehr viel bewirken können. Und gerade am

Rosch Haschana, wenn unser Schicksal für das kommende Jahr bestimmt wird, lassen wir nichts unversucht. Wir blasen das Schofar, um G'tt an Verdienste unserer Vorväter zu erinnern, wir essen Apfel und Honig, wir werfen unsere Sünden ins Wasser“. Wir versuchen alle Register zu ziehen und aller Symbolik zu bemühen, um den maximal positiven Effekt zu erreichen. Wenn nicht jetzt, dann wann?!

Und dann gibt es noch das Gebet, wohl unsere mächtigste „Waffe“. „Die Stimme ist die Stimme Jakows und die Hände sind die Hände Esaws“ – so formulierte es einmal unser Vorvater Jitzhak. Unsere Stärke sind nicht die Waffen in den Händen, unsere Stärke ist unsere Stimme beim Gebet. Und natürlich wollen wir diese Stärke an den Rosch Haschana-Tagen maximal einsetzen. Gerade deshalb haben manche unsere Weisen es so gehalten, dass man am Rosch Haschana ganzen Tag beten sollte. Unsere Weisen, die die Kraft der Wörter sehr gut kannten, haben für uns für diese Tage ganz besondere Gebete zusammengefasst. Auch wenn wir diese Texte einfach rezitieren, können wir einiges erreichen. Und desto mehr, wenn wir die Bedeutung der Wörter im Machzor verstehen und uns konzentrieren, wenn wir diese Wörter lesen.

Wir sind zurzeit mit vielen Problemen konfrontiert, die uns allen essentielle Sorgen machen. Krieg mitten in Europa, Inflation, wahnsinnige Preise für Gas und Benzin, eine mögliche neue Corona-Welle im Winter. Ist es nicht die höchste Zeit uns an den Allmächtigen zu wenden? Glaubt jemand wirklich, dass diese Probleme von der Politik, der Wirtschaft oder den Experten gelöst werden? Und selbst wenn wir mit unseren Gebeten die globalen Krisen nicht lösen können, können wir mindestens für uns, unseren Familien und unseren Gemeinden ein wenig Glück, Gesundheit, Frieden, also ein süßes und gesegnetes Jahr erbeten. Schana Tova uMetuka!

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
 Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de
 Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51
 E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
 Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

- Unsere Kontaktadressen**
- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 - (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 - (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 - redaktion@juedische-rundschau.de
 - (03222) 13 24 601
 - www.juedische-rundschau.de
 - www.facebook.com/jrundschau
 - @jrundschau

COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vom Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

11923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi“ angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lernen. Der Beitrag stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Rabbi Akiba und seine Frau Rachel

Im Artikel der Mai-Ausgabe haben wir über den Tod der 24.000 Schüler von Rabbi Akiba geredet. Diesen werden wir auch heute wieder begegnen in unserer Behandlung der Talmudstelle, welche die Umstände der Heirat des berühmten Rabbi Akiba und seiner Frau Rachel beschreibt. Es gibt hierzu in der rabbinischen Literatur mehrere Ausführungen (z.B. in Nedarim 50a und in Avot de-Rabbi Natan). Aber die bekannteste ist die in Ketubot auf den Seiten 62b bis 63a (die am 6./7. September 2022 gelesen werden).

Eingebettet ist die unten zitierte Stelle in eine religionsgesetzliche Diskussion darüber, wie lange Männer am Stück von ihren Frauen Abschied nehmen dürfen, um im jüdischen Lehrhaus zu studieren – wie lange mit und wie lange ohne Zustimmung der Frau. Und in diesem Kontext gibt es auch narrative Texte über verschiedene Gelehrte und darüber, wie sie diese Frage gehandhabt haben. Dort findet sich folgender Wortlaut (eigene Übersetzung):

„Rabbi Akiba [RA] war ein Hirte im Dienst von Ben Kalba Sawu'a [BKS]. Seine Tochter [die von BKS] sah, dass er bescheiden war und gute Charaktereigenschaften hatte. Sie fragte ihn: ‚Wenn ich dich heirate, wirst du dann ins Lehrhaus gehen?‘ Er sagte ihr: ‚Ja. Sie heiratete ihn heimlich und schickte ihn weg [ins Lehrhaus]. Als ihr Vater davon hörte, schmiss er sie aus dem Haus und schwor, dass sie von seinem Vermögen keinen Nutzen haben dürfe. Er ging und lernte zwölf Jahre im Lehrhaus. Als er zurückkam, folgten ihm 12.000 Schüler. Er hörte einen alten Mann zu ihr sprechen: ‚Wie lange noch wirst du zu Lebzeiten deines Mannes wie eine Witwe leben?‘ Sie antwortete ihm: ‚Wenn er auf mich hören würde, soll er noch weitere zwölf Jahre im Lehrhaus lernen.‘ Er [RA] sagte sich: ‚Ich handle mit ihrer Zustimmung, drehte um und ging zwölf weitere Jahre ins Lehrhaus. Als er zurückkam, folgten ihm 24.000 Schüler. Seine Frau hörte [von seiner Ankunft] ... Als sie zu ihm gelangte ... Man stieß sie weg, aber er [RA] sagte ihnen: ‚Lasst sie, denn Meines und Eures ist [in Wahrheit] Ihres.‘ Ihr Vater hörte, dass ein großer Mann in den Ort gekommen ist und sagte sich: ‚Ich werde zu ihm gehen, vielleicht ist es möglich, mich von meinem Schwur zu entbinden.‘ Er kam zu ihm. Er [RA] fragte ihn [BKS]: ‚Hättest du deinen Schwur geleistet, wenn er [der Ehemann deiner Tochter] ein großer Mann gewesen wäre?‘ Er antwortete ihm: ‚Wenn er auch nur ein einziges Kapitel, oder sogar nur ein einziges Gesetz gekannt hätte [hätte ich den Schwur nicht geleistet].‘ Er [RA] antwortete ihm [BKS]: ‚Ich bin derjenige [von damals, der deine Tochter geheiratet und wegen dem du den Schwur geleistet hast].‘ Er fiel auf sein Angesicht, küsste Akiba's Füße und gab ihm die Hälfte seines Vermögens.“

Erklärung vereinzelter Punkte der zitierten Talmudstelle: Dass Akiba

als „Rabbi“ bezeichnet wird, ist natürlich eine zeitliche Vorwegnahme der späteren Situation. – Viele biblische Anführer waren Hirten, allen voran Moses und David, und in rabbinischen Zeiten trifft das auch auf Akiba zu. Die Fürsorge für die Herde hat diese Persönlichkeiten auf ihre späteren Führungsrollen vorbereitet. – Ben Kalba Sawu'a war damals einer der reichsten Männer in Israel. – Akiba's weise Frau konnte sehen, dass gute Charaktereigenschaften allein nicht ausreichend sind, sondern dass diese Veranlagung noch durch das Studium der Tora veredelt werden muss. Und umgekehrt wird über König David berichtet, dass dieser eine blutvergießende Veranlagung hatte, diese jedoch nicht als Krimineller ausübte, sondern als König mehrere Kriege zur Verteidigung des jüdischen Volkes führte. Veranlagungen sind dem Menschen manchmal in die Wiege gelegt, aber was man daraus macht, ist die Verantwortung eines jeden Einzelnen. – Der reiche BKS war sauer auf seine Tochter, da sie eine Person von einem so niedrigen sozialen Stand geheiratet hat. – Der nächste Punkt zeigt uns, wie sehr man auch während man wütend ist, über seine Worte nachdenken muss. Denn der Schwur, den BKS im Moment des Zorns leistete, bindet ihn rechtskräftig und untersagt ihm die Unterstützung seiner Tochter. Ein Schritt, den BKS später bereuen wird. – Es vergehen zwölf Jahre und zwischenzeitlich ist Akiba vom Schüler ohne Vorkenntnisse zum Lehrmeister mit 12.000 eigenen Schülern aufgestiegen. – Bei seiner Rückkehr nach so vielen Jahren hört er, wie gerade jemand seiner Frau das Festhalten an der Ehe mit ihm ausreden will und wie standhaft sie ist. Es scheint so, als hätte er seine Frau bei dieser Gelegenheit überhaupt nicht getroffen, sondern dass er auf der Stelle umgekehrt ist. – Nach weiteren zwölf Jahren kehrt er endgültig zu seiner Frau zurück, dieses Mal mit den 24.000 Schülern, die wir bereits in der Mai-Ausgabe der Jüdischen Rundschau kennengelernt haben. – Im massenhaften Aufruhr, den dieser „Celebrity“ verursacht, wird Rachel schnell zur Seite geschoben, weil man nicht weiß, wer sie ist. – BKS konsultiert den für ihn namenlosen Gelehrten und fragt ihn nach einer juristischen Möglichkeit, ihn von seinem Schwur, den er inzwischen bereut, zu entbinden. Rabbi Akiba findet eine Lücke. Er fragt BKS was seine Intention zum Zeitpunkt seines Schwurs war und ob er darauf bestand, dass der Mann seiner Tochter ein Gelehrter sein soll. BKS antwortet, dass ihm selbst eine minimale Bildung seines Schwiegersohnes ausgereicht hätte. Daraufhin gibt sich Rabbi Akiba zu



Rabbi Akibas Veranlagung wurde durch das Studium der Tora veredelt

erkennen und der Schwur ist hinfällig, denn er basiert darauf, dass sein Schwiegersohn ungebildet sei.

Frauen, das Tora-Studium ihrer Männer, und ihr eigenes

Der Verdienst von Akibas Frau in obiger Geschichte besteht in einem Leben voller Verzicht, um ihrem Mann das Studium der Tora zu ermöglichen. Nicht jedoch in ihrem eigenen Studium der Tora. Das mag die Frage aufwerfen, wie es um das Tora-Studium von Frauen steht. In den rabbinischen Quellen finden sich dazu unterschiedliche Aussagen, die generelle Linie ist jedoch die folgende:

Das Tora-Lernen als Selbstzweck ist nur für jüdische Männer verpflichtend. Wobei Selbstzweck bedeutet, dass man auch Teile der Tora lernen muss, die für jemanden nicht anwendbar sind. Unser Tempel wurde seit seiner Zerstörung leider noch nicht wieder errichtet, aber wir warten jeden Tag darauf. Und in diesem Sinne ist selbst die Erlernung der Tempelgesetze relevant. Aber einige Gesetze betreffen nur die Kohanim-Priester, die direkten Nachfahren von Aharon, und sind für alle anderen nicht anwendbar. Aber dennoch sollten sie idealerweise von jedem jüdischen Mann erlernt werden. Oder wenn wir von der idealistischen Situation ausgehen, dass jemand bereits die gesamte Tora sicher beherrscht, so müsste er dennoch wieder von vorne beginnen und dürfte das Studium der Tora niemals vernachlässigen. Nach dem Bestreiten des Lebensunterhaltes haben Männer dazu zumeist ein paar freie Stunden am Tag.

Frauen hingegen, denen in der familieninternen Arbeitsteilung eine andere Funktion zugedacht ist, haben zu-

meist keine freie Zeit am Stück und müssen für die Kinder immer auf Abruf bereit sein. Daher sind sie vom Tora-Studium ebenso befreit wie von den meisten zeitgebundenen Geboten. Aber natürlich müssen sie die Gebote lernen, die sie selbst betreffen, also koschere Nahrungsgesetze, Gesetze bezüglich Schabbat und Feiertagen, eheliche Angelegenheiten zwischen Mann und Frau und vieles mehr. Außerdem auch Grundsätze des Glaubens und der Moral. Vor allem die Bedeutung der letzten beiden Punkte hat in der Moderne zugenommen, weil man nicht mehr in einer geschlossenen jüdischen Welt lebt, sondern immer mehr fremden Einflüssen ausgesetzt ist und ein gutes Fundament im Glauben braucht, um nicht in die Irre zu gehen. Die notwendigen Kenntnisse im Religionsgesetz sind auch umfangreich, sind jedoch im zeitlichen Vergleich mit anderen Perioden eher konstant geblieben.

In der Februar-Ausgabe haben wir einen Grundsatz erklärt, welcher der natürlichen Intuition widersprechen mag – und zwar „dass eine Person, die eine gute Tat ausführt, die ihm durch das göttliche Gesetz geboten ist, mehr vollbringt als eine Person, welche die gleiche Tat ausführt, ohne dass sie ihm gesetzlich obliegt.“ Und so haben auch Frauen, die über das oben besagte Maß hinaus Tora lernen, einen Verdienst, aber einen geringeren als die Männer (vgl. in der genannten Ausgabe).

Ein weiterer Grundsatz, welcher der Intuition widersprechen mag, findet sich in Bawa Batra 9a und besagt, dass eine Person, die eine andere dazu bringt, ein Gebot zu erfüllen, unter gewissen Umständen Größeres vollbringt als die Person, die das Gebot nun tatsächlich selbst erfüllt. Behandelt wird dieser Grundsatz an der genannten Stelle im Zusammenhang mit dem Geben von Spenden, als Idee lässt es sich jedoch auch auf weitere Themenbereiche anwenden.

Frauen können durch ihre Unterstützung und Ermutigung auch einen Anteil am Verdienst des Tora-Studiums ihres Mannes und ihrer Söhne erwerben. Rachel's Beitrag am Tora-Studium ihres Mannes ist so groß, dass Rabbi Akiba im obigen Zitat sowohl seinen eigenen Verdienst als auch den seiner Schüler ihr zuschreibt („Meines und Eures ist Ihres“). Und daher sollte man die eigenen Angehörigen und jüdische Freunde stets zum Studium der Tora ermutigen.